DANIEL ELLSBERG

ICH ERKLÄRE DEN KRIEG

Vietnam –
Der Mechanismus
einer militärischen
Eskalation

Vorwort von Dieter Senghaas

Hanser

Daniel Ellsberg wurde weltweit bekannt, als er die ›Pentagon Papers‹, geheime US-Regierungsakten über den Vietnamkrieg, der Öffentlichkeit übergab: aus Gewissensgründen. Ellsberg selbst hatte jahrelang als Wissenschaftler, als Berater des Pentagon und unmittelbar in Vietnam die strategischen und politischen Entscheidungen seiner Regierung mitbeeinflußt, ehe ihm das Verbrecherische dieses Krieges vollauf bewußt wurde und er den für ihn höchst riskanten Kampf für seine Beendigung begann.
Wie kaum einer ist Ellsberg daher imstande, die moralisch-psychologischen und die politisch-militärischen Mechanismen zu durchschauen, die zu der permanenten, immer wieder eskalierenden Aggression der Amerikaner in Südostasien geführt haben. Sein Buch, in dem er die Verantwortlichkeiten für den Vietnamkrieg von seinem Beginn an unmißverständlich aufdeckt, ist neben der genauesten Analyse dieses Krieges zugleich auch eine erschreckende Studie darüber, wie ein sich verselbständigender bürokratischer Automatismus militärische Auseinandersetzungen in unserer Zeit schüren kann.
Ellsberg erklärt außerdem, warum auch nach einem Waffenstillstandsabkommen der Kampf der Vietnamesen gegen den amerikanischen Imperialismus noch nicht beendet sein wird. »Die Washingtoner Administration dürfte keineswegs bereit sein, nach einem gescheiterten militärischen Unternehmen mehr politische Vernunft an den Tag zu legen als bisher, und Vietnam den Vietnamesen zu überlassen« (Senghaas). Elsbergs Analysen werden also ihre Gültigkeit behalten, auch nachdem die Kriegshandlungen beendet sind; sie werden den wahren Charakter dessen, was man als »Frieden« bezeichnen wird, klarer erkennen lassen.

Daniel Ellsberg, geboren 1931 in Chicago, studierte in Harvard und Cambridge, Mass. Nach seiner Militärzeit als Infanterieoffizier im Marinecorps promovierte er zum Doktor der Volkswirtschaft. Von 1959 bis 1964 war er Mitarbeiter der Rand Corporation und Berater des US-Verteidigungsministeriums. Als Beauftragter des Pentagon besuchte er 1965 auch Vietnam. Nach seiner Rückkehr arbeitete er mit an der Studie über Entstehung und Entwicklung des Vietnamkrieges, die 1971 von Ellsberg veröffentlicht und unter dem Titel ›Pentagon Papers‹ bekannt wurde. Seit 1970 ist er Mitarbeiter im ›Center for International Studies‹ am ›Massachusetts Institute of Technology‹ (MIT).

Daniel Ellsberg

Ich erkläre den Krieg

Vietnam – Der Mechanismus einer militärischen Eskalation

Vorwort von Dieter Senghaas

Carl Hanser Verlag

Titel der amerikanischen Ausgabe: PAPERS ON THE WAR
Simon & Schuster, New York, 1972

Im Einvernehmen mit dem Autor wurden die Kapitel »Background: Vietnam, 1965–1967« und »U. S. Policy and South Vietnamese Politics« in der deutschen Ausgabe weggelassen.

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Karl Held

ISBN 3 446 11725 3

Umschlagentwurf: Hannes Jähn
Foto auf der Umschlagrückseite: Patricia Ellsberg
Satz und Druck: Georg Appl, Wemding
Bindung: Großbuchbinderei Monheim
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort von Dieter Senghaas

»Wie könnt ihr es wagen, ihr Barbaren, unser Land zu überfallen? Eure Horden werden vernichtet werden, ohne Gnade.«

(Ly Thuong Kiet, 12. Jh.)

Zum Zeitpunkt, da dieses Vorwort geschrieben wird, wütet die amerikanische Kriegsmaschinerie in Vietnam mit pausenlosen Einsätzen gegen Bevölkerungszentren im Norden und im Süden des Landes: unerbittlich wird auf der Eskalationsleiter fortgeschritten. Das Stichwort vom Einsatz atomarer Waffen ist gefallen. Das Dementi ist so viel wert wie jene Lügenpropaganda während des gesamten Krieges, von der Ellsbergs vorliegendes Buch und die Pentagon Papiere so viel zu berichten wissen und die jetzt eine erregte Weltöffentlichkeit noch einmal glauben machen möchte, nur die Zerstörung kriegswichtiger Industriestätten sei das militärische Ziel, und diese lägen nun einmal innerhalb von Ballungszentren des Landes; alles andere: die zerstörten Krankenhäuser, die verwüsteten Schulen und administrativen Zentren gehe auf das Konto von Fehltreffern, die sich in einem schrecklichen Krieg noch nie hätten vermeiden lassen.

Jedoch weder Befürworter noch Kritiker erwarten von diesem verstärkten Luftkrieg eine Entscheidung auf dem Schlachtfelde. Nach allen bisherigen Erfahrungen im Vietnam-Krieg läßt dieser sich heute wie schon seit Jahren kaum mehr von militärstrategischen Kalkülen ableiten. Seit langem zählt nur noch das Bevölkerungsfeld. Bewußt sind auf dieses die Akte des Terrors gezielt, es handle sich um Luftkrieg, um sogenannte Pazifizierungsprogramme oder einfach um »Vietnamisierung«.

Gegenüber diesen Akten des Terrors – auch das muß einmal gesagt sein – nimmt sich eine heimtückische internationale Luftpiraterie, der Terror im Luftverkehr, der ja sogar die UNO noch in Bewegung zu versetzen vermag, wie amateurhafte Bubenstreiche aus, bei denen überdies, im Unterschied zu staatlich verordneten und legitimierten Gewaltverbrechen auf einer höheren Ebene der Symbiose von Politik und Verbrechen, noch unmittelbar persönliche Risiken eingegangen werden und Verantwortung nicht im Dickicht bürokratisierter Entscheidungsprozesse sich verflüchtigt.

Immer noch geneigt, die amerikanische Aggression in Vietnam mit den durchschnittlichen Maßstäben individueller Vernunft zu messen, durchlebt die Weltöffentlichkeit ständig nach Phasen hoffnungsvoller Erwartungen Punkte tiefer Ernüchterung, jedoch offensichtlich ohne die Logik

amerikanischer Politik begriffen zu haben. Ellsbergs Buch kann als ein Beitrag zu ihrer Demaskierung verstanden werden. Die Argumente, die der Autor in einer Mischung von wissenschaftlicher Analyse und biographischem Bericht entwickelt, sind sicher nicht die einzigen, die die amerikanische Vietnam-Politik erklären können. Doch bezeichnen sie jene unerläßlichen Verbindungsstücke zwischen allgemeinen Thesen, den Imperialismus und Militarismus der USA betreffend, und sonst nur unvermittelt und willkürlich erscheinenden tagespolitischen Ereignissen. Dabei liegt die Stärke von Ellsbergs Untersuchungen in der Analyse des Zusammenspiels von innenpolitischen Konstellationen, Entscheidungsprozessen in der Washingtoner Bürokratie und außenpolitischen Strategien, die im Falle der USA über das Amt des Präsidenten vermittelt werden. Es sind jene Bereiche, die Ellsberg als ein jahrelanges Mitglied der von ihm nunmehr heftig attackierten Kriegsmaschinerie auch persönlich am genauesten kennt.

Wenig thematisiert Ellsberg den sozio-ökonomischen Kontext, in dem sich diese Politik abspielt. Dabei wäre Ellsberg, hätte er den von ihm gewählten Schwerpunkt der Analyse zu verteidigen, vielleicht versucht, auf gewichtige Faktoren hinzuweisen, die seine Analyse auch von der Sache her gerechtfertigt erscheinen lassen: zum Beispiel auf die enorme Diskrepanz zwischen ökonomischem Aufwand und politischem Nutzen des Einsatzes von amerikanischem Militär in Vietnam – eine Diskrepanz, die kapitalistischem Kosten-Gewinn-Kalkül eigentlich widerspricht. Auch würde er eventuell auf die relativ geringe Bedeutung, die der jetzige Kriegsschauplatz vor der amerikanischen Invasion in der US Außenwirtschaftspolitik einnahm, hinweisen, um seine Gewichtung der Faktoren zu bekräftigen. Würde Politik immer solchen Kalküls folgen und wären Interessen immer schon derart zweckrational kalkuliert, ehe sie in konkrete Handlungsstrategien übersetzt werden, so müßte die amerikanische Kriegspolitik in Vietnam vom Ansatz her als völlig irrational und konterproduktiv charakterisiert werden. Zwar ist diese Politik irrational und überdics konterproduktiv, doch solche Zweckrationalität herrscht, wie Ellsberg eindringlich nachzuweisen versteht, gewöhnlich keineswegs in politischen Entscheidungsprozessen vor, weil diese auf andere Prämissen aufbauten, die dann allerdings selbst für die Handelnden zu fragwürdigen Ergebnissen führen.

Die Fixierung auf einmal eingenommene, gesellschaftspolitisch motivierte, historisch gewachsene Zielsetzungen amerikanischer Außenpolitik wie die Eindämmung antikapitalistischer sozialrevolutionärer Bewegungen in der Dritten Welt haben ebenso wie die Hochstilisierung

derartiger Bewegungen zu weltrevolutionären Komplotts Moskauer oder Pekingscher Provenienz zwanzig Jahre lang schwerer gewogen als kaufmännische Rechenhaftigkeit. Nachdem Vietnam aus der Perspektive amerikanischer China-Politik der vierziger und fünfziger Jahre begriffen wurde und überdies der Glaube vorherrschte, ein zweites Kuba sei nicht zu verkraften, war die überkommene Testfall-Doktrin bestärkt und mit ihr die Bereitschaft, von spezifischen Prämissen ausgehend, die Ellsberg deutlich herausarbeitet, in Vietnam ein Exempel zur Abschreckung weiterer Fälle zu statuieren, was schließlich gründlich mißlang.

Wie Ellsberg betont, sind die USA in den Vietnam-Krieg nicht einfach hineingeschlittert, und die amerikanische Eskalation ist nicht das Produkt blinder Besessenheit. Von Anfang an war die langfristige Perspektive für die US-Außenpolitik, die gleichzeitig immer auch als Außenwirtschaftspolitik zu begreifen ist, klar, wie schwierig ihre Konkretisierung in der Tagespolitik sich auch darstellte: Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten als einzige aus dem Zweiten Weltkrieg intakt hervorgegangene kapitalistische Großmacht in Wahrnehmung gesamtkapitalistischer Interessen der drohenden Ausweitung der seit 1917 und 1949 der internationalen Bourgeoisie laufend zugefügten Verluste an politischem Terrain ein für alle Mal Einhalt zu gebieten. Ihre in jeder Hinsicht ernstgemeinte konter-revolutionäre Politik rund um den Erdball, einschließlich ihrer Politik der Beförderung gesellschaftspolitischer Restauration in West- und Südeuropa nach 1945, war auf diese strategische Stoßrichtung inhaltlich eingeschworen: *auf die Konsolidierung des internationalen gesellschaftspolitischen Status quo*. Schritt für Schritt haben in den vergangenen Jahren amerikanische Historiker und Sozialwissenschaftler die Motivation solcher Politik und ihre Übersetzung in handfeste Unternehmungen gegen politisch nicht genehme, als vitale Bedrohung definierte Regimes, Regierungen, Gewerkschaften, Kirchen, studentische Organisationen und Individuen, die mehr oder weniger geschickt oder brutal zu Fall gebracht wurden, dokumentiert. Wie Ellsberg, so haben auch viele von ihnen ohne leisen Zweifel jahrelang der offiziellen Kalten-Kriegs-Propaganda, die immer noch Teil der amerikanischen politischen Kultur ist, geglaubt.

Daß in der Durchsetzung einer solchen Politik von seiten der herrschenden Klasse falsche Lagebeurteilungen (wie zum Beispiel die Interpretation der vietnamesischen Befreiungsbewegung als verlängerter Arm Moskaus oder Pekings) als konstitutive Elemente in Selbst- und Umweltbilder eingehen, haben Sweezy und Magdoff, auf Vietnam bezogen, eindringlich betont, indem sie den Zusammenhang von herrschender

Ideologie und dem zweckrationalen Handeln herrschender Klassen und Eliten in einem sehr grundlegenden Sinne problematisierten. »Eine solche Ideologie (wie z. B. der Antikommunismus, D. S.) verschlechtert auch notwendigerweise die Fähigkeit der herrschenden Klassen (und der um sie versammelten Erzieher und Publizisten), die historische Situation, in der sie sich bewegt, wirklich zu verstehen. Die Tatsache, daß sie ihr Dasein in einem bestimmten historischen Kontext fristet, bedeutet, daß die von ihr entwickelten Pläne und Strategien und die von ihr verfolgten Aktionen zum Schutze und zur Förderung ihrer eigenen Interessen in einem entscheidend wichtigen Ausmaß von ihrer notwendigerweise falschen Interpretation der treibenden historischen Kräfte und Trends ihrer Epoche abhängen. Es ist deshalb völlig falsch anzunehmen, daß die politischen Strategien herrschender Klassen auf der Grundlage eines rationalen und verläßlichen Begreifens der Realitäten einer Situation formuliert werden. Die Wahrheit liegt vielmehr darin, daß die politischen Strategien nur verstanden und antizipiert werden können, wenn man die in sie eingehenden Elemente des Irrtums und der Irrationalität analysiert und voll in Rechnung stellt.« Auf diesem Hintergrund, den Ellsberg deutlich ausleuchtet, wird begreifbar, warum die amerikanische Aggression in Vietnam zu keinem Ende kommt, und *warum im Falle eines Waffenstillstandabkommens der Kampf der Vietnamesen gegen den amerikanischen Imperialismus noch nicht beendet sein wird,* denn die Washingtoner Administration dürfte keineswegs bereit sein, nach einem gescheiterten militärischen Unternehmen mehr politische Vernunft an den Tag zu legen als bisher und Vietnam den Vietnamesen zu überlassen. Dies entspräche nicht der Rationalität von Imperialismus, auch nicht des amerikanischen, der in Vietnam von Anfang an nichts zu suchen hatte, so wenig wie der französische. Dieser Tatbestand ist der erste, der über allem Tagesgeschehen nicht aus den Augen verloren werden sollte.

Den Kindern von Indochina und
unseren eigenen Kindern

Anmerkung des Übersetzers
Zitate aus den *Pentagon Papers* sind mit PP gekennzeichnet. Sofern sie in der deutschen Ausgabe (München 1972) enthalten sind, wurden sie nach dieser Übersetzung wiedergegeben und mit D. A. gekennzeichnet.

Die *Rand Corporation* (Abkürzung von research and development) wurde 1948 in Santa Monica in Kalifornien als eine unabhängige Forschungsorganisation gegründet, die auf non-profit Basis mit Unterstützung der U. S. Regierung und privater Stiftungen einzelne Forschungsaufgaben übernimmt.

Einleitung

Seit mehr als sieben Jahren hat mich – wie viele Amerikaner – unser Engagement in Vietnam beschäftigt. Zunächst sah ich darin ein Problem; später erschien es mir als Sackgasse; schließlich als Verbrechen.
Jede dieser Positionen erforderte eine andere Haltung: Ein Problem hilft man lösen; aus einer Sackgasse will man sich mit Anstand herauslavieren; ein Verbrechen aber gebietet, daß man es anprangert und sich ihm widersetzt; es geht darum, ihm sofort ein Ende zu bereiten, moralische und politische Veränderungen herbeizuführen.
Keines dieser Ziele – seien sie nur die meinigen oder, wie ich vermute, die aller – konnte erreicht werden. Vielleicht gilt für fünf Individuen, nämlich unsere Präsidenten von Truman bis Nixon, eine Ausnahme: Soweit ich es beurteilen kann, ging es ihnen vor allem um die Vermeidung eines definitiven Mißerfolges, den sie im Verlust Indochinas an den Kommunismus sahen, so daß eine Fortsetzung des Patts so etwas wie ein Erfolg für sie gewesen sein muß. Was alle anderen anbelangt, so führten die Bemühungen um eine Beendigung des Konflikts – ob er nun als fehlgeschlagener Versuch, als auswegloses Dilemma oder als moralische Katastrophe gesehen wird – ebenso wenig zum Erfolg wie die Anstrengungen, ihn siegreich abzuschließen. Ob es Versagen oder Resignation ist, was unseren Mißerfolg bestimmt – der Krieg geht weiter.
Manche haben mit verschiedensten Mitteln seit Jahren Widerstand geleistet, gegen einen ungerechten Krieg, einen brutalen Betrug, ein gesetzwidriges imperialistisches Abenteuer. Ich habe Achtung vor ihrem Mut, ihrer Einsicht und ihrem Engagement. Verspätet habe ich mich ihrem Denken und Handeln angeschlossen; und obgleich die meisten Amerikaner Kriegsgegner nicht gerade bewundern, deuteten die Wahlen von 1972 darauf hin, daß die Mehrheit mit ihnen einer Meinung darin ist, daß der Krieg moralisch nicht gerechtfertigt ist. Doch er geht weiter. Warum?
Liegt es nur darin, daß die am Krieg interessierten Kräfte zu stark sind? Zu stark, um »rasch« überwältigt zu werden, d.h. durch Demonstrationen und Teach-ins, die seit sieben Jahren stattfinden, durch Wehrdienstverweigerung und Emigration, die seit fünf Jahren praktiziert werden; sind diese Kräfte so stark, daß auch vier Jahre allgemeiner Desillusionierung (die Tet-Offensive fand vor vier Jahren statt) nichts nutzten, ebensowenig wie ein Wahlkampf, der einen amtierenden Präsi-

denten zu Fall brachte und eine Stimmung unter den Wählern erzeugte, die dessen Nachfolger unterliegen ließ und den Präsidenten mit dem Mandat beauftragte, den Krieg zu beenden. Erfolglos waren auch die bisher gewaltigsten Demonstrationen von 1969-1970 und die Anstrengungen im Senat (die sich jedoch noch nicht auf den Verteidigungshaushalt richteten), erfolglos die gewaltlosen Aktionen des Widerstands, die bis zum Mai 1971 zu 13000 meist ungesetzlichen Verhaftungen führten; ohne Folgen blieben die Besetzungen der Einzugsbehörden durch die katholische Linke, Meutereien in Vietnam, die My Lai-Prozesse und nicht zuletzt der 25 Jahre andauernde Widerstand der Vietnamesen, der auch die Phase der größten Gewaltanwendung von 1965 bis zur Gegenwart, also den längsten unserer Kriege umfaßt. Ist noch mehr als dieser Widerstand vonnöten? Ist die Erwartung einer Beendigung der Kämpfe noch verfrüht?

Vielleicht. Jedenfalls kann man annehmen, daß der Krieg ohne diese Formen des Protests und des Widerstands (den Kampf der Vietnamesen schließe ich hier aus) noch größere Ausmaße, noch mörderischere Gestalt angenommen hätte. Doch das Fehlschlagen aller Versuche, dem Krieg ein Ende zu bereiten, beweist nicht nur die Macht der Kräfte, die für seine Fortsetzung verantwortlich sind – es macht auch den Mangel und die Beschränktheit des am weitesten fortgeschrittenen Verständnisses dieser Kräfte und das globale System sichtbar, in dem sie wirken: Es verweist auf unsere unangemessene Einsicht in die Beweggründe und den Charakter der Institutionen, die eine Rolle spielen; wir kennen die wunden Punkte nicht, die wir zum Zwecke der Veränderung angreifen müssen. Dies muß nicht der Fall sein; meiner Meinung nach aber trifft es zu. Je länger der Krieg andauert, desto mehr wird er für uns zu einer Herausforderung.

Meiner Überzeugung nach gilt es diesen Krieg – auch in seinem fortgeschrittenen Stadium – nicht nur zu bekämpfen; er will auch verstanden sein. Dabei handelt es sich nicht nur um die Beschränktheit des allgemeinen Bewußtseins, sondern auch um die besten Analysen von »Experten« – von ehemaligen Beamten, radikalen Kritikern, Journalisten und akademischen Spezialisten. Niemand, den ich kenne – ich schließe mich selbst dabei mit ein – scheint ein ausreichendes Verständnis von den Kräften, Institutionen, Motiven, Überzeugungen und Entscheidungen zu besitzen, die unsere Nation dazu gebracht haben, uns dem Volk von Indochina gegenüber in dieser Weise zu verhalten. Niemand hat offenbar Einblick genug, um wirksam dem Prozeß Einhalt zu gebieten oder ihn zu verändern; nicht einmal die intellektuelle Aufgabe, die zentralen Rätsel und

Kontroversen über diesen Prozeß und seinen Ablauf in den vergangenen 25 Jahren zu klären, wurde bewältigt.
Jeder Mißerfolg des politischen Widerstandes hat die alten Erklärungsversuche in Frage gestellt. Jedesmal entstand der Zwang zu einer ausführlicheren, tiefgründigeren und in diesem Sinn auch radikaleren Einschätzung des Mechanismus, der von einer Sackgasse in die nächste führt; dieses System von Faktoren, die sich gegenseitig verstärken und den Krieg befördern. Tatsächlich mußten die sogenannten »radikalen« Kritiker in den letzten Jahren am wenigsten revidieren: Sie hatten den Krieg mit ungewöhnlicher Schärfe beobachtet und seinen Charakter erfaßt. Die Schriften von Noam Chomsky und Gabriel Kolko sowie die Arbeiten der »revisionistischen« Geschichtsschreiber des Kalten Krieges, die im Gefolge von William Appleman Williams' *The Tragedy of American Diplomacy* (New York, 1962) stehen, enthüllen in überzeugender Weise die Interessen von Wirtschaft und Verbänden, die unserem Verteidigungsbudget und unserer militaristischen, imperialistischen Außenpolitik zugrundeliegen.[1] Doch am wenigsten Aufklärung verschaffen uns diese Werke über die Gründe unserer Intervention in Vietnam und ihrer Fortsetzung. (»Im wesentlichen ist der Krieg vorüber«, meinte im Herbst 1970 ein radikaler Kritiker aus dem Westen der Staaten, »da Wall Street ebenso wie die Generale inzwischen dagegen sind.« Ich stimmte mit ihm bezüglich dieser Veränderungen überein. Doch hielt ich den Krieg nicht für beendet.)
Wenn die genannten Studien alles andere als befriedigend sind, so liegt dies daran, daß sie die Rolle der Bürokratie und – was noch stärker ins Gewicht fällt – das innenpolitische System der USA einschließlich der spezifischen Rolle des Präsidenten vernachlässigen. In den beiden wichtigsten hier vorgelegten Essays (»Der Mythos vom ›ausweglosen Dilemma‹ und der Mechanismus des Patt« – »Mord in Laos«) gehe ich auf diese Faktoren besonders ausführlich ein. Mir ist dabei bewußt, daß die Aufsätze bedeutende Fragen bezüglich der breiteren sozialen und ökonomischen Interessen und der von ihnen erzeugten politischen und bürokratischen Motive unbeantwortet lassen.[2]

[1] Einen guten Überblick über die Periode seit dem 2. Weltkrieg liefern unter diesem Aspekt: Walter Lafeber, *America, Russia, and the Cold War 1945–1967* (New York, 1967); Stephen Ambrose, *Rise to Globalism* (Baltimore, 1971). Vgl. auch den abschließenden Beitrag in *Cold War Essays* (New York, 1969) von Gar Alperowitz und Carl Oglesby, *Vietnam Crucible* in *Containment and Change* von Oglesby und Richard Shaull (Toronto, 1967). Eine brauchbare Kritik dieses Ansatzes findet sich bei Robert Tucker, *The Radical Left and American Foreign Policy* (Baltimore, 1971)

[2] Genauer: Ich bin in wachsendem Maße davon überzeugt – und diese These vertrete

Ein Mangel besteht darin, daß nur wenige Forscher über alle Daten dieses vielschichtigen Prozesses Aufschluß zu gewinnen suchen. Ein anderer ist das Fehlen von Spezialuntersuchungen über einige Bereiche, so z.B. über die Bedeutung der Innenpolitik für die Außenpolitik der USA. Vor allem sind entscheidende Daten über den bürokratischen Entscheidungsprozeß zurückgehalten und nur wenigen (ich gehörte zu ihnen) zugänglich gemacht worden. Darüber hinaus hat man öffentlich über diese Fakten Lügen verbreitet.
Ich wiederhole meine These: Die Bemühungen um eine tiefere Einsicht dürfen nicht nachlassen bis zum Sieg des Widerstands, bis zur Beendigung des Krieges (nichts bedarf mehr einer gründlichen Kenntnis als der kontinuierliche Widerstand).
Nach dieser Überzeugung handelte ich, als ich im Herbst 1969 begann, dem Kongreß und dem amerikanischen Volk jene Dokumente und Analysen zu enthüllen, die als die Pentagon Papiere bekannt geworden sind. Es war in sich ein Akt des Widerstands, aber von besonderer Art; hatte er doch ein breiteres und grundlegendes Verständnis des Kriegsverlaufs zum Ziel. Und in diesem Geist veröffentliche ich auch diese Aufsätze.
Sie sind wie die Pentagon Papiere selbst unvollkommen und lückenhaft und können bestenfalls als nützlicher Beitrag zu einer Diskussion gelten, die von den Vertretern verschiedener Richtungen über viele Jahre hinweg geführt werden muß. Weit entfernt davon, endgültige Aussagen treffen zu wollen, sind sie auf keinen Fall mein letztes Wort zu irgendeinem Thema. Auch entsprechen sie nicht den Ansichten, die ich mir in jüngster Zeit gebildet habe. Der größte Teil meiner Studien seit dem Herbst 1970 richtete sich auf eine Vertiefung meines historischen Verständnisses einiger wesentlicher Punkte, die in dem in diesem Buch enthaltenen Aufsatz »Der Mythos vom ›ausweglosen Dilemma‹ und der Mechanismus des Patt« angesprochen sind; insbesondere geht es um den Ursprung, die Entwicklung und die Politik des Kalten Krieges, die China-Politik und um den McCarthyism. Keine dieser Studien hat irgendeine der in diesem Aufsatz enthaltenen Vermutungen entkräftet, im Gegenteil: Ich bin mir

ich in den vorliegenden Aufsätzen –, daß die Angst vor einer Stärkung des rechten Flügels um McCarthy einen direkten Einfluß auf das Verhalten von Regierungsbeamten ausübt, sobald sie im Zusammenhang mit dem drohenden »Verlust Indochinas« auftritt. Aber wie realistisch waren diese Ängste im letzten Jahrzehnt? Warum handeln diese Regierungsbeamten immer noch danach, ohne die reale Grundlage dieser Befürchtungen zu prüfen? Und warum verhalten sie sich gegenüber der Öffentlichkeit oft gerade so, daß sie ihnen eine solche Grundlage erst *schaffen?* Schließlich: Welchen Interessen dient eine Politik, die sich diesen Ängsten und einer Gesellschaft, die sich an ihnen orientiert, anpaßt? Meine jüngsten Untersuchungen haben erwiesen, daß diese weitergehenden Fragen außerordentlich wichtig sind; meine Antworten haben vorläufigen Charakter und bedürfen sicher einer weiteren Analyse.

der Ergebnisse heute sicherer denn je. Sie haben mich vielmehr dazu befähigt, unser Engagement in Vietnam in einem umfassenderen Zusammenhang mit der Politik des Kalten Krieges und der US-Intervention in der Dritten Welt zu begreifen. Während des letzten Jahres bin ich in diesen Fragen zu einigen vorläufigen Schlußfolgerungen gelangt; und es stimmt mich unzufrieden, ein Buch zu veröffentlichen, das – auf älteren Aufsätzen aufbauend – diese letzten Ergebnisse kaum wiedergibt und das noch nicht in vollem Maße berücksichtigt, daß die Dokumente in den Pentagon Papers allgemein zugänglich geworden sind.
Aber ich habe schließlich einsehen müssen, daß es entweder dieses Buch oder auf lange Zeit gar keines geben würde. Seit Juni 1971 haben gewisse Umstände die Erarbeitung neuer Aufsätze verhindert, obwohl ich fast den ganzen Herbst damit beschäftigt war, Akten mit Notizen und Aufzeichnungen zu füllen. Mittlerweile lassen die Vorwürfe gegen mich ebensowenig nach wie die Bombardements. Die letzten Anklageschriften, die die beiden ersten auf zwölf vermehren, lösten zunächst einmal mein Problem. In den nächsten sechs Monaten werden sich meine Beiträge zum allgemeinen Verständnis der Kriegsprobleme auf das Medium Prozeß statt auf die Veröffentlichung weiterer Schriften konzentrieren müssen.
Aber dies sind nur die privaten Sorgen eines Autors. Hätte ich Zeit gehabt, meine letzten Ergebnisse vorzulegen, so wären sie dennoch vorläufig und unvollständig geblieben. Wenn meine Ansichten über den Kalten Krieg und andere Sachverhalte heute nicht dieselben sind wie im vorigen Jahr, in dem der letzte dieser Aufsätze geschrieben wurde, so werden es im nächsten Jahr wieder neue sein. Währenddessen geht der Krieg weiter und verlangt Einsicht: Ich zweifle nicht daran, daß die vorliegenden Aufsätze ihren Beitrag zur Vertiefung des Verständnisses leisten.
Dies ist also ein Buch über die US-Kriegspolitik, nicht über mich oder die Veröffentlichung der Pentagon Papiere, oder gar über die Pentagon Papiere selbst.
Ich habe jeweils Vorworte eingefügt, die die Bedingungen darlegen, unter denen die einzelnen Teile geschrieben wurden; der Rest dieser Einleitung enthält allgemeines Material. Ich habe jedoch die einzelnen Teile nicht ausgewählt, um den Entwicklungsgang meines Denkens darzustellen. Zu diesem Zweck hätte ich manches mehr aus den vorangegangenen fünf Jahren hinzufügen müssen; so auch einige andere öffentliche Erklärungen oder Memoranden, die ich zwischen 1969 und 1971 geschrieben habe, von denen die meisten heute kaum mehr von Interesse sind.

Diese neuesten Aufsätze haben ihren eigenen Stellenwert als einzelne sich ergänzende Diskussionen verschiedener Aspekte der Tagespolitik. Jeder für sich trifft meiner Meinung nach immer noch in seinen Aussagen zu. Als Ganzes stellen sie den einigermaßen deutlich erkennbaren Standpunkt dar, den ich mir vom Spätsommer 1969 bis Herbst 1970 erarbeitete und den ich seitdem nicht wesentlich verändert habe.
Alle Aufsätze wurden vor dem 13. Juni 1971 geschrieben, vor dem Tag, an dem die *New York Times* mit der Veröffentlichung der Dokumente aus der McNamara-Studie begann. Leider wurde also keiner unter der Voraussetzung abgefaßt, daß der Leser diese Dokumente als Beleg zur Verfügung haben würde. Aber ich habe alle Teile geschrieben, nachdem ich die Pentagon Papiere gelesen hatte.[3] Sie basieren also alle – wenn auch stillschweigend – auf der Kenntnis der gesamten Studie (einschließlich der Teile, die immer noch nicht veröffentlicht sind).
Auch meine Studien und Amtserfahrungen aus dem Jahrzehnt vor den Pentagon Papers sind in die Interpretation und Hypothesen dieser Essays eingegangen; d. h. auch die Studien über »Entscheidungsprozesse unter unsicheren Bedingungen«,[4] über »Befehlsgewalt und Kontrolle«

[3] Im folgenden werden mit »Pentagon Papiere« jene Dokumente und Analysen bezeichnet, und zwar sowohl die veröffentlichten als auch die nicht veröffentlichten, die als Arbeitsergebnisse des McNamara-Teams vorgelegt wurden.
Verweise auf meine Hauptquelle *The Senator Gravel Edition: The Pentagon Papers*, 4. Bd., Beacon Press (Boston, 1971) werden als PP, Band, Seitenzahl angeführt. Belege aus der Ausgabe des Government Printing Office, die vom Verteidigungsministerium unter dem Titel *US-Vietnam Relations, 1945–67*, 12 Bände, für das House Armed Services Committee freigegeben wurden, werden angeführt als GPO, Band, Seitenzahl. Der *New York Times* Bericht *The Pentagon Papers*, Bantam Books (New York, 1971) enthält weit weniger Dokumente als irgendeine dieser Ausgaben und wird nicht als Quelle benutzt; (falls zitierte Dokumente auch in dieser Ausgabe enthalten sind, somit auch in der bei Knaur erschienenen Übersetzung, wird die deutsche Übertragung angeführt als PP, Seitenzahl, D.A.-deutsche Ausgabe).

[4] Dies war das Thema meiner Harvard Honors Dissertation 1952 und meiner Doktorarbeit 1962 (beide in Ökonomie). Meine Doktorarbeit über subjektive Wahrscheinlichkeit und statistische Gesetze – ihr Titel lautet: »Risk, Ambiguity, and Decision«, (Harvard University, Juni 1962) – beginnt: »Vernünftiges Handeln bedeutet, daß man Handlungen nach ihren Konsequenzen beurteilt. Was aber, wenn die Konsequenzen ungewiß sind? Zweifellos muß man auch dann vernünftig handeln: die Frage ist nur, was dies bedeutet.« Die ersten Zeilen meiner Zusammenfassung lauten: »Wie kann man vernünftig zwischen alternativen Handlungen auswählen, wenn die Informationen über ihre möglichen Konsequenzen außerordentlich zweideutig sind: unzureichend, lückenhaft, undurchsichtig und vage, von zweifelhafter Relevanz oder widersprüchlicher Aussagekraft?«
Gerade solche Bedingungen charakterisieren so gut wie alle Gebiete der Verteidigungspolitik. Zum Teil veranlaßte gerade diese Richtung meines Interesses die Rand Corporation, mich 1958, als ich Junior Fellow in Harvard war, im Somer eine Beratertätigkeit auszuüben und mir 1959 die Mitarbeit im Wirtschaftsministerium anzubieten. Während der darauffolgenden zehn Jahre war das immer wiederkehrende Thema meiner Tätigkeit, in der ich Beamte beriet: »Die Zukunft ist noch viel ungewisser als Sie meinen – ebenso die Gegenwart und die Vergangenheit. Was ist angesichts dessen zu tun?«

des Präsidenten[5] und über Entscheidungen des Präsidenten in besonderen Krisenfällen.[6] Ebenfalls die aktuellen Erfahrungen im Pentagon als Special Assistant beim stellvertretenden Verteidigungsminister (Internationale Sicherheit) in der Periode der Wahl und Eskalation von 1964-65; die zwei Jahre in Vietnam von 1965-67 als Praktikant des Außenministeriums bei der Verbindungsabteilung unter General Edward Lansdale, und dann meine Zeit als Special Assistant beim stellvertretenden Botschafter William Porter.

Mit diesen Erfahrungen erschien es mir selbstverständlich, daß ich bei meiner Rückkehr aus Vietnam aufgefordert wurde – und auch einwilligte –, von Anfang an in McNamaras Spezialteam an der Untersuchung der »Geschichte des Engagements der Vereinigten Staaten in Vietnam vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart« teilzunehmen.[7] In einer späteren Phase war ich der einzige Forscher im Land, dem Einsicht in die gesamte McNamara – Studie gewährt wurde. Es war tatsächlich mein früheres Interesse an Entscheidungsprozessen, das mich 1964 dazu gebracht hat, im Verteidigungsministerium zu arbeiten und 1965 nach Vietnam zu gehen.

Der Brief, den ich im Juni 1966 aus Saigon an Minister McNamara schrieb, mit dem ich seit 1961 oft eng zusammengearbeitet hatte, bringt meine langjährigen Bemühungen, politisches Handeln zu verstehen, zum Ausdruck:

Eines der wichtigsten Motive, im August John McNaughtons Abteilung zu verlassen und nach Vietnam zu gehen, war das Gefühl, daß ein Jahr lang die amtlichen Telegramme aus jenem Land meinen Wissensdurst in bezug auf den Charakter

[5] Studien, die ich für Rand und als Mitglied des CINCPAC-Ausschusses »Befehlsgewalt und Kontrolle« von 1959–60, sowie als Mitglied des Sonderausschusses von General Partridge gemacht habe. Alle diese Studien behandeln das Problem, wie die Kontrolle des Präsidenten über die nuklearen Waffen zu schützen und zu garantieren sei und wie unbefugte Handlungen in diesem Bereich zu verhindern sind. (Das Strangelove/Fail-Safe-Problem)

[6] Wegen meiner Kenntnisse über die Fragen der Kontrolle nuklearer Waffen nahm ich an beiden Arbeitsgruppen, des Verteidigungs- und des Außenministeriums, teil, die dem Exekutivkomitee des Nationalen Sicherheitsrates während der Kuba-Krise 1962 zur Verfügung standen. Im Jahre 1964 war ich allein mit einem Forschungsprojekt beauftragt, das von Walt Rostow, dem damaligen Vorsitzenden des Policy Planning Council des Außenministeriums, geleitet wurde. Untersucht werden sollten die Entscheidungen auf höchster Ebene in Krisensituationen anhand von Daten und Materialien über Episoden in der Vergangenheit, in das zum ersten Mal Einblick gewährt wurde, wie z. B. die Kuba-Krise, Suez, die Skybolt-Entscheidung, Berlin und die U-2-Affäre. Meine Arbeiten über die allgemeinen Probleme des Krieges hatten zum erstenmal meine Aufmerksamkeit auf die überaus wichtige Rolle des Präsidenten gelenkt; die Einschätzungen von damals wurden durch meine Untersuchung der großen Krisen bestätigt.

[7] Vgl. den »Begleitbrief zur Studie« (PP, I, IV), in dem sich ein kurzer Bericht über das Projekt von dem verantwortlichen Beamten Leslie H. Gelb findet.

der dortigen Probleme nicht hatten befriedigen können. Zu viele Ereignisse waren für mich und wohl auch für andere im Hause überraschend, zu viele Verhaltensweisen wirkten verwirrend und unmotiviert und die Gründe für unsere fortwährenden Niederlagen und Rückschläge schienen zu vage. Nach einem Jahr Arbeit über Vietnam hatte ich das Gefühl, kaum mehr über die Situation zu wissen als am Anfang. Als ich mit General Lansdale nach Vietnam ging, ergriff ich gewissermaßen die Gelegenheit, dieser Unwissenheit ein Ende zu bereiten.
Schon nach wenigen Monaten war ich von einem Sachverhalt überzeugt, den ich zuvor nur befürchtet hatte: daß nämlich die offiziellen Berichte (einschließlich der Nodis, Eyes Only, der Back Channels und what-have-you)[8] gänzlich ungeeignet dafür sind, diejenigen, die Entscheidungen auf höchster Ebene treffen, über die wesentlichen Probleme hier zu unterrichten. Sie vermittelten nicht das, was diese hätten wissen müssen. Auch die offiziellen Besuche in Vietnam auf höchster Ebene (die gleichwohl sinnvoller waren) haben diesen Mangel eigentlich nicht behoben. Und selbst in Saigon existieren keine Berichte, die diese Fragen beantworten. Wenn man sich ganz auf die offizielle Berichterstattung verläßt, die von der Front nach Saigon gelangt – wie es viele hohe Beamte in Saigon tun – so heißt das, daß man in Washington – ich vermutete dies und hatte auch recht damit – über viele wesentliche Probleme in Vietnam nicht unterrichtet ist.

Dieser Brief sollte McNamara veranlassen, seine Lektüre und seine Besuche durch offene private Gespräche mit erfahrenen Vietnam-Kennern bei deren gelegentlicher Rückkehr in die Staaten zu ergänzen. Ich gab ihm eine Liste der Leute, von denen ich am meisten erfahren hatte (der erste war John Paul Vann).
Was ich bis Juni 1966 oder früher gelernt hatte, war, daß der Krieg in ein Patt geraten war. Im nächsten Jahr wußte ich, daß es so bleiben würde. Zwei Jahre Untersuchungsarbeit hatten für mich jede Hoffnung auf Erfolg in Vietnam, und zwar in fast jeder Beziehung – bei dem Kurs

[8] Dies sind die Bezeichnungen auf Telegrammen und Memoranden – die zusätzlich zu »geheim« vermerkt werden –, die den höchsten Grad der Geheimhaltung verlangen; sie besagen, daß das Dokument unter strengem Verschluß zu halten ist und nur vom Adressaten eingesehen werden darf. »Nodis« bedeutet »No distribution« im Gegensatz zu »Limdis«, »Limited Distribution«; letztere können von einem bestimmten Kreis von Beamten eingesehen werden. »Eyes only« bedeutet »nur vom Adressaten einzusehen«, »Back Channel« bezieht sich auf Dokumente, die nur über den Geheimdienst zu übermitteln sind, was die besonders »sichere« Behandlung heikler Nachrichten garantiert, z.B. solcher zwischen dem Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs und dem Oberbefehlshaber in Vietnam, die der Verteidigungsminister nicht erfahren sollte. (Beispiele hierfür sind die von Marvin Kalb und Elie Abel in dem Buch *Vietnam: The Roots of Intervention* abgedruckten Mitteilungen zwischen General Wheeler und General Westmoreland nach der Tet-Offensive; diese Dokumente sind in den Pentagon Papers nicht enthalten, weil sie das Verteidigungsministerium nie erhalten hat.) Während meiner Zeit als Special Assistant im Pentagon ordnete ich beim Nachrichtenzentrum der ISA an, die Mitteilungen an mich auf die Top Secret, Nodis/Limdis und Eyes Only-Meldungen über Südostasien zu beschränken; dies verkürzte mein tägliches Lesepensum auf zwei Papierstöße von zweieinhalb Fuß Höhe.

den wir verfolgten, und es war klar, daß wir ihn nicht ändern würden – zunichte gemacht. Ich sah, was kommen würde: Fortdauer des Konflikts, wachsende Gewalt und eines Tages – wahrscheinlich nicht sofort, sondern erst später, nach immer größerern Verlusten, Kosten und Zerstörung und Unruhe im eignen Land – Rückzug der USA und Herrschaft der Nationalen Befreiungsfront.

Ich war zwei Jahre zuvor nicht nach Vietnam gefahren, um dies zur Kenntnis zu nehmen – oder um die Unzulänglichkeit der amerikanischen Beamten, der Praktiken und des politischen Vorgehens festzustellen. Dieser Lernprozeß war ganz einfach die enttäuschendste und desillusionierendste Zeit meines Lebens. Ich war nach Vietnam gekommen, um zu lernen, aber auch, um etwas für unseren Erfolg zu tun; was ich lernte, war so bitter wie die Niederlage.

Aus diesen Beobachtungen in Vietnam folgerte ich jedoch nicht, daß die Absichten derjenigen, die die politischen Entscheidungen treffen, oder daß die Legitimität unseres ursprünglichen Engagements unglaubwürdig seien – trotz unserer offensichtlichen »Fehler«. Die Erklärung, daß die falsche Politik in Washington ihren Grund in den »mangelhaften« Informationen aus Vietnam hat, erschien – wenn man sie von der vietnamesischen Seite des Nachrichtenaustausches aus betrachtete – naheliegend. Es ist für die meisten Amerikaner nicht schwer zu vermuten, daß der Präsident optimistisch verfälschte Berichte von der Front erhält. In Vietnam *weiß* man, daß es so ist.

Bald verwandte ich viel Zeit darauf, persönlich zu den Kampfplätzen zu fahren und gelegentlich vietnamesische oder US-Truppen bei ihren Operationen im Dschungel oder auf den Reisfeldern zu begleiten und zu beobachten. Es gab einfach keine andere Möglichkeit, die Wahrheit zu erfahren, die von immer erfolgshungrigeren Hauptquartieren zurückgehalten wurde, wann immer Frontberichte einliefen.

In einem Brief vom April 1967 an Robert Komer, einen alten Kameraden, der nach Vietnam kam, um die Verantwortung für alle zivilen Maßnahmen zu übernehmen, machte ich auf dieses Problem aufmerksam:

> Was unbedingt geändert werden muß, ist der Zustand der *Unwissenheit* über Vietnam und unsere Probleme hier. Eine Unwissenheit die sich in Gesandtschaftskreisen über Jahre hinweg perpetuieren konnte …
>
> … Du solltest Dir Informationen aus all diesen Quellen verschaffen und darüber hinaus etwas dafür tun – was noch niemals ein hoher Verwaltungsbeamter in Amerika, der mit Vietnam zu tun hatte, getan hat – daß die bürokratischen Praktiken, die die Informationen verfälschen, eingedämmt werden. Du solltest Maßnahmen ergreifen für die *Bestrafung von Lügen,* Ausflüchten und das Zurückhalten

von Nachrichten. Du solltest keine Hemmungen haben, die informellen Informationskanäle ganz auszuschöpfen und die offizielle Berichterstattung zu kontrollieren; Befehlsinstanzen auch zu übergehen und Sonderbeauftragte als Informationsquellen einzusetzen; bei jeder Gelegenheit hart und drohend auf Militärs und Zivilisten zu reagieren, wenn a) gegenüber Dir und dem Präsidenten gelogen wird oder b) Untergebene ermutigt oder dazu angehalten werden, Dich oder den Präsidenten zu belügen.

Die Notwendigkeit, Lügnerei und Selbsttäuschung zu verhindern, war ein Punkt, der zu meinen »Erkenntnissen in Sachen Vietnam« gehört; ein noch wichtigerer war, daß die US-Regierung in bestimmten Situationen – Vietnam war dafür ein Beispiel – einfach nichts *dazulernt*. Es gab viele nahezu institutionalisierte Anti-Lernmechanismen, die den Effekt hatten, daß die inadäquaten und zu Mißerfolgen führenden Verhaltensweisen weiterhin erhalten und garantiert blieben: der schnelle Wechsel im Personal, das mangelnde Erinnerungsvermögen der Beamten in allen Institutionen und auf jeder Ebene; die Unfähigkeit, Geschichte zu studieren und die Erfahrungen mit verschiedenen Vorgehensweisen und Fehler zu analysieren; der Zwang zu optimistisch verfälschter Berichterstattung in allen Positionen, zu Beschreibungen der »Erfolge« anstatt der Probleme und Fehler; Mechanismen, die die Notwendigkeit, unsere Einstellung zu ändern, oder die Notwendigkeit zu lernen, nicht sichtbar werden ließen. Nun, der US-Regierung zum Lernen zu verhelfen – in diesem Fall zu lernen, wie man lernt –, war vielleicht etwas, was ich tun konnte; es war ja mein Beruf. Mittlerweile hatte ich Ende März ein Leberleiden bekommen und war bis Juni ans Bett gefesselt. Obwohl Komer und andere neue Beamte, die das Befriedungsprogramm Mitte 1967 übernehmen sollten, mich baten, zu bleiben, zwang mich mein Gesundheitszustand, mindestens sechs Monate lang den Kampfstätten fern zu bleiben. Unter diesen Umständen entschloß ich mich, in die Staaten zurückzukehren und dort meine Studien fortzusetzen.
Während der Vorbereitungen für meine Abreise aus Saigon im Mai 1967 schrieb ich an einen hohen Beamten des Verteidigungsministeriums, einen guten Freund von mir, und bat ihn, Minister McNamara zwei Forschungsprojekte persönlich vorzuschlagen: eine Anzahl von Fallstudien über das Kriegsgeschehen in Vietnam und eine Studie über amerikanische Entscheidungen auf höchster Ebene in Vietnam »nach dem Modell der Studie über die Skyboltkrise von Dick Neustadt«, einer bahnbrechenden Studie für Präsident Kennedy, an der ich 1963 informell mitgearbeitet hatte. Ich erklärte, daß ich bereit wäre, am ersten Projekt beratend mitzuwirken und am zweiten teilzunehmen bzw. es zu leiten, wenn mein

Gesundheitszustand es mir erlaubte. Ein paar Wochen später schlug Minister McNamara selbst seine historische Untersuchung vor und erwähnte Neustadts Skybolt-Studie als Vorbild. Ich verbrachte den Sommer damit, hohe Beamte in Washington »umzustimmen« und bemühte mich – ohne Erfolg – sie davon zu überzeugen, daß wir von unserer Unterstützungspolitik für Thieu in den kommenden Präsidentschaftswahlen in Vietnam abgehen und uns einer Politik des Rückzugs zuwenden sollten. Im Herbst war ich wieder bei Rand beschäftigt und arbeitete an der McNamara-Studie.

Meine eigenen theoretischen Interessen richteten sich schon immer eher auf Analysen als auf das »Geschichtenerzählen«, auf historische Berichte von Ereignissen und Entscheidungen. Aber für Analysen braucht man detaillierte Berichte, Fallstudien für Vergleiche und Verallgemeinerungen, und für Vietnam gab es das noch nicht. Sowohl meiner Gesundheit als auch meiner Interessen wegen wäre ich lieber zu einem späteren Zeitpunkt in das Projekt eingestiegen, wenn es das Stadium der Analyse erreicht haben würde; aber Leslie Gelb, der die Herstellung der Studie übernommen und nur wenige Leute zur Verfügung hatte, warnte mich; der Zugang zu den endgültigen Berichten für die weitere Analyse würde nur denjenigen gewährt werden, die sie selbst erarbeitet haben.

Zu all den Anti-Lernmechanismen, die im Kriegsgeschehen selbst wirksam sind, kommt durch den Entscheidungsprozeß auf höchster Ebene die Barriere der extremen Geheimhaltung hinzu. Meine früheren Studien über Entscheidungen in Krisensituationen hatten meine Überzeugung bestätigt, daß die Leistungen einer Regierung nur unter der Voraussetzung verbessert werden können, daß die Regierung Klarheit über sich selbst gewinnt, daß sie damit beginnt, systematisch ihre eigene »verborgene Geschichte« aufzudecken und zu analysieren. Einblicke in diese geheimgehaltene Vergangenheit gab es selten. Nun hatte plötzlich ein desillusionierter Minister, sechs Jahre nach dem Beginn eines Krieges, der verloren wurde und den man einst »seinen« Krieg genannt hatte, die Telegramme und Papiere einer ganzen Generation von Beamten aus allen Bereichen der Regierung zusammengesucht und in einen Raum neben seinem Büro in einem Safe aufgestapelt; hatte sie wochen- und monatelang – keiner wußte, wie lange – durchgearbeitet und dann vernichtet oder an ihren alten Platz zurück gebracht. Trotz der Bedenken, die einige Rand-Beamten gegenüber meinem Arbeitseinsatz für eine Studie, in die die Rand-Institution selbst niemals Einblick erhalten würde, zeigten, und trotz meines Gesundheitszustandes, der sich nur langsam

verbesserte, war ich der Meinung, daß ich die Aufgabe übernehmen müßte, einen Band dieser Studie zu schreiben. Ich nahm mir die politischen Schritte Kennedys von 1961 vor und begann die Pentagon-Akten aus den fünfziger Jahren durchzusehen.

Ich wußte wenig über die Periode von 1961 und wollte mehr wissen. Im Herbst 1961 – kurz vor der Taylor-Rostow-Mission, die ausführlich in »Der Mythos vom Sumpf und der Mechanismus des Patt« behandelt wird – war ich zum erstenmal in Saigon gewesen; zu einer Diskussionswoche, die im Rahmen des »Sonderausschusses zur Erforschung und Entwicklung des begrenzten Krieges« vom Verteidigungsministerium veranstaltet wurde. Was man uns damals über das Regime Ngo Dinh Diem erzählte, schien so aussichtslos zu sein als Basis für ein zusätzliches Engagement der USA, daß ich – nachdem ich bei Rand eine interne Notiz über das »Dilemma« der counterinsurgency geschrieben hatte – während der nächsten Jahre weder der counterinsurgency noch Vietnam viel Beachtung schenkte, als ich über die Probleme des Kriegs im allgemeinen, über internationale Krisen und die Nato-Politik arbeitete. (Ich verfolgte nicht einmal die Vietnam-Nachrichten in der Zeitung, bis ich Mitte 1964 als Special Assistant beim stellvertretenden Minister McNaughton hauptberuflich mit Vietnam beschäftigt war.) Als Präsident Kennedy nach der Taylor-Rostow-Mission beschloß, unser Engangement durch die Entsendung von Militärberatern[9] und andere Unterstützung zu verstärken, vermutete ich, daß er von Taylor und Rostow viel ermutigendere Berichte über die Lage und über die Angemessenheit solcher Maßnahmen erhalten hatte, als unsere Besuchergruppe auf Stabsebene. Das war nichts Ungewöhnliches; und diese Interpretation von Kennedys Entscheidung erschien auch in fast allen späteren Zeitungsberichten.

Die Hypothese, die ich also anhand der Daten von 1961 aufstellte, war die schon erwähnte, die meinen eigenen Erfahrungen vom Kriegsgeschehen in den Jahren 1965-67 entsprach. Es war vor allem das Modell vom »Sumpf«: daß nämlich optimistische Aktionsberichte und unbegründete Versicherungen der Berater in Washington Präsident Kennedy in seiner Meinung fälschlicherweise bestätigt hatten, daß der Kurs, zu dem man ihm geraten und den er gewählt hatte, richtig sei.

Ich wußte aus Zeitungsartikeln, daß beruhigende Einsatzberichte und optimistische Empfehlungen von seiten des Militärs von der Art, wie ich sie 1966-67 selbst erlebt hatte, charakteristisch waren, sowohl für 1962-63, wie für die späten fünfziger Jahre und für die Periode kurz

[9] Hier und im folgenden bezieht sich »Berater« auf die amerikanischen Militärberater in Vietnam.

vor Dien Bien Phu. Wie viele andere vermutete ich, daß dies ebenso auf die kritischen Jahre des Eingreifens zutraf: auf die französischen Bemühungen von 1950, Diem 1954 und das Jahr 1961. Ich wußte, von meinem Jahr im Pentagon, daß die Hypothese für die Jahre 1964-65 nicht gelten konnte, hielt es jedoch für eine Ausnahme. Das war falsch.

Was ich stattdessen beim Studium der Telegramme und Notizen in den Safes erkannte, habe ich im wesentlichen in dem Aufsatz »Der Mythos vom Sumpf und der Mechanismus des Patt« dargelegt. Als Ausgangspunkt dieser analytischen These – eines der Hauptresultate meiner Forschung – habe ich in einem Arbeitsbericht, den ich im November 1967 für Gelb schrieb, genannt: »die grundlegenden Diskrepanzen zwischen der Politik des Präsidenten im November und Dezember 1961 und der Politik, die von den Beratern auf höchster Ebene – sowohl im Außen- wie im Verteidigungsministerium – empfohlen wurde.« Dort heißt es weiter:

Tatsächlich machte der Präsident das US-Engagement in bezug auf bereits festgesetzte Ziele wieder geltend und erweiterte unseren Einsatz beträchtlich durch die Vermehrung der Militärberater und militärische Unterstützung, während er auf *jede* Maßnahme verzichtete, die von diesen oder jenen Ratgebern als *unbedingt notwendig* für einen Erfolg bezeichnet worden war: d.h. *US-Streitkräfte in Vietnam;* administrative und politische Reformen in Vietnam, Veränderungen in der Kommandostruktur der Vietnamesischen Streitkräfte; Verstärkung des amerikanischen Drucks oder der Zusammenarbeit im Entscheidungsprozeß; oder US-Streitkräfte in Laos.

Man braucht derartige Entscheidungen des Präsidenten nicht für paradox oder absurd zu halten, so als ob die Meinungen seiner Ratgeber als etwas Selbstverständliches akzeptiert werden müßten. Im Gegenteil. Wäre er ihrem Rat gefolgt, hätte er sich für die Streitkräfte entschieden, so hätte das wahrscheinlich um so schneller zu den kostspieligeren Fehlschlägen geführt, die man, ganz korrekt, als das Resultat unseres Engagements vorausgesagt hatte, wenn man diesem Rat *nicht* folgen würde. Man kann also nicht behaupten, daß die Lagebeurteilung des Präsidenten besser oder schlechter als die seiner Ratgeber war. Aber sie war eindeutig *anders.*

Offensichtlich war die Rolle des Präsidenten keine passive; er war nicht »nachlässig« oder verantwortungslos. Sie ließ nicht einmal Anzeichen von bürokratischem Druck erkennen oder beschönigender Berichterstattung oder von Versicherungen, daß sein einmal eingeschlagener Kurs angemessen sei. Entgegen den meisten öffentlichen Berichten fehlten die letzten beiden Momente 1961 ganz. Zu meiner Überraschung

stellte ich beim Durchsehen der alten Geheimdienstakten fest, daß sie auch 1950 und 1954/55 fehlten. Ich wußte bereits, daß Ende 1964 und Anfang 1965 weder Optimismus noch Selbstsicherheit vorherrschten; jenes Jahr erwies sich, was gar nichts Außergewöhnliches war, als ein Jahr der Krise und Eskalation. In all diesen Jahren der Entscheidung war das hervorstechendste Merkmal, das ich durch die internen Dokumente entdeckte, die persönliche Verantwortung des Präsidenten für die gewählte Politik. Und in allen Fällen, wie auch im Jahre 1961 wurde dieses Faktum vor der Öffentlichkeit durch irreführende Berichte über die interne Struktur der Beratung und die Prognosen, die angeblich die Grundlage seiner Entscheidungen bildeten, verschleiert.[10]

Was auch immer jeder Präsident persönlich glaubte, aufgrund seiner Entscheidungen erreichen zu können, es unterschied sich auf alle Fälle von den vorliegenden Lagebeurteilungen und von vielen der Ratschläge, die in jenen Jahren vorgetragen wurden; das konnte nicht einfach Ergebnis von bürokratischem Überschwang oder von Betrug sein. In der Tat standen dem Präsidenten in jedem dieser Krisenjahre – im Gegensatz zu den dazwischenliegenden Jahren – genug realistische Geheimdienstanalysen und sogar Einsatzberichte zur Verfügung, so daß es kaum vorstellbar ist, daß *mehr* wahrheitsgemäße Informationen oder gar Pessimismus seine Entscheidungen in irgendeiner Weise hätten anders beeinflussen können.

Heißt das also, daß keine der Lügen gegenüber dem Präsidenten ins Gewicht gefallen ist? Oder daß sie vor allem die Irreführung von Kongreß und Öffentlichkeit seitens der Präsidenten widerspiegelten und beförderten? Wenn jedem Präsidenten zum Zeitpunkt der Eskalation mitgeteilt worden wäre – wie es die Dokumente erkennen lassen –, daß seine Anordnungen aller Wahrscheinlichkeit nach das Problem nicht lösen würden, was hätte er dann tun sollen? Warum tat er nicht mehr – oder weniger? Und warum betrieb jeder Präsident die Irreführung von Kongreß und Öffentlichkeit hinsichtlich seiner Ziele und Informationen?

Für jedes dieser Jahre ließen sich spezifische, *ad hoc*-Gründe finden, die eine ausreichende Erklärung für die Entscheidung des Präsidenten

[10] Darin bestand auch der wesentliche Charakter der Irreführung, die die Nixon-Regierung vor kurzem betrieb und die in den »Anderson Papers« über die Rolle des Präsidenten in bezug auf den Krieg zwischen Indien und Pakistan dargestellt wurde. Die Öffentlichkeit wurde weniger über das, was der Präsident tat, getäuscht als über den Grund seines Handelns und die Zwecke, die er verfolgte und auf welchen Rat hin er handelte. Insbesondere betraf die Irreführung die Diskrepanz zwischen seinen Ansichten und den Einschätzungen seiner Ratgeber. Man belog also die Wählerschaft darüber, was in Zukunft von ihm zu erwarten ist und wie seine Urteile und die Analysen seiner Ratgeber zu bewerten sind.

in diesem speziellen Fall lieferten. So betonte meine Studie[11] über die Entscheidungen des Jahres 1961 unter anderem Kennedys nachdrücklichen Wunsch im Herbst, die fortdauernden Verhandlungen mit Laos weder in Hanoi (durch den Einsatz von US-Kampftruppen in Vietnam) noch im Pentagon (durch ein Einfrieren unseres Engagements in Vietnam) in Mißkredit zu bringen. Doch bei der Aufarbeitung weiterer Bände der Pentagon Papiere galt es eine Erklärung zu finden für das wiederholte Auftreten von ähnlichen Krisen, von ähnlichen Alternativen und Strukturen der Entscheidung, Verantwortung und Irreführung seitens des Präsidenten, die die Regierungszeit von vier Präsidenten durchzogen. Eine zusammenhängende Erklärung schien erforderlich. Ich bemühte mich, bei der Rand Corporation 1968 und 1969 während der Arbeit an einem vom Verteidigungsministerium begründeten Projekt, herauszufinden, was es bedeutet, allgemeine »Lehren aus Vietnam« zu ziehen, die Regierungspolitiker irgendwann und irgendwo in der Zukunft befolgen könnten. Ich hatte damals noch nicht eingesehen, daß es die Macht und die Praktiken der Exekutive selbst und der sie tragenden Interessen waren – und zwar viel eher als eine Informations- und Verständnislücke innerhalb der Exekutive – , die den Krieg weitertrieben.
Nachdem ich 1967 zu der Schlußfolgerung gelangt war, daß wir in Vietnam scheitern würden, setzte ich mich aktiv für eine Beendigung unseres Engagements ein. Ich tat es als Staatsbürger; aber aufgrund meiner Stellung arbeitete ich hinter den Kulissen und fast ausschließlich mit amtierenden und künftigen Beamten der Exekutive und ihrem Personal; es waren auch einige Präsidentschaftskandidaten und ihre Berater dabei und 1968 schließlich bemühte ich mich auch beim Nationalen Sicherheitsrat des künftigen Präsidenten.
Weihnachten 1968 flog ich mit zwei Rand-Kollegen nach New York zu einer Diskussion mit Henry Kissinger, die im Büro des künftigen Präsidenten im Hotel Pierre stattfand. Kissinger hatte Anfang Dezember gefordert, daß Rand dem neuen Präsidenten eine Reihe politischer »Alternativen« bezüglich Vietnam unterbreiten sollte, und ich hatte die Aufgabe übernommen, sie abzugrenzen und die Arbeit zu koordinieren.
Im Januar bildete die zweite Version der »Alternativen«, die ein Rand-Kollege herausgegeben hatte, die Grundlage für die erste Diskussion der Vietnam-Politik bei der Eröffnungssitzung des Nationalen Sicherheitsrats in der neuen Amtsperiode. Rückblickend erhält eine der

[11] Anfang 1968 wurde die Studie abgeschlossen und, wie die meisten Bände, von einem zweiten Gutachter für den Schlußbericht erheblich revidiert. Vgl. PP, II, »The Kennedy Commitments and Programs, 1961.«, S. 1–127.

wesentlichen Differenzen zwischen den beiden Entwürfen, die auf Anweisung Kissingers gemacht wurden, eine besondere Bedeutung. Fünf Rand-Kollegen hatten früher einmal für die letzte Regierung eine Politik des »Rückzugs« entwickelt und vorgeschlagen – eine Verpflichtung der USA zum einseitigen totalen Rückzug an einem festgesetzten Datum. Ich selbst hielt nichts von einer solchen Politik vor dem Beginn von Verhandlungen. Ich zog es vor, in Paris die Möglichkeiten eines vereinbarten gemeinsamen Rückzugs der amerikanischen und nordvietnamesischen Truppen zu prüfen; trotz der Bedenken, die Kissinger äußerte, legte ich dennoch ihren Entwurf mit dem Für und Wider der Empfehlung zu den übrigen Vorschlägen. Seine Bedenken verstärkten sich, als ein militärischer Berater des künftigen Präsidenten sich weigerte, überhaupt einen Kommentar zu dieser Alternative abzugeben; auf Kissingers Anraten hin wurde sie aus der zweiten Ausgabe, die dem Nationalen Sicherheitsrat vorgelegt wurde, einfach gestrichen. Auf diese Weise machte jede dieser »vollständigen Phalanx von Alternativen« – wie die Studie der Presse gegenüber bezeichnet wurde – die im Januar formell von der neuen Regierung erwogen wurde, den Rückzug der USA von Entscheidungen in Hanoi und Saigon abhängig, ohne eine Politik auch nur zu erwähnen, die den Rückzug garantierte: eine Politik, die zwanzig Monate später von 73% der Wähler unterstützt wurde.

Inzwischen, d.h. im Januar 1969 hatte Kissinger einen Fragenkatalog verschickt, den ich ausgearbeitet hatte, um die wesentlichen Streitpunkte und Kontroversen zwischen den mit Vietnam befaßten Dienststellen ans Licht zu bringen. Es wurde »National Security Study Memorandum No. 1« (NSSM-1: die erste einer Serie von Studien für den Präsidenten, die mittlerweile auf mehr als hundert angewachsen ist) genannt. Den ganzen Februar über las ich im Haus der Exekutive die Antworten, mehr als tausend Seiten – und half bei der Zusammenfassung für den Präsidenten.

Ende 1968 und Anfang 1969 war eine Zeit der Ruhe auf Seiten des Feindes, und somit – entsprechend der B-Phase, wie sie in »Der Mythos vom Sumpf und der Mechanismus des Patt« beschrieben wird – eine Periode des Optimismus in den Spitzen des Außen- und Verteidigungsministeriums. Aber wie immer gab es andere, die pessimistischer waren – oder, wie ich und andere glauben, realistischer – , die auf niedrigerer Ebene oder in Abteilungen arbeiteten, die nicht die Hauptverantwortung trugen und die sich deshalb auch nicht ihre »eigenen Beurteilungen« ausstellten, wenn sie sich zu den »Erfolgen« äußerten. Durch diese an alle Abteilungen getrennt gerichteten Umfragen kamen diese negativen Ansichten zum Vorschein, die sonst verborgen geblieben wären.

Kein Präsident, der in das Vietnam-Problem verwickelt war, ist je zuvor in ähnlicher Weise so direkt mit widersprüchlichen und vagen Positionen, mit Beschränktheit und Schwäche der Kenntnisse und Hoffnungen in seinen Abteilungen konfrontiert worden. Kissinger zitierte vor kurzem die Studie NSSM-1:[12] »Wir sahen, wie unwissend wir waren.« Und das war genau der beabsichtigte Effekt. Welche Bedenken ich auch immer haben mochte, für Richard Nixon zu arbeiten – die, was Vietnam anbetraf, nicht so schwerwiegend waren, da ich hoffte, daß er, großzügiger als es einem Demokraten möglich wäre, vom alten Kurs abgehen könnte – bei diesem Unternehmen hatte ich keine Bedenken. Dem Präsidenten zu besseren Informationen zu verhelfen – und wenn es wenigstens dazu führte, daß er sich über einige Angelegenheiten nicht mehr so sicher war – schien mir der effektivste Dienst zu sein, den ein Forscher seinem Land erweisen konnte; und zwar unabhängig davon, ob es um das Problem ging, wie man aus Vietnam herauskommt oder um die Frage, wie man dort siegen kann.

Die Studie »Lehren aus Vietnam«, die ich im Frühjahr 1969 weiterführte, enthielt unter anderem »Kriterien, die gegen eine Intervention sprechen«, Warnsignale für Engagements, die wir vermeiden oder beenden sollten. Die Frage: »Wie hätten wir in Vietnam siegen können?« besaß bis zu diesem Sommer immer noch eine gewisse intellektuelle Anziehungskraft. Ebenso die dazugehörigen Fragen: »Was hätten wir tun können, um die Erfolgschancen zu erhöhen? Wann hätten wir damit beginnen müssen? Falls bestimmte Ziele unerreichbar sind – zumindest ab einem gewissen Zeitpunkt – welche weniger hochgesteckten Ziele hätten die Präsidenten vernünftigerweise stattdessen anstreben sollen?«

Diese Fragen habe ich neben anderen in einem Arbeitspapier im Juli und August 1969 mit dem Titel »Unerreichbare Ziele und die Strategie des Patt« angesprochen. Sie offenbaren zu diesem Zeitpunkt noch, was Richard Barnet als ein typisch amerikanisches Vorurteil bezeichnet hat. Um seine deutliche Sprache zu zitieren: »Das Ziel der amerikanischen Nation ist stets der Sieg.« Ich war zu jener Zeit im Begriff, meine Ansichten grundlegend zu ändern – einer unter vielen Gründen war, daß ich die Pentagon Papiere bereits frühzeitig ganz gelesen hatte – so daß die Gedanken dieses Aufsatzes das Ende einer Periode meiner persönlichen Entwicklung ausdrücken.

Die Schrift beginnt wie ein Roman: mit einem Gespräch, das ich mit dem französischen General André Beaufre (auf einer Konferenz mit an-

[12] *Newsweek,* 7. Februar 1972, S. 15.

deren Taktikern des Kalten Krieges, Mitgliedern des Institute of Strategic Studies) in Oxford im September 1968 geführt hatte:

Der General gehört einer westlichen Armee an, die vor fünfzehn Jahren von asiatischen Kommunisten besiegt worden war; von eben jenen asiatischen Kommunisten, die in demselben Land die Angriffe der USA abwehren – in einem Krieg, aus dem der Amerikaner gerade zurückgekehrt ist. Der Amerikaner hört also aufmerksam zu.
»1950, bat mich De Lattre de Tassigny, mit ihm nach Indochina zu gehen. Ich lehnte ab. Er fragte mich nach meiner Meinung über seine Aufgabe. Ich erwiderte: ›Mon général, Sie sollten hier bleiben. Sie werden dort Ihren guten Ruf und Ihre Gesundheit einbüßen‹«.
»Und weiter?«
»Er ging. Und ich ging mit ihm. Seinen guten Ruf hat er nicht verloren. Aber er starb.«
Der General ist demnach ein Beamter, der seinem Vorgesetzten unliebsame Wahrheiten unterbreitet; jemand, der sich einen verlorenen Krieg vorstellen und ihn vorhersagen kann. Seltene Qualitäten, die sicherlich in der französischen Armee nicht höher geschätzt werden als in der amerikanischen. (»Oh nein, meine Ansichten waren beim Stab nicht populär«, sagte der General). Aber wie kam es, daß er so weise war? Woher hatte er dieses Wissen?
»Ich war ja dort, 1947. Zuerst habe ich es natürlich nicht gemerkt. Aber nicht viel später, noch vor 1950, erkannte ich, daß es für uns zu spät war. Die Vietnamesen, mit denen wir uns hätten verbünden können, um das Volk zu vereinigen und den Kommunisten entgegenzutreten, waren mittlerweile tot. Der kommunistische Apparat war zu groß geworden und hatte schon zu viel Einfluß ... Wir konnten ihn nicht mehr besiegen.«
»Wann hatten Sie Ihre letzte Chance. Ab wann war es zu spät?«
»1947. Spätestens. Vielleicht 1946.«
1946? Am Ende jenes Jahres hatte Frankreich den Kampf begonnen. Sie haben noch sieben Jahre lang gekämpft.
Der Amerikaner denkt an seinen Krieg, den Krieg der Amerikaner, der vier oder fünf Jahre oder ein Jahrzehnt nach 1946 – je nachdem wie man rechnet – begonnen hat.
»In welchem Jahr war es denn dann für die Amerikaner zu spät, wenn es das jemals war?«
»1947.«

Ich schloß folgenden Kommentar an:

1961 hätten die meisten amerikanischen Beamten – ich schließe mich selbst nicht aus – gewußt, wie diese Bemerkung zu interpretieren ist: Sie hätten sie überhört. Damals hätte es geheißen, daß ein Franzose behauptet: Was die Franzosen nicht schaffen, schaffen die Amerikaner wohl auch nicht. 1968 verlangte seine Vorhersage jedoch mehr Beachtung; sogar wenn sie von einem französischen

General kam, besonders, da er 1950 offensichtlich recht gehabt hatte. Achtzehn Jahre später stellte sich heraus, daß die Unterschiede zwischen uns und den Franzosen letztlich doch nicht so groß waren.

In meinem Aufsatz vertrat ich die Ansicht, daß die langfristigen Ziele, die vier Präsidenten in Indochina verfolgt hatten, immer unerreichbar gewesen waren – der dauerhafte Ausschluß der Kommunisten Indochinas aus der legalen Politik und endlich die Zerschlagung ihrer Organisationen. Das wahrscheinlichste Resultat ihrer Bemühungen war auch eingetreten: die Niederlage im Norden und das Patt im Süden.[13] Später gelangte ich zu der Schlußfolgerung, daß wahrscheinlich alle Präsidenten es dennoch, den geringen Aussichten zum Trotz, versuchen würden; aus Gründen, die in den folgenden Essays dargelegt werden. Ich erkannte also die beiden Komponenten, aus denen sich der »Mechanismus des Patt« ergab: in Vietnam ein Konflikt, der den USA bei einer Intervention die Möglichkeit eines Patt eröffnet, aber mit ziemlicher Sicherheit auch nicht mehr; in Washington wiederum die Bereitschaft jedes Präsidenten, lieber ein Patt als eine Niederlage in Kauf zu nehmen.
Damit soll nicht gesagt werden, daß die vier Präsidenten, inzwischen sind es fünf, dies alles voraussahen. Wahrscheinlich akzeptierten oder begriffen sie nicht ganz die langfristige Logik des »Mechanismus des Patt«, obwohl für sie all seine Momente – einleuchtend, wenn man die handfesten Beweise bedenkt – kenntlich waren;[14] obwohl es zeitweise Berater gab, die den Prozeß in mancher Hinsicht voraussahen.
Während der Abfassung dieses Aufsatzes stellte ich mir immer noch die Frage, ob ein weniger hochgestecktes Ziel nicht hätte erreicht werden können – z. B. den Einfluß der Kommunisten allein im Süden *einzudäm-*

[13] Als theoretische Schlußfolgerung ist dies mehr als die bloße Anerkennung einer Tatsache, obgleich es in dem vorliegenden Buch keine Entsprechung zu dem oben genannten Memorandum gibt. Ich argumentierte folgendermaßen: Es gibt historische, kulturelle und politische Unterschiede zwischen der südlichen und nördlichen Region Vietnams, die es den Franzosen und Amerikanern »erlaubten«, im Süden ein dauerhaftes Patt bei erträglichem Aufwand zu erreichen; die andersgeartete Struktur des Konflikts im Norden dagegen würde für sie zu viel höheren Verlusten und zur Niederlage führen; und dies wäre sicherlich auch passiert, wenn die USA 1954 mit Truppen und Flugzeugen den Kampf begonnen hätten – wie Nixon und Dulles es wollten – oder nukleare Waffen eingesetzt hätten, wie es General Radford vorgeschlagen hatte.
Diese Unterschiede wären auch heute noch wirksam, so daß eine Invasion in Nordvietnam – die im Frühjahr 1968 und vielleicht auch Anfang 1971 in Erwägung gezogen worden war – eine Katastrophe zur Folge hätte, die nicht einmal mit dem gegenwärtigen Ausmaß des Konflikts vergleichbar ist.

[14] Dies ist einer der Kritikpunkte in Arthur Schlesinger Jr., »Eyeless in Indochina«, wo er »The Quagmire Myth ...« bespricht *(The New York Review of Books,* 21. Oktober 1971). Ich habe meine Ausführungen entsprechend geändert, da ich die Kritik für stichhaltig erachte.

men, ohne die Präsenz von US-Truppen. Auch zu diesem Punkt gab ich am Schluß des Aufsatzes ein ähnlich entmutigendes Gespräch wieder wie am Anfang; es mag verwundern, daß ich es mit General Lansdale führte, dem ehemaligen Leiter meines Teams, mit dem ich Ende 1968 über dieses modifizierte Kriegsziel gesprochen hatte, nachdem ich ihm von meiner Unterhaltung mit Beaufre erzählt hatte:

Der General ist ein Amerikaner ... Seine Ansichten sind anders als die der meisten amerikanischen Generale und Politiker. Er weiß mehr über Vietnam als jeder von ihnen. »Nein, dafür war es 1956, glaube ich, nicht zu spät. 1958 und 1959 wurde es brenzlich: Vielleicht war es schon zu spät, wenn ich es jetzt überdenke. Aber sogar 1961 dachte ich, daß es noch eine Chance gäbe ... Andererseits – ich bin mir nicht mehr sicher. Ihr Franzose hat vielleicht recht, sogar was den Süden anbetrifft. Ich kann nicht mit Sicherheit sagen, daß er nicht recht hat.«
»Wann wurde es denn nun zu spät für uns, ein solches Ziel zu erreichen?«
»Im Januar 1964: mit dem Staatsstreich von Khanh. Die Minh-Regierung hatte einige Möglichkeiten. Der Staatsstreich von Khanh machte sie zunichte. Und als die Amerikaner gegen Juni 1965 anfingen, die Dörfer unter Beschuß zu nehmen, wozu sie nahezu gezwungen waren, war alles gelaufen. Ich wußte, daß es danach keine Hoffnung mehr geben würde.«
Wie bei dem Franzosen überschnitten sich ironischerweise die Daten für diesen Amerikaner und für mich. Die »letzte Frist« für eine günstige Lösung lief mindestens ein Jahr *vor* dem amerikanischen Eingreifen ins Kampfgeschehen ab ... Sie war »vertan«, einige Monate bevor der amerikanische General seinen Auftrag bekam und zurück nach Vietnam ging; und mich mitnahm.

Dies schrieb ich im August 1969: fünf Jahre vor den Ereignissen im Golf von Tonking, als ich im Verteidigungsministerium war; vier Jahre vor dem Monat, in dem ich mit General Lansdale nach Vietnam ging: zwei Jahre, nachdem ich zurückgekommen war, um an der McNamara-Studie zu arbeiten. Der August des Jahres 1969 war der Monat – Rands eidesstattliche Erklärung vor einem Gericht in Los Angeles erinnert mich daran –, in dem ich die letzten Bände der Pentagon Papiere nach Santa Monica zurückbrachte; der Monat, in dem ich las, was ich bis zum Schluß zurückgestellt hatte: die ersten Bände, die die Zeit von 1945 bis 1954 behandeln, den ersten Indochinakrieg, General Beaufres Krieg. Es sollte der letzte Monat sein, in dem ich mir in meinen Schriften die Frage stellte, wie wir den Krieg in Vietnam hätten gewinnen können.
Wenn ich jetzt meine Analysen aus der Zeit vor 1969 wieder ansehe – und die Schriften anderer Strategen, sowie die offiziellen Erklärungen –, so überrascht mich der stillschweigende, nicht hinterfragte Glaube an

unser *Recht* auf einen »Sieg«, wie wir ihn (d. h. der Präsident) verstehen;[15] oder wenigstens an ein Recht, den Krieg weiterzuführen, um eine »Niederlage zu vermeiden«; oder – wenn es ganz schlimm kommt – zumindest geschickt, heimlich und langsam zu verlieren: Alles, sogar das letzte, sollte mit unzähligen Todesopfern bei den Asiaten erkauft werden; ein Tribut, dem unsere Politik keine Grenzen setzte.
Dieser Glaube war im August/September 1969 für mich gestorben, als ich meine Lektüre über den Ursprung des Krieges beendet hatte: nicht nur der Pentagon Papiere, sondern auch der Bücher, auf die mich Beaufre aufmerksam gemacht hatte.[16]
Das Nachdenken über die Anfänge unserer direkten Unterstützung im Jahre 1950 – im Zusammenhang mit der Weltpolitik und der US-Innenpolitik dieser Zeit – hat mich auf die wiederkehrenden Motive und Muster politischer Entscheidung verwiesen; eine Erkenntnis, die allen Essays in diesem Buch zugrundeliegt. Wie auch in späteren Jahren demonstrierten die Geheimdienstanalysen für die hohen Beamten der Truman-Regierung in aller Klarheit das wahrscheinliche Patt der französischen und amerikanischen Intervention. Wie auch in späteren Jahren wurden diese Beurteilungen der Lage der Öffentlichkeit vorenthalten. Der Präsident mußte also – wie jeder seiner Nachfolger in ähnlichen Situationen –, insbesondere im Mai 1950, als seine Entscheidung gefallen war, direkt in den Krieg einzugreifen, die schwere Verantwortung für

[15] Durch Noam Chomskys *American Power and the New Mandarins*, (New York, 1970) bin ich wohl zum erstenmal mit diesem moralischen Grundsatz von US-Beamten, den ich ebenfalls akzeptiert habe, konfrontiert worden.

[16] Vor allem: John T. McAlister Jr., *Vietnam: The Origins of Revolution* (Princeton, 1969); Jean Lacouture – Philippe Devillers, *The End of a War* (New York 1969); vgl. auch Donald Lancaster, *The Emancipation of French Indochina* (London, 1961). Es ist bemerkenswert, daß das Buch von Devillers-Lacouture über die Genfer Verhandlungen, das 1960 in Frankreich erschienen ist, neun Jahre bei uns nicht zugänglich war, dann mitten in den Pariser Verhandlungen erschien. Doppelt so lange dauerte es, bis ein Drittel des Klassikers von Paul Mus, *Vietnam: sociologie d'une guerre* (1952) zum erstenmal erschien (In: John T. McAlister Jr. – Paul Mus, *The Vietnamese and their Revolution*, New York, 1970). Bis zum heutigen Tag ist Philippe Devillers Hauptwerk, *Histoire du Vietnam de 1940 à 1952* (Paris, 1952) nicht übersetzt worden, und die *meisten* Werke zitieren es ebensowenig wie die Arbeit von Devillers und Lacouture. Man kann getrost behaupten, daß Amerikaner, die ein Amt bekleiden, kaum Bücher lesen und schon gar nicht französische. Kein Beamter vom Rang eines Deputy Assistant Secretary aufwärts (ich schließe mich ein) hätte eine Zwischenprüfung über moderne vietnamesische Geschichte bestanden, wenn es darüber überhaupt Lehrveranstaltungen geben sollte. (Bis vor kurzem gab es nur zwei offizielle Professoren in Amerika, die Vietnamesisch sprechen; inzwischen sind es – wie ich glaube – drei.) Liegt in diesem Versäumnis, von den Franzosen etwas zu übersetzen oder zu lernen die Wurzel der fast absoluten Ignoranz in bezug auf den ersten Indochina-Krieg bei den amerikanischen Beamten – oder ist darin ein weiteres Symptom für die Haltung zu sehen, die davon ausgeht, daß »man das nicht zu wissen braucht«?

das nachfolgende blutige Patt und die spätere »Krise« übernehmen. Warum alle Präsidenten in ähnlicher Weise wie er die Verantwortung auf sich geladen haben, ist eine Frage, mit der sich ein Großteil dieses Buches auseinandersetzt. Aber diese ersten Bände haben mich nicht nur gelehrt, diesen Prozeß zu begreifen. Die moralischen Implikationen der Entscheidungen unserer Präsidenten könnten nirgends klarer ins Auge fallen oder der Kritik ausgesetzt sein als in den Dokumenten der frühesten Periode von 1945 bis 1948, als die Vietnamesen ihren Kampf um die Aufrechterhaltung der eben erst verkündeten Unabhängigkeit begannen.
Hoang Van Chi – ein vietnamesischer Freund, der Berater bei Rand war[17] – hatte im Frühjahr 1969 zu mir gesagt: »Du mußt verstehen, daß wir – in den Augen aller Vietnamesen – unsere Unabhängigkeit im März 1945 erlangt haben und daß die Franzosen versucht haben, uns zwei Jahre später im Norden *wieder zu unterwerfen.*« Ich habe damals eigentlich nicht verstanden, was er meinte; ich fürchte, daß keiner der amerikanischen Beamten, mit denen ich zusammengearbeitet habe, es verstanden hätte. (Die Japaner hatten im März 1945 die französischen Besatzungstruppen interniert, und Kaiser Bao Dai erklärte fünf Monate später die Unabhängigkeit; offiziell übergab er Ho Chi Minh die Regierungsgeschäfte.) Nach dem Sommer war mir diese Geschichte vertraut. Ich ersuche alle amerikanischen Leser dringend, sie in den zitierten Werken nachzulesen.
Zwei Zitate könnten als Motto über allen Pentagon Papieren stehen: Das erste ist Ho Chi Minhs düstere Bitte an Jean Sainteny vom Herbst 1946 in Frankreich, nachdem die Verhandlungen beendet waren, in denen Ho alle Ehren eines Staatsoberhaupts zuteil geworden waren, ohne daß er jedoch Garantien erhalten hatte, daß Frankreich seine schriftlichen Vereinbarungen vom 6. März (für Frankreich unterzeichnete Sainteny) einhalten und das Referendum durchführen würde. »Lassen Sie mich nicht von diesem Weg abgehen. Bewaffnen Sie mich zum Schutz gegen die, die mich überwältigen wollen. Sie werden es nicht bereuen ... Wenn wir kämpfen müssen, werden wir kämpfen. Sie werden zehn von uns töten, aber wir werden einen von ihnen töten. Und am Ende sind sie diejenigen, die nachgeben.«[18]
So unser zukünftiger »Feind« im September 1946. Aber die offiziellen

[17] Der Autor von *From Colonialism to Communism* (New York, 1964), einer wichtigen Quelle für die Beurteilung der kommunistischen Machtergreifung in Nord-Vietnam. Hoang Van Chi war bis 1954 ein Beamter des Viet-Minh im Norden, diente dann unter Diem; später arbeitete er für USIA (United States Information Agency).
[18] Jean Sainteny, *Histoire d'une Paix Manquée: Indochine 1945–1947* (Paris, 1953).

Prognosen in einem unserer internen Memoranden sind für uns nicht weniger erschreckend. Am 19. Dezember 1946 – ein Monat nach jenem »Zwischenfall«, bei dem französische Kriegsschiffe, Flugzeuge und Artillerie Wohngebiete in Haiphong zerbombt und mehr als sechstausend Zivilisten[19] getötet hatten – brachen Kämpfe in Hanoi aus: Die Franzosen begannen damals, den – für die Nachkriegszeit wohl beispiellosen – Versuch, ihre frühere Kolonie militärisch zurückzuerobern. Vier Tage später, am 23. Dezember 1946, sandte John Carter Vincent, der Direktor des Bureau of Far Eastern Affairs, eine Notiz an den stellvertretenden Außenminister Dean Achesan:

Obwohl die Franzosen in Indochina weitgehende schriftliche Zugeständnisse an die Vietnamesen, was ihren Wunsch nach Unabhängigkeit anbetrifft, gemacht haben, zielten die Franzosen an Ort und Stelle darauf, die Macht und das Territorium des »freien Staates« Vietnam zu beschneiden. Die Vietnamesen haben weiterhin Widerstand geleistet. Gleichzeitig haben die Franzosen zugegeben, daß ihre militärische Stärke nicht ausreicht, um das Land zurückzuerobern. Kurz, die Franzosen haben ohne die nötige Stärke, im Widerspruch zur öffentlichen Meinung und mit einer Regierung, die durch interne Spaltungen nahezu handlungsunfähig geworden ist, in Indochina etwas zu erreichen versucht, was England – obwohl stark und einig – in Burma für unklug hielt. Unter den gegebenen Umständen *kann der Guerillakrieg endlos weitergehen.* (PP, I, 29, Hervorhebungen nicht im Original.)

Ein Vierteljahrhundert später, 1971, in der Woche vor Weihnachten konnte man in einem Artikel der *New York Times*[20] eine Beschreibung dessen lesen, was Fred Branfman an anderer Stelle den »Dritten Indochinakrieg« genannt hat: der Krieg der Luftminen und Bomben, das »automatische, elektronische Schlachtfeld« *über* Indochina, das weitgehend den Krieg der amerikanischen Angriffe zu Lande und der ehemaligen amerikanischen Verlustrate von eins zu zehn abgelöst hat. Aber auf der Titelseite derselben Ausgabe stand eine seltsame Notiz; eine Geschichte

[19] Vgl. McAlister, op. cit., S. 287. Der Teil eines offiziellen Telegramms – vom 17. Dezember 1946, damals »geheim« –, der auf diese Vorfälle einging, wurde nicht in die freigegebene McNamara-Studie aufgenommen. Vgl. GPO, 8, 88. Die Lücke auf dieser Seite – auf die der zerstückelte Satz folgt: »... klar, daß bei einem anderen französischen Befehlshaber in Haiphong als Colonel Debes, der für Korruption und Brutalität bekannt war und zugegeben hatte, daß er seine eigenen Truppen nicht unter Kontrolle halten könne, die Schwierigkeiten auf den ursprünglichen Vorfall beschränkt geblieben wären« – legt beredtes Zeugnis ab von der Mühe, die sich unsere Geheimdienstoffiziere geben, um die unangenehmen Tatsachen der letzten fünfundzwanzig Jahre, seitdem unser Krieg begann, vom amerikanischen Bewußtsein fernzuhalten.

[20] »Sensors Don't Bleed« von Herbert Mitgang. *New York Times* vom 20. Dezember 1971, S. 35.

mit dem Titel: »Hanoi leistet der US-Luftwaffe Widerstand.« Sie fing folgendermaßen an: »Der amerikanische Luftkrieg in Indochina ist in eine neue Phase eingetreten – der Konfrontation amerikanischer und vietnamesischer Flugzeuge« (in den vorangegangenen zwei Tagen waren vier US-Flugzeuge über Laos und Vietnam abgeschossen worden. Später ließ der Präsident tausend US-Bomber fünf Tage lang gegen Nord-Vietnam fliegen; der erste Tag war der Tag nach Weihnachten; der schwerste Angriff seit 1968).[21] Der langatmige *Times*-Artikel über diese »neue Phase« schloß: »Ein junger Pilot in Danang faßte seine Erfahrungen folgendermaßen zusammen: ›Wir werfen weiterhin Bomben und unterschätzen weiterhin die Klugheit unseres Gegners. Wenn wir etwas ausprobieren, entwickelt er eine Gegentatik und so geht das immer weiter.‹« Das Datum: Saigon, 19. Dezember 1971 – der fünfundzwanzigste Jahrestag des Indochinakrieges.
Einige andere Zitate aus den Pentagon Papieren der Truman-Ära: Aus einer politischen Erklärung des Außenministeriums zu Indochina vom 27. September 1948,[22] anderthalb Jahre, bevor wir – für die nächste Generation – die sogenannte »Last der Intervention« auf uns genommen haben:

... Seit dem Unabhängigkeitstag hat sich die Mehrheit der dortigen Bevölkerung, die Vietnamesen, der Wiederherstellung der französischen Herrschaft widersetzt; ein Kampf, in dem wir so weit wie möglich beiden Parteien gegenüber Neutralität bewahrt haben.
Obwohl es eine starke nationalistische Bewegung in Vietnam gibt (Cochina, Annam, Tonkin), und obgleich die große Mehrheit im Grunde nicht kommunistisch ist, war eine kommunistische Gruppe unter der Führung Ho Chi Minhs die aktivste Gruppe der Widerstandsbewegung gegen die Franzosen. Diese Gruppe hat ihren Einfluß auf praktisch alle gegen Frankreich kämpfenden Streitkräfte erfolgreich ausgedehnt und hat folglich die Kontrolle über die nationalistische Bewegung gewonnen.

[21] Ich erinnerte mich an Weihnachten 1964, als ich vom diensthabenden Offizier ins Pentagon gerufen wurde und man mir mitteilte, daß das Offiziersquartier in Saigon von »unbekannten Personen« in die Luft gesprengt worden sei.
Taylor, CINCPAC und die Vereinigten Stabschefs befürworteten einen Gegenschlag der Luftwaffe auf die Vit Thu Lu Armee-Baracken (vgl. PP, III, 263); doch der Präsident entschied, daß die amerikanische Öffentlichkeit am Weihnachtsmorgen nicht mit einer Überraschung aufwachen sollte. Deshalb wurde das Bombardierungsprogramm gegen den Norden, die erste Kampagne des »Dritten Indochina-Kriegs« sechs Wochen später eröffnet.

[22] GPO, 8, 143–149; Hervorhebungen nicht im Original. Diese äußerst erhellende Diskussion sollte man vollständig lesen. Bedauerlicherweise ist sie weder in der Beacon- noch in der Bantam-Ausgabe enthalten; Buch 8, 9, 10 der GPO-Edition bleiben für Dokumente wie dieses grundlegend, und zwar bezüglich der Periode von 1945–1960.

... Wir haben die Franzosen nicht zu Verhandlungen mit Ho Chi Minh aufgefordert – *obwohl er jetzt wahrscheinlich von einer beträchtlichen Mehrheit des vietnamesischen Volkes unterstützt wird* – weil er, wie viele einflußreiche Persönlichkeiten in und um seine Regierung, Kommunist ist.
... Die größten Schwierigkeiten bei den Gesprächen mit den Franzosen darüber, was zu tun und was zu lassen sei, ergaben sich aus unserer Unfähigkeit, eine *praktikable Lösung* des Indochina-Problems anzugeben, da wir uns der unangenehmen Tatsache nur allzu bewußt sind, daß der Kommunist Ho Chi Minh der stärkste und vielleicht fähigste Mann in Indochina ist und jede vorgeschlagene Lösung, in der er übergangen wird, ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang wäre. Wir nehmen natürlich Abstand davon, die Franzosen zu sehr zu drängen oder in die Sache zu sehr verwickelt zu werden, solange wir nicht eine Lösung vorschlagen können, bzw. bis wir vorbereitet sind, die Last einer Intervention auf uns zu nehmen.

Sechzehn Jahre später hatte sich alles umgekehrt, und die Franzosen drängten *uns*, der Bevölkerung von Indochina freie Selbstbestimmung zu gewähren. Als Antwort auf De Gaulles Vorschlag, auf der Basis der »Neutralisierung« zu verhandeln, faßte Minister McNamara im März 1964 für Präsident Johnson ein Jahrzehnt des zweiten Indochinakrieges zusammen:

Wenn de Gaulle auch nicht klar sagt, was er meint – und wahrscheinlich läßt er es absichtlich im Dunkeln wie bei der Beendigung des Algerien-Konflikts –, so meint er doch sicher nicht nur ein Süd-Vietnam, das kein westlicher Stützpunkt oder Teil unseres Bündnissystems ist (beides könnten wir akzeptieren), sondern auch den Rückzug jeglicher militärischer Unterstützung von außen, besonders den totalen Abzug der USA. Verhandlungen auf dieser Basis – ohne daß man sie eindeutig ablehnt – würde schlicht die Machtergreifung der Kommunisten in Süd-Vietnam bedeuten. *Allein die Präsenz der USA nach 1954 hielt den Süden unter weit günstigeren Umständen zusammen und ermöglichte es Diem, die Einhaltung des Genfer Abkommens von 1954, in dem für die ganze Nation für 1956 »freie Wahlen« vorgesehen waren, zu umgehen.* Bereits die Erwägung eines Rückzugs der USA würde jede Chance untergraben, in Süd-Vietnam eine nichtkommunistische Regierung beizubehalten; bevor die Verhandlungen zu einem Ergebnis gekommen sind, wäre alles verloren. (PP, III, 502-503)

Und als Postscriptum einige Worte des stellvertretenden Außenministers William P. Bundy vom November 1964 über die »außergewöhnlichen Umstände«, die Süd-Vietnam und Laos zu einem »so schwierigen« Problem machen:

Ein böses Erbe aus Kolonialzeiten, das lange gewahrt blieb, eine gänzlich inadäquate Vorbereitung auf die Selbstbestimmung durch die Kolonialmacht, ein Kolo-

nialkrieg, in dem dilettantisch gekämpft und der verloren wurde, eine nationalistische Bewegung, die in der anderen Hälfte eines ethnisch und historisch zusammengehörigen Landes unter der Führung der Kommunisten steht, wobei die kommunistische Seite bei weitem die besseren Streitkräfte und den Großteil der Fähigkeiten dieses Volkes geerbt hat – das sind die Fakten, die uns heute noch zu schaffen machen.[23] (PP, III, 625)

Ich führe nun einige Punkte aus, die ich nach der Lektüre der Pentagon Papiere begriffen habe.

Es gab niemals einen ersten oder zweiten Indochinakrieg, auch keinen dritten. Es war ein einziger Krieg, der seit einem Vierteljahrhundert andauert. Es war eigentlich von Anfang an ein amerikanischer Krieg: ein Krieg der Vietnamesen – nicht von allen, aber es waren genug um durchzuhalten – gegen die amerikanische Politik und Finanz, gegen die Bevollmächtigten, die Techniker, die Feuerkraft und schließlich gegen die Truppen und Piloten. Spätestens seit Ende der vierziger Jahre gab es wahrscheinlich kein Jahr, in dem die gewaltsamen politischen Auseinandersetzungen in Vietnam das Stadium eines »Krieges« erreicht hätten, wenn nicht der amerikanische Präsident, der Kongreß und die amerikanischen Staatsbürger ihn mit Geld, Waffen und schließlich mit Soldaten geschürt hätten: zuerst durch die Franzosen, dann durch Marionettenregierungen und zum Schluß durch direktes Eingreifen.

Die gängige Kritik, wir hätten uns in etwas »eingemischt«, was in Wirklichkeit ein Bürgerkrieg sei – eine Ansicht, die von manchen meiner früheren Kollegen lange privat gehegt worden war, gewissermaßen als Beweis für ihren heimlichen Realismus – ist genauso ein Mythos wie die frühere offizielle Theorie der »Aggression aus dem Norden«. Einen Konflikt, in dem eine Armee gänzlich vom Ausland finanziert und ausgerüstet wird einen »Bürgerkrieg« zu nennen, verschleiert nur die schmerzlichere Wahrheit: daß dieser Krieg letztendlich eine Aggression von außen ist. Unsere Aggression.

Unser Verhalten hat von Anfang an gegen die UNO-Charta und alle Prinzipien der Selbstbestimmung verstoßen und unsere internationalen Vereinbarungen in Genf seit 1954 verletzt. In der Terminologie von Nürnberg – die 1951 von den Vereinten Nationen gebilligt wurde – handelt es sich um ein »Verbrechen gegen den Frieden«,[24] und dieses Ver-

[23] Die Vereinigten Stabschefs kommentierten diesen Absatz von Bundys Text: »Dies scheint bei einer pessimistischen Einstellung mehr zu sein.«

[24] »*Verbrechen* gegen den Frieden: nämlich die Planung, Vorbereitung, der Beginn oder die Durchführung eines Aggressionskrieges oder die Sicherung und Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder einer Konspiration, die einem der angeführten Vergehen dient.«

brechen dauert weiter an: eine völlig illegitime einseitige Intervention, – von der Mehrheit der anderen Nationen verzweifelt abgewehrt –, mit dem Ziel, darüber zu entscheiden, wer sie regieren soll, wie sie leben sollen und wer von ihnen sterben soll.

Ich hatte diese Argumente natürlich schon vorher gehört und hatte sie, wie meine Kollegen, als aufgebauschte Rhetorik abqualifiziert. Es war das, was die »extremen« Kritiker – und die meisten Anwälte des Völkerrechts – jahrelang über das Wesen unseres Engagements gesagt hatten. Ich hatte ihnen nicht geglaubt. Jetzt mußte ich es.

Der Leser, der noch zögert, diese Aussagen als richtig und präzise anzuerkennen, sie also nicht für »emotional« zu halten, wird in den folgenden Essays keine Beweisführung finden. Dieses Buch kann die Lektüre der Pentagon Papiere oder der oben erwähnten historischen Werke nicht ersetzen; es gibt kaum ein anderes Buch, das ich – wegen seiner Bedeutung für die gegenwärtige Kontroverse zwischen den Vertretern einer »vernünftigen Verhandlungsposition« und denen, die auf einer dringlichen Beendigung der Gewaltanwendung der USA in Indochina beharren – mehr empfehlen kann.

Ich selbst habe durch die Lektüre unserer offiziellen Dokumente, die Kenntnisnahme der Ursachen des Konflikts und unseres Eingreifens begriffen, daß unser Engagement – und unser Töten – jeglicher Legitimation entbehrt. Das gilt in gleichem Maße für jeden einzelnen zusätzlichen Tag – für jede Bombe und für jeden Toten – mit dem wir es verlängern. Kann es jemals überstürzt sein, eine Politik des Mordens zu beenden?

Mit der Einsicht in die Unrechtmäßigkeit unserer Politik und in die Notwendigkeit, sie zu verändern, wurde mir durch die Pentagon Papiere auch klar, daß *der Präsident ein wesentlicher Teil des Problems ist;* und zwar die Rolle, die er spielt – nicht seine Persönlichkeit oder seine Partei. Ich kam zu dem Schluß, daß die Machtzusammenballungen der Exekutive seit dem Zweiten Weltkrieg nahezu jede Verantwortung für einen »Miß-

Charta des Nürnberger Tribunals, 1945; vgl. Quincy Wright, *The Role of International Law* (New York, 1961), S. 108, und *Vietnam and International Law*, ed Richard Falk, 2 Bände (Princeton 1967, 1969). Z.B. entsprechen unsere Luftangriffe auf Nord-Vietnam von 1965 bis heute genau dem, was man »Aggression« nennt, auch haben wir ungesetzlichen Gebrauch von Streitkräften in internationalen Beziehungen gemacht (Wright, S. 59–65). Daraus haben die USA eine unilaterale »Versicherung« gegeben – in bindender Form – daß sie nicht mit der Drohung oder Verwendung von Gewalt das Genfer Abkommen vom 21. Juni 1954, das nationale Wahlen beschlossen hatte, brechen würden (Vietnam wurde damals als eine Nation behandelt). Wie die Pentagon Papiere eindeutig beweisen, haben wir Waffen geliefert, eine Armee und Polizei unterhalten, die dazu bestimmt waren, alle Elemente in Süd-Vietnam zu unterdrücken, die sich für die Einhaltung des Genfer Abkommens einsetzten; zugleich sperrte sich ein völlig von unseren Waffen und Geldern abhängiges Regime sogar der Diskussion über die Verwirklichung der Verträge.

erfolg« auf einen einzigen Mann (den Präsidenten) konzentriert hatte; gleichzeitig bot ihm das die Möglichkeit, jeden persönlichen Mißerfolg mit den Mitteln der Gewalt und des Betrugs abzuwehren, hinauszuschieben oder zu verbergen. In der Konfrontation mit einem entschlossenen Widerstand wie dem in Vietnam mußte diese Machtposition denjenigen, der sie innehat, korrumpieren.

Diese Schlußfolgerungen standen zu den meisten Grundsätzen, die meine berufliche Karriere geleitet hatten, in Widerspruch. Das Lesen der fortlaufenden Geheimdienstberichte und Prognosen zu Vietnam seit 1946 führte schließlich dazu, daß ich die Illusion aufgab, in besseren Informationen für den Präsidenten den Schlüssel zu einer Beendigung des Krieges zu sehen – oder zur Wahrnehmung der Pflichten eines Staatsbürgers. Es wurde klar, daß die Tendenz der Exekutive, das endlose, eskalierende Patt dem »Scheitern« vorzuziehen, nur verhindert werden könnte, wenn von außen *Macht* auf die Exekutive ausgeübt wird – was den wichtigen Nebeneffekt hätte, daß die Verantwortung bei späteren Ereignissen breiter verteilt wäre. Bei der »internen« Beratung im Stile von Rand wurden dem Kongreß und der Öffentlichkeit jene Tatsachen und maßgeblichen Urteile vorenthalten, die für die selbstsichere Ausübung einer solchen Macht notwendig sind; und durch eben jenes Schweigen unterstützten und partizipieren diese Praktiken am Charakter einer übermäßigen, unkontrollierten Macht der Exekutive, die auf direktem Wege zu diesem unnachgiebigen, gefährlichen und verbrecherischen Verhalten führte.

Zur selben Zeit, als ich im August/September 1969 diese frühen Dokumente las, gaben mir Freunde aus der Regierung in Washington und Vietnam die Grundzüge der künftigen Politik bekannt. Präsident Nixon hatte, so berichtete man mir, tatsächlich seine Wahl zwischen den »Alternativen«, die ich Ende 1968 mit anderen bei Rand ausarbeiten half, getroffen; und er hatte *nicht* die offiziell »unterdrückte« Alternative des Abzugs, der endgültigen Beendigung unseres Eingreifens, gewählt. Wieder einmal plante eine Regierung den Aufschub des Scheiterns: die Präsenz amerikanischer Truppen (wenn auch in reduzierter Anzahl) auf unbestimmte Dauer, die Fortsetzung des Bombardements, weitere gefallene Vietnamesen und vielleicht noch Schlimmeres – dies alles sollte Zeit gewinnen helfen.

Das war also das Ergebnis der »Suche nach Alternativen« und des NSSM-1. Durch die Antworten auf das NSSM-1 ist der Präsident schon früh im Jahre 1969 implizit darüber informiert worden, daß es *keinen anderen verläßlichen Weg* gab, einen Aufschub zu erreichen, es sei denn

jenen, den er als »nationale« Demütigung begriff. Eine der Fragen war gewesen: »Wann könnten die südvietnamesischen Streitkräfte in der Lage sein, ohne die Bodentruppen und die militärische Unterstützung der USA mit einem größeren Angriff der nordvietnamesischen Streitkräfte fertigzuwerden?« (In anderen Worten: Wann ist die »*totale* Vietnamisierung« – wie es die amerikanische Öffentlichkeit später nannte, – möglich?) Die Antwort des Pentagon im Februar 1969 – die Öffentlichkeit hat es nie erfahren – war deutlich: *Niemals*. Und die *nichtöffentlichen* Pläne des Pentagon für das später verkündete »Vietnamisierungs«programm – das eine allmähliche Reduktion eines großen Teils der verbliebenen US-Streitkräfte erlauben sollte, die ebenso wie die Luftwaffenunterstützung auf unbestimmte Zeit beibehalten werden sollten – waren realistisch danach ausgerichtet.

Aber das war nicht das, was die Öffentlichkeit glauben sollte. Die wahre Natur der internen Prognosen für den Präsidenten war wieder einmal verhüllt, und die Öffentlichkeit täuschte sich über seine Maximen und Absichten. Durch die Ausnutzung sprachlicher Zweideutigkeiten wie bei »Reduktion« und »Rückzug«, »Beendigung der Kämpfe zu Lande«, »Beendigung des Engagements«, »Beendigung des Krieges« verführte die Regierung die Öffentlichkeit dazu, das herauszuhören, was sie glauben wollte: daß Nixons öffentliche Erklärung über die unerreichbaren Bedingungen für einen totalen Abzug der US-Truppen und seine beständige Weigerung, einen Stichtag oder einen Zeitplan anzugeben, bloße Propaganda war, hinter der sich nur eine taktische Differenz gegenüber seinen Kritikern, den Tauben, verbarg. Tatsächlich versicherten die meisten Leitartikler und Kolumnisten ihren Lesern – nachdem die »näheren Umstände« von einer überzeugenden ungenannten Quelle des Weißen Hauses bekanntgegeben worden waren – , daß Nixon die Absicht habe, egal was er sagte, alle militärischen Einsätze zu Lande und in der Luft in Kürze zu beenden.[25]

Das Endziel besteht in einem »unsichtbaren Krieg«, wie ich es nannte. Nixon plante, jene Momente des Krieges zu reduzieren, die den amerikanischen Massenmedien und der Öffentlichkeit am meisten ins Auge sprangen – die Verluste der USA, die Präsenz der US-Bodentruppen, Einziehungsbefehle, Kosten; er hatte vor, den größeren Teil der Kämpfe

[25] Dadurch – so scheint man im Weißen Haus zu unterstellen – kann sich der Mangel an Vertrauen *zugunsten* eines Präsidenten auswirken, der die Öffentlichkeit ohne zu lügen in die Irre führen will. Er kann seine Pläne ganz klar ins Auge gefaßt haben, während durch einen Untergebenen der gegenteilige Eindruck erzeugt wird – ohne daß dieser sich wirklich klar äußern muß –, indem er durch Anspielungen und Tonfall auf »geheime Sitzungen« hinweist und meint, der Präsident würde – wie üblich – nur bluffen.

den Indochinesen zu überlassen und auf Gebiete auszuweichen, in die die Reporter nicht so leicht folgen konnten: in die Luft, nach Laos, Kambodscha und Nord-Vietnam. Er spekulierte darauf, daß die unbegrenzte Verlängerung des Krieges für die meisten Amerikaner dann nicht länger ein Grund zur Beunruhigung wäre, ja nicht einmal mehr bewußt sei. Der Krieg würde unsichtbar für sie werden. Weil die menschlichen Lasten des Krieges ohnehin fast ausschließlich die Indochinesen trafen, würden Erklärungen wie: »Wir kommen aus dem Krieg heraus« oder »Der Krieg geht zu Ende« nicht auf Widerstand stoßen, selbst wenn die US-Bombardements weitergingen, sich auf immer mehr Regionen ausdehnten und immer mehr Indochinesen sterben oder heimatlos würden. Wenn diese Strategie erfolgreich wäre (und sie ist erfolgreich genug, so daß Nixon sich immer noch auf sie verläßt) würde Orwells Ausspruch »Krieg ist Frieden« zwölf Jahre vor 1984 in den Vereinigten Staaten zum politischen Wahlspruch werden.

Die Möglichkeit, die sich für das indochinesische Volk im Herbst 1969 ergab – und die drei bis sieben weitere Jahre des Krieges, der bald »Nixons Krieg« sein würde, ersparen könnte – bestand darin, daß ein neuer Präsident überzeugt oder gezwungen sein könnte, den Vorwurf der Schuld am Scheitern der Nation auf seinen Vorgänger von der anderen Partei – wo sie ja auch sicher lag – abzuwälzen und sich für die Alternative des Abzugs zu entscheiden, die er zuvor noch verworfen hatte. Eigentlich steht dieser Weg aber nicht länger offen als bis zum Ende des ersten Jahres der Regierungszeit von Nixon. Hanoi hat einen beiderseitigen Abzug im Frühjahr abgelehnt. Inzwischen bin ich mit den fünf Ketzern von Rand einer Meinung, daß der einzige Weg, der aus dem Sumpf herausführt, der totale einseitige Abzug ist. Doch keine bedeutendere Persönlichkeit hat bisher diesen Kurs verfochten (Senator Goodell hat seinen Gesetzesentwurf für Anfang Oktober angekündigt, konnte aber niemanden finden, der ihn unterstützte). Und auch meine Hoffnungen, daß man ehemalige Beamte dazu bringen könnte, öffentlich für den totalen Abzug einzutreten und auf diese Weise den Druck auf den Präsidenten, der sich dafür entscheidet, zu mindern, wurden sehr schnell enttäuscht. Ihre Risiken und die ihrer Partei waren ihnen bereits groß genug. Ich gelangte sogar zu der Vermutung, daß einige Demokraten gar nicht unglücklich darüber wären, wenn das blutige Patt in ein paar Monaten »Nixons Krieg« geworden wäre – obgleich das bedeuten würde, daß der Krieg um weitere drei Jahre verlängert wird.

Von den übrigen der etwa zwölf ehemaligen Beamten, die vollständige Texte der Pentagon Papers besaßen und somit technisch in der Lage

waren, in aller Öffentlichkeit Schlüsse aus diesem Material zu ziehen oder es wenigstens dem Kongreß und dem Volk gegenüber zu enthüllen, unterschied ich mich mindestens in zweifacher Hinsicht, was wohl mein persönliches Verantwortungsgefühl in besonderer Weise geschärft hatte. Nur zwei von uns – im September bin ich der zweite gewesen, ein Jahr später war ein dritter hinzugekommen – hatten tatsächlich die gesamte McNamara-Studie gelesen oder zumindest alle wesentlichen Teile daraus; nur zwei, dann drei waren mit der Geschichte, die diese Papiere erzählen, vertraut und hatten sich von ihr ändern lassen. Und von allen – außer diesen dreien hatten alle höhere Posten in der Regierung inne – war ich der einzige, der je in Vietnam gewesen war, der vietnamesische Freunde hatte und das Land wie den Krieg aus nächster Nähe gesehen hatte. Ich kann nur die Worte eines Posters, den ich kürzlich gesehen habe, wiederholen: »Es kam eine Zeit, da war mir das Volk von Vietnam so nahe wie meine eigenen Hände.« Die Monate zwischen 1965 und 1967 hatten mich in einer Weise verändert, wie es ein Jahr Lektüre der Telegramme von hochgestellten Personen in Washington nicht vermocht hat; und viele dieser persönlichen Erinnerungen veränderten schlagartig ihren Charakter, als die Pentagon Papiere allen Schein einer Rechtfertigung dessen, was wir taten, beseitigten.

Innerhalb weniger Wochen oder Monate nach dem September würde der Präsident sich wahrscheinlich öffentlich zu jenem Kurs einer unbestimmten Fortsetzung des Krieges bekennen, den man mir persönlich beschrieben hatte. Nur der Kongreß und die Öffentlichkeit – wenn man sie durch drohende Warnungen und durch Tatsachenbeweise erneut von den ungerechtfertigten »Anlässen« und der Aussichtslosigkeit des Krieges überzeugte – könnten den Präsidenten noch davon abhalten, den Krieg, den seine vier Vorgänger führten, fortzusetzen.

Von mir – der ich während des letzten Jahrzehntes vier von den fünf Präsidenten gedient hatte – zu verlangen, ich sollte solchen Einsichten gemäß handeln, hieß, mich dazu aufzufordern, ich solle aus meiner Haut fahren. Doch schwerer noch fiel etwas anderes: das, was ich mit etwa drei Millionen – meist jüngeren – Amerikanern, die nach Vietnam gegangen waren, bereits getan hatte. Die meisten von uns hatten ihr Handeln als das loyale Verhalten von Amerikanern gegenüber ihrem Präsidenten angesehen; bis vor kurzem hatten nur wenige geahnt, daß ihr Dienst mit den legitimen Interessen unseres Landes in Widerspruch geraten kann. Nun aber war mehr verlangt als dieser fehlerhafte Dienst; es galt, in uns selbst Instanzen zu finden, die tiefer gründeten und weitreichender waren als die Loyalität gegenüber dem Präsidenten: die Loyalität ge-

genüber den Grundgedanken Amerikas, der Verfassung, unseren Landsleuten, unserer Menschlichkeit – und auch gegenüber unseren »Verbündeten«, die Menschen, auf die wir Bomben warfen.

An diesem Punkt halfen mir andere, junge Amerikaner. In demselben Monat August 1969, als ich über die Ursprünge des Krieges las und die Pläne des Präsidenten begriff, traf ich zum erstenmal persönlich mit Amerikanern zusammen, die ins Gefängnis kamen, weil sie ihre Mitarbeit an einem ungerechten Krieg verweigerten. Ich sah, daß sie nüchtern und intelligent waren und Grundsätze hatten; sie zeigten die Aufopferungsbereitschaft, die ich an manchen Beamten in Vietnam so bewundert hatte, doch handelten sie nach anderen Grundsätzen, und die teilte ich inzwischen. Diese persönlichen Bekenntnisse vermittelten mir das, wozu das Lesen allein nicht imstande war.

Im Oktober schrieb ich zusammen mit fünf Rand-Kollegen unsere erste öffentliche Kritik an der Vietnam-Politik: einen Brief an die *New York Times,* in dem der einseitige Rückzug der USA innerhalb eines Jahres gefordert wurde.[26] Zugleich unternahm ich – ohne daß irgendjemand bei Rand etwas davon wußte – persönliche Schritte, die Informationen der Pentagon Papiere an die Öffentlichkeit zu bringen; ich begann beim Senate Foreign Relations Committee.

Wie sich herausstellte, dauerte es zwanzig Monate, bevor die Informationen die Öffentlichkeit und den Rest des Kongresses schließlich erreichten (bzw. die Exekutive, die bis dahin gänzlich versäumt hatte, ihre eigenen Kopien der McNamara-Studie hervorzuholen und zu studieren). Mittlerweile hatten, wie befürchtet, zwei weitere Invasionen stattgefunden; eine weitere Million Tonnen Bomben war abgeworfen worden; fast zehntausend weitere Amerikaner waren gefallen und hunderttausende von Indochinesen. Es war schmerzhaft klar geworden, daß ein großer Teil des Kongresses ebenfalls zum Problem gehörte. Ich informierte also auch die unabhängige Öffentlichkeit durch die »vierte Gewalt«, die Presse.

Jetzt ist fast ein ganzes Jahr vergangen, und der Krieg geht weiter: unaufhörlich »hört er auf«, während das Bombardement andauert (in Dimensionen, die wir vom Zweiten Weltkrieg kennen) und täglich heftige Überfälle auf Nordvietnam unternommen werden. Die gesamte Menge der Bomben, die über Indochina abgeworfen worden sind, ist jetzt dreimal so hoch wie die vom ganzen Zweiten Weltkrieg. In vier Jahren warfen die USA unter Lyndon Johnson mehr Bomben (drei Millionen Tonnen)

[26] *New York Times,* 9. Oktober 1969; voller Wortlaut in *Washington Post* vom 12. Oktober 1969.

gab als im Zweiten Weltkrieg und in Korea zusammen; in weniger als drei Jahren hat Präsident Nixon – während er »den Krieg drosselte« – mehr Bomben werfen lassen als Johnson; mehr als irgendein anderes Staatsoberhaupt in der Geschichte.

»Ich habe gerade John McAlisters Buch gelesen« erzählte mir Cyrus Vance Anfang 1971, als wir uns zu einem privaten »Hintergrundgespräch« mit Henry Kissinger zu einem Treffen in Cambridge begaben. »Hätten wir das bloß Mitte der sechziger Jahre gehabt!« Ich verstand, was er meinte. Auch ich glaube, daß ein solches Buch manches für uns geändert hätte – in bezug auf unsere Handlungen und auf die Gefühle, die wir dabei empfanden. Doch jetzt gab es ein solches Buch. Und es war zum Beispiel für Henry Kissinger zugänglich (neben dem Exemplar der McNamara-Studie des Weißen Hauses, die zu prüfen oder von einem Untergebenen durchforsten zu lassen ich ihn im September 1970 ohne Erfolg gebeten hatte. »Kann man wirklich soviel daraus lernen?« fragte er. »Schließlich treffen wir doch unsere Entscheidungen heute ganz anders.«). An diesem Abend erzählte uns Kissinger: »Wir beenden den Krieg ... der Krieg geht seinem Ende zu, und ich kann Ihnen versichern, diese Tendenz setzt sich durch.« – Am darauffolgenden Morgen nahmen wir die Bombardierung von Laos zur Kenntnis, die die Invasion vorbereitete.

Werden die Pentagon Papiere in den Händen der Öffentlichkeit schließlich mehr bewirken? Oder ist das Volk vielleicht auch ein Teil des Problems? Haben uns unsere Passivität, Angst, Gewohnheit zu einem Rädchen des Mechanismus gemacht, so daß wir alle für den Rest der Welt zum Problem geworden sind?

Es ist verfrüht dies anzunehmen. Es steckt zuviel Information in den Pentagon Papieren; sie will ebenso wie die Analysen und Enthüllungen, die noch folgen, verarbeitet sein. Es sind zu viele Mythen und Lügen, die wir uns aus dem Kopf schlagen müssen. Unsere Gewohnheiten sind zu stark ausgeprägt, als daß eine Öffentlichkeit sie so schnell abstellen könnte, die in bezug auf Außenpolitik dreißig Jahre lang ihre Mündigkeit aufgegeben hatte. Doch ich bin mir nicht sicher. Es gibt Augenblicke, in denen mir meine gegenwärtigen Bemühungen um ein Ende des Krieges nicht weniger wie eine Don Quijotterie erscheinen als meine früheren Anstrengungen, ihn zu gewinnen. Habe ich also meine eigenen Bestrebungen nur von der einen Seite des unveränderlichen, unausweichlichen Patt auf seine andere verlagert? Habe ich mir ein Amerika vorgestellt, das – zwar unfähig zu radikaler Veränderung in seiner eigenen Gesellschaft und Politik – sich ändern kann, wenn es um die Beendigung der

Konterrevolution in Vietnam und anderswo geht? Ebenso, wie ich mir einmal amerikanische und Saigoner Regierungen vorstellte, die mit der Konterrevolution fertig werden?

Dies ist die Auffassung der Linken. Sie könnte zutreffen: Aber es ist dies eine Position der Verzweiflung – die ich nicht zu akzeptieren bereit bin – , wenn man an das Schicksal der Menschen in Indochina denkt, dessen Rest an sozialer Struktur noch vor dem Ende der Legislaturperiode zerstört sein kann. Die Hoffnung auf ein Überleben als Volk stützt sich auf die Möglichkeit einer anderen Art radikaler Veränderung, im Verhalten der Individuen *innerhalb* unserer bestehenden, äußerst unvollkommenen Institutionen – wie dringlich es auch immer sein mag, diese Institutionen langfristig selbst zu ändern.

Radikal sein heißt den Dingen an die Wurzel gehen; und um mit Dwight McDonald zu sprechen: »die Wurzel ist der Mensch.« Der Mechanismus des Tötens, sofern es ihn gibt, setzt sich aus Männern und Frauen zusammen, aus menschlichen Gewohnheiten und Beziehungen, die sie geschaffen oder erhalten haben – und die sie auch abschaffen können. Als ich die Pentagon Papiere veröffentlichte, handelte ich in der Hoffnung, daß die Wahrheiten, die mich verändert haben, den Amerikanern helfen könnten, sich selbst und die anderen Opfer von unserem längsten Krieg zu befreien.

Der Mythos vom »Ausweglosen Dilemma« und der Mechanismus des Patt

Ein Fachmann ist – wie man mir einmal gesagt hat – jemand, der ein Buch gelesen hat, das niemand außer ihm kennt. Als eine frühe Fassung des folgenden Papiers zum erstenmal veröffentlicht wurde – bei einer Diskussion auf dem jährlichen Treffen der American Political Science Association in Los Angeles 1970 – gab es zwei Personen, die eine siebentausend Seiten umfassende Studie mit dem Titel »United States Decesion-making in Vietnam 1945-67« gelesen hatten. Eine war Leslie H. Gelb, die andere ich selbst. Wir sprachen beide auf der Veranstaltung und legten Analysen über das Thema jener Studie vor, die (verständlicherweise) im Faktenmaterial starke Ähnlichkeit aufwiesen, aber auch (was wohl nicht zu vermeiden ist) Differenzen in der Einschätzung zeigten.[1]

Ich kann nicht für meinen Freund Leslie Gelb sprechen, doch was mich anbetrifft, so fühlte ich mich in der Rolle des »Experten« nicht ganz wohl; neun Monate zuvor hatte ich bereits den Versuch unternommen, diese Einzelgängerposition aufzugeben und erstmals Teile der McNamara-Studie dem Ausschuß des Senats für Auswärtige Beziehungen vorgelegt und erwartet, daß unverzüglich öffentliche Hearings veranstaltet würden. Während der Diskussionen in Los Angeles – einige Monate nach der Invasion in Kambodscha und noch vor der Invasion in Laos – forderte ich immer noch diese Hearings. Schon aus Gründen des genaueren Verständnisses dieser ungeheuren Menge an Material schien eine von möglichst vielen Gesichtspunkten ausgehende Diskussion angebracht – und nicht nur die Kenntnisnahme durch ein paar regierungstreue Leute; doch viel stärker ins Gewicht fiel, daß es bei den hier anstehenden Problemen um alles andere ging als um Fragen, die nur »Experten« betreffen. Hier standen die Belange aller amerikanischen Bürger auf dem Spiel, die unbedingt jene Wahrheit erfahren mußten, die ihnen (teilweise schon seit 25 Jahren) vorenthalten wurde – die Wahr-

[1] Mein Aufsatz »Escalating in a Quagmire« (Eskalation in einem Dilemma) erschien in verkürzter Fassung unter dem jetzigen Titel in *Public Policy*, 1971, S. 217–274; der hier abgedruckte Aufsatz stellt eine beträchtlich revidierte Version der beiden frühen Fassungen dar. Das Papier von Gelb erschien – ebenfalls gekürzt – in *Foreign Policy*, Sommer 1971, S. 140–167 unter dem Titel »Vietnam: The System Worked.«

heit über einen Krieg, in den sie seit einem Vierteljahrhundert verstrickt worden sind und der immer noch andauert.
Mein Papier war rein analytisch abgefaßt und sollte der Öffentlichkeit wenigstens einige allgemeine Schlußfolgerungen aus der McNamara-Studie zugänglich machen; auch einige Vermutungen über die Beweggründe für die offengelegten Phänomene wollte ich aussprechen. Selbst diese beschränkten Aufklärungsversuche schienen mir zu bedeutend für die aktuelle politische Diskussion, als daß ich ihre Tragweite und Geltung dadurch hätte abschwächen dürfen, daß ich – gemäß den Gepflogenheiten – als ehemaliger Beamter nicht auf die geheimen Quellen hinwies, aus denen sich meine Schlußfolgerungen ergeben hatten. Obwohl ehemalige Kollegen von mir verlangten, ich solle auch indirekt die McNamara-Studie nicht erwähnen – deren Existenz wohl dem Wunsch von McNamara entsprechend keinerlei Beachtung durch die Presse erfahren hatte – gab ich die Grenzen und die Grundlagen meiner Analyse in folgender Weise zu erkennen:

Für eine Periode kritischer Entscheidungen – nämlich für den Herbst 1961 – sind jetzt genügend Informationen zugänglich, um Aussagen überprüfen bzw. selbst treffen zu können. Wir verdanken dies hauptsächlich den Historikern der Kennedy-Ära, die viele früher geheimgehaltene Daten veröffentlicht haben. Nur für wenige andere Zeiträume verfügen wir über ein ähnlich angemessenes Material. Solange in dieser Richtung nicht mehr veröffentlicht wird, müssen die hier vorgelegten Einschätzungen für alle, die keinen offiziellen Zugang zu den vorhandenen Quellen haben, wie bloße Hypothesen klingen (mit Ausnahme der genannten Periode vom Herbst 1961). Doch lassen sich wenigstens ihre Implikationen analysieren; und auch ein Vergleich mit den Urteilen anderer, die einschlägige Regierungspraxis aufweisen, sowie mit den Fakten der Vergangenheit und Gegenwart ist möglich.
Die vorgelegten Behauptungen und Einschätzungen über die politischen Entscheidungen der Vereinigten Staaten gehen auf die Tätigkeit des Autors als Regierungsbeamter und seine Untersuchungen zurück, die er seitdem als Berater, der über offiziellen Zugang zu den Materialien verfügte, anstellte. Alle diese Funktionen geboten verantwortliche Kenntnisnahme der Daten über frühere Entscheidungsprozesse. Es mag unbefriedigend sein, allgemeine Schlußfolgerungen und Behauptungen ohne genaue Belege vorzulegen, doch noch weniger scheint mir ein Verfahren legitimiert zu sein, das sich nur auf öffentlich bekanntes Material stützt oder vorgibt, dies zu tun, und auf Verallgemeinerungen verzichtet oder sich falschen anschließt.

Inzwischen hat sich das öffentlich zugängliche Material grundlegend erweitert: In der Senator Gravel Edition erschienen die *Pentagon Papers* (Beacon Press), und das Government Printing Office gab dasselbe Mate-

rial (aus Gründen der Geheimhaltung hat das Verteidigungsministerium diese Ausgabe etwas »gereinigt«) als »United States-Vietnam Relations, 1947-67« heraus. Die beiden Versionen ergänzen sich gewissermaßen: Buch 8, 9 und 10 der 12-bändigen GPO-Ausgabe enthalten eine unentbehrliche Sammlung von Dokumenten aus den Jahren 1945-1960, die in der Beacon-Press Ausgabe fehlt, die aber dafür mehr Dokumentation für die Phase 1964-65 bietet. (Ich muß darauf aufmerksam machen, daß die von *New York Times* und *Bantam Books* herausgebrachten *Pentagon Papers* nicht genügend offizielle Dokumente enthalten – sie bringen nicht die Stellungnahmen des Nachrichtendienstes – , um eine ausreichende Grundlage für die Überprüfung von Hypothesen zu bieten, die sich auf Entscheidungsprozesse beziehen, welche nicht in den Herbst 1961 fallen; für die Phase jedoch bringen sie viele der Quellen, auf die sich das vorliegende Papier bezieht.)
Keine der Ausgaben hat Material aus den 4 Bänden der McNamara-Studie aufgenommen, das sich auf die Verhandlungskontakte bezieht. Ich habe es dem Senatsausschuß für Auswärtige Beziehungen zur Verfügung gestellt.[2] Mit Ausnahme dieser Teile ist im wesentlichen die gesamte Studie zugänglich.
Der Zeitpunkt, zu dem all dies Material dem Leser zugänglich sein würde, war bei der Abfassung der früheren Versionen dieses Aufsatzes nicht abzusehen, darum wurden die Belege nur öffentlichen Quellen entnommen. Bis zu einem gewissen Grad hat dies auch die Verfolgung meines zentralen Anliegens beeinflußt, denn ich war zu einer Reihe von Schlußfolgerungen und Interpretationen der Vietnam-Politik der letzten acht Jahre gelangt, deren Glaubwürdigkeit und Bedeutung ohne Stützung durch die Daten, die früher unter die Geheimhaltung fielen, kaum zu vermitteln war. Von einigen Ausnahmen abgesehen,[3] habe ich diesen Mangel in der hier vorgelegten Fassung nicht zu beheben versucht; weder dieser Aufsatz noch das ganze Buch stellt auch nur annähernd eine umfassende Analyse der McNamara-Studie als ganze dar; auch habe ich in der Revision der Aufsätze und der Erweiterung der Belege nicht die Möglichkeiten ausgeschöpft, die sich durch die Veröffentlichung der Pentagon Papers boten. Die Konzentration auf die Entscheidungen von 1961

[2] Der Grund für die Beschränkung der Einsichtnahme in diese Bände auf den Kongreß und die Exekutive scheint nun dadurch hinfällig geworden zu sein, daß Präsident Nixon selbst Details über laufende Geheimverhandlungen bekanntgegeben hat. Für künftige Verhandlungen dürfte sich kaum ein Nachteil dadurch ergeben, daß man der Öffentlichkeit die Geschichte der bisher in diese Richtung erfolgten Bemühungen mitteilt.

[3] Beispielsweise die Diskussion des Topos vom »guten Arzt« als Begründung für Bombardements im Norden.

spiegelt auch noch die Tatsache wider, daß durch die Enthüllungen von Schlesinger, Sorensen und Hilsman über diese Periode ein angemessenes Urteil auf der Grundlage öffentlich bekannter Quellen möglich wurde – insbesondere gilt dies für die Widerlegung der These vom »Dilemma«; doch habe ich die Paraphrasen und Zitate dieser Autoren durch Belege aus neueren Dokumentationen ersetzt.

Einige Vorsicht ist geboten, wenn die *Pentagon Papers* als Grundlage für Überlegungen über Motive und Absichten einzelner Beamter dienen; damit verbundene Probleme werden ziemlich ausführlich im Text diskutiert.

Das folgende Papier habe ich (auch in seiner früheren Fassung) als Senior Research Associate des Center for International Studies am M.I.T. verfaßt. Dies gilt auch für die anderen Teile dieses Buches, mit Ausnahme des Kapitels »Bombardements und sonstige Verbrechen«. Ein Großteil der Forschungsarbeit – die sich auf genehmigte Kenntnisnahme der Pentagon-Papers und meine eigene Tätigkeit stützte – mußte ich natürlich schon früher verrichten. Doch selbst wenn man von der Frage des geheimen oder offiziellen Quellenmaterials absieht, könnte ich nur weniges von den hier vorgelegten Aufsätzen veröffentlichen, wenn ich noch in einem beamteten Verhältnis zur US-Regierung als Beamter, Berater oder vertragsgebundener Forscher stünde, da dies mit der Auflage verknüpft wäre, alle zur Veröffentlichung bestimmten Arbeiten politisch zensieren zu lassen (darunter fiele alles, was die Regierung und ihre politischen Initiativen beeinträchtigen könnte). Die wiederholte Weigerung von Minister Laird, dem Ausschuß für Auswärtige Beziehungen die McNamara-Studie zugänglich zu machen – die Weigerung erfolgte auf viermaligen Antrag des Vorsitzenden dieses Ausschusses zwischen November 1969 und Juni 1971 – scheint diese Annahme zu bestätigen. Wie die Erfahrung von Kollegen gezeigt hat, können solch kritische Kommentare wie die meinigen über ein so heikles Thema wie Vietnam, auch wenn sie sich auf die Vergangenheit beziehen, auf Jahre hinaus nicht damit rechnen, die politische Zensur zu passieren.[4]

An dieser Stelle möchte ich dem Center for International Studies und seinem geschäftsführenden Direktor, Everett Hagen, danken. Ich war bis vor kurzem Gast des Center, das mir eine Arbeitsmöglichkeit gewährte, die sich dadurch auszeichnete, »daß niemand das las, was ich schrieb, bevor es veröffentlicht wurde«; zugleich aber konnte ich stets

[4] Niederschriften von spontanen Äußerungen in einem Seminar unterliegen nicht dieser Kontrolle; auf diese Weise gelangten die in »Bombardements und sonstige Verbrechen« enthaltenen Kommentare an die Öffentlichkeit, als ich noch in Rand war.

auf nützliche Kritik rechnen, wenn ich um sie bat. Mehr Freiheit und Unterstützung hätte ich mir nicht wünschen können: Die Abfassung dieser Aufsätze und ihre Veröffentlichung zu einem Zeitpunkt, wo sie noch nützlich sein können, verdanke ich diesen Bedingungen.

In gewissen Küstenstrichen der Bretagne und Schottlands geschieht es zuweilen, daß ein Mann, etwa ein Reisender oder Fischer, zur Zeit der Ebbe im falschen Ufersand dahingeht. Plötzlich bemerkt er, daß er schon seit einigen Minuten nur mit einiger Mühe vorwärts kommt. Der Boden unter seinen Füßen ist wie Pech. Die Sohlen kleben. Er geht jetzt nicht mehr auf Sand, sondern auf sumpfgetränktem Erdreich. Dabei ist der Sand vollkommen trocken. Dreht sich der Wanderer aber um, so sieht er, daß seine Fußstapfen sich mit Wasser füllen. Ansonsten ist nichts zu bemerken. Das Uferland liegt weiter in tiefer Stille da. Fröhliche Meerflöhe tummeln sich ringsum. Der Mann folgt seinem Wege, schreitet dem Lande zu, sucht die Küste zu erreichen. Er ist nicht beunruhigt. Was sollte ihn auch erschrecken? Wohl fühlt er, daß seine Füße gewissermaßen schwerer werden. Plötzlich sinkt er ein: zwei, drei Zoll tief. Er ist offenbar doch nicht auf dem rechten Wege. Also bleibt er stehen, um sich zu orientieren. Plötzlich blickt er zu Boden und sucht seine Füße. Sie sind verschwunden. Der Sand bedeckt sie. Er befreit sie, will einige Schritte zurückgehen, versinkt nur noch tiefer. Jetzt geht ihm der Sand bis zu den Knöcheln, steigt an den Waden hoch. Der Unglückliche reißt sich nach rechts, nach links – jetzt erreicht der Sand die Kniekehlen. Mit Grauen erkennt der Wanderer, daß er sich auf einer wandernden Düne befindet, daß er festgelaufen ist auf einem Terrain, wo der Mensch nicht gehen, der Fisch nicht schwimmen kann. Wenn er eine Last bei sich trägt, wirft er sie von sich wie ein Schiff, das in Seenot ist. Aber ach, es ist zu spät, schon hat der Sand die Knie erreicht.

Victor Hugo, *Les Miserables*

»In Südvietnam sind die USA in einen Sumpf geraten. Es wird wohl längere Zeit dauern, bis sie wieder herauskommen.« Diese Bemerkung machte Nikita Chruschtschow im Juli 1962 gegenüber einem amerikanischen Beamten,[5] der sie in einem Telegramm berichtete, das er während der Wirren der Cuba-Krise übersandte und das danach schnell vergessen wurde.

Das Bild war damals bei unseren Gegnern, den Franzosen, ziemlich verbreitet. In der Mitte des »Ersten Indochina-Krieges«, also zwölf Jahre zuvor, hatten französische Journalisten – im Gegensatz zu den Aussagen französischer Generale – ihren Lesern mitgeteilt, Indochina sei ein Sumpf. Der Titel von Lucien Bodards zum Teil prophetischem Bericht von den französischen Erfahrungen in Indochina während der Jahre 1946 bis 1950 lautcte z. B. »L'enlisement« (wörtlich: das Versinken im Triebsand). George Ball, einer der wenigen US-Beamten, die sich vorstellen konnten, daß die amerikanischen Erfahrungen dieselben wie die der Franzosen sein würden, wurde von de Gaulle gewarnt: Vietnam sei ein »verfaultes Land«, das sich nicht für westliche Politik und Tanks eigne,

[5] Es handelt sich um Botschafter Llewellyn Thompson; sein unveröffentlichtes Telegramm bezog sich auf ein vertrauliches Gespräch mit dem sowjetischen Premier, in dem dieser es nicht für nötig hielt, die Verladung von Mittelstreckenraketen nach Cuba, die gerade in Gang war, zu erwähnen.

eine Gegend, die – so wurde vorsichtig angedeutet – nicht »white man's country« sei.

Doch zur selben Zeit konnte man die Metapher bereits auch aus dem Munde von Amerikanern hören. Im Frühjahr 1962 schrieb John Kenneth Galbraith einen Brief an den Präsidenten, in dem er sich gegen eine Entsendung von Kampfeinheiten nach Vietnam oder eine andere Verstärkung unseres Engagements wandte und seiner Befürchtung Ausdruck verlieh, daß das Versprechen des New Frontier »in den Reisfeldern untergehen könnte«. (Dies trat dann auch ein, obgleich das Versprechen als »Great Society« einen neuen Namen erhalten hatte.) Ende 1964, Anfang 1965 fand David Halberstam für seine Abhandlung über den Krieg keine bessere Überschrift als den etwas komischen Titel *The Making of a Quagmire* (deutsch erschienen als: Vietnam oder Wird der Dschungel entlaubt?).

»Viele Leute glaubten, der Titel sei zu scharf, er klinge pessimistischer, als man vertreten könne« erinnert sich Halberstam später. Doch damals hatte der Aufbau amerikanischer Bodentruppen ebenso wie der Luftwaffe in Vietnam erst begonnen, zwei Jahre später hielten eine Menge derselben Leute den Titel für passend. Unter diesen befanden sich auch einige frühere Beamte – so Arthur Schlesinger Jr., Richard Goodwin und Townsend Hoopes – die in diesem Krieg jetzt ein Unternehmen sahen, das mit seinen erhöhten menschlichen Belastungen und materiellen Kosten zwar guten Absichten entsprungen war, aber auf unberechtigten Hoffnungen gründete und unsere Staatsmänner in schreckliches Unheil verstrickten.

Bei einer großen Zahl, wenn nicht den meisten Amerikanern sind »Sumpf ... Morast ... Triebsand ... Schlamm« in Verbindung mit »sich verirren, hineingeraten« zu den beherrschenden Vorstellungen geworden, wenn sie sich mit dem »Zweiten Indochinakrieg« und dem amerikanischen Engagement befassen. Sie sind mehr als ein Bild oder eine Haltung; diese Metaphern stehen für ein weitverbreitetes Verständnis von den Entscheidungsprozessen, die zu einem immer stärkeren militärischen Vorgehen in Indochina geführt haben.

Die bloße Schilderung dessen, wie jemand in einen Sumpf gerät – etwa in der Art von Hugos Beschreibung –, macht schlagartig die Kraft der Analogie deutlich; so viele direkt wahrnehmbare Merkmale unseres Vorgehens sind damit getroffen: das allmähliche Vorwärtstasten; der öffentlich verbreitete, teilweise sicher ehrliche Optimismus; die offenbar überraschenden Rückschläge, auf die neue Einsätze folgten; und vor allem die Annahme von der Unkenntnis des Präsidenten, die seine Verant-

wortung für Krisen, Fehlschläge und für das immer wiederkehrende Patt mindern.

Die Implikationen eines solchen Verständnisses – falscher Optimismus, Mangel an Weitblick und Kenntnis, vielleicht auch Berechnung – schmeicheln den betroffenen Präsidenten zwar nicht gerade, mildern aber die Beurteilung ihrer Fehler; letzten Endes ist eben Unwissenheit doch eine Entschuldigung. Vor allem aber suggeriert diese Auffassung spezifische Antworten auf die inzwischen in den Hintergrund getretenen Fragen: Wie kam das mit Vietnam? Wie wurden wir so tief in diesen Krieg verstrickt? Was für Vorstellungen verbanden unsere Präsidenten mit ihren Handlungen? Worauf wollte man hinaus? Was erhoffte man sich? Welchen Erwartungen entsprachen ihre Handlungsweisen? Doch können diese Antworten als richtig gelten? Wenn nicht, dann ergeben sich aus den Vorstellungen vom »Sumpf, in den man geraten ist« auch nur unbrauchbare Voraussagen bezüglich künftiger Entscheidungen und Ereignisse – und noch weniger lassen sich aus ihnen Mittel und Wege zur Veränderung der Dinge ableiten. Trifft die Analogie auf die Entwicklung der amerikanischen Intervention in Vietnam zu oder führt sie uns nur in die Irre?

Die Analogie des Sumpfs bei Schlesinger

Die näheren Implikationen solcher Vorstellungen für das Verständnis der politischen Entwicklung sind von Arthur Schlesinger jr. in zwei vielzitierten Aussagen formuliert worden: die erste bezieht sich auf die Verstärkung der in Vietnam tätigen Militärberater unter Präsident Kennedy im November 1961:

»Dies war die Politik des »one mor step« – jeder weitere Schritt versprach dabei denselben Erfolg, den man sich schon *vom vorhergehenden erwartet* hatte, der jedoch unerklärlicherweise nicht eingetreten war ...«[7]

»Und so trieb die Politik des »one more step« die Vereinigten Staaten immer tiefer in den Morast. Rückblickend ist Vietnam der Triumph einer Politik der Fahrlässigkeit. Unsere gegenwärtigen Schwierigkeiten sind nicht das Produkt sorgfältiger und überlegter Lagebeurteilungen, sondern die Folge einer Reihe nach und nach getroffener kleiner Entscheidungen. Es wäre nicht nur müßig, sondern auch ungerecht, Schuldige zu suchen. Präsident Eisenhower hat nach der Ablehnung einer militärischen Intervention im Jahre 1954 die Unterstützungspolitik

[7] *The Bitter Heritage: Vietnam.and American Democracy, 1941–1966* (New York, 1968), S. 39. Hervorhebungen nicht im Original.

gegenüber Saigon begründet, die – zwei Amtsperioden später – im Jahre 1965 zum militärischen Eingreifen Amerikas führte. Jeder Schritt des amerikanischen Engagements *wurde vernünftigerweise jeweils als der letzte, der notwendig sei, angesehen.* Aus heutiger Perspektive läßt sich sagen, daß jeder Schritt nur den nächsten herausforderte; schließlich wurde der Alptraum amerikanischer Militärstrategen Wirklichkeit: ein Landkrieg in Asien.[8]

Mit diesem Schritt-für-Schritt-Modell, in dem jede Maßnahme Erfolg versprach, gibt Schlesinger vor, den gesamten Prozeß von Eisenhowers Unterstützungsangebot an Diem im Jahre 1954 bis zur militärischen Intervention im Jahre 1965 erklären zu können. Seine Verallgemeinerung könnte auch die Periode seit unserer ersten Militärhilfe für die Franzosen 1950 unter Truman – Schlesinger läßt diese Anfänge bei den Demokraten außer acht – bis zur Gegenwart umfassen. Kaum einer könnte diese Erweiterung wohl ebenso überzeugend finden.

Diese Erklärung wirkt ungemein befriedigend. Sie ist einfach und sogar elegant. Eine endlose Kette von Entscheidungen wird durch sie zusammengefaßt, um ein erschreckendes Resultat verständlich zu machen. Sie ist fraglos einleuchtend und plausibler als alle Alternativen, die sich auf öffentlich zugängliches Material stützen (vor der Veröffentlichung der Pentagon Papers). Und sie stimmt mit der weitverbreiteten Annahme überein, daß dieser »Alptraum« von denen, die die Entscheidungen gefällt haben, durch welche er Wirklichkeit wurde, auch als bloße Möglichkeit nicht vorausgesehen werden konnte; andernfalls hätten sie doch wohl den Rückzug angetreten oder zumindest die Öffentlichkeit vor den kommenden Schwierigkeiten gewarnt.

Als allgemeine Beurteilung der wichtigen Entscheidungen und der ihnen zugrundeliegenden Erwägungen, die zum wachsenden Eingreifen Amerikas in Indochina führten, hat diese Auffassung nur einen Mangel – sie trifft auf keine einzige jener Entscheidungen während der letzten zwanzig Jahre zu.

Damit leugnen wir keineswegs, daß es in diesen beiden Jahrzehnten Monate und Jahre gab, die durch einen unbegründeten Optimismus der Eingeweihten – den Präsidenten eingeschlossen – gekennzeichnet waren. Dies trifft fast auf das ganze Jahr 1962 zu;[9] teilweise war dies auch in

[8] Ibid., S. 47. Hervorhebungen nicht im Original. Ich zitiere diese Stellen nur deshalb so nachdrücklich, weil dadurch die von mir kritisierte Position so deutlich zum Ausdruck kommt und gerade die von Arthur Schlesinger Jr. selbst berichteten Tatsachen sie widerlegen. In anderen Punkten hat er viel Überzeugendes und Nützliches über unser Engagement in Vietnam gesagt. (Inzwischen hat Schlesinger – nach der Veröffentlichung dieses Essays und der Pentagon Papers die zitierten Aussagen widerrufen; vgl. Fn. 30.)

[9] Vgl. die genaue Beschreibung der übermütigen Stimmung in diesem Jahr, die sich bis 1963 fortsetzte, bei Schlesinger: *The Bitter Heritage*, S. 41f.

den Jahren 1953, 1957 und 1967 der Fall. Doch auch zu Zeiten, als die Stimmung jener Eingeweihten dem Optimismus entsprach, den die Beamten der Öffentlichkeit gegenüber fast immer vertraten, wuchs offenbar unser Einsatz an Dollars, Rhetorik und Menschen und verringerten sich die Chancen, unsere Verluste zu mindern oder unser Eingreifen einzuschränken.

Allerdings wurden in den angeführten Perioden keine bedeutenden[10] Maßnahmen beschlossen oder eingeleitet. Was jedoch der Erklärung bedarf, ist nicht das Phänomen, daß Optimismus regelmäßig zu der Entscheidung führte, die Eskalation zu betreiben – nicht einmal für das Jahr 1968 läßt sich dies belegen – sondern die Tatsache, daß sich gerade aus den Entscheidungen für ein verstärktes Eingreifen der USA ein bürokratischer Optimismus entwickelte. Denn diese Entscheidungen zeugen, wie aus den internen Dokumenten hervorgeht, eher von Verzweiflung als von Hoffnung.

Die Jahre, in denen man sich zu neuen Schritten und Programmen entschloß, waren ausnahmslos Perioden der Krise und des Pessimismus – und zwar in stärkerem Maße, als es der Öffentlichkeit gegenüber jemals eingestanden wurde. Auch scheinen die ernsten Einschätzungen in jenen Perioden nie so unbegründet oder abwegig gewesen zu sein wie die optimistische Stimmung, die ihnen regelmäßig folgte. Ignoranz und alberne Vorschläge gab es wahrlich genug in den beiden Jahrzehnten. Doch in den eigentlichen Jahren der Entscheidung, war die Kluft zwischen der Beurteilung der jeweiligen Situation und der Aussichten der getroffenen Entscheidungen und der tatsächlichen Wirklichkeit stets relativ unbedeutend: sie war so unbedeutend, daß sich das Argument, mehr Realismus oder Pessimismus hätte zu anderen Entschlüssen geführt, kaum halten läßt.

In der Tat entspricht keine einzige der relevanten Entscheidungen – von 1950, 1954, 1961, 1963, 1964, 1965 (vgl. die folgende Diskussion) – der allgemeinen Feststellung Schlesingers auch nur im geringsten. Seine

[10] Eine Liste von Vorschlägen für Aktionen, die von allen Regierungen als politische Positionen angesehen wurden, welche den Charakter unseres Eingreifens in der Weise ändern würden, daß sich die innen- und/oder außenpolitischen Risiken erhöhen, findet sich auf S. 108. In dieser Richtung wirklich getroffene Maßnahmen – von Regierungsseite und auch außerhalb der Regierung – sind auf S. 73f. zusammengestellt. (Bestimmte später getroffene Entscheidungen wie z. B. die Bombardierung der Ölversorgung im Jahre 1966, könnten hinzugefügt werden.) Die Verstärkung unseres Eingreifens, wie sie im Fall des Aufbaus von Militärberaterteams (1962–63) oder von Bodentruppen (1966–67) gegeben war, wurde von der Bürokratie als bloß »quantitative Veränderungen« betrachtet, die keiner großen politischen Debatten bedürften, da sie lediglich früher gefaßte Beschlüsse des Präsidenten in die Tat umsetzten.

Darstellung erweist sich, wenn man die Fakten kennt, sogar in jedem Fall als außerordentlich irreführend.[11]

Ganz deutlich wird dies am Beispiel der Entscheidung, die Schlesinger als typisch für die Politik des »one more step« anführt, nämlich der Entschluß von Präsident Kennedy, die von der Genfer Konferenz festgelegte Begrenzung des militärischen Personals der USA in Südvietnam offen zu überschreiten und die Zahl der »Berater« von weniger als tausend auf mehr als fünfzehntausend zu erhöhen.

Zwar stützen Zeitungsberichte von damals über diese Episode politischer Entscheidung – deren öffentliche Wirksamkeit mit der Entsendung von General Maxwell Taylor und Walt W. Rostow nach Saigon einsetzte – die Interpretation, die auf der Sumpf-Theorie beruht. Doch gingen diese Berichte völlig fehl, zumal sie teilweise auf offiziellen Falschmeldungen basieren. Es klingt wie eine Ironie, wenn Schlesingers eigener Bericht die Tatsachen enthüllt, die jene früheren, »gezielten« Folgerungen ebenso widerlegen wie seine eigene Verallgemeinerung. Das Phänomen der Täuschung ist also ein Teil dessen, was erklärt werden muß; wir wollen uns deshalb zunächst die Zeitungsmeldungen vornehmen, anschließend Schlesingers Bericht überprüfen.

Die Entscheidungen vom November 1961

Am Tag der Abreise von General Taylor und seiner Mission nach Südvietnam brachte die *New York Times* einen Artikel von Lloyd Garrison mit der Überschrift: »Taylor vorsichtig bezüglich der Entsendung von GIs nach Asien«; »Abreise nach Südvietnam – Andeutung, den Einsatz von Truppen zu verweigern.«[12]
Im Text stand zu lesen:

Vorige Woche kündigte Präsident Kennedy die Entsendung einer elfköpfigen Mission unter der Führung von General Taylor nach Vietnam an. Zweck der Reise ist eine adäquate Einschätzung der Frage, ob sich die Vereinigten Staaten

[11] Dasselbe gilt für eine spätere Formulierung von Schlesinger, die dem Militär die Verantwortung zuschiebt: »In jedem Stadium unseres Versinkens in den Morast haben die Militärs die entscheidende Rolle gespielt ... An jedem Punkt des schrecklichen Weges haben uns die Generale versichert, daß der nächste Schritt der militärischen Eskalation den lang ersehnten und immer wieder vereitelten Sieg bringen würde.« Vgl. *Partisan Review,* XXXVII (Nr. 4, 1970), S. 517.

[12] *New York Times,* Oktober 16, 1961; der Artikel datiert vom 15. Oktober. Alle in diesem Kapitel zitierten Zeitungsartikel stammen aus der *New York Times.* Die Daten beziehen sich auf die Veröffentlichung der Artikel. Alle Hervorhebungen von mir.

zu einem Einsatz von Truppen veranlaßt sehen, um dem kommunistischen Vordringen in Südostasien Einhalt zu gebieten ...
Vor seinem Abflug an Bord einer Militärmaschine wurde der Sonderberater des Präsidenten um einen Kommentar zu Meldungen gebeten, denen zufolge Präsident Kennedy in zunehmendem Maße zögert, US-Kampftruppen nach Südvietnam zu senden. ... General Taylor lehnte es ab, im Namen des Präsidenten zu sprechen und erklärte: »Jeder Amerikaner lehnt den Einsatz von Truppen ab, wenn dies nicht absolut notwendig ist.«
Seine Bemerkungen scheinen eine Tendenz in Regierungskreisen zum Ausdruck zu bringen, früher geäußerte Warnungen bezüglich eines möglichen Kampfeinsatzes von US-Truppen zurückzunehmen.

James Reston erklärte in einer Kolumne aus Washington am 19. Oktober, daß an die Taylor-Mission anknüpfende Berichte des Inhalts, daß »die Vereinigten Staaten im Begriff sind, einen Guerillakrieg in Südostasien zu beginnen ... mit äußerster Skepsis zu betrachten seien – zumindest vorläufig«.

General Taylor ist nicht nur ein Soldat, sondern auch ein Philosoph: Er zeigt das Gespür eines Soldaten für Macht und Geographie und den Weitblick eines Philosophen. So wird er sich auch kaum für den fröhlichen Beginn eines Dschungelkrieges in einer Entfernung von 7000 Meilen vom Heimatland aussprechen, für einen Krieg, in dem die landschaftlichen Bedingungen wie die Logistik klare Vorteile für den Feind bieten ...
Präsident Kennedy ist sicherlich nicht darauf aus, seinen Problemen in Deutschland ein Abenteuer in Südostasien hinzuzufügen; wenn auch zusätzliche Truppen nach Vietnam entsandt werden, um die Verteidigungsstreitkräfte auszubilden und anzuleiten – General Taylor hat seine Reise sicherlich nicht angetreten, um eine Invasion zu organisieren.

Während der darauffolgenden Woche konzentrierten sich die Spekulationen auf Taylors Überlegungen, ob US-Kampftruppen in Südvietnam benötigt werden oder nicht. Bei seiner Abreise aus Saigon bekannte Taylor: » ... dies war eines der wichtigsten Probleme, um die ich mich kümmern sollte ... « – behielt aber seine Ansichten für sich und den Präsidenten.

»Ich kehre zurück mit meinen eigenen Ansichten darüber, was zu tun sei ... Selbstverständlich kann ich meine Empfehlungen hier nicht diskutieren, da sie zunächst für den Präsidenten bestimmt sind, der auch die Entscheidungen zu treffen hat«, erklärte General Taylor.
»Ich habe großes Vertrauen in die militärische Schlagkraft Südvietnams, die zur Lösung aller Schwierigkeiten innerhalb der Landesgrenzen und zur Verteidi-

gung des Landes gegen konventionelle Angriffe ausreichen dürfte.« (26. Oktober, 1961)

Am 3. November kehrte General Taylor nach Washington zurück, sprach vor Presseleuten auf dem Flughafen und stattete Präsident Kennedy im Weißen Haus einen zweistündigen Besuch ab. Der Leitartikel der *New York Times* vom 4. November, verfaßt von E.W. Kenworthy, berichtete:

Bei seiner Rückkehr von einer dreiwöchigen Mission in Südostasien äußerte General Taylor die Ansicht, daß Ngo Dinh Diem über alles Notwendige verfüge, um der kommunistischen Bedrohung Herr zu werden.
Der General lehnte es ab, direkt auf die Frage einzugehen, ob er es befürworte, daß amerikanische Kampftruppen zur Unterstützung der vietnamesischen Streitkräfte in ihrem Kampf gegen Vietcong-Guerillas entsandt würden.
Als man ihn auf seine Bemerkungen bei seinem Abflug aus Saigon hin ansprach und ihn darauf hinwies, daß diese in dem Sinne ausgelegt worden seien, daß die Probleme von Präsident Ngo Dinh Diem nicht die der Kampfstärke wären, antwortete er: »Dies trifft zu. Es ist ein volkreiches Land.«
Regierungsstellen bestätigten die Schlußfolgerung aus General Taylors Worten, daß dieser eine Entsendung von US-Kampfeinheiten gegenwärtig negativ beurteile. . . .
Obwohl bekanntlich einige Leute im Weißen Haus, im State Department und im Verteidigungsministerium die Entsendung von Streitkräften befürworten, käme eine diesbezügliche Empfehlung von seiten General Taylors überraschend.[13] Zudem weiß man, daß der Präsident den Einsatz von Truppen nur als letzte Lösung billigen würde ...
General Taylor, der sich gegen den Einsatz von amerikanischen Kampftruppen wendet, spricht sich indessen für die Entsendung von notwendigem technischen Militärpersonal aus und empfiehlt die intensive Ausbildung von südvietnamesischen Elitetruppen für den Antiguerilla-Krieg durch US-Rangers.

Am 16. November berichtete Kenworthy:

Präsident Kennedy hat über die Maßnahmen entschieden, die die USA zur Unterstützung von Südvietnam gegen die kommunistischen Angreifer zu treffen bereit sind.
Diese Maßnahmen wurden gestern auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates endgültig gebilligt und folgen den Empfehlungen des Militärberaters des Präsidenten, General Maxwell D. Taylor ... Die Pläne der Vereinigten Staaten enthalten vorerst keine Entsendung von Kampfeinheiten ...

[13] Wie sich zeigen wird, hatte er gerade zu dieser Maßnahme zwei Tage zuvor geraten und damit niemanden sonderlich überrascht.

Regierungssprecher betonten, daß Präsident Kennedy und der Nationale Sicherheitsrat die Möglichkeit der Entsendung von Bodenkampftruppen und Luftwaffeneinheiten für den Fall einer beträchtlichen Verschlechterung der Lage nicht ausgeschlossen hätten. Der Präsident wolle sich nicht – so hieß es – auf eine »Nie«-Position festlegen lassen.
Jedoch stimmen der Präsident und General Taylor zuverlässigen Informationen zufolge darin überein, daß die südvietnamesische Regierung in der Lage sei, der kommunistischen Bedrohung standzuhalten und sie zurückzuschlagen; Voraussetzung dafür sei aber, daß die Ausbildung der regulären Streitkräfte beschleunigt, das Transportproblem gelöst und ein zuverlässiges Nachrichtensystem entwickelt werde; weiterhin sei eine Reform des Stabs notwendig, um ihn gegen falsche politische Einflußnahme abzuschirmen.

Aus dieser Artikelserie, die auf »amtlichen, verläßlichen Quellen« beruhte und der von keinem Beamten widersprochen wurde, konnten die Leser der *New York Times* nur eines schließen: Taylor und Rostow hatten sich mit ihrer Empfehlung gegen die Entsendung von Kampfeinheiten ausgesprochen und dem Präsidenten versichert, daß die schwächeren Maßnahmen, die er akzeptierte – also entsprechend ihren Empfehlungen keine Streitkräfte zu senden – den Zielsetzungen der USA am besten gerecht würden.
Dies war das Gegenteil der Wahrheit.
Was Taylor und Rostow wirklich empfohlen hatten, erfuhr die Öffentlichkeit durch Schlesingers eigenen Bericht etwa ein halbes Jahrzehnt später:

Der Taylor-Rostow-Bericht sprach sich für eine Verstärkung des amerikanischen Eingreifens aus; im wesentlichen sollte dies mit der Eingliederung von amerikanischen »Beratern« in die südvietnamesische Regierung und in die Armee bewerkstelligt werden; Zweck der Tätigkeit dieser Berater, die vietnamesischen Militäreinheiten und Regierungsstellen unterstellt werden sollten, war eine Verbesserung der Aktionsfähigkeit. Taylor und Rostow *befürworteten weiterhin* die Entsendung einer amerikanischen Spezialeinheit – etwa 10000 Mann – welche die Verteidigungsoperationen und die Sicherung der Randstellungen leiten sollte. Für den Fall, daß die vietnamesische Armee in ernsthafte Bedrängnis gerät, könnte diese Einheit dann als Reserve fungieren. Der Bericht schloß mit der Feststellung, daß dieses Programm seine Wirkung nur erzielen würde, wenn die Infiltration vom Norden her beendet werden könne; falls dies nicht gelänge, müßten die USA eine Vergeltungspolitik gegenüber dem Norden ins Auge fassen, deren Ausmaße den Hilfeleistungen von Hanoi für den Vietcong entsprächen.
Kennedy hat die Strategie gegenüber dem Norden ebenso verworfen wie den Einsatz von Kampftruppen ... Er erhöhte die Zahl der Militärberater.[14]

[14] *The Bitter Heritage*, S. 39; Hervorhebungen nicht im Original.

Schlesinger scheint nicht bemerkt zu haben, welche Einbuße dieser Bericht für seine grundsätzliche Einstellung zur Politik des »one more step« bedeutet, bei der jeder neue Schritt ... Erfolg versprechen sollte. Jedenfalls teilt er noch mit, daß keine Erfolgsgarantien für das von Kennedy akzeptierte Programm gegeben werden könnten, aus dem die beiden fraglichen Punkte ausgeklammert waren: die Strategie gegenüber dem Norden und der Einsatz von Kampftruppen. Und tatsächlich hatten weder Taylor noch Rostow noch sonst jemand für die verbliebenen Maßnahmen Erfolgsgarantien gegeben.

Die Implikationen dieser Ungereimtheit werden dadurch verschleiert, daß Schlesinger nur ganz nebenbei erwähnt, Taylor und Rostow hätten »auch noch« die Entsendung amerikanischer Kampftruppen empfohlen — oder, wie er an anderer Stelle sagt, »ins Auge gefaßt«.[15]

Solche Formulierungen lassen vermuten, daß es sich dabei nur um einen Vorschlag unter anderen gehandelt habe, sozusagen um fakultative Elemente, die man auch weglassen konnte, ohne dadurch die Aussichten einer im übrigen gesicherten Strategie zu beeinträchtigen.

In Wirklichkeit hatte Taylor in einer persönlichen, streng vertraulichen Mitteilung[16] die Entsendung von Bodenkampftruppen als *wesentlich* bezeichnet: Er sah darin »die entscheidende Maßnahme, die gegenwärtig schlechte Lage positiv zu wenden«. »Ich bin überzeugt«, sagt er, »daß wir unser Programm zur Rettung Süd-Vietnams sonst nicht erfolgreich durchführen können.« In einem Bericht von Theodore Sorensen heißt es: »Vielfach glaubte man, die amerikanischen Truppen würden weniger wegen ihrer zahlenmäßigen Stärke als aus Gründen der moralischen Unterstützung von Diems Streitkräften und zur Abschreckung der Kommunisten benötigt.«[17] Doch diese »auf Annahmen beruhenden psychologischen Gründe«, wie sie Sorensen nennt, brachte Taylor nicht so leichtfertig vor. In einem gesonderten Telegramm an den Präsidenten schilderte er die Probleme, wie sie sich ihm in Vietnam (und Südostasien) darboten:

Es gibt eine doppelte Vertrauenskrise: Man fragt sich, ob die USA entschlossen sind, Südostasien zu retten und ob die Methoden Diems geeignet sind, die kommu-

[15] Arthur Schlesinger Jr., *A Thousand Days* (New York, 1965), S. 504.

[16] Sie war mit dem Vermerk »Nur für den Adressaten bestimmt« versehen; dies war in diesem Fall der Präsident. Im Unterschied zu anderen vertraulichen Dokumenten wurde diese Mitteilung damals und auch später streng geheim gehalten. Vgl. PP, II, 90–92. Vgl. auch *The Pentagon Papers,* Bantam Edition, S. 141–143. Wenn nicht anders vermerkt, stammen alle Zitate von Taylor in diesem Abschnitt aus dieser Mitteilung, die ganz zu lesen sich lohnt.

[17] Theodore Sorensen, *Kennedy* (New York, 1965), S. 653.

nistischen Methoden und Ziele erfolgreich zu bekämpfen und zu vereiteln. Die Vietnamesen (und die Südostasiaten) werden sich in den kommenden Wochen und Monaten zweifellos – ob zu Recht oder zu Unrecht – ihre endgültige Ansicht über den wahrscheinlichen Ausgang der Kämpfe bilden und sich dementsprechend verhalten. Was die USA tun oder zu tun unterlassen, wird für den endgültigen Ausgang entscheidend sein. (PP/139, DA)

Keine andere Maßnahme, behauptete Taylor, sei besser geeignet, »die Entschlossenheit der USA zu dokumentieren, das Volk und die Regierung von Südvietnam sowie unsere sonstigen Freunde und Verbündete unserer Unterstützung zu versichern, als die Abkommandierung von Streitkräften nach Südvietnam«.
Die Entsendung einer Streitkraft, welche die erwünschten psychologischen Effekte erzielen sollte, dürfte nach Taylor nicht ein bloß »symbolischer Akt« sein – er schlug eine »Anfangsstärke« von etwa 8000 Mann vor – ; die Truppen müßten bedeutendere Aufgaben übernehmen können, unter anderem (wenn man Schlesingers Bericht folgt) »die Durchführung von Kampfeinsätzen, die zur Selbstverteidigung und zur Sicherung von Randstellungen notwendig sind und für den Fall ernsthafter militärischer Bedrohung der vietnamesischen Armee als Reserveeinheit fungieren«.
Taylor unterstrich die Dringlichkeit dieser Maßnahmen, indem er explizit auf die ihm bekannten Nachteile einging:

a) Die strategische Reserve der USA ist derzeit so schwach, daß wir es uns kaum leisten können, Streitkräfte in eine an den kommunistischen Block angrenzende Region, wo sie auf ungewisse Zeit festgenagelt sein werden, zu verlegen.
b) Obwohl das Ansehen der USA durch ihr Engagement in Süd-Vietnam bereits auf dem Spiel steht, wird uns ein Truppeneinsatz noch mehr in die ganze Angelegenheit verwickeln.
c) Wenn das erste Kontingent nicht ausreicht, um die nötigen Erfolge zu erzielen, wird es schwierig sein, dem Drängen nach Verstärkung zu widerstehen. Wenn unser oberstes Ziel die Sicherung der Grenzen und die Säuberung Süd-Vietnams von Aufständischen ist, so gibt es keine Grenze für unsere mögliche Verwicklung (es sei denn wir greifen die Quelle selbst, Hanoi, an).
d) Der Einsatz von US-Streitkräften kann die Spannungen und das Risiko einer Eskalation zu einem größeren Krieg in Asien noch erhöhen (PP/137, D.A.)

Angesichts all dieser Nachteile empfahl er den unverzüglichen Einsatz einer Spezialtruppe – als Grund dafür führte er an, daß das Programm der Vereinigten Staaten, Südvietnam zu retten, anders nicht mit Erfolg durchzuführen sei.
Die Spezialeinheit war also als *unerläßlich* bezeichnet worden, sollte

der Erfolg nicht aufs Spiel gesetzt werden. Würde er mit ihr auch gesichert sein? Sicherlich nicht im Falle einer Invasion vom Norden, die mit ihrem Einsatz ausgelöst werden könnte; dann könnte man in der 8 000-Mann-Truppe bestenfalls eine Vorhut sehen. Doch auch ohne das Eintreten dieser Eventualität, betonte der Bericht, würde die wachsende Infiltration, mit der zu rechnen sei, nicht nur mehr US-Truppen erfordern, sondern auch die Bombardierung von Nord-Vietnam. Schlesinger formulierte dies wie folgt:

Taylor and Rostow *hofften*, daß ihr Programm (einschließlich der Spezialtruppe also) zum Sieg im Bürgerkrieg ausreichen würde – als sicher galt ihnen der Erfolg *nur dann*, wenn der Infiltration vom Norden her Einhalt geboten werden könnte. Falls diese fortschreiten würde, sahen sie kein Ende des Krieges. Deshalb stellten sie die Frage, wie lange man von Saigon und den USA noch erwarten könne, nach den bisher befolgten Regeln vorzugehen, die es Nordvietnam ermöglichten, Guerillas auszubilden und vom Norden aus zu unterstützen, während es zugleich den Südvietnamesen untersagt bleibt, die Quelle der Aggression direkt anzugreifen. Rostow argumentierte so eindringlich zugunsten einer Politik der Vergeltungsschläge gegen den Norden entsprechend dessen Hilfeleistungen für den Vietcong, daß man seine Vorschläge scherzhaft als »Rostow Plan 6« in der militärischen Planung hinter den SEATO Plan 5 setzte.[18]

Im Frühjahr 1961 hatte es Rostow in einem Vortrag in Fort Bragg, wo Spezialeinheiten ausgebildet werden, als eine neue Form der Aggression bezeichnet, »Männer und Waffen über internationale Grenzen hinweg einzusetzen und Guerillakriege von einem Punkt außerhalb eines nationalen Hoheitsgebietes zu führen«; diese Art der Kriegsführung verlange Vergeltungsschläge gegen die »eigentliche Quelle der Aggression«, falls keine internationalen Maßnahmen erfolgen.[19] (Offensichtlich hatte Rostow von der Operation in der Schweinebucht, die kurz vorher stattgefunden hatte, als Wesentlichstes gelernt, welche Bedeutung der Tatsache zukam, daß Castro bzw. Chruschtschow das Recht hatten, Florida oder Washington zu bombardieren.)

In seinem Begleitbrief zu dem Bericht schrieb Taylor:

Wir sind zwar der Ansicht, daß die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen unserer gegenwärtigen Kenntnis der Situation in SO-Asien entsprechen, doch soll dies kein endgültiger Vorschlag sein ... Es ist für mich offensichtlich, daß in unseren Beziehungen zu SO-Asien die Zeit kommen wird, da wir uns entschließen müssen,

[18] *A Thousand Days*, S. 505, Hervorhebungen nicht im Original.

[19] W. W. Rostow, »Guerilla Warfare in Underdeveloped Areas«, in: T.N. Greene (ed.), *The Guerilla – And How to Fight Him* (New York, 1962), S. 60.

die Quelle der Guerillatätigkeit in Nordvietnam anzugreifen und von der Regierung in Hanoi den Preis dafür zu verlangen, daß sie sich in den laufenden Krieg einmischt – einen Preis, der dem Schaden gleichkommt, den Hanoi seinen Nachbarn im Süden zufügt. (PP II, 97-98)

Dies waren die Ansichten von Präsident Kennedys engstem Vertrauten in Militärfragen, den er aus dem Ruhestand zurückgeholt und später zum Generalstabschef ernannt hat. Taylor war nach Vietnam geschickt worden, um zu ermitteln, welche von den zur Debatte stehenden Kampfmöglichkeiten der USA die geeignete sei, und er kehrte zurück und sagte dem Präsidenten, daß die Lage »ernst, aber nicht hoffnungslos« sei; d.h. hoffnungslos sei sie dann – und nur dann – nicht, wenn der Präsident unverzüglich Kampfeinheiten von beträchtlicher Größe entsandte und sich zugleich klar darüber war, daß weitere Truppeneinsätze sowie die Bombardierung des Nordens wahrscheinlich als darüberhinausgehende Schritte erforderlich wären.
Mit der Entsendung einer Spezialtruppe war eine kurzfristig adäquate Maßnahme getroffen – langfristig mußte man mit zusätzlichen Schritten rechnen. Ohne die notwendige Spezialtruppe, für die es keine Ersatzlösung gab, blieben die übrigen Maßnahmen so gut wie sicher zum Scheitern verurteilt, und zwar langfristig wie kurzfristig. Präsident Kennedy akzeptierte das Programm ohne den Einsatz der Spezialtruppe.
Offenbar zweifelte der Präsident an seinen Gesandten. Doch diese standen mit ihren Vorschlägen und den von ihnen gesetzten Prioritäten keineswegs allein. Die Vereinigten Stabschefs hatten bereits im Mai 1961 eine Entsendung von Bodentruppen nach Vietnam (und/ oder Laos) befürwortet. (PP, II, 49) Nach Taylors Rückkehr wiederholten sie ihre Empfehlung; sie unterstützten die Dringlichkeit von Taylors Vorschlag und auch die entscheidende Frage der Vorrangigkeit bezüglich der Reihe von Maßnahmen, die Taylor empfahl. Darüberhinaus schlossen sich im November 1961 Verteidigungsminister McNamara und sein Stellvertreter, Roswell Gilpatric, der Lagebeurteilung und den Empfehlungen Taylors und der Vereinigten Stabschefs an. Das Memorandum an den Präsidenten ist wegen der ungewöhnlichen Offenheit der Argumentation und der Dringlichkeit, mit der es vorgebracht wird, äußerst aufschlußreich. Es sei hier im Wortlaut zitiert:

Memorandum an den Präsidenten 8. November 1961

Die wichtigsten Fragen, die Taylors Bericht aufwirft, sind, ob die USA:
a) sich verpflichten sollten, eine kommunistische Machtübernahme in Süd-Viet-

nam um jeden Preis zu verhindern und b) im Rahmen dieser Verpflichtung sofortige militärische Aktionen einleiten und Vorbereitungen für mögliche spätere Unternehmungen treffen sollen.
Die Vereinigten Stabschefs sowie Gilpatric und ich sind dabei zu folgendem Schluß gekommen:
1. Der Verlust Süd-Vietnams würde zu einer raschen Ausweitung des kommunistischen Einflußbereichs oder einer völligen Anlehnung des gesamten übrigen Südostasiatischen Festlandes sowie Indonesiens an den Kommunismus führen. Die weltweiten strategischen Konsequenzen, vor allem für den Orient, wären äußerst gefährlich.
2. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß der Fall Süd-Vietnams ohne den Einsatz von US-Streitkräften in beträchtlicher Stärke verhindert werden kann. Wir schließen uns Taylors Urteil an, daß die verschiedenen Maßnahmen, die er vorschlägt, ohne diesen Einsatz zwar nützlich, aber nicht in der Lage sind, das Vertrauen zurückzugewinnen und Diem auf die Bahn des Erfolges zu bringen.
3. Die Entsendung amerikanischer Streitkräfte in einer vorläufigen Größenordnung von 8000 Mann aus Anlaß der Überschwemmungskatastrophe wird eine große Hilfe für Diem bedeuten. Allerdings wird die Gegenseite (ganz gleich, ob es sich um Moskau, Peking oder Hanoi handelt) nicht davon überzeugt sein, daß wir es ernst meinen. Außerdem könnte eine solche Maßnahme keine Entscheidung bringen. Mit größter Wahrscheinlichkeit würden wir in einen endlosen Konflikt hineingezogen.
4. Die Gegenseite ist nur dann von unserer Ernsthaftigkeit zu überzeugen, wenn wir zugleich mit dem Einsatz unserer ersten Truppen uns klar und ohne Abstriche auf die oben erwähnten Ziele verpflichten und das mit einer über irgendwelche Kanäle laufenden Warnung an Hanoi verbinden, daß die fortgesetzte Unterstützung des Vietkong eine Vergeltungsaktion gegen Nord-Vietnam nach sich ziehen würde.
5. Wenn wir so vorgehen, muß Klarheit über das im äußersten Fall mögliche Ausmaß unseres militärischen Einsatzes herrschen. Der Kampf kann sich hinziehen; ein offenes Eingreifen Hanois und Pekings wäre möglich. Angesichts der Versorgungsschwierigkeiten der anderen Seite sind wir meines Erachtens zu der Annahme berechtigt, daß höchstens sechs Divisionen oder 205000 Mann US-Bodentruppen in Südostasien benötigt würden (CINCPAC-Plan 32-59, Phase IV). Unsere militärische Situation ist so – oder ist bei Hinzunahme von mehreren Divisionen der Nationalgarde oder der regulären Verbände so zu gestalten –, daß diese Streitkräfte ohne ernsthafte Folgen für unsere derzeitigen Berlinpläne bereitgestellt werden können.
6. Das gesteckte Ziel erfordert selbstverständlich eine wohl überlegte Entscheidung. Der Einsatz von Militär ist nur Teil einer ganzen Reihe sorgfältig abgestimmter Maßnahmen. Der Erfolg wird von Faktoren abhängen, von denen wir viele nicht beeinflussen können – so vor allem das Verhalten Diems und anderer politischer Führer in diesem Raum. Laos wird ein vordringliches Problem bleiben. Die politischen Konsequenzen für die amerikanische Innenpolitik sind ebenfalls

zu berücksichtigen, obwohl wir eher an eine Unterstützung aus dem Volk glauben, wenn wir gleich zu Anfang eine feste Position beziehen, als wenn die Aktionen sich Schritt für Schritt hinziehen und es so mit Sicherheit zu unüberwindbaren Verwicklungen kommt. Die Auswirkungen auf Moskau und Peking werden sorgfältig abzuwägen sein; der Fall Süd-Vietnams könnte sie jedoch nur in ihren Absichten bestärken und ermutigen.

7. Resümee
a) Wir glauben nicht, daß größere Kontingente von US-Streitkräften nach Süd-Vietnam entsandt werden sollten, wenn wir nicht gewillt sind, eine positive Entscheidung hinsichtlich der Folgerungen zu fällen, die zu Beginn dieses Memorandums gezogen wurden.
b) Wir sind geneigt zu empfehlen, die USA sollten sich dem klaren Ziel verpflichten, den Verlust Süd-Vietnams an den Kommunismus zu verhindern und dieser Verpflichtung mit den notwendigen militärischen Maßnahmen nachzukommen.
c) Besteht über eine solche Verpflichtung Übereinstimmung, unterstützen wir die Empfehlungen General Taylors als erste Schritte in dieser Richtung. (PP/144f. D.A.)

Es ist leicht, einzelne Aussagen vor dem Hintergrund dessen, was in den letzten 10 Jahren passiert ist, als albern hinzustellen: so z.B. die Annahme der Vereinigten Stabschefs, daß selbst beim offenem Eingreifen von China und Nord-Vietnam das Maximum an Bodentruppen bei 205 000 Mann liegen würde. (Sieben Jahre später forderte General Westmoreland eine Streitmacht eben dieser Stärke – 206 000 – *zusätzlich* zu den ihm bereits zur Verfügung stehenden 520 000 Mann.) Weder in diesem noch in irgendeinem anderen Dokument aus jener Zeit findet sich eine Andeutung darüber, daß wir später einmal – nach vier Jahren ständiger Bombardierung von Nord-Vietnam – mit mehr als einer halben Million Soldaten in einen ergebnislosen Krieg in Süd-Vietnam verwickelt sein könnten. Auch scheint keine militärische Analyse das Eindringen von regulären Einheiten voraus gesehen zu haben, das auch die Luftwaffe nicht verhindern konnte. Man vergleiche die Äußerung von General Taylor in der zitierten Mitteilung:

Das Risiko, in einen größeren Krieg in Asien hineinzuschlittern, ist zwar vorhanden, wiegt aber nicht schwer. Nord-Vietnam ist durch konventionelle Bombardierung äußerst verwundbar, eine Schwäche, die diplomatisch ausgenützt werden sollte, indem man Hanoi überredet, Süd-Vietnam aufzugeben. Sowohl die Volksrepublik Nord-Vietnam als auch die Chinesischen Kommunisten sähen sich schwerwiegenden Versorgungsschwierigkeiten gegenüber, wenn sie starke Einheiten im südostasiatischen Raum unterhalten müßten, Schwierigkeiten, die wir mit

ihnen, wenn auch keineswegs im gleichem Ausmaß, teilen. Es besteht kein Grund, einen kommunistischen Masseneinsatz in Süd-Vietnam und seinen Nachbarstaaten zu befürchten, vor allem dann nicht, wenn unsere Luftwaffe die Nachschublinien unter Beschuß nehmen darf. (PP/138 D.A.)[20]

Doch man würde diese Vorschläge sicher völlig mißverstehen, wenn man glaubt, ihr »Optimismus« hätte den Präsidenten beruhigen sollen, damit er der Entsendung der Bodenkampftruppen zustimmte (was er dann nicht tat). Im Gegenteil: Das McNamara-Memorandum steht in bezug auf seine Einschätzung des »letztendlichen Gesamteinsatzes«, der notwendig werden konnte, wohl einzigartig da, und das von ihm prophezeite Höchstmaß wirkte sicherlich schockierend – kaum weniger schokkierend als eine zwei- oder dreimal so hohe Angabe, die sich von heute aus gesehen realistischer ausnimmt.

Für McNamara und die Vereinigten Stabschefs gab es keine andere Möglichkeit als die Relevanz der Zielsetzungen zu betonen und gleichzeitig auch ihre Überzeugung zu unterstreichen, daß weniger umfassende Maßnahmen nicht ausreichten, wenn sie einen Aktionsplan befürworten und zugleich mit ungewöhnlicher Offenheit seine potentiellen Kosten und Risiken so nüchtern darlegen wollten. In der Tat läßt sich – im Gegensatz zur Auffassung, die sich aus der Sumpf-Theorie ergibt – kaum ein kompromißloserer und offenerer Vorschlag formulieren, als er mit dem Urteil (Vgl. Punkt 2 des Memorandums) gegeben ist, daß eine alternative Handlungsweise – wie die, zu der sich der Präsident dann entschließen sollte – ungeeignet sei.

Auch fehlte es nicht an Nachdruck in bezug auf die bei der Entsendung von Kampfeinheiten gebotene Eile. Die Formulierung »sofortige militärische Aktionen« im McNamara-Memorandum schloß sich an Taylors Aussage an, daß »die kommenden Wochen und Monate entscheidend seien«, und an den Vorschlag im Taylor-Bericht:

[20] Der Taylor-Rostow-Bericht vermerkt hierzu an einer wohl von Rostow verfaßten Stelle, wo der amerikanische Krieg in Vietnam dem französischen gegenübergestellt wird: »Schließlich haben die Kommunisten im Kriegsfall nicht nur etwas zu gewinnen – den Süden –, sondern auch etwas zu verlieren – nämlich den Norden. Diese optimistische Ansicht wurde vom Nachrichtendienst nie geteilt. Eine Lagebeurteilung des Geheimdienstes, die drei Tage vor dem McNamara-Memorandum fertiggestellt worden war, wird im Pentagon-Bericht zusammengefaßt: ›Der Kernpunkt der Geheimdienst-Analyse war, daß die Nordvietnamesen jedes verstärkte Engagement der USA mit einer verstärkten Infiltration zur Unterstützung des Vietcong beantworten würden ... Bombenandrohungen würden Hanoi nicht davon abhalten, den Vietcong zu unterstützen und direkte Angriffe auf den Norden würden zu einer heftigen Reaktion Moskaus und Pekings führen, die die Verteidigung Nordvietnams gegen einen solchen Angriff als unumgänglich betrachten würden.‹« (PP, II, 107–108)

Offenbar wird die Moral in Vietnam *sehr schnell* zusammenbrechen – und dies gilt eigentlich für ganz SO-Asien – wenn die durch den Besuch von Vize-Präsident Johnson und General Taylors Mission hervorgerufenen Erwartungen nicht *bald* durch ein hartes Eingreifen der USA auf vietnamesischen Boden erfüllt werden. (PP, II, 93)

Kurz vor der Mission Taylors hatte einer der erfahrensten und einflußreichsten Beamten, die dem Kabinett unterstellt waren, William P. Bundy (er hatte zehn Jahre lang seinen Dienst im CIA versehen und war zu jenem Zeitpunkt als stellvertretender Assistant Secretary of Defense im Geheimdienst tätig; später bekleidete er denselben Posten im Ministerium für fernöstliche Angelegenheiten), das »Element der Zeit« in einer persönlichen Note an McNamara hervorgehoben, als er sich zu Vorschlägen äußerte, die 20-40000 Mann starke Kampftruppen vorsahen:

Selbst wenn die Entscheidung auf der morgigen Sitzung nur vorläufigen Charakter besitzt – meiner Einschätzung nach geht es um die Fragen der Zusammenarbeit mit Diem, den Briten, Australiern und Neuseeländern – ist sie von größter Bedeutung. Vor allem muß schnell gehandelt werden.
Wenn man seinen Gefühlen trauen kann – meine beruhen auf direkter Erfahrung im Indochinakrieg von 1954 und dem darauffolgenden Bürgerkrieg bis zur Machtübernahme von Diem –, so heißt es: jetzt oder nie, wenn wir den Vietcong noch hindern wollen, seine Ziele zu erreichen ...
Eine frühe und kompromißlose Operation hat eine gute Chance, (70% würde ich schätzen) den Lauf der Dinge *aufzuhalten* und Diem eine Möglichkeit zur Verbesserung und Absicherung seiner Position zu geben ... Alles hängt von Diems Fähigkeiten ab, die sehr anzuzweifeln sind. Zu 30% müssen wir damit rechnen, daß es uns so ergeht wie den Franzosen 1954; Weiße können diese Art Krieg nicht gewinnen.
Auf einer Basis von 70 zu 30 würde ich persönlich dazu neigen, einzusteigen. Aber wenn wir, sagen wir, einen Monat verstreichen lassen, bevor wir etwas unternehmen, sinken die Chancen auf 60 zu 40, 50 zu50 usw. Ein geteiltes Laos, dessen eine Hälfte Souvanna Phouma untersteht, wird eher verloren gehen und uns auch in Südvietnam Schwierigkeiten bereiten: Also auch hier wird das Zeitproblem wichtig. (PP, II, 79)[21]

Das hieß also, daß eine Entscheidung des Präsidenten, die eine Truppenentsendung um einige Monate *aufschob*, bereits ein wesentliches Abweichen von den Vorschlägen darstellte, die ihm von zivilen und militärischen Beratern im Pentagon und im Weißen Haus unterbreitet wurden.

[21] Dies ist eines der wenigen Memoranden in den Pentagon Papers, das ernsthaft die Möglichkeit in Betracht zieht, daß es uns genauso ergehen könnte wie den Franzosen.

Aus den angeführten Zitaten geht auch klar hervor, daß in der internen Diskussion keine Unklarheit bestand bezüglich der Unterscheidung zwischen Bodenkampftruppen auf der einen Seite und den verschiedenartigsten Formen der Unterstützung wie Beratern, Versorgung, Nachrichtendienst, Kommunikation, Hubschrauberpersonal auf der anderen Seite. Diese beiden Kategorien wurden auch gemäß ihren Vor- und Nachteilen klar unterschieden; und im Oktober 1961, noch vor Taylors Reise, war es so gut wie sicher, daß die letztgenannten Formen der Unterstützung auf jeden Fall bereitgestellt würden.
So ist es wahrscheinlich, daß der Präsident ebenso wie seine höchsten Beamten in seiner *Ablehnung* des Vorschlags, sofort Kampfeinheiten zu entsenden, die bedeutendste, wenn nicht die *einzig* relevante Entscheidung jener Periode sahen (obgleich sie als diese der Öffentlichkeit mit Erfolg verschwiegen wurde). Sorensen schreibt dazu: »Alle seine einflußreichen Berater befürworteten den Vorschlag,[22] bezeichneten ihn als Prüfstein unseres guten Willens, als Zeichen unserer Entschlossenheit. Doch der Präsident hat ›nein‹ gesagt – und seine Entscheidung zählte.[23] Aber zugleich hat er zu einer Reihe anderer Programme ›ja‹ gesagt, die alle seine Berater als unzureichend bezeichneten und zwar nicht nur bezüglich eines langfristigen Erfolgs, sondern auch als Mittel, zur Vermeidung einer mittelfristigen Verschlechterung der Lage.«
Daß sich der Präsident gegen die Beamten im Pentagon und im Weißen Haus entschied, heißt natürlich nicht, daß sein Urteil falsch war. Weshalb er sich so verhielt, ist Gegenstand späterer in stärkerem Maße auf Annahmen beruhenden Erörterungen, über die Konsequenzen und kritischen Einschätzung seiner Entschlüsse. Was jedoch aus der Darstellung der Alternativen und Prognosen, die Kennedy vorgelegt wurden, sowie aus seiner Entscheidung klar hervorgeht, ist der offensichtliche Gegensatz dieser Sachverhalte zu ihrer Interpretation im Rahmen von Schlesingers Sumpf-Theorie.
Es besteht kein Anhaltspunkt für die Auffassung, daß der Präsident sich in diesem Fall zu einem »kleinen Schritt« entschloß, weil man ihm mit ihm Erfolg versprochen hatte oder weil man ihn begründeterweise als den »letzten« ansehen konnte. Aus so gut wie jeder Quelle wurde ihm das Gegenteil berichtet. Man versicherte ihn vielmehr, daß weitergehende Schritte oder der Rückzug die unausweichlichen Alternativen darstellten, zwischen denen er in naher Zukunft zu wählen hatte.

[22] Auf die Leute in der Regierung mag dies nicht zutreffen; vgl. das Telegramm von Rusk und das Rusk-McNamara-Memorandum.
[23] *Kennedy,* S. 653.

Die »Gewähr« für die Unangemessenheit der ergriffenen Maßnahmen beschränkte sich nicht aufs Pentagon, und sie bezog sich auch nicht bloß auf den Verzicht auf die Kampfeinheiten. Jede Stelle verfügte über ihre Kandidaten, die Veränderungen der US-Politik in petto hatten, welche »wesentlich« waren für einen Erfolg in Vietnam. Noch vor Jahresende aber wurde in der praktizierten Politik – zumindest für eine Zeitlang – der Anspruch auf die Erreichung von *irgendwelchen* bestimmten Zielen aufgegeben.
In Saigon verlangte die militärische Beratergruppe (MAAG) weiterhin im Interesse eines langfristigen Erfolges Veränderungen in der Regierung, im Nachrichtendienst und im Stab. (Auch Taylor hob diese Maßnahmen hervor: Entgegen vielen Presseberichten erwähnte er aber in seinen persönlichen Empfehlungen an den Präsidenten die Notwendigkeit politischer oder sozialer Veränderungen in Vietnam nicht.)
Währenddessen drängte das State Department auf politische Reformen sowie auf eine »Öffnung« des Saigoner Regimes gegenüber verschiedenen nicht-kommunistischen Elementen, die es für »wesentlich« erachtete. Ohne solche Veränderungen hielt man selbst das volle militärische Engagement, wie es vom Pentagon empfohlen wurde, für unwirksam. Einen der überraschendsten Belege liefert in den Pentagon Papieren das Telegramm Dean Rusks – der in dem verfügbaren Material selten zu Wort kommt – das er am 1. November 1961 von einer Konferenz in Japan sandte:

General Taylor wird noch vor meiner Rückkehr einen vollständigen Bericht geben; glaube, daß der entscheidenden Frage Beachtung geschenkt werden muß, ob Diem bereit ist, Maßnahmen zu treffen, die unsere Unterstützung lohnend machen. Wenn Diem nicht bereit, seiner militärischen Führung stärker zu vertrauen und dafür zu sorgen, daß mehr nichtkommunistische Persönlichkeiten in einflußreiche Stellungen kommen, dann schwierig zu sehen, wie eine Handvoll amerikanischer Soldaten entscheidenden Einfluß bekommen kann. Obwohl ich der Sicherheit SO-Asiens allergrößte Bedeutung beimesse, *würde ich es ablehnen, Amerikas Prestige um eines verlierenden Pferdes willen noch mehr aufs Spiel zu setzen …*
Schlage sorgfältige Prüfung aller Maßnahmen für SO-Asien vor, die wir von Diem erwarten, wenn unsere Unterstützung uns zwingt, de facto südvietnamesische Angelegenheiten zu übernehmen.[24] (PP, II, 105, Hervorhebungen nicht im Original.)

[24] Sowohl Schlesinger wie auch Roger Hilsman in *To Move a Nation* (New York, 1967) werfen Dean Rusk vor, daß er keinen Mann des State Department von vergleichbarem Rang mit Taylor oder Rostow nach Vietnam geschickt habe; beide – sie scheinen keine Verehrer von Rusk zu sein – erklären die möglichen Gründe in derselben herablassenden Weise. Hils-

In dieselbe Richtung zielt ein Memorandum von Rusk und McNamara vom 11. November. Wohl in Anlehnung an die persönlichen Ansichten des Präsidenten sowie die von Minister Rusk, der aus Japan zurückgekehrt war, verzichtet das Memorandum in seinen Vorschlägen auf den Einsatz von Kampftruppen – im schroffen Gegensatz zu Taylors Haltung und McNamaras eigenem Memorandum drei Tage zuvor – und schiebt die Entscheidung über die Bodentruppen auf; es wird angeregt, daß das Pentagon Pläne für den Truppeneinsatz bereitstellen solle, »falls dies ausschlaggebend für einen Erfolg werden sollte«. Wenn nicht »gewaltige Anstrengungen von den Südvietnamesen unternommen werden« – formuliert das Memorandum in Übereinstimmung mit Rusks Telegramm aus Japan –, »können die Streitkräfte der Vereinigten Staaten ihre Aufgabe angesichts einer apathischen oder feindselig eingestellten Bevölkerung nicht erfüllen.«

Die unmittelbar vorgesehenen Aktionen, die keinen Einsatz von Kampfeinheiten beinhalteten, sollten also der Regierung von Saigon nur bedingt angeboten werden. Für ihre Unterstützung verlangte die USA als Gegenleistung von der vietnamesischen Regierung Angaben über die »Maßnahmen, die es zur Sicherung des Erfolgs dieser gemeinsamen Anstrengungen zu unternehmen gedenke« z. B.

a) Prompte und geeignete Maßnahmen der Legislative und der Regierung um die Nation instand zu setzen, ihre gesamten Ressourcen für den Krieg zu mobilisieren. (Dies würde eine Dezentralisierung und Öffnung der Regierung einbegreifen, um das gesamte nichtkommunistische Potential, das zum gemeinsamen Kampf bereit ist, zu gewinnen.)

b) Die Einrichtung von geeigneten Regierungsinstanzen für den Kriegsfall, die mit der für eine effektive Arbeit notwendigen Autorität ausgestattet sind.

man: »Er wollte nicht, daß dem State Department in den bevorstehenden Entscheidungen zu Vietnam eine zentrale Rolle zukommt. Denn er betrachtete Vietnam als ein im wesentlichen militärisches Problem ...« *(To Move a Nation,* S. 421) Schlesinger: »Es geht auf eine bewußte Entscheidung des Außenministers zurück, daß das Vietnamproblem dem Verteidigungsministerium überlassen wurde. Rusk hat sich dazu zweifellos entschlossen, weil ihm die militärischen Aspekte die vordringlichsten zu sein schienen ...« *(A Thousand Days,* S. 504) Das zitierte Telegramm straft diese Erklärungen Lügen und deutet auf eine interessantere hin: Rusk scheint ein ausgezeichnetes Verständnis für das Problem besessen zu haben, das er so großzügig seinem Kollegen im Kabinett überließ; der sich daraus ergebende völlige Mißerfolg bezüglich der Durchsetzung »notwendiger (politischer) Maßnahmen, damit sich eine Unterstützung gelohnt hätte«, war wohl kaum eine Überraschung für ihn und gab ihm noch weniger Anlaß dazu, das Problem wieder selbst in die Hand zu nehmen. Rusks Spürsinn für die Gefahr, auf ein verlierendes Pferd zu setzen – und das Geschick mit dem er sich aus dem Spiel heraushielt –, wirft ein anderes Licht auf seine vermeintlich beschränkte und einfältige Denkart. In einem bürokratischen Langstreckenlauf kommt man gegen einen Mann nicht an, der es verstanden hatte, während der Zeit, in der China verloren wurde und der Koreakrieg ausbrach, stellvertretender Minister für den Fernen Osten zu bleiben.

c) Eine Reform des Militärs und der Kommandostruktur zur Schaffung einer effektiven militärischen Organisation, wie die Kriegsführung sie erfordert. (PP, II, 115)

Was die Einschätzung der Relevanz dieser Forderungen anbelangt, stimmt das Rusk-McNamara-Memorandum mit Taylor und den früheren Feststellungen von McNamara überein. Der üblichen Vorhersage des »Domino-Effekts« wurde die weniger geläufige Warnung vor innerpolitischen Gefahren hinzugefügt; es handelt sich dabei um einen der seltenen Punkte der gesamten McNamara-Studie, wo das Tabu der Bürokratie gebrochen wurde, innenpolitische Erwägungen mit in die Debatte zu werfen:

Der Verlust Süd-Vietnams an den Kommunismus würde nicht nur die SEATO zerstören, sondern auch die Glaubwürdigkeit jeglichen amerikanischen Engagements beeinträchtigen. Weiterhin wäre mit harten innenpolitischen Auseinandersetzungen in den USA zu rechnen, die von extremen Kräften dazu benutzt werden könnten, das Land zu spalten und in ein Chaos zu stürzen ... (PP/146, D.A.)

Taylor und Rostow, die Vereinigten Stabschefs und McNamara hatten allesamt zuvor ein offizielles Eingreifen als wesentlich für einen Erfolg bezeichnet, jedoch im Zusammenhang mit Kampfeinheiten. Die erste Empfehlung des Rusk-McNamara-Memorandums lautet z.B.:

» ... daß wir jetzt beschließen, Süd-Vietnam unter keinen Umständen an den Kommunismus fallen zu lassen und, unter dieser Voraussetzung, nicht vor der Entsendung von Streitkräften der USA oder anderer SEATO-Länder zurückschrecken, falls dies zur Erreichung des angegebenen Zieles unumgänglich sein sollte. (PP/147, D.A.)

Als jedoch Präsident Kennedy im wesentlichen auf die Empfehlungen von Rusk und McNamara vom 11. November – in denen sofortige Truppenentsendung nicht gefordert war – einging, indem er Mitte November sein Aktionsprogramm beschloß, setzte er sich auch über ihren ersten Vorschlag zugunsten eines Eingreifens hinweg.
Er hielt aber an den Bedingungen für die amerikanische Unterstützung fest, indem er ebenfalls die Reformen verlangte, die seine Regierungsbeamten für wesentlich hielten. Das Telegramm, in dem er Botschafter Nolting seine Anweisungen erteilte, stellte fest:

Ein zentrales Moment für die Entscheidung der amerikanischen Regierung im Hinblick auf ein weiteres Vorgehen liegt in einer konkreten Demonstration Diems, daß er nun bereit ist, in vernünftiger Weise mit den ihm Unterstellten zusammenzuarbeiten und die politische Basis seines Regimes zu verbreitern. (PP/102 D.A.)

Im Laufe des Dezembers und Januars war es den Forderungen nach »wesentlichen« politischen Reformen genauso ergangen, wie den Sicherheiten, die Eisenhower im Jahre 1954 als Voraussetzung für amerikanische Unterstützung verlangt hatte: Wie damals widersetzte sich Diem offen den Versuchen amerikanischer Einflußnahme. Diesmal war Diems Unnachgiebigkeit und sein Verweis auf die mangelnde Unterstützung durch die USA sogar noch schärfer; dies deutete auf die beiderseitige Unzufriedenheit darüber, daß Diem weder den bilateralen Verteidigungspakt erreichte, um den er persönlich nachgesucht hatte, noch die Entsendung amerikanischer Truppen, auf die ihm Taylor Hoffnung gemacht hatte.

Da das Weiße Haus die beiden zuletzt angesprochenen Pläne absichtlich verschwiegen hatte, war für den Kongreß ebenso wie für die Öffentlichkeit (auch für die Journalisten) eine zuverlässige Interpretation unserer Politik oder der Verhandlungsergebnisse unmöglich. So schließt der Bericht über diese Episode, den Robert Shaplen in *The Lost Revolution* – Shaplen war lange Zeit ein Befürworter des Eingreifens wie der Reformen gewesen – in folgender Weise: »Im Januar 1962 wurde nach langen Diskussionen ein Communiqué herausgegeben, und es wurde klar, daß Diem und Nhu bezüglich zusätzlicher militärischer und ökonomischer Unterstützung *alles erreicht hatten, was sie wollten* – ohne ein Anzeichen dafür, daß sie irgendwelche Reformen durchführten.«[25]

Der Präsident hingegen war sich sehr wohl darüber im klaren, daß er Diem viel weniger anbot, als man es ihn hatte erwarten lassen, und daß er darüber hinaus eine Gegenleistung forderte, die Taylor und Rostow nicht einmal erwähnt hatten. Botschafter Nolting berichtete: »Wie erwartet« – er bezieht sich auf die telegraphischen Anweisungen des Präsidenten – »zielte Diems erste Frage auf die (Neu-) Entsendung amerikanischer Streitkräfte.« Eine Woche später berichtet Nolting von einer Unterredung mit Diems Verteidigungsminister Thuan:

Thuan sagte, Diem hätte die letzten Freitag vorgelegten US-Vorschläge noch nicht vollständig besprochen; doch hätte er den Eindruck von »Trauer und Enttäu-

[25] Robert Shaplen, *The Lost Revolution* (New York, 1966), S. 154; Hervorhebungen nicht im Original. Obwohl zu jener Zeit die Enthüllungen von Schlesinger und Sorensen bereits erschienen waren, hatte sich der Eindruck von früher bezüglich der Forderung Diems und der Empfehlung von Taylor bei denen, die den Vietnam Konflikt verfolgten, so festgesetzt, daß Shaplen keineswegs der einzige war, der – im Gefolge der Irreführung durch das Weiße Haus – annahm, daß die Ansprüche von Diem ganz in das Programm des Präsidenten eingegangen seien. Ähnlich wie viele andere Kommentatoren glaubte auch Shaplen, daß Taylor stark an politischen Reformen und an der Freilassung nicht-kommunistischer politischer Gefangener in Vietnam interessiert wäre – doch hatte sich Taylor in seinen persönlichen Empfehlungen hierzu überhaupt nicht geäußert.

schung« hinterlassen. Diem würde nun zögern, diese Vorschläge seinen Ministern zu unterbreiten, da er befürchtete, sie würden vor Enttäuschung den Mut verlieren. Er hatte vorgehabt, die Vorschläge mit dem Kabinett und ausgewählten Mitgliedern der Nationalversammlung zu diskutieren, mit denen während des Taylor-Besuches über die Frage des Einsatzes von US-Truppen beraten worden war, doch nun sei der Gegensatz zwischen den früheren Fragestellungen und den neuen Vorschlägen zu groß. Thuan vermittelte den Eindruck, daß Diem über den US-Vorschlägen brütet und bisher noch keine Anstalten macht, Pläne für etwaige Maßnahmen der vietnamesischen Regierung zu entwickeln. Die Einschätzung des Präsidenten sei die, daß die Vereinigten Staaten gewaltige Konzessionen bezüglich der Souveränität der vietnamesischen Regierung gegen vergleichsweise geringe zusätzliche Hilfe forderten; dies sei nach den Diskussionen mit General Taylor, insbesondere im Hinblick auf die Delta-Spezialtruppe eine gewaltige Enttäuschung; Diem frage sich, ob die USA sich nicht darauf vorbereiteten, in Vietnam auszusteigen, wie sie es seiner Auffassung nach in Laos getan hätten. (PP, II, 121)

So scheint das Resultat des Taylor-Besuches in einer *Verschärfung* der »Vertrauenskrise« bestanden zu haben, die Taylor im Anschluß an die Verhandlungen von Laos als das zentrale Problem angegeben hatte. Tatsache bleibt, daß das Vietnam-Programm des Präsidenten mit dem Verzicht auf eine Unterstützung als Gegenleistung für Reformen, Öffnung der Regierung und Veränderungen innerhalb der Streitkräfte – nach dem Scheitern eines bilateralen Verteidigungsvertrags und ohne offizielle Verpflichtung gegenüber Vietnam, d.h. nach der Weigerung, US-Truppen nach Vietnam oder Laos zu entsenden – sich dadurch auszeichnete, daß es alle Punkte, die US-Stellen oder das Diem-Regime als wesentlich für einen langfristigen Erfolg angegeben hatten, außer acht ließ.
Der Präsident hatte freilich Gründe für seine Entscheidungen. Viele dieser Gründe waren gute Gründe, selbst von heutiger Warte aus gesehen. Doch hatten sie wenig mit Optimismus oder Leichtsinn zu tun. Zunächst waren es die laufenden Verhandlungen mit Laos, die taktische Rücksicht bezüglich einer Entsendung von Streitkräften – Taylors Lösung – geboten.
In einem Telegramm an Botschafter Nolting führte der Präsident zu seinen Entscheidungen aus:

Die Entsendung von US- oder SEATO-Streitkräften nach Südvietnam berge vor einer Lösung in Laos die Gefahr in sich, daß die Chancen einer Einigung zunichte werden, daß die Kommunisten die Waffenruhe brechen und die Feindseligkeiten in Laos wiederaufnehmen. (PP/101 D.A.)

Darüber hinaus war John F. Kennedy, der Indochina 1951 besucht

und im Abgeordnetenhaus wie im Senat die französischen Anstrengungen kritisiert hatte, einer der wenigen Regierungsbeamten – George Ball war ein anderer –, der über die französischen Erfahrungen Bescheid wußte und sie als eine Warnung für die Amerikaner verstand. »Wenn sich das jemals zu einem Krieg des Weißen Mannes entwickelt«, sagte er zu Schlesinger im November, »verlieren wir ihn ebenso wie die Franzosen vor 10 Jahren.«[26]

Auch hatte Präsident Kennedy im November 1961 genügend Erfahrungen mit der Bürokratie – »seine Skepsis hatte sich durch die Erfahrungen während der Schweinebucht-Operation und bezüglich der Fehler im Laos-Bericht vertieft«[27] –, die ihm als Warnung dienen konnten, sich nicht auf den Optimismus seiner Militärberater und ihre Handlungsmaximen zu verlassen. In beiden Fällen lief es auf dasselbe hinaus: die Gefahr des Triebsandes oder, um Kennedys eigene Metapher aus einer prägnanten Äußerung gegenüber Schlesinger zu den Forderungen Taylors zu verwenden: das Risiko der Gewöhnung.

Man verlangt amerikanische Streitkräfte ... Es sei nötig, um das Vertrauen und die Moral wiederherzustellen. Doch es geht wie in Berlin. Die Truppen marschieren ein; die Musik spielt; die Menge jubelt; und nach vier Tagen haben es alle vergessen. Dann wird man uns sagen, daß mehr Truppen benötigt werden. Es ist wie beim Trinken. Die Wirkung läßt nach – und man trinkt noch ein Glas.

»Doch« – so fühlt sich der verständige Historiker hinzuzufügen genötigt – »er fühlte sich selbst verpflichtet, ein Gläschen anzubieten und vergrößerte die Zahl der Militärberater.«

Und es sollten noch mehr werden. Ende 1961 waren 1364 Militärpersonen in Südvietnam stationiert; Ende 1962 waren es 9865; zum Zeitpunkt von Kennedys Tod im November 1963 bereits 15000. Dies war die Politik des »one more step« ... [28]

Warum? Weshalb bot Kennedy das Gläschen an? Unkenntnis des Risikos einer endlosen Fortsetzung kann es nicht gewesen sein – Schlesingers Anekdote von der Unterhaltung mit dem Präsidenten widerlegt selbst diese Auffassung; die Annahme, daß der Arzt nur dieses eine Gläschen

[26] *A Thousand Days,* S. 505.

[27] *Kennedy,* S. 652. Vgl. auch Schlesinger, *A Thousand Days,* S. 316: »Als ich nach der Operation in der Schweinebucht von meiner Reise in Europa am 3. Mai zurückkehrte, sagte der Präsident: »Wenn Cuba nicht wäre, würden wir jetzt vielleicht in Laos intervenieren.« Er schwenkte ein Bündel Telegramme von Lemnitzer und fügte hinzu: »Dann hätte ich vielleicht diese Ratschläge ernst nehmen müssen.«

[28] *The Bitter Heritage,* S. 505.

verordnet habe, wie sie in Schlesingers allgemeine Interpretation eingegangen ist, wird durch seinen gesamten Bericht ebenso gründlich widerlegt wie durch das vollständige Material der Pentagon Papiere. Wenn Kennedy aus den Erfahrungen von Cuba und Laos gelernt hatte, militärischen Optimismus im Hinblick auf vermutete Eskalationen zu mißtrauen, hatte er dann auch gelernt – und wenn ja: in welchem Zusammenhang? –, daß militärischer Pessimismus und Zurückhaltung ebenso zweifelhaft sind?

In dem Augenblick, als er die Ratschläge einer Vielzahl von Beratern, die diese als minimale Bedingung für einen Erfolg betrachteten, verwarf – oder zumindest ihre Befolgung aufschob –, verstärkte Präsident Kennedy das Engagement der USA und formulierte bedeutsame Ansprüche und hochgesteckte Ziele für die Vereinigten Staaten in diesem Konflikt. Dabei gab er weder einen der Vorschläge noch seine ablehnende Haltung gegenüber der Öffentlichkeit preis. Wenn der Präsident nicht willens war, mehr zu tun, warum hat er dann nicht weniger getan? Warum hat er Engagement und kostspieliges Scheitern heraufbeschworen, wenn er dadurch den Vorwurf bewußter Irreführung riskierte?

Zwei Jahrzehnte des Patt

Im Lichte der internen Dokumente in den Pentagon-Papieren besehen scheint der Entscheidungsprozeß, wie wir ihn für das Jahr 1961 beschrieben haben, bei allen zentralen Entschlüssen über Vietnam während der vergangenen zwanzig Jahre im wesentlichen – einschließlich der Fragen, die sich daraus ergeben – nach demselben Muster verlaufen zu sein. (Das vorliegende Papier reicht allerdings nur bis zum Jahr 1968.) Keine der Maßnahmen, die ein Präsident zur Verstärkung eines Eingreifens akzeptierte, war ihm zuvor von seinen Beamten als ein adäquater »letzter Schritt« beschrieben worden; ebenso wie im Jahre 1961 war stets klar, daß es sich nur um Sicherungsmaßnahmen handelte, die kurzfristig eine Niederlage verhindern konnten, die aber im Hinblick auf einen langfristigen Erfolg gewagte Unternehmen waren. Dies gilt für jedes Jahr, in dem relevante Entscheidungen der Eskalation gefällt wurden:

1. 1950, als die Truman-Regierung die ersten 10 Millionen Kredit zur Unterstützung der französischen und vietnamesischen Anstrengungen gegen den Viet Minh gewährte (der Beschluß wurde im Mai, ein Monat vor der koreanischen Invasion, gefaßt);

2. 1954, als Eisenhower einen Eintritt in den Krieg erwog und verwarf, anschließend aber eine schrittweise gesteigerte Unterstützung von Diem einleitete;
3. Ende 1961 (siehe oben);
4. 1961 die Entscheidung Kennedys, den Sturz Diems zu befürworten;
5. 1963 im Herbst, der Entschluß, als »Vergeltung für Provokationen« Nord-Vietnam zu bombardieren – als solch ein Fall wurde der Angriff auf Nachrichtenschiffe im Golf von Tonking angesehen; in die Tat umgesetzt wurde diese Entscheidung im Februar 1965 nach Angriffen des Vietkong auf Pleiku und Qui Nhon;
6. 1965, die Entscheidung Johnsons, Nord-Vietnam ständig zu bombardieren; US-Truppen in begrenztem Ausmaß in Süd-Vietnam einzusetzen und Unterstützung durch die Luftwaffe zu leisten; dann Ende Juli, die Entscheidung des unbegrenzten Einsatzes von Bodentruppen.

In keinem der Fälle hatten kompetente Stellen die Maßnahmen, zu denen sich der Präsident jeweils entschloß, als den »letzten Schritt, der notwendig« sei, als erfolgversprechend bezeichnet – ebensowenig wie sie das 1961 getan hatten. Zwar finden sich bei jedem Unternehmen optimistische Erwartungen in den Pentagon-Papieren; bei genauer Überprüfung stellt man jedoch fest, daß diese *nach* der Beschlußfassung formuliert wurden; ich nenne diese Zeiträume die Phase B nach der Realisierung im Gegensatz zur Phase A, den Perioden der Krise und Entscheidung, wie sie eben aufgezählt wurden.
Auch in den A-Phasen fehlt es in den Analysen nicht an Optimismus; im Gegenteil, es ist typisch für bestimmte Vorgehensweisen, daß ihre Befürworter sie als Strategien ausgaben, die einen Sieg erbringen würden: *Doch diese Vorschläge wurden niemals akzeptiert.* Auch wäre ihre Verwirklichung nicht ratsam gewesen; die unter militärischen Gesichtspunkten formulierten Positionen waren wenig plausibel – fast immer wurden sie von nachrichtendienstlichen Lagebeurteilungen widerlegt – und von heute aus läßt sich sagen, daß sie so gut wie unzutreffend waren. Worauf es hier aber ankommt, ist die Tatsache, daß der Anspruch auf eine Wirksamkeit der schließlich getroffenen Maßnahmen von niemandem – sei es Zivilpersonen oder Militär, Nachrichtendienst oder Befehlshaber – geltend gemacht wurde. Niemals lag also eine optimistische Einschätzung dieser Art den Entscheidungen der Präsidenten zugrunde.[29]

[29] Eine mögliche und sehr relevante Ausnahme könnte in den Plänen gegeben sein, die Westmoreland im Juli 1965 in die Debatte warf und deren Phase III den Sieg über den Feind Mitte oder Ende 1967 vorsah. Obwohl ich mir unsicher bin bezüglich der persönlichen Erwartungen, die Präsident Johnson an diese Wende knüpfte, scheint es möglich, daß er und Minister Mc Namara Westmorelands Einschätzung teilten: d.h. daß sie annahmen, das Mitte

Wenn man in diesem Moment der Eskalation die langfristigen Aussichten des gewählten Kurses auch positiv beurteilen mochte: so hielt das nicht lange an. Nach McNamara sah es Ende November bereits wieder düster aus: »Wir müssen uns klar darüber sein, daß Maßnahmen, wie ich sie vorgeschlagen habe, keinen Erfolg garantieren. Die Verluste der USA durch Kampfhandlungen betragen etwa 1000 Mann pro Monat, und es muß damit gerechnet werden, daß es Anfang 1967 noch mehr sind, ohne daß inzwischen eine Entscheidung gefallen wäre« (PP, IV, 623). Nach den Ansichten von Bill Moyers rechnete Präsident Johnson Anfang 1966 »mit dem Schlimmsten« (*Who We Are*. Boston, 1969, S. 269).

Nach der Lektüre früherer Fassungen dieses Papiers und anschließender »Vertiefung« in die Pentagon Papiere hat Arthur Schlesinger Jr. den hier vertretenen Auffassungen beigepflichtet und seine gegenteiligen Aussagen von damals zurückgenommen, und zwar in einer Weise, wie sich das ein Kritiker nur wünschen kann:

Ich hatte unrecht, als ich schrieb ... [es folgen seine allgemeinen Einschätzungen, die oben zitiert wurden] ... ich wär im Irrtum, wenn ich annahm, daß die Schritte zur Eskalation, die die Präsidenten unternahmen, auf Versprechen beruhten, die Maßnahmen würden den Sieg bringen oder die letzten sein, die erforderlich wären.

Und Schlesinger fährt nicht ohne Schärfe fort:

Kein Präsident hat je in einem Maße eskaliert, was die Militärs zufriedengestellt hätte; diese haben sich stets über die Beschränkung ihrer militärischen Aktionsmöglichkeiten beklagt und darauf insistiert, daß man ihnen gestattete, immer mehr Vietnamesen zu bombardieren, zu erschießen oder zu ersäufen.[30]

Doch waren es nicht nur die Militärs, die jedem Präsidenten zu erkennen gaben, daß seine Entscheidungen bestenfalls ein gewaltsames Patt erbringen würden. Das war auch stets der Kern der Analysen, die der

Juli beschlossene Programm würde einen endgültigen Sieg erbringen, und nicht nur »Zeitgewinn« verschaffen. Andererseits war dieses Programm explizit so formuliert, daß zusätzliche Maßnahmen offenblieben (die Öffentlichkeit wurde nie darauf aufmerksam gemacht), zudem wurde die Anfangsphase ziemlich ausgedehnt,und sie war keineswegs ein »kleiner Schritt« oder eine genau abgegrenzte Maßnahme, die im Sinne der These vom Sumpf, in den wir geraten sind, Erfolg versprach; sie erforderte für die nächsten sechs Monate zusätzliche 100000 Mann, versprach aber lediglich, »den Trend zur Niederlage, der für Ende 1965 zu konstatieren war, zu stoppen«. (PP, III, 482)

[30] Arthur M. Schlesinger Jr., »Eyless in Indochina«, *New York Review of Books* vom 21. Okt. 1971, S. 24, 26: »... die Entscheidung von 1961 entsprach sicherlich nicht meiner Beschreibung der Politik des ›one more step‹ ... Niemand hat in bezug auf das von Kennedy beschlossene Programm irgend etwas garantiert.«

Geheimdienst lieferte;[31] (diese Analysen beurteilen die schärferen und kostspieligeren Maßnahmen, die von militärischer Seite in Erwartung der Eskalation auf der anderen Seite, vorgeschlagen wurden, in gleicher Weise) und auch all jene, die eine andere politische Strategie für wesentlich hielten – vor allem Regierungsleute – waren derselben Ansicht. Leslie Gelb, der offiziell mit der McNamara-Studie betraut worden war, faßt diese lange Periode in einem wichtigen Papier zusammen:

Die Geschichte der amerikanischen Vietnampolitik ist entweder viel positiver oder viel negativer zu bewerten, als man annimmt. Unsere Präsidenten und die meisten derer, die ihre Entscheidungen beeinflußten, stolperten keineswegs ahnungslos in den Sumpf von Vietnam.[32]

Wenn man den Feinheiten der offiziellen Entscheidungen über Vietnam auf die Spur kommen will, sieht man sich in der Tat mit vielen Rätseln und Zweifeln konfrontiert und verliert sich in Ungewißheiten. Was beim Anhören von Reden, bei der Beobachtung von Aktionen und deren Vergleich geklärt schien, verschwimmt, wenn Akten veröffentlicht, geheime Aktionen, offizielle Lagebeurteilungen und interne Argumente zugänglich werden. Unter dem Vergrößerungsglas lösen sich zunächst allgemein gängige Vorstellungen – wie die These vom Sumpf – auf wie die Kanäle auf dem Mars.

Unter den Antworten auf die Frage: »Warum haben die Präsidenten in Vietnam so gehandelt und nicht anders?« läßt sich aufgrund des Materials der McNamara-Studie eine ad acta legen: die nämlich, die auf der These vom Sumpf beruht, in den man geraten sei: »weil man ihnen gesagt hat, die Maßnahme würde eine Lösung des Problems herbeiführen«. Das bedeutet, daß man die *Verantwortung* für den eingeschlagenen Kurs bei den Präsidenten selbst statt bei ihren Ratgebern zu suchen hat; und

[31] Die »NIES« (National Intelligence Estimates) sind die offiziellen Analysen des Geheimdienstes, der unter der Leitung von Mitgliedern des Office of National Estimates beim CIA arbeitet, dessen Diktator auch der »intelligence community« vorsteht. Eine beständige realistische Skepsis bezüglich der nichtkommunistischen Entwicklung in Vietnam und der Vorschläge zur Verbesserung der Lage – insbesondere, was die Ausübung von Druck auf Nord-Vietnam anbelangt – zeichnet die zwanzigjährige Folge dieser Analysen aus und kann als eines der auffallendsten Merkmale der in den Pentagon-Papieren gelieferten Dokumentation gelten. Die Arbeiten des INR (Intelligence and Research Branch) scheinen besonders zuverlässig gewesen zu sein.

[32] Leslie H. Gelb, »Vietnam: The System Worked«. *Foreign Policy*, Sommer 1971, S. 140–167. In Diskussionen mit Gelb habe ich viele Anregungen erhalten – er arbeitet jetzt an der Brookings Institution und war früher stellvertretender Assistant Secretary of Defense (ISA); seine Studien zu den früheren Perioden des Vietnam-Konflikts erschienen vor meinen, und er zeigte als erster auf, daß meine Schlußfolgerungen bezüglich 1961 und 1964–65 auch auf die Entscheidungen der vierziger und fünfziger Jahre zutreffen.

auch die Bemühungen um ein Verständnis der Entwicklung hätten hier anzusetzen. Doch bleibt die Frage ohne Antwort, und auch die Pentagon-Papiere geben sie nicht ohne weiteres.

Jemand, der die internen Materialien über die Entscheidungsprozesse zur Kenntnis nimmt, wird – unabhängig von seinem Standpunkt zu diesem Krieg – überrascht und verwirrt sein. Wie kamen vier Präsidenten – Truman, Eisenhower, Kennedy und Johnson – angesichts der Analysen des Geheimdienstes und der inhaltsgleichen Empfehlungen dazu, sich stets für Programme zu entscheiden, die zum Zeitpunkt ihrer Annahme als so gut wie sicher unangemessen für eine langfristige Lösung galten, dabei aber risikoreich und kostspielig waren? Warum entschlossen sie sich stattdessen nicht zu Maßnahmen, die entweder wirksamer waren oder ein *geringeres* Engagement erforderten? Und warum täuschten sie fast immer den Kongreß und die Öffentlichkeit über die Empfehlungen und Prognosen, die ihnen zur Vefügung standen?

Bevor wir uns an die Erarbeitung von Antworten auf diese Fragen machen, scheinen einige Warnungen angebracht. Wenn ich vieles von dem, was ich im folgenden darlege, als vorläufig und als Versuch bezeichne, so ist das keine bloße Absicherung; es verweist vielmehr auf die Beschränkung, die das bisher verfügbare Material mit sich bringt. Obwohl die Pentagon-Papiere eine die Erwartungen übertreffende, umfassende Sammlung einschlägiger Dokumente darstellen – sie sind mehr, als Kritiker erhofft hatten, was Empfehlungen auf höchster Ebene, Entscheidungen von Präsidenten, Analysen, Pläne und Studien angeht –,sind sie doch hinsichtlich der Motive der maßgeblichen Politiker recht undurchsichtig.

Und dies nicht nur, weil der Präsident und die Beamten des Weißen Hauses – die eine wohlbehütete aber gehaltlose Sammlung von Dokumenten hinterlassen – in diesen vor allem auf Dokumenten beruhenden Berichten in verschwommener und indirekter Weise auftreten. Auch spiele ich nicht auf das in der Dokumentation fehlende Material an, das es außerhalb des Amtes für Internationale Sicherheit im Verteidigungsministerium, das die Studie anfertigen ließ, gibt.[33] Es geht darum, daß die verfügbaren Dokumente – auch die enthüllendsten – keinen Aufschluß über Motive geben; auch liefern sie keine Grundlage für Schlüsse über Motive, Einstellungen oder Erwartungen der Leute, deren Namen

[33] Was dem Spezialteam, das zur Erarbeitung der McNamara-Studie eingesetzt wurde, zugänglich war und was nicht, wird diskutiert bei Leslie Gelb, »The Pentagon Papers and The Vantage Point«, *Foreign Policy*, Spring 1972, S. 25–41.

am häufigsten vorkommen, die unterschrieben haben oder sogar selbst die Verfasser sind.

Ein ähnliches aber weniger gravierendes Problem für die Interpretation von Dokumenten wie die Pentagon-Papiere besteht darin, daß – wie Morton Halperin es formuliert hat – »Bürokraten selten schreiben, was sie unterschreiben und selten unterschreiben, was sie schreiben«. Wie Vertreter und Chef einer Agentur glauben sie in den wenigsten Fällen, was sie sagen, sagen sie auch kaum *alles*, was sie meinen, vor allem bei schriftlichen Äußerungen – auch dann, wenn sie zugleich schreiben und unterschreiben.

Für Forschung und Analyse heißt das, daß sich eine befriedigende Erkenntnis des Entscheidungsprozesses nicht nur auf Dokumente stützen kann, wie das die Autoren der McNamara-Studie taten, die auf Interviews verzichten mußten. Ihre Analysen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine unentbehrliche Hilfe bei der Arbeit mit dem Material; trotz ihrer Lücken und Fehlinterpretationen sind viele dieser Analysen das Verläßlichste und Nützlichste für die Rekonstruktion der Entwicklung. Doch wenn sie Leslie Gelb als »input für Geschichte, nicht schon selbst Geschichte« bezeichnet, so ist er sich im klaren darüber, was sie sein sollen und sind.

Meine eigene unmittelbare Erfahrung mit politischen Entscheidungsprozessen (und meine indirekte Kenntnis ihrer Aspekte auf der Handlungsebene von Präsidenten und Kabinett, wie sie mir mit tiefer Einsicht, Sachkenntnis und Würze mein früherer Vorgesetzter, der verstorbene John T. McNaughton nahebrachte) lehrte mich, wie viel es zu wissen gibt, was niemals niedergeschrieben wurde und was niemals aus Dokumenten erschlossen werden kann. Eine zentrale Funktion des »special assistant« besteht – wie ich erfahren habe – darin, mit Sachen umzugehen, die nicht niedergeschrieben werden können; und es gibt eine gewaltige Zahl von special assistants in Washington. So war es für mich nicht weiter überraschend, daß ich in der Studie viele Interpretationen fand, die ich bezweifeln oder glatt bestreiten mußte, sie bezogen sich auf die Periode 1964-65, während der ich im Pentagon arbeitete. (Ich selbst habe nur wenige Beiträge zu diesen Bänden verfaßt. Und weder in diesem Buch noch an anderer Stelle habe ich je den Versuch unternommen, über jene Periode 1964-65 zu berichten oder die Eskalation von damals zu analysieren.)

Die ehemaligen Beamten, die nach der Veröffentlichung der Pentagon-Papiere behaupten, daß ihre wahren Ansichten und Ziele ebenso wie die ihrer Kollegen von den Lesern, die ihre Memoranden von damals

wörtlich nahmen, mißverstanden würden, sind ehrlich und zugleich im Recht. Darstellungen, die nur auf Dokumenten und Analysen wie denen in den Pentagon-Papieren beruhen oder sich nur auf Interviews bzw. das selektive Gedächtnis eines Memoirenschreibers stützen, muß man wie ein historisches Drama lesen: Die Namen der Personen und viel von dem, was sie tun, entsprechen der Wirklichkeit, doch ihre Interessen, ihr Charakter und die Überzeugungen, nach denen sie handeln, sind Phantasiegebilde des Autors und des Lesers.

Doch bleiben Dokumente – wenn sie verfügbar sind – der Ausgangspunkt. Sie halten fest, *was es zu erklären gilt:* warum jene Beamten dies und nichts anderes schrieben, prognostizierten, empfahlen, berichteten, warum sie sich zu jenem bestimmten Zeitpunkt an diese Adressaten wandten. Die meisten Dokumente werfen mehr Fragen auf, als sie beantworten; doch diese Fragen sind von zentraler Bedeutung. Interviews ohne Dokumente, mit denen sich der Fragende vorbereitet, mit denen man das Gedächtnis der ehemaligen Beamten wachrüttelt und prüft, sind so unzuverlässig wie ihre Memoiren; und auf diese ist, wie die Pentagon-Papiere gelegentlich zeigen, wenig Verlaß.[34] So sind die Pentagon-Papiere ein Anfang, ein Rahmen; sie liefern die Grundlage für neue Interviews, für die Überprüfung von Memoiren und journalistischen Daten sowie für alle weiteren Bemühungen um ein adäquates Verständnis.

Die von mir in den vorliegenden Aufsätzen formulierten Hypothesen und Schlußfolgerungen stützen sich stark auf persönliche Erfahrungen, Unterredungen, Dokumente und Studien außerhalb der Pentagon-Papiere – dazu gehören auch die Erfahrungen, die ich während des Jahres vor meinem Eintritt ins Verteidigungsministerium Mitte 1964 machte, als ich mich mit Entscheidungsprozessen und Krisensituationen befaßte und Zugang zu Akten und Geheimmaterial hatte. Meine Schlußfolgerungen über innenpolitische Erwägungen gründeten zunächst nur auf meiner persönlichen Erfahrung als »special assistant« (während eines Wahljahres); es handelt sich hier um eine Dimension der Politik, die natürlich häufig auf höherer Ebene diskutiert wird; doch aus Angst vor undichten Stellen innerhalb der Regierung und zur Öffentlichkeit wird nur selten etwas schriftlich fixiert. Trotz allem bleiben Antworten auf Fragen wie: »Warum haben sie so gehandelt?« im Gegensatz zu Aussagen darüber,

[34] Vgl. neuerdings: Maxwell D. Taylor, *Swords and Ploughshares*. (New York, 1972) Z.B. empfiehlt sich eine Gegenüberstellung seines Berichts über den Vorschlag von Truppeneinsätzen (S. 232–48) mit seinen Telegrammen, die wir oben zitiert haben.

»*was* gesagt und getan wurde«, meist Mutmaßungen, bei mir wie bei anderen.

Ganz eindeutig geht aus den Pentagon-Papieren hervor, daß sich die Entscheidungen der Präsidenten nicht einfach aus dem Befolgen von Ratschlägen oder dem Vertrauen auf Prognosen ergaben. Damit ist auch klar, daß wir zur Erklärung dieser Entscheidungen über die Pentagon-Papiere hinausgehen müssen; die eben genannten Schwierigkeiten, die sich einer Erschließung individueller Motive aus amtlichen Dokumenten entgegenstellen, gelten am stärksten für den Präsidenten. Dokumentarische Belege lassen uns nicht einmal zuverlässig erkennen, worauf sich zu einem gegebenen Augenblick das Augenmerk des Präsidenten richtete. Der Präsident – der keinen Vorgesetzten überreden muß, keinen Vorschlag zu koordinieren braucht oder Entscheidungen zu rechtfertigen hat – fixiert viel weniger schriftlich als andere. Aufgrund seiner wechselnden Rollen verbirgt oder verstellt er seine eigenen Ansichten in stärkerem Maße als alle anderen Akteure – Ausnahmen macht er wohl nur gegenüber seinen engsten Vertrauten. Diese wiederum halten aus Loyalitätsgründen, wegen ihrer eigenen Karriere oder aus politischem Interesse solche Informationen geheim, auch wenn sie sich zu einem späteren Zeitpunkt als Geschichtsschreiber betätigen.

Der Historiker tut also aufgrund allgemeiner Erwägungen gut daran, das von der Bürokratie dem Präsidenten für die Entscheidung vorgelegte Material nicht als zuverlässige Auskunft über die Ansichten des Präsidenten, über seine persönlichen Erwartungen und Ziele anzusehen.

Zunächst einmal kann ein Präsident – zurecht oder zu unrecht – dem Optimismus bestimmter ihm unterbreiteter Vorschläge ebenso mißtrauen wie dem Pessimismus anderer, ganz gleich, ob sie Empfehlungen von seiten des Militärs oder des Nachrichtendienstes darstellen. Er kann annehmen, daß eine pessimistische Formulierung darauf abzielt, ihn zu einer bestimmten Alternative zu drängen oder daß sie vielleicht eine bürokratische Absicherung darstellt. In bezug auf die Behauptung, ein von ihm aufgeschobener oder verworfener Plan sei »wesentlich«, darf er (vielleicht oft mit Recht) annehmen, daß solch eine Sprache bloß ein bürokratischer Trick ist, um ihm die Hände zu binden oder sich in Zukunft von seinem Scheitern distanzieren zu können – vielleicht auch nur, um ihn später politisch in Mißkredit zu bringen. Die meisten Präsidenten neigen wohl in bezug auf Versicherungen, sie »müßten« unverzüglich handeln oder einen Vorschlag ohne Vorbehalte akzeptieren, wenn sie ein Unglück vermeiden oder eine geringe Chance des Erfolgs wahren wollen, zu Skepsis. Sie verwandeln ein Programm lieber in eine Folge von Entscheidun-

gen, die nach und nach gefällt werden, so daß man »Zeit gewinnt, Informationen einholen kann und sich Alternativen offenläßt«. Manchmal täuschen sie ein solches Vorgehen auch nur vor; sie können auf diese Weise einen Vorschlag ablehnen, ohne seinen Befürworter einfach abzuweisen.[35]

Hinzu kommt, daß viele Präsidenten als erfolgreiche Politiker zu diesen Verfahren auch von ihrem Temperament her neigen, worauf mich Richard Moorsteen hingewiesen hat. Konzentrierte Beschränkung auf die kurzfristige Entwicklung und eine optimistische Einstellung zur Zukunft, eine Tendenz, schwere Entscheidungen aufzuschieben in der Hoffnung und im Vertrauen darauf, daß sich irgend etwas ereignet, was die Entscheidung unnötig oder wenigstens leichter macht: All dies gehört zum typischen Image eines Politikers. Ein Präsident, so formuliert es Moorsteen, hat sein Amt nur durch eine lange Reihe riskanter Unternehmen, die zu seinen Gunsten ausfielen, erhalten; wenn er es bis zum Präsidenten bringt, hat er bereits ein starkes Vertrauen in sein persönliches Glück; er besitzt das Vertrauen darauf, daß er sein Glück auch in Situationen versuchen kann, wo andere es lassen, daß sich für ihnen immer irgendeine Möglichkeit eröffnet;[36] Erfahrungen wie die in der Schweinebucht sind für ihn ein Schock; doch auch sie können auf die Dauer die beschriebene Tendenz nicht zurückdrängen.

Solche Überlegungen über den Charakter von Präsidenten und die Züge seines Handelns erklären z. T. die Diskrepanz zwischen den Ansichten und Entscheidungen eines Präsidenten und den Vorschlägen seiner Ratgeber. Doch fällt ihnen meines Erachtens kaum das Hauptgewicht in einer Erklärung zu. Sie setzen ein Wunschdenken des Weißen Hauses voraus oder implizieren ein ausschließliches Ausrichten auf kurzfristige

[35] In dieser Weise, meint Hilsman, sei Kennedy mit dem Vorschlag, Streitkräfte zu entsenden, 1961 verfahren. »In einem interessanten Fall des typischen Vorgehens bei Entscheidungen in Washington vermied es der Präsident, offen ›nein‹ zum Vorschlag der Truppenentsendung zu sagen.« (*To Move A Nation,* S. 424) Eine solche Taktik könnte die erfolgreiche Geheimhaltung der Empfehlungen von Taylor und den Vereinigten Generalstabschefs erklären. Die Hoffnung auf eine eventuell doch noch zu vollbringende Überzeugung des Präsidenten mag dabei das Stillhalten der Befürworter der Maßnahmen verständlich machen. Sorensen äußert eine andere Vermutung: »Offiziell hat Kennedy niemals eine negative Entscheidung bezüglich der Entsendung von Truppen gefällt. In seiner typischen Art hat er es allen Befürwortern der Intervention schwer gemacht, ihn mit dem Vorwurf der Schwäche zu belasten.« (*Kennedy*, 654) Andererseits ist es einem Präsidenten möglich, eine Reihe von ad hoc-Entscheidungen, von bedingten und begrenzten Maßnahmen vorzutäuschen, wenn er bereits ein viel stärkeres Engagement beschlossen hat.

[36] Vgl. Schlesingers Aussage über Kennedys »gewaltiges Vertrauen auf sein Glück« (*A Thousand Days*, S. 242); Schlesinger betont dies sehr stark in seinem letzten Kommentar im *New York Review of Books* vom 12. Oktober 1971, S. 32.

Entwicklungen, das schon fast psychotisch zu nennen wäre. (Zudem bleiben die Gründe für die Täuschung der Öffentlichkeit offen.) Es ist wohl eher anzunehmen, daß solche Phänomene nur nebensächliche Differenzen zwischen dem Präsidenten und seinen Ratgebern hervorbringen, viel mehr aber nicht hergeben. Es gibt keinen Beweis, daß der Präsident auch nur in einem Fall wesentlich optimistischer als seine Berater gewesen ist, was die Einschätzung der Möglichkeiten betraf, die in der von ihm gewählten Alternative enthalten waren: Dies verweist uns also wieder auf die alten Probleme.

Bei allen Zugeständnissen läßt sich also das Bild vom Sumpf, in den man geraten ist, nicht halten, wenn man das interne Material zur Kenntnis nimmt. Stattdessen läßt sich wiederholte Male die Beobachtung machen, daß ein Präsident mit offenen Augen in etwas hineinrennt, was er klar als Triebsand *erkannt* hat, und dabei seine Anstrengungen ständig vergrößert und seine Nachfolger immer tiefer hineinzieht. Warum? Wohl deshalb, weil er keine Alternative weiß und durchzukommen hofft oder weil die Alternativen sich kurzfristig noch bedrohlicher ausnehmen. Doch was ist in einer Alternative so unerträglich, daß die Verlängerung und Ausweitung eines Krieges das »kleinere Übel« zu sein scheint? Welche Fehlschläge werden so gewaltig eingeschätzt, daß man sie mit diesem Aufwand vermeiden will und zugleich der Öffentlichkeit gegenüber verbirgt?

Sieht man sich die Liste kritischer Entscheidungen an, so verschwindet das Bild vom ahnungslosen Wanderer, der, ohne es zu merken, in den Sumpf hineinwatet: Stattdessen gewahren wir Eliza, die über das Treibeis eines Flusses flieht und von einer Scholle, die unter ihren Füßen wegwegleitet, zur nächsten springt ... Und die Frage lautet nun: Was ist das für eine Peitsche, die ihr droht? Welche Hunde bellen am Ufer, von dem sie sich entfernt?

Zumindest zu einem Zeitpunkt, nämlich 1949-50, bestand über die Identität der Verfolger kein Zweifel. Eine genaue Betrachtung der Entscheidungen von damals – als noch kein direktes amerikanisches Engagement vorausgesetzt war und deshalb viele Hypothesen für die Erklärungen späterer Maßnahmen entfallen – deutet auf eine Lösung des Rätsels.

1950: Am Rande des Morasts

Als ein amerikanischer Präsident zum erstenmal den festen Grund unter seinen Füßen verließ und direkt auf den Indochinakrieg zusteuerte, hat-

ten diejenigen, die ihn anklagten, berühmte Namen und bekannte Gesichter; auch sprachen sie mit amerikanischem Akzent. Unter den Stimmen, die sich erhoben, waren die der Senatoren William Knowland, Styles Bridges, Kenneth Wherry und Pat McCarran; drei »Asia-first«-Republikaner und ein Mann vom rechten Flügel der Demokraten bezeichneten das Weißbuch des Außenministeriums zu China, das am 5. August herauskam, als »eine 1054-seitige Ehrenrettung einer wunschbeseelten Politik des Nichtstuns, der es lediglich gelungen sei, Asien der Eroberung durch die Sowjets ausgesetzt zu haben«.[37] Arthur Vandenberg, der republikanische Fürsprecher für die Regelung der Außenpolitik durch beide Parteien (bipartisanship) meinte: »Mir scheint, wir haben China in Jalta und Potsdam sowie in den späteren offiziellen Versuchen, mit den bewaffneten kommunistischen Kräften in China eine Koalition einzugehen, verspielt.«[38] Auch meldete sich damals ein Mann zu Wort, der ein Jahrzehnt später Richard Nixon besiegen sollte (teilweise fiel ihm dieser Sieg wohl deswegen zu, weil die Republikaner Cuba an den Kommunismus verloren hatten); er bekam am 25. Januar 1949 eine Minute Redezeit zugestanden und sagte folgendes:

Herr Vorsitzender, an diesem Wochenende wurde uns das Ausmaß der Katastrophe bekannt, die China und die Vereinigten Staaten betroffen hat. Die Verantwortung für den Fehlschlag unserer Außenpolitik im Fernen Osten lastet eindeutig auf dem Außenministerium und dem Weißen Haus.

Das Beharren darauf, daß wir nur im Falle der Bildung einer Koalitionsregierung mit den Kommunisten Hilfe schicken, hat die Nationalregierung völlig gelähmt.

Unsere Diplomaten und ihre Ratgeber, die Lattimores und die Fairbanks waren mit den Unzulänglichkeiten des demokratischen Systems in China nach zwanzig Kriegsjahren, mit den Berichten über die Korruption in höchsten Stellen offenbar so stark beschäftigt, daß sie darüber völlig außer acht ließen, was für uns in einem nicht kommunistischen China auf dem Spiel stand.

Unsere Politik des Schwankens, der Unsicherheit und Verwirrung, wie es Sun Fo, der Premier der Nationalregierung ausdrückte, hat den Sturm heraufbeschworen.

Dem Hohen Haus gebührt es jetzt, dafür zu sorgen, daß die Flut des Kommunismus nicht ganz Asien verschlingt.[39]

Dies sagte der demokratische Abgeordnete von Massachusetts, John F. Kennedy. Im Frühjahr 1950 äußerte sich vor allem Senator Joe Mc-

[37] Norman A. Graebner, *The New Isolationism* (New York, 1956), S. 45.

[38] Arthur H. Vandenberg, Jr. (ed.), *The Private Papers of Senator Vandenberg* (Boston, 1952), S. 536.

[39] Kongreß-Bericht vom 25. Januar 1949, S. 532–33.

Carthy; seine sensationellen Anschuldigungen bezüglich einer kommunistischen Unterwanderung des State Department setzten 18 Tage nach der Verurteilung von Hiss im zweiten Prozeß ein – zwei Wochen nachdem Dean Acheson in seiner Rede vom 9. Februar 1950 in Wheeling (West Virginia) gesagt hatte: »Ich werde Alger Hiss nicht den Rücken zukehren.«

»Wie läßt sich die gegenwärtige Lage anders erklären«, fragte McCarthy später

wenn man nicht annimmt, daß Leute in hohen Regierungsstellen zusammenarbeiten, um uns ins Unheil zu führen? Dies alles muß das Resultat einer Konspiration von solchem Ausmaß sein, daß alle früheren Wagnisse in der Menschheitsgeschichte zwergenhaft dagegen erscheinen.[40]

Nähere Ausführungen folgten in einer Senatsrede am 30. März 1950:

Nicht die chinesische Demokratie unter Mao hat in China gesiegt, wie Acheson, Lattimore, Jessup und Hanson behaupten. Die Sowjetunion hat China erobert und ein bedeutender Verbündeter der Eroberer war der linke Flügel im State Department.[41]

In weniger als neun Monaten hatte sich die Kritik am Verlust Chinas von der Verurteilung einer »wunschbeseelten Politik des Nichtstuns« zu einem viel bösartigeren Vorwurf gewandelt, dem des Verrats. Graebner umschreibt die Kritik in folgender Weise:

Die Politik der Vereinigten Staaten war fehlgeschlagen, weil sie nicht die Ziele der USA, sondern die der Sowjetunion verfolgt hatte.[42]

Inzwischen hatten chinesische kommunistische Truppen die Grenzen zu Indochina erreicht. Von diesem Zeitpunkt an war eine Niederlage der nationalistischen Bewegung des Vietminh unter kommunistischer Führung gegen die Franzosen nicht mehr möglich: Sie hatten das chinesische Hinterland als Zufluchtsgebiet, erhielten chinesischen Nachschub und verfügten über erfahrene Berater. Aus demselben Grund aber war es – bei den laufenden innenpolitischen Auseinandersetzungen – für die Truman-Regierung nicht tragbar, sie siegen zu lassen.

Achesons Weißbuch über China (1949) hatte mit den Sätzen geschlossen:

Es ist eine bedauernswerte aber unabänderliche Tatsache, daß der Bürgerkrieg in China nicht durch die Regierung der Vereinigten Staaten kontrolliert werden

[40] Graebner, *The New Isolationism*, S. 28.
[41] Alan D. Harper, *The Politics of Loyalty* (Westport, Conn., 1969), S. 133.
[42] Graebner, *The New Isolationism*, S. 45.

konnte. Nichts, was unser Land unternommen hat oder hätte unternehmen können, hätte ein anderes Ergebnis herbeigeführt; nichts, was wir unterlassen haben, hat dieses Resultat erbracht. Es ging aus den inneren Kräfteverhältnissen in China hervor; wir haben darauf Einfluß zu nehmen versucht, jedoch ohne Erfolg. Die Entscheidung wurde in China selbst herbeigeführt – und sie gründete auf der Unmöglichkeit unseres Eingreifens.[43]

Diese Feststellung hätte seit 1949 bis auf den heutigen Tag als Muster einer Erklärung genommen werden können, die den Entscheidungen der US-Regierung zugrundelag, als sie sich vom Engagement in Indochina zurückziehen oder es unterlassen wollte. Doch es erheben sich Zweifel, ob dies der Bürokratie je bewußt war; die Aufnahme des Weißbuches über China förderte dieses Bewußtsein jedenfalls nicht. Das Argument »verkaufte« sich einfach nicht, obwohl es die unbestreitbare Tatsache ins Feld führt, daß die feindlichen Kräfte in China gewaltig sind und zudem sehr beweglich; es wurden keine amerikanischen Truppen eingesetzt, und auch sonst gab es keine nennenswerte Unterstützung von amerikanischer Seite. Wie Acheson es jüngst formuliert hat, »war die Entscheidung für jene unbegreiflich, die an die amerikanische Omnipotenz glaubten und für die ein Fehlschlag nur durch Impotenz oder Verrat erklärbar ist.[44] Damals mußte das Außenministerium erfahren – und hat es seitdem wohl nicht vergessen – wie groß die Zahl derjenigen ist, die dieser Meinung sind, und wie groß ihre Macht sein kann, Politik, Regierungen ... und Karrieren zu zerstören.
In einer solchen Atmosphäre bestand im State Department nicht der Wunsch, ein Weißbuch zur Lage in Indochina herauszugeben. In Indochina wurde der Krieg gegen die kommunistisch geführten Guerillas – deren wesentlicher Charakter darin gesehen wurde, daß sie »vom Kreml« gesteuert wurden (hierin stimmte Acheson mit den Kritikern überein) – von französischen Truppen geführt, die ohne Zweifel fähig und willens waren, US-Material zu verwenden. Es wurden keine US-Streitkräfte benötigt, um eine Niederlage abzuwenden oder ein Patt zu erzielen. Andererseits sahen amerikanische Analysen in einem zeitweiligen Patt das bestmögliche Ergebnis, das durch amerikanisches Eingreifen zu erzielen wäre: zumindest solange sich keine Veränderungen in der Haltung der Franzosen ergaben, Indochina faktische Unabhängigkeit zu gewähren – Veränderungen, die ziemlich unwahrscheinlich waren. Doch war das Problem äußerst dringlich: Offizielle Einschätzungen gaben den französi-

[43] *United States Relations with China, with Special Reference to the Period 1944–1949.* (Washington, D.C., GPO, 1949), S. xvi.

[44] Dean Acheson, *Present at the Creation,* (New York, 1969), S. 303.

schen Streitkräften in Tonking Ende 1949 höchstens noch sechs bis neun Monate, falls Hilfe von amerikanischer Seite ausblieb.

Im Februar 1949, als der neue Außenminister Acheson offensichtlich die Initiative ergriff, hatte der Nationale Sicherheitsrat empfohlen, bereits für Nationalchina bestimmten Nachschub zurückzuhalten. Senator Vandenberg argumentierte mit Erfolg gegen den geplanten Schritt, obgleich er die Unvermeidlichkeit eines kommunistischen Sieges eingestehen mußte: »Ich lehne es ab, die Verantwortung für *den letzten Schritt* zu übernehmen, der diesen Sieg ermöglicht.«[45] Die Hilfe wurde fortgesetzt, doch bot dies der Regierung wenig Schutz vor Kritik; es wurde immerhin klar, daß es noch gefährlicher, noch fragwürdiger gewesen wäre, wenn man weniger unternommen hätte.

Ein Jahr später hätte sich jedermann in einer isolierten Position befunden, der die Verweigerung von Militärhilfe an unseren NATO-Partner Frankreich vertreten und damit die volle Verantwortung für dessen prompte Niederlage in Indochina gegen die Truppen des Kreml übernommen hätte: Trotz der Tatsache, daß damals in Analysen des Geheimdienstes die schwache Hoffnung anklang, daß Frankreich eine politische Strategie akzeptieren würde, die darauf hinauslief, ein wirklich unabhängiges, nicht-kommunistisches Regime in Indochina zu erreichen, das allein eine nennenswerte Siegeschance geboten hätte (Rückblickend scheint sogar diese bedingte Hoffnung nach 1949 eine Täuschung gewesen zu sein). Ungeachtet der geringen Wahrscheinlichkeit eines Sieges gab es kaum Debatten in der Regierung, ob die Politik der direkten Unterstützung ohne ein sicheres siegreiches Ende des Krieges, die im Mai 1950 mit einem Aufwand von 10 Mill. Dollar einsetzte, lohnend war. Sie konnte ein Patt einbringen – und brachte es auch ein; und die Alternative bestand nur darin, dem Verlust Chinas durch die Demokraten den Verlust Indochinas hinzuzufügen. Das reichte aus. Den Verlust von Tonking während der Amtszeit der Truman-Regierung zu vermeiden erschien offenbar als Ziel, das den Aufwand von mehreren Milliarden Dollars – und französische und vietnamesiche Menschenleben – lohnte.

Was uns zu dieser scheinbar harten und zynischen Interpretation veranlaßt, ist nicht nur die Tatsache, daß wir keine andere Erklärung für die Entscheidung finden, direkt in einen Kampf einzugreifen, in dem der Gegner von der US-Regierung klar als nationalistische Bewegung eingeschätzt wurde – zwar unter kommunistischer Führung, doch mit

[45] *The Private Papers of Senator Vandenberg*, S. 332.

der Unterstützung einer großen Mehrheit des vietnamesischen Volkes[46] – trotz der außergewöhnlich pessimistischen Einschätzung der langfristigen Aussichten für die Franzosen, selbst mit unserer Hilfe. In diesem ersten Fall besitzt die Erklärung der Sumpf-Theorie ebenso wenig Geltung wie in allen späteren: »ein kleiner Schritt, der Erfolg versprach ...«

Aber auch andere Hypothesen über mögliche Motive für das kühne Unternehmen, die für spätere Perioden einige Plausibilität besitzen, scheiden hier aus. Im Jahr 1950 konnte keine Rede davon sein, daß wir frühere Verpflichtungen und Versprechen einlösen mußten; daß unser Prestige auf früheren Schritten beruhte oder daß wir, wenn unsere Truppen einmal eingesetzt worden seien, wir uns keine »militärische Niederlage« leisten könnten.

Die wesentlichen Ereignisse, die unsere Entscheidung bestimmten, hatten außerhalb von Indochina stattgefunden. Der Verlust Chinas, der den Enttäuschungen in Osteuropa folgte, insbesondere der Entwicklung in der Tschechoslowakei, und allgemein die Atmosphäre des Kalten Krieges waren maßgebend. Die Interpretation, die diese Ereignisse in der Öffentlichkeit erfuhren, war stark von der antikommunistischen Rhetorik geprägt – zum Schaden der Demokraten – , die Präsident Truman 1947 bis 48 eingesetzt hatte, um die Unterstützung des Kongresses zu gewinnen.[47] Tatsächlich haben die Demokraten in der ersten Amtszeit von Truman einen Geist des Antikommunismus heraufbeschworen, dem sie nach Trumans überraschendem Sieg 1948 dann selbst ausgeliefert waren: Sie erlebten im Weißen Haus den endgültigen Sieg des Kommunismus in China, den ersten russischen Atomversuch, den zweiten Hiss-Prozeß und den Fall Fuchs.

All dies spielte sich innerhalb weniger Monate nach dem Herbst 1949 ab. Die Antwort von seiten der republikanischen Führung spiegelt die lähmende Enttäuschung über ihre Wahlniederlage von 1948 wider. (Senator Tafts Entschluß, McCarthy zu unterstützen war ein Teil dieser Reaktion; umgekehrt war diese republikanische Unterstützung entscheidend für den Einfluß von McCarthy.)[48] Nach diesen Entwicklungen hätte man – auch ohne vorheriges Eingreifen der USA in Indochina – einen

[46] Vgl. Bd. 8 der GPO-Ausgabe; z.B. die Dokumente zur Periode unmittelbar nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten, S. 91–115 sowie zur Politik des Außenministeriums gegenüber Indochina, vom 27. September 1948, S. 143–149.

[47] Richard Freeland, *The Truman Doctrine and the Origins of McCarthyism;* (New York, 1972). Athan Theoharis, *Seeds of Repression* (Chicago, 1971); vgl. auch die oben zitierte Aussage von John F. Kennedy aus dem Jahre 1949.

[48] Vgl. Robert Griffith, *The Politics of Fear* (Lexington, 1970), passim.

kommunistischen Sieg in Asien stets als »Niederlage der USA« gewertet, als Fehlleistung der Regierung; vielleicht sogar als Anlaß für den Vorwurf bewußten Verrats genommen.

Das Eingreifen ließ mit größeren Kosten in der Zukunft rechnen; ja man riskierte sogar einen größeren Krieg mit China oder Rußland für den Fall eines chinesischen Engagements, ohne daß dem eine wesentliche Erfolgsaussicht gegenüberstand. Nichts, was die Aussage stützte, eine Intervention gewinne »Zeit«, so daß eine Niederlage vorläufig abgewendet werden und man die persönlichen und politischen Konsequenzen vermeiden konnte, die sich aus einer »Aufweichung« im Vorgehen gegenüber dem Kommunismus ergeben. Mit dem Ausbruch des Koreakrieges, dem sogleich eine Ernüchterung der Öffentlichkeit folgte (und der Vorwurf, daß Acheson den Angriff heraufbeschworen habe), mit den Siegen der Republikaner im Herbst und vor allem durch den Eintritt der chinesischen Kommunisten in den Krieg verstärkten sich alle früheren Gründe für ein auf »Zeitgewinn« gerichtetes Vorgehen in Indochina. Doch auch jetzt nicht »um jeden Preis«. Obgleich immer wieder die strategische Bedeutung von SO-Asien hervorgehoben wurde, bestand in einer Entsendung von US-Bodentruppen nach Indochina weniger Interesse als zuvor.

Der »Never Again Club« im Pentagon, der sich grundsätzlich weiteren Landkriegen in Asien widersetzte, konsolidierte sich damals allmählich. Und die Kontroverse um die Entsendung von General McArthur im April 1951 mobilisierte die Kritik an der Regierung ebenso, wie sie für eine allgemeine Verbreitung der These sorgte, die schon in den früheren Vorwürfen der »Asia-first«-Republikaner formuliert worden war. Es ging um die Auffassung, daß der »Sieg« nicht nur – wie McArthur betonte – unerläßlich sei, sondern daß man ihn auch leicht erringen könne: die Regierung müsse nur Entschlossenheit zeigen und die Luftwaffe sowie die Truppen asiatischer Verbündeter unbeschränkt einsetzen.[49] Wenn man sich den Einsatz von US-Bodentruppen gegen einen Feind in Asien aufzwingen läßt – so hieß es –, dann ist dies ein Beweis von schwacher Strategie, Unfähigkeit, Unentschlossenheit oder Verzicht auf potentielle Verbündete; wenn man ein Gebiet an den Kommunismus verliert, so steckt dahinter entweder Nachlässigkeit oder Verrat.

Jeder, der wie ich die Entscheidungsprozesse bezüglich Indochina während einer Phase wie der vom Herbst 1964 unmittelbar verfolgen

[49] Vgl. Harper, *The Politics of Loyalty*, Kap. 5, 9; und Graebner, *The New Isolationism*, Kap. 3, 5.

konnte (in dieser Periode erreichten die Hoffnungen der USA wohl ihren Tiefpunkt), wird beim Lesen der Berichte aus der Zeit von 1948-1954 sicher den Eindruck gewinnen, daß er hier die Genesis vieler bürokratisch-politischer Positionen der späteren Auseinandersetzung beobachtet. Solche Bücher[50] berichten von Ereignissen, die den Geist einer Generation von Bürokraten und Politikern prägten.

In diesem trüben Herbst 1964 begann eine persönliche Notiz an Minister McNamara, die John McNaughton, sein Stellvertreter, entworfen hatte (ich selbst war damals gerade Special Assistant geworden) mit den Worten: »Die Lage in Süd-Vietnam verschlechtert sich. Auch abgesehen von den Wirren, welche vorige Woche die Regierung erfaßten ...« (PP III, 556) Im folgenden wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit ziemlicher Sicherheit in Kürze überhaupt alles verspielt sei, unabhängig von unserem Handeln. Admiral Sharp (CINCPAC) warnte die Vereinigten Stabschefs noch im selben Monat, daß »wir uns plötzlich einer feindselig eingestellten Regierung gegenübersehen könnten, wenn es überhaupt noch eine Regierung gibt«. (PP, III, 569) (In einer Periode relativer Ruhe Ende November bemerkte eine Arbeitsgruppe des Nachrichtendienstes mit Erleichterung, daß gegenwärtig »keine Aufstände und Demonstrationen ernsthafteren Ausmaßes, keine Streiks, bewaffnete Revolten, Verbrechen in den Städten und Umsturzpläne festzustellen seien, die (von August bis Oktober) Süd-Vietnam an den Rand des völligen Zusammenbruchs und der Auflösung zu bringen schienen ...«[51] (PP, III, 651)

Unter diesen Umständen bestimmte das McNaughton-Memorandum vom 3. September als Ziel der USA, »den Niedergang aufzuhalten. Sollte das allerdings nicht gelingen, so müßten wir aus der Situation so hervorgehen, daß die USA in den Augen der Alliierten und Feinde noch immer

[50] Zusätzlich zu den bereits angegebenen Quellen vgl. Tang Tsou, *America's Failure in China, 1941–50.* (Chicago, 1963); H. Bradford Westerfield, *Foreign Policy and Party Politics* (New Haven, Conn., 1955); und Earl Latham, *The Communist Controversy in Washington.* (Cambridge, Mass., 1966)

[51] Dieser Teil der PP, der von den Beziehungen zwischen der amerikanischen und vietnamesischen Regierung handelt (II, 333–50) und die verwirrende Periode betrifft, vermittelt einen spezifischen Geist, der besonders anläßlich des Fehlschlages vom 13. September vorherrschte; »Die Regierung der USA hat sich dem Unternehmen widersetzt, sich aber auch gegen eine gewaltsame Verhinderung ausgesprochen; insbesondere war die US-Regierung gegen eine Bombardierung Saigons durch die vietnamesische Luftwaffe, die einmal angedroht wurde ... Als Khanh und Ky Unterstützung durch die US-Marine forderten, haben wir sie verweigert ...« Die Mitteilungen des State Department an die Botschaft waren scharf: (A) Es ist erstes Gebot, daß innerhalb der vietnamesischen Streitkräfte kein gegenseitiger Vernichtungskrieg entfacht wird; (B) das kleinliche Gezänk unter den vietnamesischen Führern hat im Ausland einen abstoßenden Eindruck hinterlassen ... (G) Nachdruck darauf legen,

so gut wie irgend möglich dastehen.« Wir sollten auf Chancen achten, die sich uns bieten, vor allem auf Möglichkeiten, »die demokratische Republik Vietnam unter Druck zu setzen«.[52] Oder »einen erträglichen Kompromiß zu erlangen«; doch »wenn sich alles zum Schlechten wendet und vorausgesetzt, daß der Zerfall dort äußerste Formen erreicht, könnte die Lösung darin bestehen, Süd-Vietnam ›zu entmündigen‹; dann könnte der Eindruck erreicht werden, daß der Patient leider, trotz des Eingreifens eines hervorragenden Arztes gestorben ist.«

Eine der ersten Aufgaben, die mir in meinem neuen Amt oblagen, war die Überprüfung der alternativen Möglichkeiten, durch die uns die Situation – trotz unserer Bemühungen – »aus der Hand« gleiten könnte; ich mußte die jeweiligen Pros und Contras unter dem Gesichtspunkt des US-Interesses abwägen und Mittel zur Verringerung des Schadens vorschlagen. Ich sollte tatsächlich die Alternativen entwickeln, die zu einem »Verlust von Indochina« führen könnten und entsprechende Weißbücher umreißen. Als kalter Krieger empfand ich diese Tätigkeit nicht gerade als angenehm, andererseits erschien mir die Aufgabe auch nicht als allzu schwierig.[53] Das Weißbuch über China kannte ich nicht – vielleicht hätte

daß die US-Hilfe nicht als selbstverständlich angesehen wird. (S. 338) Während einer ähnlichen Periode, zwanzig Monate danach, als ich mich in Saigon aufhielt, wo die Telegramme empfangen wurden, war man weniger zurückhaltend; State Department: »Es werden harte Worte nötig sein, doch können die Vereinigten Staaten dieses schädliche Gezänk keinesfalls akzeptieren ...« »Us-Marinegeneral Walt hat von einem möglichen Luftwaffenangriff auf abtrünnige Einheiten der südvietnamesischen Armee in ihrem Bereich gehört und damit gedroht, mit US-Jets vietnamesische Flugzeuge abzuschießen.« (PP, II, 374–375)

[52] Im Zentrum des Memorandums stand die Vorbereitung darauf, Nordvietnam unter Druck zu setzen: »... Vom Standpunkt der USA, der Regierung von Süd-Vietnam und – wie zu hoffen steht – auch der Verbündeten müssen diese Aktionen so erscheinen, daß sie durch die Umstände gerechtfertigt sind« ... »Es muß durch diese Aktionen erreicht werden, daß sich Nord-Vietnam zu Gegenschlägen herausgefordert sieht und seinerseits mit Aktionen antwortet ... Diese müssen als Begründung für eine Eskalation unsererseits dienen können.« Die Unternehmen sollten um den 1. Oktober beginnen, was »... die Konsolidierung einer Kraft gestattet, die für Süd-Vietnam sprechen kann ... so wird eine ernsthafte Eskalation bis November/Dezember aufgeschoben.« (Der Aufbau einer Kraft, die für Süd-Vietnam sprechen kann, sollte unseren Plänen zufolge bis zum 3. November abgeschlossen sein.) »Während des Wahlkampfes besteht erhöhte Gefahr, daß die Öffentlichkeit in den USA in einer der Regierung nicht genehmen Weise informiert wird, daher ist besondere Vorsicht geboten. In Anbetracht dieser Erwägungen scheint es ratsam, Nord-Vietnam mit der Ankündigung neuer Initiativen einzuschüchtern, der Regierung von Süd-Vietnam deutlich zu machen, daß wir uns aus wahltaktischen Gründen vorläufig Zurückhaltung auferlegen, um dem amerikanischen Volk den Eindruck zu vermitteln, daß wir gute Absichten hegen und mit Mäßigung vorgehen.« (PP. 354, D.A)

[53] Eine meiner Übersichten über die »Möglichkeiten des Zusammenbruchs der Vietnamesischen Regierung« (nicht die ausführlichste) findet sich in den PP, II, 696; eine andere sh. PP, III, 599. Zu den Gesichtspunkten des »Weißbuches« vgl. »Techniques to minimize impact of bad outcomes«. (PP, III, 700)

es mir als Vorbild dienen können – doch hatte ich keine großen Hoffnungen, daß die Begründungen für unser Scheitern, die ich entwerfen sollte, sehr überzeugend klingen würden.[54]

Ich befaßte mich hauptsächlich mit den Auswirkungen eines solchen Scheiterns auf unseren Einfluß und unsere Sicherheit; doch McNaughton drang darauf, daß ich mich zuvor auch um die Bedeutung des Fehlschlags für die Regierung, die Partei und die darin verwickelten Individuen kümmerte. Ich diskutierte diese Probleme mit niemandem außer ihm, nicht einmal mit meinen Kollegen unter den stellvertretenden »assistant secretaries«. Auch mußte ich meine Berichte selbst tippen. McNaughton pflegte sie mit mir zu diskutieren, strich manche Stellen oder baute Teile davon in seine persönlichen Notizen für den Minister ein.

»Sie sollten sich im klaren darüber sein«, warnte er mich in jenem Herbst wiederholte Male, »daß die Beteiligung an solchen Analysen und Entscheidungen die Unterzeichnung des Todesurteils für Ihre Karriere sein kann. Viele Leute wurden schon wegen geringfügigerer Sachen ruiniert.« Das hätte er mir damals keineswegs sagen müssen.

Doch wenn ich die historischen Details jener frühen Periode – wie sie in den zitierten Büchern über den McCarthyism, die Politik Trumans und den »Verlust Chinas« beschrieben sind – gekannt hätte, wären mir bestimmte bürokratische Stereotype, die mir in den sechziger Jahren so enorme Schwierigkeiten bereiteten, sogleich verständlich geworden.[55] Diese Stereotype, die bis heute ihre Gültigkeit behalten haben, bestehen im scharfen *Verbot* folgender Schritte:

[54] Einer meiner Beiträge wird in einem Entwurf von McNaughton vom 13. Oktober (PP, III, 583) paraphrasiert: »Vorsicht ist geboten, Rückschläge auf Faktoren zurückzuführen, die a) außerhalb der südvietnamesischen Verhältnisse nicht verallgemeinerbar sind (schwache Regierung, religiöse Zersplitterung, unkontrollierbare Grenzen, Schwierigkeiten, die von den Franzosen stammen, ungünstiges Gelände, Entfernung von den USA etc.) ... Als William Bundy im November 1964 in diese Richtung argumentierte, nämlich, daß ›im Falle eines Fehlschlags dieser durch spezifische lokale Bedingungen‹ zu erklären sei, bemerkte ein Vertreter der Vereinigten Stabschefs, es handle sich dabei um eine ›schwache Analogie zur äsopischen Fabel vom Fuchs und den Trauben. Ganz gleich, wie wir es unter uns diskutieren – durchsichtig wird die Geschichte bestenfalls für intelligente außenstehende Beobachter.‹« (PP, III, 624)

[55] Um weitere bürokratische Vermächtnisse zum »Verlust Chinas« kennen zu lernen, empfehle ich die wiederholte Lektüre eines wegweisenden Essays, der wohl auch mein Denken in diese Richtung gelenkt hat: James C. Thomson Jr., »How Could Vietnam Happen?« (zuerst erschienen unter dem Titel »An Autopsy«); in: *The Atlantic*, April 1968. Die Anerkennung, die man Thomson nicht nur wegen seiner Originalität, sondern auch wegen seines Verantwortungsbewußtseins schuldet – er riskierte seine berufliche Stellung durch seine Offenheit – tritt heute noch deutlicher hervor, wenn man bedenkt, wie wenige seinem Beispiel gefolgt sind.
Es bleibt abzuwarten – bis April 1972 sind keine Anzeichen dafür vorhanden –, ob solche Stereotype im Gefolge des Nixon-Besuches in China zerbrechen.

(1) »Bündnisse« mit Kommunisten vorzuschlagen (wie man es Marshall in China vorwarf) oder örtliche Übereinkünfte als etwas Geringeres anzusehen als einen kommunistischen Sieg;
(2) einen asiatischen Verbündeten zu »Reformen« zu drängen, die das Vertrauen, das er genießt, seine politische Basis oder seine militärische Stärke mindern könnten;
(3) in kommunistischen Feinden etwas anderes als Terroristen und Aggressoren zu sehen (die jedoch mit »organisatorischem Geschick« begabt und »ideologisch indoktriniert« sind);
(4) Vorschläge, die das Militär in bezug auf einen Sieg durch den Einsatz der Luftwaffe vorbringt, nicht zu billigen;
(5) die wahrscheinlichen und raschen Auswirkungen in Frage zu stellen, die ein kommunistischer Sieg in Süd-Vietnam auf die Interessen der USA haben würde: nämlich das Arrangement von ganz Asien mit dem Kommunismus (Domino-Theorie);
(6) einen Sieg über den Kommunismus in irgendeiner Konfliktsphäre als unmöglich zu bezeichnen, bzw. eine Politik zu vertreten, die nicht von einem Sieg ausgeht;
(7) den eventuellen Sieg von Kommunisten in Süd-Vietnam oder Laos als »unvermeidlich« oder »höchstwahrscheinlich« auszugeben bzw. einen solchen Ausgang anders zu fassen denn als »unerträglich«;[56]
(8) den Eindruck zu vermitteln, angesichts eines möglichen Verlustes gegenüber dem Kommunismus »nichts unternehmen zu können« (ganz gleich, ob es eine erfolgversprechende Aktion gibt oder nicht), oder eine beliebige Aktion mit innenpolitischer Unterstützung nicht gutzuheißen, die vielleicht Erfolg haben könnte.

Einen bedeutsamen Beleg für den letzten Punkt finden wir in der Aufrechterhaltung der Metapher vom »guten Arzt« nach den Wahlen von 1964. In McNaughtons Memorandum vom September 1964 war zum ersten Mal auf diese Weise argumentiert worden, wobei zugleich die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, angesichts einer unvermeidlichen Niederlage die bestmögliche Figur zu machen (vor allem wegen des politischen Zwanges, vor den Wahlen den militärischen Einsatz der USA einzuschränken). Als die Wahllokale schlossen, wurde die Bombardierung von Nord-Vietnam zur offen befürworteten Maßnahme. Als Vertre-

[56] Diese Einschätzung – die den seit 1950 befolgten Spielregeln der Bürokratie entspricht – verweist direkt auf die seltsam knappe Form der Vorschläge, die in den Pentagon-Papieren vorkommt und die ich an anderer Stelle als Typus eines »Vorschlags der Verzweiflung« charakterisiert habe. Zur Vermeidung eines »unannehmbaren Ergebnisses« ist jede Maßnahme mit auch nur einigen Erfolgschancen gerechtfertigt, ungeachtet der geringen Wahrscheinlichkeit eines positiven Resultats, der hohen Kosten und Risiken. So besteht auch kein Zwang zur Berücksichtigung der letztgenannten Faktoren; es genügt, wenn man betont, daß die vorgeschlagene Politik im Gegensatz zur jeweils betriebenen *nicht mit Sicherheit* scheitert.

ter von McNaughton wurde ich dem Spezialteam von William Bundy zugeteilt, das am Wahltag, dem 3. November 1964 im Außenministerium tagte, um alternative Eskalationsmöglichkeiten zu diskutieren. Zu diesem Zeitpunkt erhielt die Metapher vom »guten Arzt« eine fast makabre Bedeutung: Sie wurde zu einer Rationalisierung des Bombardements selbst im Falle eines Scheiterns (wie es – meinem Verständnis zufolge – McNaughton und Bundy erwarteten).

Nach einem Vergleich von Vorschlag C, »gesteigerter Druck« (Verstärkung des Bombardements) mit Vorschlag A, »Fortführung der gegenwärtigen Politik« stellte McNaughton fest: »Selbst bei einem Scheitern von Vorschlag C würde dieses Vorgehen demonstrieren, daß die USA zu allem bereit sind und damit das Vertrauen unserer Verbündeten in die USA stärken.«[57] Einen Tag darauf fügte er hinzu: »Wenn der Vorschlag C in die Tat umgesetzt wird und scheitert, befinden wir uns in keiner schlechteren Lage als mit der Annahme von Vorschlag A; doch in welcher Form wir auch scheitern, die Alternative C hinterläßt einen besseren Eindruck als Vorschlag A; sie würde demonstrieren, daß die USA ein ›guter Arzt‹ sind, der Versprechen hält, der bereit ist, Risiken auf sich zu nehmen, Schaden zu erleiden und den Feind schwer verwundet.«[58] Liest man diese Worte – sechs Millionen Tonnen Bomben später –, so muten diese Urteile erstaunlich an, um ein so neutral wie möglich gewähltes Wort zu verwenden. Es ist offensichtlich (für mich tritt es heute viel stärker zutage als damals, obgleich ich auch zu jenem Zeitpunkt gegen die Bombardierung war), daß der Ruf, den man mit diesen Mitteln bewahren wollte, weniger der eines »guten Arztes« als der eines Mafia-Häuptlings ist.[59]

Die Annahme, die zitierten Sätze und Empfehlungen würden voll und ganz den persönlichen Ansichten von McNaughton und Bundy entsprechen, wäre völlig verfehlt; wie bereits im Vorwort erwähnt, steckten sie selbst in ihren persönlichen Notizen häufig den Argumentationsrahmen für ihre Vorgesetzten ab, deren Ansichten daher auch stärker zum Ausdruck kommen als ihre eigenen. Ein verborgener Strang dieser Argumentation, die ich damals beobachtete, wird deutlich, wenn man sie bis in die fünfziger Jahre zurückverfolgt. Der Vorteil, »Entschlossenheit«, Widerstand gegen kommunistische Vorstöße zu *demonstrieren*, sei es

[57] PP, III, 601; Entwurf von McNaughton, 6. Nov. 1964.

[58] PP, III, 604; ähnliche Formulierungen vgl. 557, 559, 582, 594, 659, 666 und 685.

[59] McNamara bemerkte rückblickend in einem Memorandum an den Präsidenten, das McNaughton entworfen hatte: »Den Preis für die Aufbesserung unseres Images als eine sicherheitsgarantierende Macht haben wir mit dem Zerbrechen des Images bezahlt, das wir als Land hatten, das sich vor bewaffneten Übergriffen auf andere Nationen scheut.« (PP, IV, 54)

auch durch gewagte und kostspielige Unternehmen, die wahrscheinlich scheitern würden, zieht sich als kontinuierliches Votum durch diese Analysen.

Wem wollte man etwas demonstrieren? Angeblich dem Ausland: Feinden ebenso wie Verbündeten. Doch die vertrauensselige Versicherung – die durch die Entwicklung selbst Lügen gestraft wurde –, daß diese Vorteile die Kosten und Risiken aufwogen, mag sogar damals schon seltsam geklungen haben; es sei denn, man hatte den Eindruck, daß irgendwelche Unternehmen gegen den kommunistischen Feind, ungeachtet des damit verbundenen Aufwands und der geringen Erfolgsaussichten, einen Schutz gewährten; einen Schutz vor der politischen Anschuldigung, man würde die kommunistische Bedrohung unterschätzen, pessimistisch eingestellt oder – so unwirklich das für die Zeit vor 1950 klingt – ein Verräter sein.

Der deutlichste und folgenreichste Ausdruck dafür, daß der »gute Arzt« sich gegen den Vorwurf der Fahrlässigkeit absichern wollte, findet sich in McGeorge Bundys Memorandum an den Präsidenten vom 7. Februar 1965. Bundys Empfehlung einer »Politik der kontinuierlichen Vergeltungsschläge« genau nach dem Angriff auf Pleiku wurde am Vorabend der Entscheidung formuliert, mit der der Präsident die ständige Bombardierung einleitete; und sie war wohl auch maßgebend für diese Entscheidung. Der letzte Absatz seiner Ausführungen über »mögliche Auswirkungen« beginnt so:

> Wir können nicht mit Sicherheit behaupten, daß es einer Politik anhaltender Repressalien gelingen wird, den Verlauf des Kampfes in Vietnam zu ändern. Sie kann fehlschlagen, und wir können die Erfolgschancen auch nicht mit annähernder Genauigkeit beurteilen – sie mögen irgendwo zwischen 25% und 75% liegen. Mit Sicherheit läßt sich dagegen sagen, daß diese Politik der Mühe wert ist, selbst wenn sie mißlingt. Zumindest wird sie den Vorwurf entkräften, wir hätten nicht alles getan, was in unserer Macht stand, und gerade dieser Vorwurf spielt in vielen Ländern einschließlich unseres eigenen eine wichtige Rolle. (PP, 425, D.A.)

Die Maßnahmen, die – wie man in Tang Tsou, *American Failure in China* (ein fesselndes Buch übrigens) nachlesen kann – für das Vorgehen der USA in China vorgeschlagen, aber nicht in die Tat umgesetzt wurden – breiter Einsatz von Militärberatern, logistische Unterstützung, geheim- und nachrichtendienstliche Hilfe, der Sturz von Chiang Kai-shek und seine Ablösung durch eine andere Regierung, Unterstützung im Transportwesen, durch die Luftwaffe und durch extensive Ausbildung – sind genau jene, die in Vietnam *tatsächlich* der Reihe nach ausprobiert

wurden. (Die Durchsetzung von Reformen und die Öffnung der Regierung wurde in beiden Fällen als dringlich erachtet, doch in keinem wirklich versucht.)
Diese Maßnahmen wurden im Falle Chinas verworfen, weil sie sich nach der – wohl richtigen – Ansicht von General Marshall wahrscheinlich nicht als wirksam erwiesen hätten. Im Falle Vietnams waren, wie die Pentagon-Papiere zeigen, die entsprechenden Urteile an den entscheidenden Punkten der Eskalation kaum von mehr Zuversicht erfüllt; doch diesmal wurden die Maßnahmen ergriffen. Wie erklärt sich der Unterschied? Weil Vietnam wichtiger war? Wohl kaum. Wegen des unterschiedlichen Ausmaßes? Doch die Ausmaße wären im Falle Chinas nicht übermäßig gewesen; in Vietnam dagegen erwiesen sie sich schließlich als gewaltig. Weil die Politik von Marshall und Acheson in China gescheitert war? Daß dies in den sechziger Jahren die Ansicht vieler Beamter gewesen sein soll, ist zu bezweifeln.
Man kann fast mit Sicherheit annehmen, daß die Beamtengeneration, die die Säuberungen der Asien-Büros in den fünfziger Jahren überstanden hat, sich nicht um das Ausland sorgte; daß nicht dieser Gesichtspunkt der Marshall-Acheson-Politik in ihren Entscheidungen zur Geltung kam, sondern vielmehr die Erinnerung an die Vorwürfe, denen Marshall als »eine wandelnde Lüge ... als Vorbild für Verräter« und Acheson als »der rote Dean«[60] ausgesetzt waren.
Diese Periode lebte sicherlich in den Beamten wieder auf, die 1964-65 jene seltsamen Überlegungen vorbrachten, denen zufolge die Bombardierung von Nord-Vietnam »selbst, wenn sie das Blatt nicht wenden kann, eine Maßnahme darstellt, deren Wirkung ihre Kosten aufwiegt«[61] (William Bundy war Achesons Schwiegersohn; McGeorge Bundy verfaßte seine Reden). Ob sie nun das Argument von Vandenberg gegenüber Acheson im Jahre 1949, mit dem er sich für eine Unterstützung von Chiang aussprach, gekannt haben oder nicht – »ich lehne es ab, die Verantwortung für den *letzten Schritt* zu übernehmen ... – die bürokratischen Nachwirkungen dieser Position waren noch fünfzehn Jahre danach zu spüren.
Was ihnen nicht mehr bewußt war, ist die Gegenposition Achesons, die

[60] Zu den Auswirkungen des McCarthyism (oder Mc Carranism) auf die Asienexperten in der Regierung vgl. außer Thomsons Artikel die Reden auf der AAS-Konferenz vom März 1969, die Richard Kagan, A. Edmund Clubb und Ross Koen gehalten haben. Veröffentlicht in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, Nr. 4, Mai 1969. Vgl. auch die Kurzbiographie von John Stewart Service, »Foresight, Nightmare, and Hindsight«, von E.J. Kahn Jr., in: *New Yorker*, XLVII (8. April 1972), S. 43–95.
[61] McGeorge Bundy, 7. Februar 1965 (PP, III, 687).

dieser Anfang der fünfziger Jahre in bezug auf das amerikanische Engagement bei der Verteidigung Formosas zum Ausdruck brachte: »Die Generalstabschefs wandten sich abermals gegen den Einsatz amerikanischer Streitkräfte, schlugen aber die Lieferung von Kriegsmaterial sowie die Entsendung einer Untersuchungskommission vor. Ich war gegen dieses *Spiel mit einer Mausefalle* ... «[62] Einen Leser von 1971 überrascht dieser Kommentar durch seine Logik und Voraussicht. Einem unvoreingenommenen Politikwissenschaftler der fünfziger Jahre aber schienen sie eine Haltung und eine politische Taktik zu repräsentieren, die schlicht als »tollkühn« zu bezeichnen ist:

> Es mag stimmen, daß Chiang nur durch eine US-Intervention größten Ausmaßes, die die akzeptablen Grenzen unserer Möglichkeiten überschreiten, zu retten gewesen wäre (wie Acheson im Weißbuch behauptet). Doch die Logik unserer Außenpolitik scheint zu selbstzerstörerischen Extremen getrieben zu werden, wenn dies als Rechtfertigung für den Versuch herangezogen wird, *jegliche* wesentliche Unterstützung zu unterbinden, um amerikanische Verluste zu vermeiden. Durch den raschen Einsatz einiger weiterer hundert Millionen Militärhilfe, wie sie das GOP forderte, und durch die Entsendung möglichst vieler Militärberater hätte das Außenministerium 1947 die Republikaner immer noch dazu zwingen können, die Verantwortung für spätere Entscheidungen zur Minderung der Verluste mitzutragen ... Wäre dann die amerikanische Öffentlichkeit willens gewesen, den Druck fortzusetzen, dann wäre der Lohn für einen Sieg oder auch für ein Patt weit größer gewesen, als es schließlich im Korea-Krieg der Fall war.[63]

Die Lektion, die man zu diesem Zeitpunkt beherrschte, als es galt, Schlüsse aus dem Scheitern der China-Politik zu ziehen, bestand also in dem Wissen um innenpolitische Vorteile des *Spiels mit der Mausefalle,* die auch bei einem Patt als Lohn für die Bemühungen herausspringen – ein Lohn, den wir aus den letzten zwanzig Jahren Indochina-Politik zur Genüge kennen. (Ähnlich argumentieren ehemalige Regierungsbeamte von Johnson, die ihm hauptsächlich den Fehler zur Last legen, daß er sich während der Eskalation 1964-66 nicht in genügendem Maße bemüht habe, daß ihn führende Persönlichkeiten im Kongreß unterstützten). Wenn man innenpolitische Gesichtspunkte als wichtig für eine bestimmte außenpolitische Entscheidung betrachtet, so heißt das nicht, daß dies die *einzigen* ausschlaggebenden Momente gewesen sind oder daß die Beamten, die solche Erwägungen anstellen, *nur* an sich selbst oder an die Regierung denken oder daß zwischen der Innenpolitik und den Entscheidungen der internationalen Politik eine wechselseitige Abhän-

[62] Acheson, *Present at the Creation,* S. 350; Hervorhebungen nicht im Original.
[63] Westerfield, *Foreign Policy and Party Politics,* S. 258.

gigkeit bestehe oder daß sich innenpolitische Erwägungen auf den einfachen Gesichtspunkt reduzieren lassen, daß es die nächsten Wahlen zu gewinnen gilt.

Andere relevante Aspekte der Innenpolitik, die eine bestimmte Außenpolitik beeinflussen oder von ihr beeinflußt werden, sind z.B. die Aussichten, ein Gesetzgebungsprogramm durchzubringen (wie z.B. die Gesetze zur »Great Society« 1964), die Zusammensetzung des nächsten Kongresses und ihre Folgen für künftige Programme und Wahlen; die Chancen eines Präsidenten, für die nächsten Wahlen von seiner Partei wieder nominiert zu werden (vgl. die Verhältnisse von 1968);[64] die Erwartung heftiger Kontroversen während der Kandidaturzeit und der Wahlkampagnen sowie deren Auswirkungen für die spätere Regierungspraxis (1968); die Zukunft der Partei, der man angehört (z.B. die 1970 bestehende Möglichkeit, eine »neue republikanische Mehrheit« zu schaffen); der Ruf eines Präsidenten, seine historische Stellung, seine Selbstachtung (so z.B. das Interesse von Johnson und Nixon daran, nicht als erster amerikanischer Präsident einen Krieg verlieren zu müssen); der Schaden für die gesamte Gesellschaft, aber auch für die Partei und die Individuen, den ein Wiederaufleben des McCarthyism mit sich bringen würde, oder, wie Regierungsbeamte von Johnson es ausdrückten, das »Blutbad der wechselseitigen Beschuldigung«.[65]

Jeder dieser »politischen« Gesichtspunkte steht mit strategischen Belangen und anderen innenpolitischen Fragen in einem Zusammenhang. Schließlich glaubt auch kein Präsident, daß sein Sieg oder der Sieg seiner Partei, daß die Niederlage eines bestimmten Gegners nur ihm und seinen Gefolgsleuten dient: Man betrachtet die Probleme der Außen- und Innenpolitik in ihrer Abhängigkeit von den Ergebnissen legislativer Entscheidungen und den Wahlen. Und die Demütigung eines amerikanischen Präsidenten wird – insbesondere von ihm, doch nicht nur von ihm – auch

[64] Michael Janeway hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß 1964 ein weiteres, weniger offensichtliches Beispiel liefert: LBJ fürchtete mit Recht, daß er im Falle eines »Im-Stich-lassens« von Süd-Vietnam – was er ohnehin nicht vorhatte – von den politischen Erben J.F. Kennedys, von Robert Kennedy und seinen Parteigängern angegriffen werden würde. Dies wäre das Spiegelbild von Nixons Besorgnis, die er 1969–70 in bezug auf Wallace und Reagan äußerte. Vgl. Anmerkung 69.

[65] Vgl. Jerome Slaters Kommentar zur Krise in der Dominikanischen Republik 1965: »Angesichts der lebhaften Erinnerung an die Cuba-Krise und der Stärkung der radikalen Rechten – die ein Jahr zuvor in der Kandidatur von Barry Goldwater kulminierte – als einem bedeutenden Faktor in der amerikanischen Politik konnten vernünftige Leute befürchten, daß eine erfolgreiche Revolution in San Domingo die Zukunft der Demokratischen Partei, wenn nicht des amerikanischen Liberalismus überhaupt gefährden würde.« *Intervention and Negotiation: The United States and the Dominican Revolution* (New York, 1970).

als Minderung des Prestiges und des Einflusses der Vereinigten Staaten betrachtet.

Darüber hinaus war jeder unserer Nachkriegspräsidenten, wenn auch in unterschiedlichem Maße, ein fester Anhänger jener Prinzipien der Politik des Kalten Krieges, die sich ständig in ihrer Rhetorik niederschlugen. Und sie haben selbst dazu beigetragen, daß diese Prinzipien zu entscheidenden Faktoren der Innenpolitik wurden, zu Faktoren, die stets einen möglichen Angriffspunkt für einen Nachfolger abgeben. In ihren Augen weisen die Imperative der Innenpolitik in dieselbe Richtung wie ihr Instinkt für das, was »gut für Amerika« ist.

Im Frühjahr 1950 zwangen alle erwähnten Gesichtspunkte – obgleich Indochina nicht zu den zentralen Themen der Truman-Regierung gehörte – zu einem Schluß, der zur Festlegung der Politik ausreichte: *»Dies ist für die amtierende Regierung kein gutes Jahr um Vietnam an den Kommunismus zu verlieren.«* Doch auch 1951 und 1952 war dies nicht der Fall. Korea, die chinesischen Kommunisten, McArthur, die bevorstehenden Wahlen, alles bestätigte diese Auffassung.

Aber auch 1953 und 1954 war der Zeitpunkt zur Aufgabe von Vietnam nicht günstig – vor allem nicht für eine neue Regierung, die mit der Denunziation demokratischer »Verluste« ins Amt gelangt war, die mit lauter Stimme eine Politik des »roll-back« verkündete und Chiang von seinen Fesseln befreien wollte ...

Zehn Jahre nach 1950 übernahm ein neuer demokratischer Präsident unter anderem auch die Aufgabe, die er selbst einmal definiert hatte: » ... zu verhindern, daß die anrollende Flut des Kommunismus ganz Asien verschlingt.« Und nicht nur Asien. In einer Rede während des Wahlkampfes vor der American Legion Convention am 18. Oktober 1960 führte John F. Kennedy aus:

Die Stärke Amerikas im Verhältnis zu der der Sowjetunion hat abgenommen, und der Kommunismus ist beständig in jedem Gebiet der Erde weiter vorgedrungen – der Eiserne Vorhang befindet sich nur 90 Meilen von hier entfernt in Cuba ... Cuba wurde an die Kommunisten verloren; Laos ist im Begriff, hinter dem eisernen Vorhang zu verschwinden ... Ich habe nie den Rückzug vor dem Feuer befürwortet ...

Innerhalb eines Jahres – nach einem Wahlsieg, an dessen Knappheit er oft erinnert wurde – mußte Präsident Kennedy manches erleben: die Operation in der Schweinebucht; den Zwang, in Laos zu einer – wahrscheinlich instabilen – Lösung am Verhandlungstisch zu gelangen; die Wiener Gipfelkonferenz; die Berliner Mauer, Chruschtschows Bedro-

hung Berlins und die Wiederaufnahme sowjetischer Atomversuche. Der Fehlschlag in Cuba hatte für künftige Präsidenten, vor allem für demokratische, den Grundsatz »kein zweites Cuba« für die Politik im karibischen Raum geschaffen, dessen Belastung sich in bezug auf die Dominikanische Republik 1965 geltend machte.[66]

So sah Präsident Kennedy auch das Jahr 1961, wie 1950 und alle dazwischenliegenden Jahre, als einen ungünstigen Zeitpunkt dafür an, den ein Jahrzehnt alten Grundsatz der Asienpolitik »Kein zweites China« aufzugeben; er wollte ebenfalls keine Entscheidungen treffen, die zu einem Verlust von Süd-Vietnam oder Laos führten. Schlesinger berichtet dazu: »Kennedy erklärte gegenüber Rostow, daß Eisenhower die politischen Konsequenzen von Dien Bien Phu und die Ausschaltung des Westens in Vietnam 1954 hätte ertragen können, da die Schuld Frankreich zugeschoben worden sei. »Ich kann heute eine solche Niederlage nicht hinnehmen.«[67]

Dasselbe gilt für 1962. Doch gegen Jahresende hätte sich auch eine andere Beurteilung der Lage, zumindest unter Gesichtspunkten internationaler Politik ergeben können. Die Cuba-Krise hatte Kennedys Entschlossenheit unter Beweis gestellt, die sowjetischen und chinesischen Kommunisten gespalten, der Berlin-Konflikt war beigelegt und der Weg für einen Atomversuchsstop war geebnet. Jedoch hatte sich auch, wie Kenneth O'Donnell deutlich machen konnte, der Optimismus bezüglich Vietnam im Weißen Haus gelegt, was sich im darauffolgenden Frühjahr noch stärker bemerkbar machte. O'Donnells Bericht zufolge hatte Kennedy Ende 1962 den unerwarteten Vorschlag Mansfields abgelehnt, nämlich keine weitere militärische Unterstützung nach Vietnam zu entsenden und schließlich alle Streitkräfte aus dem Bürgerkrieg dieses Landes zurückzuziehen.

Eine ständige Zunahme von amerikanischen Militärberatern in diesem Land würde dazu führen – argumentierte der Senator –, daß immer mehr Streitkräfte

[66] Senator Fulbright im Jahre 1965: »Der Gedanke an einen zweiten kommunistischen Staat in dieser Hemisphäre – und an die zu erwartenden Rückwirkungen auf die Vereinigten Staaten, aber auch auf die Karriere derjenigen, die als verantwortlich gelten würden – scheint der wesentliche Faktor gewesen zu sein, der die Urteilskraft von im allgemeinen einsichtigen und kompetenten Männern zerstört hat.« (Slater, *Intervention and Negotiation*, S. 31–32) Slater zitiert LBJ mit einer Bemerkung während der Krise 1965 (S. 199): »Handle ich so, wie ich es vorhabe, werde ich mit einer Menge Leute aus dieser Hemisphäre nicht in Frieden leben können; im umgekehrten Fall wird dasselbe bei einer Vielzahl von Menschen in unserem Land eintreten.« Und: »Sie können sich vorstellen, was passiert wäre, wenn wir uns nicht zur Intervention entschlossen hätten ... und die Presse über Bennetts Telegramm in Kenntnis gesetzt worden wäre.«

[67] *A Thousand Days*, S. 317.

entsandt werden müssen, um die bereits anwesenden zu verstärken, so daß der Bürgerkrieg, der nicht der unsere ist, bald von Amerikanern beherrscht sein würde. Die Übernahme der militärischen Führung und der gesamten Kampfhandlungen in Vietnam, so warnte Mansfield, würde einerseits dem amerikanischen Prestige in Asien schaden, andererseits die Süd-Vietnamesen nicht dazu befähigen, sich selbst zu behaupten.[68]

Kennedy zeigte sich zwar beeindruckt, änderte aber nichts an seiner öffentlichen Haltung zur Notwendigkeit amerikanischer Unterstützung für Diem. Als aber Mansfield im Frühjahr 1963 seine Argumentation wiederholte, bat ihn Kennedy zum Zwecke einer privaten Unterredung zu sich; O'Donnell (der anwesend war) berichtet:

Der Präsident teilte Mansfield mit, daß er sich über seinen Vorschlag Gedanken gemacht habe und inzwischen mit Mansfield darin übereinstimme, daß ein vollständiger Rückzug aus Vietnam geboten sei.
»Doch kann ich es vor 1965, bevor ich wiedergewählt bin, nicht tun«, sagte Kennedy zu Mansfield.
Präsident Kennedy nahm an, und Mansfield stimmte ihm zu, daß die Ankündigung des Abzugs des gesamten militärischen Personals aus Vietnam vor der Wahl 1964 einen konservativen Aufschrei hervorrufen würde, der seine erneute Präsidentschaft verhinderte.
Nachdem Mansfield gegangen war, sagte mir der Präsident, daß er sich entschlossen habe, nach seiner Wiederwahl seine Popularität aufs Spiel zu setzen und einen völligen Abzug aus Vietnam anzuordnen. »1965 wird man mich überall als einen Politiker verdammen, der den Kommunisten nachgibt. Doch ist mir das dann gleichgültig. Wenn ich jetzt versuche, den Rückzug anzutreten, wird man uns ein weiteres Mal den Vorwurf McCarthys anhängen; doch ich kann dies nach meiner Wiederwahl tun. Das beste für uns ist, daß wir meine Wahl sichern.

So, wie O'Donnell die Ansichten Kennedys in jener Periode versteht, verbietet sich eine Erklärung für die ständige Vergrößerung des Beraterstabes im Jahre 1963, für die Befürwortung des Sturzes von Diem oder auch für die ständigen Bekenntnisse zur Domino-Theorie und zu unserem unentwegten Engagement a) aus Kennedys Unaufmerksamkeit oder Fahrlässigkeit, b) aus seinem Vertrauen in die optimistischen Versprechen seiner Untergebenen, c) daraus, daß er wegen des Engagements und der Versprechen seiner Vorgänger oder wegen außenpolitischer Belange keine Alternative sah.
Im Lichte dieser Enthüllungen gibt es tatsächlich keine andere Mög-

[68] »LBJ and the Kennedys«, *Life*, 7. August 1970. Mansfield wird im folgenden zitiert, um diesen Bericht zu bestätigen.

lichkeit für die Interpretation seiner Handlungen im Jahre 1963, die eine Verstärkung und Bejahung des amerikanischen Eingreifens in Vietnam beinhalten, als die, daß ihm 1963 ein weniger günstiger Zeitpunkt als 1965 schien, einen Krieg gegen Kommunisten zu verlieren, so daß er ihn bis 1965 weiterführen mußte.

1963 bedeutete die Fortsetzung des Krieges nicht dasselbe wie 1965, vor allem für Amerika nicht. Wie mir O'Donnell jüngst erläuterte (am 24. Februar 1971): »Zum Zeitpunkt von Kennedys Tod waren 43 Amerikaner in Vietnam gefallen. Soviele Leute haben wir allein während der letzten beiden Wochen in Laos verloren.« (Auf vietnamesischer Seite war die Differenz zwischen beiden Perioden beträchtlich geringer, wenn man die Anzahl der Gefallenen zum Maßstab macht.)

Doch glaubte Kennedy gemäß den von O'Donnell angeführten Zitaten nicht, die Vorstellung vom »roten Schreckgespenst« des McCarthyism durch seinen Aufschub bis 1965 vermeiden oder abschwächen zu können – »1965 wird man mich überall als einen Politiker verdammen, der den Kommunisten nachgibt« –, sondern nur, daß dies Gespenst seine Wiederwahl nicht verhindern sollte. Er wollte diese sichern durch zwei Jahre weiteren Engagements, mit ihren offenkundigen Risiken fortgesetzter Eskalation, US-Kampfeinsätzen, mit gewaltig steigender Anzahl von Gefallenen und innenpolitischer Wirren.

Alle diese möglichen Gefahren wurden Wirklichkeit. Kennedy lebte nicht lange genug, um die Wahlen zu gewinnen und aus dem Krieg auszusteigen. Stattdessen hinterließ er den Krieg einem Präsidenten, der nicht dazu entschlossen war, als erster einen Krieg zu verlieren; er vermachte ein eskaliertes Engagement der USA in Vietnam einem unsicheren Nachfolger, der mit gutem Grund die politischen Konsequenzen fürchtete, die ein offener Rückzug – selbst als ein Schritt, den er im Einverständnis mit den Beamten und Anhängern des toten Präsidenten unternahm – haben würde.[69]

Der abschließende Kommentar Sorensens in *Kennedy* (1965) zum Vietnam-Vermächtnis des Präsidenten ist nicht als ungebührlicher Seitenhieb zu verstehen, sondern bedarf der Interpretation:

[69] Das Risiko, daß ein »Verlust« Vietnams Gefahren von seiten einer Fraktion innerhalb der eignen Partei heraufbeschwören könnte, teilte Johnson 1964 mit Eisenhower 1954. Auch R. Nixon sah sich 1969–71 mit vergleichbaren Problemen konfrontiert, wie sein persönlicher Berater Henry A. Kissinger in zahlreichen »Hintergrundsberichten« verlauten ließ: »Wenn wir im ersten Jahr gemäß den Wünschen unserer Kritiker gehandelt hätten, wären aus den 13% Stimmen für Wallace 35% oder 40% geworden; das erste, was der Präsident sich vorgenommen hatte, war die Neutralisierung dieser Fraktion.« (Vgl. Derek Shearer, »Kissinger Road Show: An Evening with Henry«, *The Nation*, 8. März 1971, S. 297. Bericht von einem

In der Lage, die er seinem Nachfolger hinterließ, konnte er wenig Positives geltend machen, sei es im Hinblick auf militärischen Erfolg oder auf die Durchsetzung von Reformen. Seine eigenen Fehler waren ebenfalls keine Hilfe.[70]

In dieser Hinsicht schneidet Kennedy bei einem Vergleich mit seinen beiden Vorgängern und seinem Nachfolger jedoch nicht schlecht ab. Arthur Schlesinger Jr. faßt seinen Bericht über die Ära Kennedy in *The Bitter Heritage* mit den Sätzen zusammen: »Im Januar 1961 geriet das Problem Vietnam in die Hände eines neuen Präsidenten … 1963 übernahm ein weiterer Präsident die Schwierigkeiten.« Bedeutet dies nun vom Standpunkt eines Präsidenten im Jahre 1961 aus gesehen Scheitern oder Erfolg? Dieselben Feststellungen lassen sich für die Jahre 1953, 1961, 1969 treffen. Und in keinem Fall bedeutete diese Einschätzung am Ende einer Präsidentschaft etwas Schlimmeres, als was die Betroffenen zum Zeitpunkt der Entscheidung für ein fortgesetztes und verstärktes Engagement vorhergesehen hatten – dabei ist zu bedenken, daß der Öffentlichkeit die jeweiligen Erwartungen nie mitgeteilt wurden. Hatte jemals einer von ihnen wirklich mehr erwartet? (Dazwischenliegende Perioden seien hier ausgenommen.) Wenn nicht – wie man annehmen darf –, wirft dies nicht Fragen bezüglich der Zwänge auf, denen diese vier Präsidenten ausgesetzt waren, Fragen über die Zielsetzungen und Beweggründe ihres Handelns?
Oder wie Sorensen fortfährt:

Doch wäre er gefragt worden, weshalb er das Engagement der Nation verstärkt hat, hätte er seine Position mit den Worten von William Pitt zusammenfassen können, die dieser gebrauchte, als er im House of Commons 1805 Auskunft darüber geben sollte, was im Krieg gegen Frankreich gewonnen worden sei: »Wir haben all das gewonnen, was wir verloren hätten, wären wir nicht in diesen Krieg gezogen.«[71]

Vor allem aber handelte es sich – und das hat Kennedy (wenn man O'Donnell folgt) auch persönlich beabsichtigt – um einen demokratischen Wahlsieg 1964.
Doch scheint dies nicht auszureichen.

nicht-öffentlichen Treffen mit Kissinger im Endicott House am 29. Januar 1971. Das Zitat ist korrekt, wenngleich das politische Urteil Zweifel hervorrufen mag.) Deshalb, so erklärte Kissinger, vollziehe sich auch der Rückzug langsam, obgleich »wir den Krieg beenden … der Krieg nähert sich seinem Ende, und wir setzen den Abzug fort.« (Aufgrund einer Nachrichtensperre war seinen Zuhörern nicht bekannt, daß an jenem Abend die Bombardierung von Laos fast auf ein Rekordmaß gesteigert und so die Invasion vorbereitet wurde.)

[70] *Kennedy,* S. 661.

[71] ibid., Hervorhebungen nicht im Original.

Die bislang diskutierten Fakten reichen zwar aus, um die Theorie vom Sumpf als Erklärung für den Generationen währenden Prozeß des US-Eingreifens in Vietnam zu verwerfen, führen uns aber noch nicht zu einer schlüssigen Alternative. Doch deuten sie auf die Lösung einiger Rätsel hin, die sich ergaben; mit einer Zusammenfassung dieser Punkte wollen wir nun fortfahren.

Es geht dabei zunächst um die Diskussion eines bestimmten »Entscheidungsmodells«, wie es die Entscheidungen der Präsidenten während der kritischen Phasen des US-Engagements bestimmte. (Entscheidungen, die zu einer bedeutenden Verstärkung des US-Engagements geführt haben, wurden tatsächlich nur in kritischen Phasen, als ein Scheitern drohte gefällt.) Betrachtet man die Informationen über die jeweiligen Ereignisse und die Prämissen derer, die in Washington Entscheidungen treffen, als »input« für dieses Modell, so liefert es politische Entschlüsse und Maßnahmen als »output«, die bis ins Detail denen entsprechen, die uns von den zentralen Punkten der Eskalation zwischen 1950 und 1968 her bekannt sind. Dies mag vorerst genügen. Ich kann also nicht beweisen oder auch nur mit Sicherheit annehmen, daß einer der in Frage kommenden Präsidenten seine Probleme und Zwänge tatsächlich in dieser Weise wahrgenommen hat. Ähnliche Modelle mit anderen Schwerpunkten können ebenfalls den Fakten gerecht werden; so wäre z. B. auf das genannte Papier von Leslie Gelb hinzuweisen, aber auch für völlig anders angelegte Versuche gilt dasselbe; jedoch konnte keines der Modelle, die ich kenne und in Betracht gezogen habe, für so viele Charakteristika der uns verfügbaren Daten eine Erklärung liefern.

Eines dieser Merkmale besteht in der auffallenden *Gleichartigkeit* der bürokratischen Diskussion an den entscheidenden Punkten dieser zwanzig Jahre: Diese Gleichartigkeit findet sich im Inhalt, im Tenor, in den Positionen der einzelnen Stellen ebenso wie in deren Verhältnis zu den Entscheidungen der Präsidenten wieder. Dieser – vielleicht subjektive – Eindruck stellt immerhin ein überraschendes Faktum dar, wenn man sich die jeweils unterschiedlichen Verhältnisse – z. B. das beständig wachsende Maß des amerikanischen Eingreifens – und die ungleichen Charaktere der amtierenden Präsidenten vergegenwärtigt.

Die offenkundigen Unterschiede zwischen den Regierungen haben anscheinend keine bedeutenden Differenzen in der Vietnam-Politik ergeben; zumindest was den Entschluß angeht, in Vietnam zu bleiben, das Notwendige zu tun, um eine Niederlage zu vermeiden, aber auch nicht

mehr. Wie Morton H. Halperin gezeigt hat, heißt das nicht, daß der Wechsel der Präsidenten überhaupt keine Unterschiede hervorgebracht hat; so wäre es durchaus möglich, daß bei einer früheren Präsidentschaft von Lyndon Johnson oder Richard Nixon die Eskalation eher betrieben worden wäre und größere Ausmaße angenommen hätte. Doch geht unsere Feststellung der Gleichartigkeit davon aus, daß eine einzige, vielleicht komplexe Hypothese der Gesamtheit der Entscheidungen besser gerecht werden könnte als eine Reihe von *ad hoc*-Erklärungen. So war ich vor der Annahme des Entscheidungsmodells geneigt, den Auswirkungen der Verhandlungen mit Laos auf die Entscheidung von Kennedy im Herbst 1961 mehr Gewicht beizumessen als heute.

Jedenfalls scheint eine geeignete Abstraktion der Elemente, die zur Intervention von 1950 führten – wenngleich damals kein starkes Engagement als Voraussetzung vorlag – sehr gut zur Erklärung der späteren Entscheidungen geeignet, die eine Fortsetzung oder Eskalation des Krieges beinhalteten; dies gilt zumindest bis 1968 und wahrscheinlich auch darüber hinaus.

Wir konnten bereits einen Gesichtspunkt festhalten, der die Entscheidung des Präsidenten 1950 und 1961 bestimmte: *Dieses Jahr ist für mich ein ungünstiger Zeitpunkt, Vietnam an den Kommunismus zu verlieren.* In Verbindung mit einigen Zwängen (vgl. unten) liefert diese Erwägung eine stets *wiederkehrende* Formel für eine realistische Einschätzung der Entscheidungen unserer Präsidenten seit 1950. Die Beweggründe für eine solche Beurteilung wechseln mit der jeweiligen Lage und den Präsidenten; doch hat seit 1950 stets eine Vielfalt innenpolitischer Erwägungen eine Rolle gespielt. Sie bildeten sogar eine *hinreichende* Grundlage der Entscheidung in den Jahren, in denen (im Gegensatz zu 1961 z.B.) »strategische« Gesichtspunkte nicht so sehr im Vordergrund standen.

Kurz: Bereits ein Jahrzehnt vor der »low-level crisis« Kennedys, wie Schlesinger die Periode von 1961 nannte, kündigte der rechte Flügel der Republikaner bereits lauthals und in deutlichen Bildern das Ende einer liberalen Regierung an, die es in ihrer Amtszeit zulassen würde, daß über Saigon eine rote Fahne gehißt wird.[72] Anfang des Jahres 1950

[72] Dies war in den Jahren 1949–1954 so vorherrschend, daß wir vielleicht manche der spezifischen Verhältnisse in jener Zeit, die eine Übertragung auf spätere Perioden verbieten, übersehen haben. Der überraschende Wahlsieg von Truman im Jahre 1948, der fast zufällig eine bereits sechzehnjährige Regierungszeit der Demokraten fortsetzte, bedeutete nicht nur, daß die Demokraten beim rasch nahenden kommunistischen Sieg in China noch im Amt sein würden, sondern auch die extreme Ausnutzung dieses schwachen Punktes durch die enttäuschten Republikaner. Eine provokante Diskussion dieser These findet sich bei Latham, *The Communist Controversy in Washington,* S. 5–7, 416–423.

machte eine Regierung zum erstenmal diese schmerzliche Erfahrung, und sie gab die »Lektion China« als drohende Möglichkeit an ihre Nachfolgerin weiter – wie in einem Spiel. Und jede weitere Regierung befand sich daraufhin in derselben Zwangslage.
Regel 1 dieses Spiels lautet: *Verliere vor den nächsten Wahlen nicht den verbliebenen Teil von Vietnam an die Kommunisten!*[73] Doch damit sind die Spielregeln nicht erschöpft; seit dem Eindringen der chinesischen Kommunisten in Korea gilt die Regel 2, die unter anderem gebietet: *Entsende nie Bodentruppen in einen Landkrieg in Asien!*
Die Verletzung von Regel 2 (die noch weitere Gebote und Verbote umfaßt) setzt einen zwar nicht dem Verdacht des Verrats aus, doch werden die politischen Risiken – Verlust an Unterstützung durch die Wähler, durch den Kongreß; Scheitern der Gesetzgebungsprogramme und Zerstörung des Rufs, den man besitzt – ebenso hoch eingeschätzt. Und viele von denen, die die Verletzung der Regel 1 mit dem Verdacht des Verrats verfolgen würden, befänden sich auch unter denen, die einen Präsidenten wegen der Verletzung von Regel 2 angreifen.
So geht eine politische Einstellung, die ein nicht-kommunistisches SO-Asien als relevant für die Belange der USA ansieht, nicht Hand in Hand mit der Bereitschaft – und dies gilt für den Kongreß genauso wie für die Öffentlichkeit –, kostspielige und gewagte oder auch innenpolitisch unpopuläre Maßnahmen zur Verfolgung des amerikanischen Interesses zu unterstützen. Im Gegenteil, diese Einstellung paart sich gerade mit der Entschlossenheit, sich solchen Maßnahmen zu widersetzen und sie zu ahnden, da sie Teil einer Philosophie ist, die ein entsprechendes Vorgehen für unnötig und wirtschaftlich gefährlich hält – unnötig zumindest für eine patriotische und standhafte Regierung, die bereit ist, auf asiatische Verbündete zu vertrauen und mit dem Einsatz der Luftwaffe zu drohen oder Ernst zu machen.
Angenommen, eine Regierung fürchtet die Angriffe oder bedarf der Unterstützung einer Fraktion, die diese Position vertritt. (Man charakte-

Die Angst vor dem Einfluß McCarthys und des McCarthyism auf die Wahlurnen ist vielleicht sogar in den Jahren 1950–52 – heute noch viel mehr – übertrieben worden. Vgl. Michael Paul Rogin, *The Intellectuals and McCarthy* (Dambridge, Mass. 1967). Was aber das Verhalten von Kongreßabgeordneten und Beamten erklärt, ist jedoch ihre Auffassung von den Gefahren, denen sie sich ausgesetzt sehen und die sie auf sich zu nehmen bereit sind. (Vgl. das angeführte Zitat von Kissinger über Wallace, Anm. 69.) Siehe auch Nelson W. Polsby, Towards an Explanation of McCarthyism, *Political Studies*, VIII, Oktober 1962, S. 252–271; und Seymour M. Lipset/Earl Raab, *The Politics of Unreason*, (New York, 1970, Kap. 6).

[73] Wie in den meisten Fällen stehen hier die Wahlen für die Gesamtheit der politischen Belange, von denen jedem seine Berechtigung zukommt, die aber alle in enger Beziehung zum Ablauf der Legislaturperiode stehen.

risiert ihren Kern gewöhnlich als »rechten Flügel«, bisweilen als »isolationistisch« oder als »Asia-first«-Republikaner; doch hält man diesen Kern für fähig, in einer Krise eine größere Gefolgschaft hinter sich zu bringen.) Was bedeutet es für einen Präsidenten, wenn er weiß, daß er diese Fraktion nur dann nicht durch den Verlust eines Teiles von SO-Asien gegen sich aufbringt, wenn er sich anderen einflußreichen Gruppierungen (vielleicht auch dieser Fraktion selbst) dadurch entgegenstellt, daß er Truppen entsendet, Reserven mobilisiert oder einen Krieg mit der Sowjetunion oder China riskiert?

In diesem Fall befindet sich der Präsident in einem Dilemma: im »Indochina-Dilemma«. Dieses tritt um so sicherer auf, als noch andere politische Prämissen den Handlungsspielraum einschränken. Einer der geheiligten Glaubenssätze, die aus den späten vierziger Jahren überliefert worden sind und zu denen sich jeder Regierungsbeamte bekennen muß (und die er wohl auch für richtig hält), lautet: Die Duldung einer legalen Kommunistischen Partei in einem unterentwickelten Land, eine provisorische bzw. eine Koalitionsregierung mit kommunistischer Beteiligung führt unweigerlich zur totalen kommunistischen Herrschaft.[74] (Als die einzig relevanten Beispiele werden Osteuropa und China – nicht aber Frankreich, Italien oder Finnland angeführt.) Die Ergebnisse einer solchen Entwicklung werden durch die Regel 1 als verurteilenswert bezeichnet.

Dies alles setzt aber der US-Politik in Süd-Vietnam ziemlich hochgesteckte langfristige Ziele: die völlige Ausschaltung der kommunistischen Partei von der Machtausübung, die Sicherung eines Regimes ohne jegliche Beteiligung von Kommunisten.

Bereits im Jahre 1948 bestand – gemäß einer Erklärung des Außenministeriums unser langfristiges Ziel darin, »kommunistischen Einfluß in Indochina soweit wie möglich auszuschalten« (GPO, 8, 144). Diese Zielsetzung wurde während der fünfziger Jahre wiederholte Male erneuert und auch von Präsident Johnson in einer internen Feststellung am 17. März 1964 wieder aufgegriffen:

»Wir streben ein unabhängiges, nicht-kommunistisches Vietnam an ... das über die Freiheit verfügt ... zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit Hilfe von außen in Anspruch zu nehmen. Diese Unterstützung sollte sich nicht nur auf ökonomische und soziale Maßnahmen beschränken, sondern auch polizeiliche und militärische Hilfe umfassen, die sich die Ausmerzung und Kontrolle aufständischer Elemente zum Ziel setzt.« (PP, III, 50)

[74] Vgl. z.B. Dean Achesons Telegramm vom 20. Mai 1949 (GPO, 8, 196–97) und Lovetts Kabel vom 22. September 1948 (GPO, 8, 141-142).

In dieser Weise wurden die Ziele der USA zumindest bis 1969 in internen Dokumenten formuliert; um sie nicht zu anspruchsvoll und interventionistisch erscheinen zu lassen, wurden sie nur selten öffentlich ausgesprochen, und die nach außen vertretene Position blieb zweideutig. Es ist auch nicht ganz klar – und erscheint zweifelhaft –, ob die jüngsten Wandlungen in öffentlichen Äußerungen, die so starken Wert auf freie Wahlen legen, wirklich Veränderungen in der Einschätzung dessen entsprechen was als »akzeptables« Ergebnis unseres Eingreifens gilt.[75]
Die Analysen des Geheimdienstes haben im allgemeinen eingesehen, daß angesichts der tatsächlichen Stärke der kommunistischen Partei in Vietnam solche Ziele – ohne ein amerikanisches Eingreifen größeren Ausmaßes – nicht zu erreichen sind von diesem engstirnigen, konservativen, am Ausland orientierten, antikommunistischen und autoritären Regime (das hauptsächlich von Katholiken, von der Armee, der Bürokratie und den Reichen unterstützt wurde), welches unter den vietnamesischen politischen Kräften als einzige ein solches Ziel verfolgte. Deshalb haben die zivilen Ratgeber stets betont, daß ein langfristig akzeptables Ziel bei erträglichem Aufwand von seiten der USA »Reformen« und eine »Verbreiterung der politischen Basis« des Saigoner Regimes voraussetzt.
Aber damit steht man bereits vor einem neuen Dilemma. Denn auch die Befürworter solcher politischer Veränderungen geben zu, daß eine »geöffnete« Regierung oder auch nur der amerikanische Druck, der sie erzwingt, die »Instabilität« kurzfristig erhöht – d.h. das Risiko von Staatsstreichen, Chaos, militärischer Schwäche, Lähmung der Regierung und damit die Gefahr einer raschen kommunistischen Machtübernahme erhöht. So befinden sich diese Maßnahmen – Druck von seiten der USA, politische Strategien, im Grunde »revolutionäre« sozialpolitische Veränderungen, Verbreiterung der Regierungsbasis –, die den langfristigen Zielen entsprächen, im Konflikt mit Regel 1, vielleicht auch mit Regel 2. Die beiden Regeln setzen sich also immer durch.
In den Perioden größerer neuer Entschlüsse der US-Politik hat man also klar erkannt, daß ein schließlicher Erfolg zu annehmbaren Kosten, wenn er überhaupt zu erzielen ist, entweder von militärischen Maßnahmen der USA abhängt, die ziemliche innenpolitische Risiken in sich bergen (es sei denn, sie erweisen sich als unmittelbar erfolgreich, was nie

[75] Die fortgesetzte Anerkennung der Regierung Thieu, nach seiner Ein-Mann-Wahl und trotz seines Festhaltens an dem »vierfachen Nein« – keine Neutralität, keine Teilung, keine Koalition und keine Zulassung einer kommunistischen Partei – scheint diese Frage zu beantworten, zumindest für die Zeit bis April 1972.

garantiert werden konnte und von den Präsidenten auch stets bezweifelt wurde) – oder auf politischen Strategien in Vietnam beruht, welche entsprechende innenpolitische Risiken und kurzfristige Instabilität und damit die Gefahr einer Niederlage in Vietnam selbst mit sich bringen.

Die übliche Art und Weise, mit diesem Dilemma fertig zu werden, bestand einfach darin, daß man die langfristigen Zielsetzungen und die mit ihnen verknüpften Maßnahmen aufgab; man konzentrierte sich auf die Verringerung der kurzfristigen Risiken, die in einem Zusammenbruch der antikommunistischen Kräfte oder in einer kommunistischen Machtübernahme gesehen wurden. Damit gründet die Politik auf Mitteln, die keine innenpolitische Auseinandersetzung provozieren – Militärhilfe, Geheimaktionen, »Berater« – schließt jedoch auch Unternehmen ein, die von Regel 2 betroffen werden, den kurzfristigen Zielen des Präsidenten entsprechend aber notwendig sind. Sie vollziehen sich, gemäß dem Grad ihrer Akzeptabilität, etwa in der hier angegebenen Reihenfolge:

Regel 2 (erweitert): Wenn nicht die Erfüllung von Regel 1 es erfordert, ist in einer akuten oder drohenden Kriesensituation zu vermeiden:

(a) die Bombardierung von Süd-Vietnam oder Laos;
(b) die Bombardierung von Nord-Vietnam;
(c) die Entsendung von Kampftruppen nach Vietnam;
(d) die Entsendung von Kampftruppen nach Laos oder Kambodscha;
(e) die Einrichtung von spezifischen Kontrollinstanzen für Kriegszeiten;
(f) die Zerstörung von Hanoi, Haiphong und des Deichsystems; die Verminung des Hafens von Haiphong;
(g) Reserven zu mobilisieren;
(h) offen die volle Regierungsgewalt und das militärische Kommando in Süd-Vietnam zu übernehmen;
(i) eine Invasion nach Nord-Vietnam zu unternehmen;
(j) der Einsatz von Kernwaffen.

Was der Realisierung dieser Unternehmen Beschränkungen auferlegt und ihre Hierarchisierung bestimmt, ergibt sich aus ihrer Auswirkung auf das normale Leben, der Zahl der Gefallenen auf amerikanischer Seite und der Gefahr eines Krieges mit Rußland oder China. Die Stärke der politischen Ächtung dieser »beschränkten Maßnahmen« wird daran sichtbar, daß sie alle Regierungen kontinuierlich gemieden haben, wenn nicht der Imperativ von Regel 1, Vietnam vor den nächsten Wahlen nicht aufzugeben, ihre Anwendung erzwungen hat.

Der Präsident selbst muß davon überzeugt werden, daß die Maßnahmen eben deswegen notwendig sind; und dies geschieht meist viel später als zu dem Zeitpunkt, da andere ihre Anwendung fordern. Die meisten

dieser Maßnahmen wurden des öfteren in Erwägung gezogen oder empfohlen; mit unterschiedlich plausiblen Gründen wurde behauptet, sie seien wesentlich, äußerst wichtig für einen wirklichen »Erfolg«, bisweilen gab es sogar das wenig überzeugende Versprechen, sie würden den »Sieg« garantieren. Doch waren die Präsidenten nur dann bereit, einer dieser Maßnahmen zuzustimmen, wenn sie zur Vermeidung einer drohenden Niederlage, also zur Wiederherstellung des Patt, notwendig wurde.[76]

Eine allgemeine Neigung von Präsidenten, flexibel zu bleiben, sich nur auf kurzfristige Konsequenzen zu fixieren oder sparsam mit den Mitteln umzugehen, könnte die Wirkung und Bestimmtheit dieser Verbote kaum erklären. Auch waren die Präsidenten nicht einfach gleichgültig gegenüber längerfristigen Entwicklungen, ebensowenig wie sie sich gleichgültig zur Möglichkeit eines »Sieges« verhielten. Gewöhnlich ging die eingeschlagene Politik weit über die »erlaubten« Mittel zur Vermeidung einer Niederlage hinaus. Dazu gehören: nicht-amerikanische Bodentruppen, Verpflichtungen und Garantien gegenüber Verbündeten, Drohungen gegenüber den Feinden, geheime Aktivitäten, ökonomische und militärische Hilfe, Berater; Unterstützung im Kampf, im Transport und Versorgungswesen sowie durch die Luftwaffe (auch bei Invasionen, die von Verbündeten durchgeführt wurden).

Darüber hinaus kann es geschehen, daß eine beschränkte Aktion, die zur Vermeidung einer Niederlage unternommen wird, mit der Zielsetzung eines endgültigen »Erfolges« stark erweitert wird: Dies war z.B. bei Johnsons Einsatz von US-Bodentruppen in Süd-Vietnam und der Bombardierung »militärischer Ziele« in Nord-Vietnam der Fall, nachdem sie 1965 zur Verhinderung der drohenden Niederlage eingeleitet worden waren. Trotz der optimistischen Atmosphäre 1967 und dem Insistieren der militärischen Befehlshaber auf zusätzlichen Maßnahmen, die einen »Erfolg« verheißen, weigerte sich Johnson, in der Liste der Maßnahmen fortzufahren – d.h. die Beschränkungen des Weißen Hauses bezüglich der Bombardierungsziele in Nordvietnam fallen zu lassen, eine Invasion in Laos oder Kambodscha vorzunehmen oder Reserven auszu-

[76] Dieses Papier handelt von den Entscheidungen bis zum Jahre 1968; Präsident Nixons Entschluß, eine Invasion nach Kambodscha und Laos vorzunehmen, scheint von diesen Regeln abzugehen. Da wir für die Entscheidungsprozesse unter Nixon über keine mit den PP vergleichbaren Daten verfügen, läßt sich hier nur schwer ein Urteil fällen; doch scheint diese Regierung die Reaktion der öffentlichen Meinung auf Rückschläge seit der Tet-Offensive als so empfindlich eingeschätzt zu haben, daß für die Öffentlichkeit jede größere Offensive des Feindes, ganz abgesehen von den lokalen Auswirkungen, als Niederlage gegolten hätte und deshalb verhindert werden mußte.

heben – solange die Dringlichkeit nicht gegeben war, ein Scheitern zu verhindern.

Nach dem März 1968 war die Deeskalation ähnlichen Beschränkungen unterworfen wie früher die Eskalation; die Maßnahmen zielten darauf ab, einer politischen Niederlage oder dem Zusammenbruch der Unterstützung an der innenpolitischen Front zu entgehen; in anderen Worten, es ging eher darum, »Zeit zu gewinnen«, als um Sieg oder Niederlage; das Patt war das Ziel jener Entschlüsse, also auch die Fortsetzung des Krieges.

Viele der paradoxen Merkmale der US-Entscheidungen für Schritte der Eskalation – die Diskrepanzen zwischen dem eingeschlagenen Kurs, internen Erwartungen, Empfehlungen und langfristigen Zielen – erweisen sich als Folge des Konflikts zwischen innenpolitischen Ansprüchen an die Ergebnisse der unternommenen Schritte und den Beschränkungen, die die Innenpolitik den Maßnahmen gleichzeitig auferlegte.[77]

Diese Analyse erklärt z.B., was andere als »gegeben« unterstellen oder auf nur persönliche Eigenarten zurückführen – das seltsame Übergewicht und die Bedeutung kurzfristiger Erwägungen, die regelmäßig zur Ausklammerung von »politischem Druck« im Hinblick auf eine »Öffnung der Regierung« und anderer, weniger militärisch angelegter Haltungen führten. Eine starke Betonung der Innenpolitik verlegt unvermeidlich das Hauptgewicht auf die kurzfristigen Absichten. Präsidenten könnten unter diesem Gesichtspunkt Keynes paraphrasieren und sagen: »Langfristig sind wir alle nicht mehr im Amt.« Und es gibt immer Gesetzgebungsprogramme und Verpflichtungen von Präsidenten, die nächstes Jahr den Kongreß passieren müssen; die Kongreßwahlen finden immer im nächsten Jahr statt, auch wenn nicht gerade Präsidentschaftswahlen vor der Türe stehen.

So kam es in bezug auf Vietnam bei der Suche nach realistischen politischen Alternativen nie zu einer Abstimmung zwischen langfristigen und kurzfristigen Gesichtspunkten, die sogar in scharfen Gegensatz zueinander traten. So scheint das Endziel eines unabhängigen und relativ demokratischen Süd-Vietnam, das nicht völlig von Kommunisten beherrscht wird – d.h. eine Regierung unter südlicher, ziviler, nationalistischer, nicht-katholischer Führung, die sich der Unterstützung der Bauern und

[77] Angesichts eines häufig auftretenden Mißverständnisses scheint es mir notwendig, nochmals zu betonen, daß die innenpolitischen Erwägungen und Interessen nicht als *einzige* Kriterien diese Entscheidungen bestimmen; auch leugne ich nicht, daß solche Erwägungen Klassen- oder Gruppeninteressen reflektieren. Auch in Fällen, wo der Inhalt der Regeln 1 und 2 zur Erklärung auszureichen scheint, können Gesichtspunkte anderer Natur ebenfalls wirksam gewesen sein.

der Gewerkschaften sicher sein kann –, ein Vorgehen zu diktieren, das erhebliche Risiken mit sich bringt, was einen Zusammenbruch der Regierung und ihre Anpassung an die Kommunisten angeht. Die Anerkennung kurzfristiger Interessen unterwirft die Politik fast gänzlich kurzfristiger Orientierung: Sie entfernt sich damit von einem Vorgehen, wie es oben angedeutet wurde, so positiv es sich langfristig auch auswirken mag und tendiert zu einer Unterstützung von militaristisch orientierten und »rechtsradikalen« Regimes, deren einziger Vorteil darin besteht, daß sie ein höheres Maß an US-Kontrolle und Sicherheit gegen drohende »Katastrophen« bieten, obgleich die Wahrscheinlichkeit wiederkehrender Krisen größer ist. (Offensichtlich ist dies Modell nicht nur für das Vorgehen in Vietnam spezifisch. Kennedys bekannte Äußerung gegenüber Schlesinger über die Dominikanische Republik 1961 verweist auf deutliche Parallelen zwischen SO-Asien und dem Karibischen Raum: »Es gibt drei Möglichkeiten, die ihrer Reihenfolge entsprechend für uns erstrebenswert sind: ein gemäßigtes demokratisches Regime, eine Fortsetzung des Trujillo-Regimes oder ein Castro-Regime. Wir sollten die erste Variante zu erreichen suchen, doch können wir uns der zweiten nicht verschließen, solange die dritte nicht sicher vermieden werden kann.«[78] Als ich jedoch im Frühjahr 1967 den Ex-Wirtschaftsminister Trung Thanh – der im Wahlkampf 1967 frühzeitig als »Neutralist« ausgeschaltet wurde – fragte, welche Konsequenzen sich nach seiner Meinung aus der amerikanischen Unterstützung für Thieu und Ky in diesen Wahlen ergeben könnten, antwortete er: »Nach Batista ... Castro«.

So finden sich als Konsequenz aus der Anwendung von Regel 1 und 2 in den Alternativen, welche die Beamten für das Vorgehen in Vietnam erkannten, zahlreiche typische Phänomene, die wir schon früher beobachten konnten.

(1) Die betriebene Politik scheint, vom Standpunkt des Eingeweihten aus betrachtet, sich fast ausschließlich an kurzfristigen Überlegungen zu orientieren, wobei man gewaltige Differenzen in bezug auf die zu erwartenden langfristigen Kosten, Gefahren, Vorteile und Erfolgschancen überging oder wegargumentierte – und zwar zugunsten einer unbedeutenden Verminderung des kurzfristigen Risikos (das stillschweigend als Verlust von Süd-Vietnam vor den nächsten Wahlen angenommen wurde).

(2) Die jeweils akzeptierten Programme sind in internen Lagebeurteilungen als unangemessen bezeichnet worden – bestenfalls sah man in

[78] *A Thousand Days*, S. 704–705.

ihnen riskante Unternehmen – unangemessen sowohl einer Strategie, die auf einen »Sieg« abzielte, als auch dem Bestreben, langfristig eine Niederlage zu vermeiden (sie standen damit einerseits im Gegensatz zu öffentlichen Erklärungen, andererseits zu empfohlenen Maßnahmen, die innenpolitisch größere Gefahren in sich bargen).

(3) Die wirklich unternommenen Schritte legten stets das Hauptgewicht auf militärische – statt auf politische – Mittel, Ziele, Erwägungen und stellten auf vietnamesischer wie auf amerikanischer Seite aus Gründen der kurzfristigen Sicherheit den Gesichtspunkt der Regierungsgewalt in den Vordergrund.

(4) Die Vereinigten Staaten unterstützten – oder schafften durch Intervention – ein rechtes, antikommunistisches »pro-amerikanisches« autoritäres (seit 1963 wesentlich militärisch ausgerichtetes) Regime in Saigon, das nur über eine schmale Basis verfügt und starkem Einfluß durch den Norden und die Katholiken ausgesetzt ist: dies trotz der Unfähigkeit einer solchen Regierung, breitere Unterstützung zu gewinnen, die für eine schließliche Unabhängigkeit notwendig wäre.

Alle diese Merkmale zusammen geben der amerikanischen Politik jenes seltsame Gepräge, den Anschein, daß sie bei ständig steigender Gewaltanwendung bewußt auf die Erhaltung des Patt abzielte.

Darüber hinaus entsprechen mindestens drei weitere Charakteristika der amerikanischen Regierungspraxis, die bisher noch nicht diskutiert wurden, den Implikationen dieses Modells: das Fehlen jeglicher Druckausübung, die Lügen und die Selbsttäuschung. Wir wollen auch diese einer Betrachtung unterziehen.

Der bemerkenswert geringe politische oder militärische Einfluß der Vereinigten Staaten auf die Politik ihrer Hauptverbündeten – zunächst der Franzosen, dann der Regierung von Vietnam – trotz einer fast unbeschränkten Abhängigkeit von den USA bei der Fortsetzung des Krieges ergibt sich konsequent aus den politischen Imperativen, die die US-Regierung befolgte.

Regel 1 und 2 ließen uns von 1950 bis 1965 ständig die Rolle eines Beraters und Förderers immer wieder neuer Regierungen übernehmen, welche die Verantwortung des Regierens und des Kampfes trugen – sogar dann, wenn unsere Zurückhaltung eine drohende Niederlage der nichtkommunistischen Kräfte riskierte. Von Zeit zu Zeit pflegten in diesen fünfzehn Jahren führende Persönlichkeiten der Regierung in der Öffentlichkeit von den Verbündeten, die wir unterstützten, zu sagen: »Letzten Endes ist es *ihr* Kampf.« Diese persönlichen Äußerungen von Beamten hätten besser gelautet: »Angesichts unserer strategischen (und innenpo-

litischen) Interessen ist es *unser Kampf*, aber sie müssen ihn für uns durchstehen; wenn sie dies nicht tun, müssen wir vielleicht einschreiten, und dies kommt vielleicht schon einer Niederlage gleich.«

Setzt man die innenpolitischen Beschränkungen, die in Regel 1 enthalten sind, voraus, so maßen die Führer der Vereinigten Staaten der Vermeidung einer kommunistischen Machtübernahme in ganz Vietnam in außen- wie innenpolitischer Hinsicht eine beträchtliche Bedeutung bei. Doch aus den Überlegungen, die sich in Regel 2 niederschlugen, mußten sie versuchen, andere dazu zu bringen, den Krieg zu führen und die Verantwortung für die Fehlschläge und die Gefallenen zu übernehmen, so daß wir nur noch die Last der Dollars, des Materials und der Beratung zu tragen hatten.

Dies ist an keiner Stelle deutlicher ausgedrückt worden als in dem Communiqué des State Department vom September 1948, das wir bereits zitiert haben:

... Wir zögern natürlich, wenn es gilt, starken Druck auf die Franzosen auszuüben oder selbst einzugreifen, solange wir keine Lösung anzubieten haben oder bereit sind, eine Intervention auf uns zu nehmen ... (GPO, 8, 148)

Und dreizehn Jahre später endete das Telegramm Kennedys an Botschafter Nolting, in dem er seine Entschlüsse vom November 1961 erneuerte und seine Hoffnungen auf eine Reform und Öffnung des Diem-Regimes aussprach, mit den Worten (in denen er seine Hoffnungen bereits zurücknahm): »Jedoch besteht das Ziel unserer Politik darin, unsere Zwecke möglichst ohne den Einsatz von US-Streitkräften zu erreichen« (PP, II, 119).

Dieses »Geschäft« – zunächst mit den Franzosen, dann mit der Regierung von Vietnam – war ständig in Gefahr zu scheitern, da es die jeweilige Regierung entweder mit dem Verlust von Süd-Vietnam konfrontierte oder die Übernahme des Krieges aufzuzwingen drohte. Deshalb glaubten unsere Beamten selten, daß sie durch ihr Vorgehen gegenüber den Verbündeten diesen Handel belasten dürften: Sie drängten unseren Partner weder zu einer besseren oder veränderten Kriegsführung, noch forderten sie von ihm politische Maßnahmen, denen er sich klar widersetzte – auch dann nicht, wenn solche Veränderungen entscheidend für einen Erfolg wurden. In der Tat verfügten die USA über keinerlei Druckmittel – trotz der Berichte des Nachrichtendienstes, denen zufolge sich die militärisch-politische Herausforderung durch die kommunistisch geführten Kräfte so gut wie sicher verstärken würde, während die Fähigkeit des Verbündeten (zuerst der Franzosen, dann der Regierung von Vietnam und ihren

Streitkräften), dieser Herausforderung zu begegnen ohne diese Veränderungen sicher nachlassen würde.

Indessen lieferten hohe Regierungsbeamte der Vereinigten Staaten einen wesentlichen Beitrag zu diesem Handel, der die Verbündeten an der Macht halten und zum Weiterkämpfen bewegen sollte; sie spendeten verbale und symbolische Aufmunterung und dokumentierten das Interesse und Engagement der USA. Unter dem Gesichtspunkt der Ansprüche, die man damit an die amerikanische Öffentlichkeit stellen mußte, war dies ein »billiges« Vorgehen. Doch verstärkte es auch immer mehr die Gewißheit, daß die Vereinigten Staaten Streitkräfte bereitzustellen hätten, falls dies zur Rettung Vietnams notwendig werden würde.

Um die Regierung von Vietnam und ihre Kritiker und Konkurrenten zu überzeugen, daß wir alles unternehmen würden, was zu ihrer Unterstützung notwendig sei – statt sofort US-Truppen zu entsenden –, mußte die Regierung auch der Öffentlichkeit gegenüber diese Haltung einnehmen; sie mußte versichern, daß zentrale Interessen der USA auf dem Spiel standen; zugleich wollte man auf diese Weise die Führer in Hanoi warnen und davor abschrecken, stärkeren Druck auszuüben.

Um den Kongreß zur Bewilligung der Gelder zu bewegen, deren es zur Befolgung von Regel 1 bedurfte, mußten die Beamten immer wieder darlegen, daß zentrale Belange der USA auf dem Spiel standen – so daß sogar ein stärkeres Eingreifen zu rechtfertigen wäre; andererseits mußte man den Eindruck erwecken, daß die beschlossenen Programme nur mit sehr geringer Wahrscheinlichkeit einen Kriegseintritt Amerikas nach sich ziehen würden. Das einzige Vorgehen, das diese beiden Aussagen als vereinbar erscheinen ließ, bestand darin, daß man beständig Optimismus in bezug auf die Effekte der südvietnamesischen Regierungspraxis verbreitete, die durch die Hilfe der USA erzielt werden könnten (umgekehrt äußerte man sich pessimistisch und prophezeite größere Verluste für die USA für den Fall, daß nichts unternommen würde).

Hier liegt auch die Erklärung für die Nachrichtenpolitik, die wir erwähnt haben. Das Versteckspiel mit dem Kongreß und der Öffentlichkeit wurde aufgrund ernster Gefahren betrieben. Die Art des Präsidenten, mit den konfligierenden Ansprüchen und Zwängen, die auf ihm lasteten, umzugehen, verlangten die Verheimlichung jedes Hinweises auf die mögliche Unangemessenheit seiner Programme. Seine Offenheit lief Gefahr, durch ein Bündnis zwischen denen, die seine Maßnahmen überhaupt nicht realisiert sehen wollten und jenen, die ihn deshalb angriffen, weil er zu wenig unternahm, bestraft zu werden. Zugleich würden sich die letzteren ihm entgegenstellen, wenn er mehr unternähme, aber nicht

einen schnellen Sieg erringen würde – was er nicht erwartete; und auch die ersteren würden ihn verlassen, wenn er ihrem Rat gemäß Vietnam aufgeben würde. Aufrichtigkeit, so schien es, würde ihm lediglich Opposition einbringen – was immer er auch unternehmen sollte –, und zwar schneller als alles andere.

Alle internen Analysen, Einschätzungen, Berichte, Planungen und Empfehlungen deuteten nun aber in vielfältiger Hinsicht darauf hin, daß die beschlossenen Programme unzulänglich waren: So mußten auch alle diese Meinungen und Dokumente geheimgehalten und die Öffentlichkeit getäuscht werden.

Kurz: Die Präsidenten kommen zu dem Schluß, daß es die Öffentlichkeit zu belügen gilt: über den Charakter ihrer Entscheidung, der Empfehlungen die sie abweisen, über ihre Erwartungen und zukünftigen Absichten.

Wenn ein Präsident beschließt, vorsichtig und schrittweise vorzugehen wie im November 1961, muß er die viel weitergehenden Erwägungen und Empfehlungen verheimlichen, damit keine Zweifel an der Bedeutung seines Programms entstehen. Die Äußerung von James Reston zu Beginn der Taylor-Mission, daß Taylor kein Mann sei, der »frohen Herzens« zum Einsatz von US-Streitkräften in einem Dschungelkrieg rate, traf wohl zu; dasselbe gilt für Taylors eigene Aussage, daß jeder Amerikaner vor einem solchen Schritt zurückschrecke, wenn er nicht unbedingt notwendig sei. Dennoch hat ihn Taylor empfohlen; und dies sagt Bedeutendes aus über den Ernst der Lage, aber auch über den Weg des geringeren Einsatzes, den der Präsident einschlug. Mit der Verheimlichung dieser Empfehlung verbarg der Präsident also auch die Information über den Ernst der Lage. Und wenn Beamte die Ansichten von Taylor – die Rostow, die Vereinigten Stabschefs und zunächst McNamara und Gilpatric teilten – verleugneten, so vermittelten sie zugleich den gegenteiligen Eindruck, der dem wahren Sachverhalt nicht entsprach.[79]

Und als in der Mitte des Jahrzehnts David Halberstams Buch *The Making of a Quagmire* erschien, das zum großen Teil auf seiner Tätigkeit als Berichterstatter für die *New York Times* von 1962-63 beruhte (seine Berichte waren weitaus zuverlässiger als die der US-Botschaft zu jener Zeit), bestätigte seine Darstellung der Entscheidung von 1961 – Ableh-

[79] Meines Wissens hat keine andere Untersuchung von der *Times* oder der Regierung je Rechenschaft über diese Versionen von Taylors Empfehlung verlangt. Auch gab es vor dem Erscheinen der Arbeiten von Schlesinger und Sorensen keine gegenteilige Darstellung; und auch deren Ausführungen gehen nicht darauf ein, daß sie den Erklärungen des Weißen Hauses und allen Zeitungsberichten von damals und danach direkt widersprechen.

nung von US-Truppeneinsätzen, stattdessen stufenweise Steigerung des amerikanischen Eingreifens bis zu dem Punkt, der schließlich unseren Kriegseintritt als nächsten Schritt implizierte – der Öffentlichkeit gegenüber die alte Täuschung:

Die Schlüsselfigur bei dieser Entscheidung war Maxwell Taylor. Er war tatsächlich ein Vertreter des »Never Again Club«, wie man in Washington den Personenkreis bezeichnet, der aus den koreanischen Erfahrungen heraus den Schluß ableitete, daß nie wieder amerikanische Streitkräfte auf dem asiatischen Festland ohne die Anwendung von Kernwaffen eingesetzt werden sollten. Vor allem wollte Taylor die amerikanischen Truppen aus dem vietnamesischen Dschungel heraushalten. Er und andere hatten das Gefühl, dies sei kein amerikanischer Krieg ... Die Taylor-Mission gab in der Tat zu erkennen, daß der Krieg gewonnen werden könnte, und zwar durch die gegenwärtige Regierung – vorausgesetzt, ein gewaltiges Ausbildungsprogramm würde das vietnamesische Militär von der konventionellen Kriegsführung abbringen und es zu einer flexiblen Anti-Guerilla-Kampfweise befähigen.[80]

Die Berichte der *Times* nannten die Informanden, die diese Falschmeldung 1961 ausgegeben hatten, nicht; und General Taylor selbst verleugnete in der Öffentlichkeit seine wirklichen Empfehlungen sogar noch im Sommer 1971, als er im Fernsehen sagte:

Ich habe keinen Einsatz von Streitkräften empfohlen. Ich habe Wert darauf gelegt, daß wir technische und logistische Einheiten entsenden, die in der Überschwemmungskatastrophe von 1961 helfend eingreifen konnten. Es handelte sich also nicht um eine Kampftruppe ... Ich habe nichts anderes vorgeschlagen als drei Infanterie-Bataillone. Verzeihung, drei Pionier-Bataillone.[81]

[80] *The Making of a Quagmire,* S. 67.

[81] *The Pentagon Papers,* New York Times – Bantam edition, S. xvi; was Taylor 1961 über die »doppelte Mission« der Spezialeinheit wirklich sagte, kann man in den PP, 138, D. A. nachlesen: »... In welchem Umfang die Sondertruppe sich an Hilfsaktionen nach Überschwemmungen im Delta beteiligen sollte, hängt von einer weiteren Untersuchung der dortigen Probleme ab. Wie bereits in Saigon 537 erwähnt, halte ich es für äußerst vorteilhaft, diesen Aspekt des Einsatzes unserer Sondertruppe zu betonen. Im Augenblick erscheint mir folgende doppelte Aufgabenstellung besonders günstig: zunächst Hilfeleistung im Überschwemmungsgebiet und später dann Einsatz in irgendeinem anderen Gebiet Süd-Vietnams, wo sie den Kampf gegen den Vietcong wirkungsvoll unterstützen könnte. Allerdings fällt die Möglichkeit, die humanitäre Mission herauszustreichen, weg, wenn wir zu lange zögern, unsere Streitkräfte nach Vietnam zu schaffen, unser Engagement können wir dann auch nicht mit den Katastrophenbedingungen, die die Überschwemmung hervorgerufen hat, erklären.« Das Interview von Martin Agronsky mit Taylor wurde bereits im Frühjahr aufgenommen und am 27. Juni 1971 gesendet; meines Wissens wurde noch in derselben Woche Taylors vertrauliches Telegramm an den Präsidenten in der *New York Times* veröffentlicht. Als ich General Taylors Kommentar zu seinen ein Jahrzehnt zuvor geäußerten Empfehlungen verfolgte, konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren – vielleicht handelt es sich dabei wirklich um eine ungerechtfertigte Verallgemeinerung –, daß die Leute des Präsidenten wohl glaubten, sie hätten eine unbegrenzte Erlaubnis zu lügen.

Umgekehrt wurde der Entschluß des Präsidenten, ganz in den Krieg einzusteigen, ebenso verheimlicht; der Aktionsplan mit seinen vorausgeplanten Eskalationsschritten wurde nicht veröffentlicht; stattdessen erweckte man den Eindruck, daß es sich um eine Folge von *ad hoc*-Entscheidungen handelte, wohl um in der Öffentlichkeit keine Besorgnis über die Kosten des Programms und die damit verbundenen Risiken und Verpflichtungen entstehen zu lassen. Solcher Art war die »Information der Öffentlichkeit« über das Programm, als die erste Bombardierungskampagne gegen Nord-Vietnam, die Erhöhung der Truppenstärke auf 75000 im Frühjahr 1965 und die weitere Verstärkung auf 175000 und darüber hinaus im Juli 1965 vorgenommen wurde.
Als der letztgenannte Schritt unternommen wurde, nahm ich an der Abfassung eines Redekonzepts sowie einer Presseerklärung für Minister McNamara teil, in denen, dem wahren Sachverhalt entsprechend, die Entsendung von weiteren 100000 Mann nach Vietnam mitgeteilt wurde, so daß am Jahresende insgesamt der Einsatz von 175000 Mann in Vietnam zu vermelden sei. Doch das Weiße Haus entschloß sich, die Ankündigung der neuen Maßnahmen selbst vorzunehmen; so sahen wir am 28. Juli 1965 im Pentagon fern und verfolgten, wie der Präsident eben diese Entscheidung bekanntgab:

Ich habe heute die Airmobile-Division und andere Abteilungen der Streitkräfte nach Vietnam abkommandiert, so daß die Stärke unserer in Vietnam stationierten Truppen sich sofort von 75000 auf 125000 Mann erhöht. Zusätzliche Streitkräfte werden später benötigt und je nach Bedarf entsandt werden. (PP, III, 477)

In Wirklichkeit wurden aufgrund dieser für die Phase I entsandten Kontingente zunächst keine weiteren Truppen angefordert; die Gesamtheit der amerikanischen Truppen wurde innerhalb kurzer Zeit auf 219000 »hochfrisiert«, von denen 184314 Mann Ende des Jahres in Vietnam anwesend waren – entsprechend einem genau festgelegten Plan. Eine Woche zuvor hatte McNamara die Lagebeurteilung von General Westmoreland aus Saigon mitgebracht, die für die Phase II im nächsten Jahr *weitere* 100000 Mann vorsah. Nichtsdestoweniger wurde die Presseerklärung des State Department pflichtbewußt revidiert und die Öffentlichkeit darüber informiert, daß »unverzüglich 50000 Mann« abkommandiert werden müßten, usw.
Auf derselben Pressekonferenz des Weißen Hauses spielte sich der folgende Wortwechsel ab:

Frage: Herr Präsident, bedeutet die Entsendung weiterer Streitkräfte nach Vietnam einen Wandel in der Politik, die bisher hauptsächlich darin bestand, daß

die offensiven Operationen den Südvietnamesen überlassen und die amerikanischen Truppen nur dazu eingesetzt wurden, um Einrichtungen zu schützen und als Reserve für den Notfall zu fungieren?
Präsident: Damit ist keinerlei Veränderung unserer Politik impliziert. Unsere Ziele sind dieselben geblieben.

Auch diese Antwort war eine Irreführung, denn die Veränderung der Politik hatte sich zugetragen, jedoch bereits früher und ohne daß sie der Öffentlichkeit mitgeteilt worden wäre; diese Veränderung war nicht identisch mit dem, was die Öffentlichkeit im Auge hatte und was ihr erzählt worden war. Die Entscheidung des Präsidenten etwa um den 1. April, den Einsatzbefehl der US-Bodentruppen zu verändern (zunächst den der Marineinfanterie) und sie zu offensiven Operationen einzusetzen, wurde intern von McGeorge Bundy (NSAM-328, 6. April 1965) im Zusammenhang mit einer Warnung verkündet:

Der Präsident wünscht, daß ... eine vorzeitige öffentliche Bekanntgabe mit allen Vorsichtsmaßnahmen verhindert wird. Die Aktionen selbst sollen so rasch wie möglich durchgeführt werden, jedoch in einer Weise, die den Anschein plötzlicher Veränderungen in unserer Politik vermeidet. Der Präsident möchte, daß diese Bewegungen und Veränderungen als graduelle verstanden werden und voll und ganz mit der laufenden Politik im Einklang stehen.[82]

Bei der Ausführung dieser Instruktion ging dann der Präsident am 28. Juli mit gutem Beispiel voran.
Ein Effekt, den diese Informationspolitik seit 1961 erzielte, bestand in einer beträchtlichen Verwirrung der Öffentlichkeit in bezug auf das, was der Präsident dachte: Niemand wußte, in welche Angelegenheit er uns verstrickte, welche Möglichkeiten er sah und welche Ziele er im Auge hatte, welchen Inhalt die Verträge hatten, die der Kongreß und die Öffentlichkeit unterschreiben sollten.
Aus einem solchen fehlerhaften Verständnis dieser und anderer Entscheidungen leiten sich notwendig mangelhafte Vorhersagen und Vorschriften ab. Es führt zu falschen Fragen und Schlußfolgerungen über die Beweggründe des Präsidenten, über den Wandel in seinen Kalkulationen und den Zwängen, die seine Entscheidung beeinflussen.
Diejenigen, die uns die Vergangenheit verheimlichen, zwingen uns dazu, sie nochmals aufzugreifen.

[82] PP, III, 703; vgl. auch die Diskussion über den entstehenden »Mangel an Glaubwürdigkeit«, PP, III, 447–61.

Diese Praktiken der Täuschung führen uns zurück zum Mythos vom Sumpf und zu der Frage, warum er der Öffentlichkeit so plausibel erscheint.
Der erste Teil der Antwort lautet: Die Präsidenten neigen selbst in Zeiten neuer Krisen und Anforderungen dazu, den Eindruck zu verstärken, daß ihre früheren Entscheidungen zum Vorgehen in Vietnam einem Prozeß unterworfen waren, der dem Versinken im Triebsand gleicht.
Das ist die Wirkung davon, daß man wiederholte Male äußerst begrenzte Maßnahmen – gewöhnlich handelt es sich um weniger, als man persönlich für notwendig hält; manchmal um weniger, als wirklich unternommen wird – so ankündigte, als würden sie die Realisierung hochgesteckter, öffentlich bekanntgegebener Ziele gewährleisten. Dadurch gewinnt man die öffentliche Unterstützung für Programme, die tatsächlich eine kurzfristige Niederlage abwenden, wenngleich wahrscheinlich auch nicht mehr mit ihnen erreicht werden kann; zugleich entzieht man sich dem öffentlichen Druck, den eine aufrichtige Darstellung der Perspektiven zur Folge hätte, sei es in Richtung auf riskantere Maßnahmen, die auf einen Sieg und die Lösung des Problems abzielen, oder zugunsten eines Rückzugs aus Vietnam, einer Niederlage, durch die man zwar Verluste vermeidet, die jedoch einer Katastrophe für die Regierung gleichkommt, selbst wenn die erste Reaktion der Öffentlichkeit eine allgemeine Erleichterung ist. Die Präsidenten ziehen diesen Gefahren der Offenheit also die Risiken der Geheimhaltung und der Irreführung vor.
Sie handeln so trotz der mißlichen Implikationen, die eintreten, wenn sie ihre Ziele immer wieder verfehlen und ihre »Hoffnungen« enttäuscht werden: Sie nehmen den Vorwurf der Unaufmerksamkeit, der Unkenntnis, des Mangels an Übersicht, an realistischer Planung und an Erfahrung in Kauf; sie gestehen ein, daß sie allzu ehrgeizige Ziele mit ihren Mitteln erreichen wollten und sich übertrieben optimistischen Erwartungen hingaben. Sie leisten dieser Kritik Vorschub – selbst wenn sie schadet und in die Irre führt –, weil ihnen sowohl eine andere Politik als auch ein zutreffenderes Verständnis ihres Handelns noch mehr Nachteile und Gefahren zu beinhalten scheint.
Dies alles ist genau berechnet. Doch schließlich fordert diese Politik der Geheimhaltung und der Täuschung gegenüber dem Kongreß und der Öffentlichkeit, wenn sie längere Zeit betrieben wird, ihren eigenen Tribut. Ein gewissermaßen ironisch zu nennendes Resultat besteht darin, daß all die kritisierten Mängel und Fehler in zunehmendem Maße den

Entscheidungsprozeß der Exekutive kennzeichnen. Und aus einer Reihe von Gründen entwickeln sich die interne Berichterstattung, die Analysen der Programme und die Erwartungen an höchsten Stellen selbst in die Richtung des von Anbeginn öffentlich zur Schau getragenen Optimismus, sobald die politischen Entscheidungen in die Tat umgesetzt werden.

So folgen echte – unbegründete – Hoffnungen unmittelbar den Entscheidungen in der Krise; schließlich weicht der vorgespiegelte Optimismus einem echten, aber ebenso nichtigen Optimismus.

Auch hierfür sind die Nachwirkungen der Entscheidung vom November 1961 typisch. Schlesinger berichtet recht gut von jenem überraschenden Optimismus, der die offiziellen Erwartungen 1962 auszeichnete und den die Öffentlichkeit als Bestätigung früherer Lagebeurteilungen mißdeutete. Kampfeinheiten, so zeigte es sich nun, waren doch nicht »wesentlich« (falls der Präsident dies tatsächlich geglaubt hatte, war er der einzige, der »bestätigt« werden konnte). Keinerlei Anschuldigungen vergifteten die Atmosphäre, nur wechselseitige Glückwünsche, daß ein riskantes Unternehmen sich ausgezahlt hat.[83] Roger Hilsman berichtet von einem Treffen in Honolulu im April 1963:

General Harkins gab uns Daten und Zahlen bekannt: die Anzahl der strategischen Dörfer, die Verluste des Vietcong, die von Regierungstruppen durchgeführten Operationen usw. Er könne natürlich keine Garantie geben, doch seiner Meinung nach *dürfte um Weihnachten alles vorüber sein.* Der Verteidigungsminister war in gehobener Stimmung. Er erinnerte mich daran, daß ich einer der ersten dieser Sitzungen beigewohnt hatte, und *daß damals – nur anderthalb Jahre zuvor – alles noch so düster ausgesehen hätte.*[84]

Was war der Grund für diesen raschen Meinungsumschwung? Es gab mehrere Gründe, von denen keiner typisch für diesen Fall war. Zunächst einmal wurden die neuen Programme in Vietnam von neuen amerikanischen Beamten durchgeführt, die damit einen Erfolg herbeiführen sollten. Sie hatten ebenso wenig wie die Öffentlichkeit eine Ahnung davon, daß ein paar Monate zuvor von Taylor und anderen völlig anderslautende Empfehlungen gemacht worden waren; sie kannten die pessimistischen Prognosen in bezug auf das Vorgehen, das sie zu praktizieren versuchten, nicht. Insbesondere die Empfehlungen wurden streng geheimgehalten, selbst innerhalb der mäßgebenden Instanzen; unterhalb der höchsten Stellen waren sie nicht präsent. Und frühere Geheimdienstanalysen werden nur selten von denen herangezogen, die mit der Ausführung von

[83] Vgl. *A. Thousand Days,* S. 508 und *The Bitter Heritage,* S. 41-42.
[84] *To Move A Nation,* S. 406-407; Hervorhebungen nicht im Original.

Aufgaben betraut sind. Ohne Kenntnis der früheren Analysen und der gegenwärtigen Bedingungen in Vietnam bestand für sie kein Grund anzunehmen, daß die von ihnen übernommenen Aufgaben mit den verfügbaren Mitteln nicht zu bewältigen seien. Und sie begriffen rasch, daß Washington sich auf die Berichterstattung stützte, die aus den Instanzen, welche den Einsatz durchführten, erfolgte; d.h. die Einschätzung ihres Vorgehens ergab sich stets aus ihren eigenen Meldungen über die erzielten »Fortschritte«. Der Kommandeur einer amerikanischen Division äußerte denn auch gegenüber einem der Berater seines Bereiches, der darauf beharrte, in seinem Bericht anzugeben, daß es in ihrem Gebiet nach wie vor unbefriedete Vietcong-Dörfer gibt: »Mein lieber Mann, Sie schreiben den Bericht über unser eigenes Vorgehen. Warum erklären Sie denn, daß wir versagen?«

Wenngleich dies nicht zu bewußter Unaufrichtigkeit bei höheren Stellen in Saigon führte, so wurde dennoch eine Neigung zur Übermittlung günstiger Informationen von seiten untergeordneter Instanzen – auch auf vietnamesischer Seite – erzeugt, die nie versäumten, solche Informationen zu liefern.

So beruhte der Anschein, daß 1962 und im Frühjahr 1963 die Strategie der bedingungslosen Unterstützung von Diem und zugleich das System der Militärberater funktionierte, eher auf einem Mechanismus als auf Übereinstimmung – wie Schlesinger bemerkt; die höheren amerikanischen Beamten in Saigon aber versicherten den Präsidenten zumindest einer solchen Harmonie.[85] Diese Versicherungen sagten jedoch nicht mehr aus, als daß die beiden Beamten – Botschafter Nolting und General Harkins – die Programme – »mit Erfolg« – durchführten, die den Inhalt ihres Auftrages bildeten:

Ngo Dinh Nhu machte aus dem Programm der strategischen Dörfer sein persönliches Programm und veröffentlichte glühende Berichte über aufsehenerregende Erfolge. Man hätte sich fragen können, ob Nhu der richtige Mann war, um den Idealismus in diesen Dörfern zu entfachen; doch Botschafter Nolting und General Harkins folgten unkritisch seinen Behauptungen und gaben sie an Washington als Fakten weiter, wo sie mit Erleichterung zur Kenntnis genommen wurden.[86]

Man hätte sich auch fragen können – was niemand zu tun schien –, ob Nhu der geeignete Mann war, um über sein »persönliches Programm« zu berichten; ob Nolting der geeignete Mann war, um die Konsequenzen und den Wert der Unterstützung von Diem und Nhu darzustellen und

[85] *The Bitter Heritage*, S. 45.
[86] *The Bitter Heritage*, S. 40.

ob Harkins der geeinete Mann war, um über den Erfolg des Militärberatersystems, über ihre eigenen persönlichen Zielsetzungen zu berichten. Wenn man jedoch in diesem Prozeß der internen Selbsttäuschung die Rolle des bürokratischen Optimismus hervorhebt, unterschätzt man leicht den Einfluß des Präsidenten und seiner Berater auf höchster Ebene. Auch sie hatten, wie Nolting, Harkins und Nhu, ihre persönlichen Pläne, über die sie jenen Bericht erstatteten, die über ihr Budget und Amt die Kontrolle ausübten: dem Kongreß und der Öffentlichkeit. Und auch sie schrieben, dank dem Sicherheitssystem und ihrem Privileg als Beamten der Exekutive – mit etwas Hilfe von seiten ihrer Untergebenen – sich selbst ihre Beurteilung aus.

In genau derselben Weise wie auf unterer Ebene, nur mit erheblich stärkerer Auswirkung, beeinflußte das Bedürfnis des Präsidenten sowie des Verteidigungs- und Außenministeriums nach Informationen, die den Kongreß und die Öffentlichkeit in Sicherheit wiegen konnten, den Nachrichtenfluß bis hinauf zum Präsidenten; Berichte und Analysen, die die Position der Regierung stärkten und die man zu diesem Zweck herausgeben oder durchsickern lassen konnte, galten als »hilfreich« und willkommen. Pessimismus dagegen galt bestenfalls als »peinlich«, weniger nützlich, wenn nicht gar als zu gefährlich, um ihn aufs Papier zu bringen. Solche Bewertungen innerhalb der Exekutive (die sich in der Zeit von 1966-68, als die Skeptiker und Kritker zahlreicher und in größerer Lautstärke auftraten und zurückgewiesen werden mußten) gaben auf den unteren Ebenen einen erheblichen Ansporn zu einer Berichterstattung, die dem Vorgesetzten genau das übermittelten, was er zu hören wünschte.

Darüber hinaus ist dem menschlichen Wunschdenken, das auf allen Ebenen einen Faktor darstellt, auf den höchsten Stufen der Hierarchie die größte Wirkung zuzusprechen. Wiederholte Male konnten wir beobachten, wie ein Präsident sich gezwungen fühlte, eine Politik zu akzeptieren und durchzusetzen, die nach dem Urteil seiner Berater und nach den nachrichtendienstlichen Analysen nicht gerechtfertigt war, und wie er der Öffentlichkeit gegenüber das Gegenteil behauptete. Er konnte höchstens hoffen, daß diese auf besten Angaben beruhenden Informationen falsch waren und daß dagegen die Darstellungen, die er der Öffentlichkeit vermittelt hatte, sich als richtig erweisen würden, zum Besten aller Betroffenen. Und wenn man hofft, so finden sich auch (insbesondere von seiten abhängiger Untergebener) Anhaltspunkte für die Berechtigung solcher Hoffnungen.

Denselben Mechanismus können wir auf anderen Ebenen verfolgen. In Perioden, wie sie in den Jahren 1956 und 1962 gegeben waren, als die

Politik trotz der Vernachlässigung von Faktoren, die Experten als entscheidend für den Erfolg angegeben hatten, »zu funktionieren schien«, fiel es allen leicht, frühere Warnungen zu übersehen und langsam zu vergessen. Im allgemeinen erweist sich der Pessimismus, der eine gerade vollzogene Politik betrifft, als unhaltbar innerhalb eines großen bürokratischen Apparats.

Sogar der Vietcong und die Regierung von Vietnam (früher der Viet Minh und die Franzosen) lieferten Anhaltspunkte für den »Fortschritt« und die Stadien des »Erfolgs«, als »es zu funktionieren schien«. 1951, 1956, 1962 und 1965 wurde der bürokratische Optimismus durch die Auswirkungen gefördert, die die neuen Programme auf die Verbündeten und den Feind hatten. In den wirklichen Auseinandersetzungen erwiesen sich diese Effekte als äußerst begrenzt; dies galt aber nicht für die Bedeutung, die wir ihnen beimaßen. Wie Kennedy vorausgesagt hatte, hielt die Wirkung des »kleinen Gläschens« weder bei Freund noch Feind lange an. Was er nicht erkannt zu haben scheint, ist die länger anhaltende Wirkung innerhalb unseres eigenen Systems.

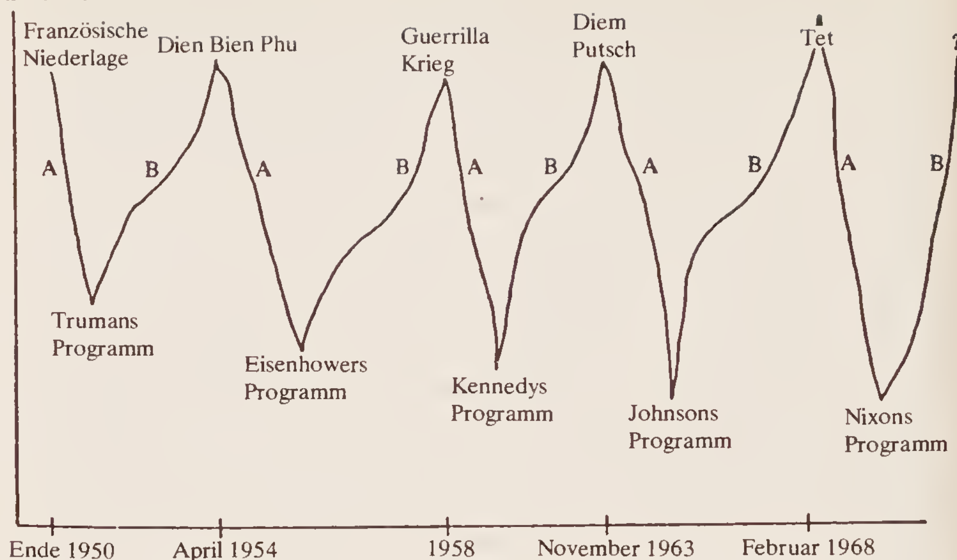
In jedem Fall führte das Nachspiel der Eskalation zu einer Betonung der militärischen Faktoren; die Stimmung wandelte sich: aus Bedrückung wurde Optimismus. Als amerikanische Kampfeinheiten nach 1965 nach Vietnam strömten, wurde der Pessimismus, der Ende 1964 aufgekommen war, immer stärker von lebhaften Hoffnungen auf einen militärischen Sieg verdrängt – genau in derselben Weise, wie es schon 1951 der Fall war, als US-Material und Beraterteams nach Tonking gelangten, um an einem scheiternden französischen Unternehmen teilzunehmen.[87]

Auch zeigten der Viet Minh und später der Vietcong auf jede neue Strategie der USA bzw. der vietnamesischen Regierung und auf die Eskalation in unserem Eingreifen eine charakteristische Reaktion, die den Umschlag der Stimmung zu ungezügeltem Optimismus begünstigte. Nach anfänglichen Rückschlägen pflegten sie längere Zeit stillzuhalten, Daten zu sammeln, ihre Erfahrungen zu verarbeiten, neue Strategien zu entwickeln und zu testen, um sie sorgfältig zu planen und vorzubereiten, bevor sie endgültig angewandt wurden. (Nichts, so zeigt uns die vietnamesische Erfahrung, könnte unamerikanischer sein.)

Da die meisten Kenntnisse der USA bzw. der vietnamesischen Regierung über die Aktivitäten des Feindes aus den Kampfhandlungen gewonnen werden, scheint sich bei den US-Befehlshabern eine unwiderstehliche

[87] Vgl. die Rede von John F. Kennedy aus dem Jahre 1954 (zitiert bei Schlesinger, *The Bitter Heritage*, S. 27) über den offiziellen Optimismus, der dem »Mangel an Glaubwürdigkeit« in Indochina gegenüber Truman und Eisenhower zugrundelag.

Tendenz durchzusetzen, aus den direkten Kontakten Schlüsse über die Kampfstärke des Feindes abzuleiten, d.h. aus einem Rückgang der Operationen des Vietcong schließt man auch eine verminderte Kampfstärke. Ein weiterer Mechanismus: Der Optimismus der USA wächst während der »Inaktivität des Vietcong« – also während der Perioden, in denen die Unternehmungen des Vietcong so beschaffen sind, daß wir sie nicht genau verfolgen können – und erreicht seinen Höhepunkt gerade dann, wenn die extreme Ruhe beim Feind intensive Vorbereitungen auf eine Explosion signalisiert.
So gehen den Krisenperioden Höhepunkte offizieller US-Erwartungen voraus. Gipfelpunkte des amerikanischen Optimismus sind zu verzeichnen: Ende 1953 (kurze Zeit vor Dien Bien Phu). 1958 (als der Guerillakrieg gerade begann), Anfang 1963 (als der Vietcong die Schwächen im Konzept der strategischen Dörfer studiert hatte und intensive Infiltration betrieb) und Ende 1967 (als die letzten Vorbereitungen für die Tet-Offensive einschließlich der Täuschungsmanöver an der Grenze liefen).
Zeichnet man für die Erwartungen auf seiten der USA für die letzten zwanzig Jahre eine Fieberkurve, so ergibt sich das Bild von Sägezähnen: Vor einem steilen Abfall der Stimmung stieg jeweils der Optimismus steil an (Figur 1 liefert eine Skizze für die graphische Darstellung – das Fragezeichen, das wir im September 1970 ans Ende der letzten B-Phase setzten, kann nun durch den Eintrag NVA-Offensive, April 1972 ersetzt werden).
Unsere Erfahrung mit den Wahrnehmungen der Geschehnisse in Vietnam und ihrer emotionalen Verarbeitung läßt sich als eine Abfolge von zweiphasigen Zyklen veranschaulichen, in denen sich die Phase B – Optimismus – ursächlich aus den Entscheidungen ergibt, die auf Phase A, die kritischen Perioden des Pessimismus folgen.
(Die B-Phasen in Abb. 1 haben die Gestalt eines spiegelverkehrten S, das drei Teilphasen symbolisiert: eine Anfangsphase, in der der Vietcong wirkliche Verluste erleidet und die Regierung sich auf der Grundlage neuer Programme stabilisiert; dann folgt eine Periode, in der sich der Vietcong an die Bedingungen angepaßt hat und die Regierungsposition sich verschlechtert; dennoch bleiben die US-Erwartungen unverändert, statt zurückzugehen; schließlich eine dritte Periode, in der der Vietcong in aller Ruhe seine Vorbereitungen für eine größere Offensive trifft und zugleich einen steilen Anstieg der amerikanischen Hoffnungen verursachte.)
Wären die bedeutenderen Schritte der Eskalation – die eine qualitative Veränderung, nicht nur quantitative Steigerung unserer Aktivitäten be-



inhalten – tatsächlich während der B-Phasen beschlossen worden, so entspräche das dem Sumpf-Modell. Doch eben dies war niemals der Fall. Obgleich keine neuen politischen Schritte oder militärische Verpflichtungen größerer Relevanz während der B-Phasen beschlossen wurden, wandelten sich doch in der Atmosphäre des Optimismus die Ziele der USA – besonders während der letzten Teilphase – beträchtlich: Man ging über das Ziel der Verhinderung einer Niederlage (das in Phase A und zu Beginn von Phase B bestimmend war) hinaus und nahm sich einen Sieg vor. Zugleich verführte echter Optimismus die Beamten bei der Bekanntgabe von Zielsetzungen und Vorhersagen in der Öffentlichkeit dazu, weniger Vorsicht walten zu lassen; den Befehlshabern mehr Spielraum zu gewähren; Aktionen weniger genau zu überwachen; Operationen zuzustimmen, die trotz hoher Kosten (in jeglicher Hinsicht) wenig effektiv waren, dafür aber eventuell den Sieg beschleunigen konnten. Alle diese Reaktionen bewirkten die Akzeptierung rasch steigender Kosten und führten im Augenblick des Rückschlages, also dem Neubeginn einer A-Phase zu dem Gefühl, daß der Einsatz, die Investitionen, das Engagement noch größer geworden seien, so daß auch ein viel stärkerer Zwang zur Vermeidung einer Niederlage bestehe. Dennoch scheint diese Euphorie im Anschluß an die Eskalation, die »Sumpf-Phase« des Zyklus, keine wesentliche Bedeutung im Prozeß der Eskalation zu spielen. Sie verstärkt einfach nur die Neigung des Präsidenten, bei einer drohenden »Niederlage« zu eskalieren. Leslie Gelb hat das so ausgedrückt:

»Jede Regierung war bereit, die Kosten auf sich zu nehmen, die sie für sich vorhersehen konnte.« Politische und strategische Motive, die dieser Tendenz zugrundeliegen, waren bereits im Jahr 1950 in genügendem Maße vorhanden, um – ohne eine vorhergegangene oder noch anhaltende Phase des Optimismus – das Eingreifen der USA einzuleiten. Und es darf als sicher gelten, daß sie in den darauffolgenden Jahren stark genug ausgeprägt waren, um Anlaß zu einer noch viel gewaltigeren Eskalation gegeben zu haben, als wir sie erlebt haben, wenn sie nur notwendig und kurzfristig erfolgreich erschienen wäre.

Da die Entscheidungen für die Eskalation bewußt gefällt wurden, um das defensiv formulierte Ziel »Vermeidung einer kommunistischen Machtübernahme« zu erreichen, *kann man sagen, daß jede dieser Entscheidungen in den beiden Jahrzehnten ihr anfängliches, intern formuliertes Ziel erreicht hat.*

Nach Gelbs Formulierung: »Das System hat funktioniert« – zwar nicht im Sinne der öffentlich verkündeten langfristigen Ziele, wohl aber in bezug auf die nacheinander angestrebten kurzfristigen Ziele und Erwartungen, die tatsächlich – wie wir erschließen konnten – für das Weiße Haus von zentralem Belang waren. Und in der Tat hatte die Politik und Taktik der Präsidenten die Wirkung, fünfzehn Jahre lang von 1950 bis 1965 »auf billige Weise« zu verhindern, daß Süd-Vietnam in kommunistische Hände fiel – d.h. ohne eine größere Anzahl von amerikanischen Kampftruppen.

Es ist eine andere Frage, ob die Anstrengungen und Opfer auf amerikanischer und vietnamesischer Seite in diesem beschränkten, wenn auch stets wachsenden Ausmaß gegenüber den verschiedenen Teilen der Wählerschaft bei solch begrenzter Zielsetzung zu rechtfertigen gewesen wäre – die klarste Formulierung dieser begrenzten Zielsetzung lautet wohl: Wiederherstellung des Patt und Aufschub einer kommunistischen Machtübernahme in Vietnam bis nach den nächsten Wahlen. Keine Regierung hat es je versucht.

Auch in dieser Hinsicht hat die Politik »funktioniert«. Zumindest bis 1968 hat jeder Präsident die politischen Nachteile zu vermeiden gewußt, auf deren Verhinderung seine Taktik ausgerichtet war. In der Tat ist bis heute jedem Präsidenten die politische Schmach erspart geblieben, Süd-Vietnam aufgeben zu müssen. Auch LBJ wird man in dieser Hinsicht keinen Vorwurf machen, wenngleich man ihm manches andere vorwerfen kann.

Doch die früheren »billigen Siege« von 1950 bis 1965 wurden zu einem langfristigen Preis erkauft, der bisher noch nicht voll abgegolten ist. Die

Politik und das taktische Vorgehen von Präsidenten haben während der gesamten Periode zu einer hohen Einschätzung dessen geführt, was für die USA auf dem Spiel steht, und zwar gleichermaßen innerhalb der Exekutive, des Militärs, im Kongreß und in der Öffentlichkeit. Dabei ist es aber nicht gelungen – was im Lichte wiederholter interner Analysen des Geheimdienstes wahrscheinlich war, obgleich diese von den Präsidenten nicht akzeptiert wurden –, die nichtkommunistischen Kräfte in Vietnam zu stärken, die kommunistischen Ziele zu verändern und die Stärkung der Kommunisten zu verhindern. Auch scheiterte man in dem Versuch, die Führer in Hanoi oder die revolutionären Kräfte in Südvietnam zu einer Anerkennung der Rolle der USA, ihrer Präsenz, ihrer Ziele in Süd-Vietnam oder der Ziele des von Amerika unterstützten Regimes in Saigon zu bewegen.

Ein Beobachter, der die Motive des Präsidenten in der hier dargestellten Weise beurteilt und zugleich die Einschätzungen des Geheimdienstes über das Verhalten der südvietnamesischen Regierung, der Demokratischen Republik Nord-Vietnam und des Vietcong für richtig gehalten hätte, würde auch in fast allen Phasen dieser fünfzehn Jahre vorhergesagt haben, daß schließlich eine beträchtliche Anzahl von US-Truppen in Vietnam kämpfen und daß die US-Luftwaffe ganz Indochina bombardieren würde. Er hätte vorhergesagt, daß sie abkommandiert würden, sofern dies zur Vermeidung einer Niederlage notwendig sei – und er hätte das Eintreten dieses Falles vorhergesehen.

Genau dies hatte ich im Sinn, als ich von einem »Mechanismus des Patt« sprach, der hier in Wirkung tritt: Dessen Ergebnisse sind zwar nicht völlig vorherbestimmt, doch sind die Tendenzen so klar, daß man – mit einigem Verständnis – in bezug auf die verschiedenen Momente und Unternehmungen Wetten abschließen kann.

Das bedeutet nun wiederum *nicht*, daß einer der Präsidenten bezüglich der langfristigen Entwicklung genauso gewettet, d.h. das Modell unseres »Mechanismus« akzeptiert hätte. Es ist so gut wie sicher, daß sie es nicht akzeptiert haben. Man erzählt z.B., daß George Ball 1961 Kennedy gegenüber geäußert habe, »General Taylors 8000-Mann-Spezialeinheit könnte in fünf Jahren dazu führen, daß 300000 Mann im Einsatz sind«. Worauf ihm Kennedy entgegnete: »George, du bist völlig verrückt!«[88] Vier Jahre später äußerte Ball gegenüber Kennedys Nachfolger am 1. Juli 1965, also am Vorabend der Entscheidung für eine unbegrenzte Ausdehnung des Einsatzes über 75000 Mann hinaus:

[88] Martin Agronsky in der Fernsehsendung vom 27. Juni 1971.

Die Südvietnamesen verlieren den Krieg gegen den Vietcong. Niemand kann garantieren, daß wir den Vietcong schlagen oder auch nur zu uns genehmen Bedingungen an den Verhandlungstisch zwingen können – ungeachtet der Hunderttausende *weißer, fremder* (US)-Soldaten, die wir entsenden ... Die Entscheidung, vor der Sie stehen, ist deshalb ausschlaggebend ... Wenn einmal größere US-Truppenaufgebote in den offenen Kampf geschickt worden sind, ... wenn wir erst höhere Zahlen an Gefallenen zu verzeichnen haben, dann hat ein fast unwiderruflicher Prozeß begonnen. Unser Engagement wird solche Ausmaße annehmen, daß wir – ohne eine nationale Demütigung hinzunehmen – nicht Schluß machen können, ohne unsere Ziele zu erreichen. Von den beiden Möglichkeiten scheint mir die Demütigung wahrscheinlicher zu sein als die Durchsetzung unserer Ziele – selbst nach einem ungeheuren Aufwand. (PP, IV, 615–616; Hervorhebungen nicht im Original)

Die Antwort des Präsidenten ist – falls es eine gibt – nicht überliefert. Die Zukunft und sogar der konkrete Ablauf des Prozesses waren also erkennbar – für einige Beamte. Doch warum nicht für die Präsidenten? Wohl aus zwei Gründen. Den ersten hob Ball hervor, als er Agronsky die Antwort, die ihm Kennedy auf seine Prognose gab, erklärte:

Was er mir sagen wollte, war: Das werde ich nicht tun, ich lasse es nicht zur Eskalation kommen. Ich glaube, er war sich bei der Erhöhung der Militärberaterzahl von 600 auf 700 im klaren, daß wir eine noch viel größere Anzahl benötigten, daß er einen Prozeß einleitete. Doch scheint er der Meinung gewesen zu sein, diesen Prozeß kontrollieren zu können.

Johnson dagegen wußte Mitte 1965, daß er keinen »kleinen Schritt« unternahm; ihm war klar, daß er einen nur schwer unter Kontrolle zu bringenden Prozeß in Gang setzte; ihm war bekannt, daß die Leute vom Nachrichtendienst einen Sieg nicht für möglich hielten (eine Ausnahme bildete hier fast während der gesamten Zeit Walt Rostow) und daß schon gar niemand mit einem schnellen Sieg rechnete. Was die langfristigen Erwartungen Johnsons angeht, scheint mir Schlesinger richtig zu liegen:

Ich glaube nach wie vor, daß er es schon nach den Kräfteverhältnissen nicht begreifen konnte, daß die »größte Macht in der Welt«, wie ihm Walt Rostow immer wieder versicherte, mit einer Schar von Nachtgespenstern in schwarzen Pyjamas nicht fertig werden sollte.[89]

So hat sich keiner der Präsidenten »bewußt«[90] für eine Zukunft entschie-

[89] »The Quagmire Papers (Cont.)«, *New York Review of Books,* 16. Dezember 1971, S. 41.

[90] Die Verwendung dieses Wortes in der früheren Fassung des Papiers ist von Schlesinger etwas falsch gedeutet worden (in »Eyeless in Indochina«); doch ist es auch, wie ich inzwischen einsehe, irreführend; ich bin Schlesinger wegen seiner Kritik zu Dank verpflichtet; er hat mich dazu bewogen, diesen Abschnitt nochmals zu überdenken und neu zu fassen.

den, die eine halbe Million Soldaten und zwölf Millionen Tonnen Granaten und Bomben bedeutete. Im Gegensatz zu den Annahmen des Sumpf-Modells wußten sie zum Zeitpunkt ihrer Entscheidungen für die Eskalation sehr gut, daß neue Krisen und Herausforderungen *wahrscheinlich* bevorstanden. Doch jeder von ihnen glaubte offenbar – wie zuvor schon Truman und Eisenhower – daß er auf einer bestimmten Stufe vor den gewaltsamen Auseinandersetzungen, die dann in den Jahren 1968-72 erreicht wurde, entweder den Sieg errungen haben würde oder nicht mehr im Amt sei; daß er sich also zu einer der beiden Alternativen entschließen würde, die er jetzt, um seine Position zu halten, aufschob: Es ging um die Vermeidung der Niederlage und um die Wiederherstellung des Patt. Was wohl keiner von ihnen annahm war die Tatsache, daß er selbst und seine Nachfolger dieselbe Entscheidung immer wieder treffen würden – daß der Versuch zu siegen stets zu riskant oder unmöglich erscheinen würde, da die andere Seite niemals zusammenbrach; daß es aber auch zu jeder Zeit falsch schien, sich zurückzuziehen. Keiner dürfte geahnt haben, daß das geringere Übel *immer* darin bestehen würde, »Zeit zu gewinnen« und eine Niederlage hinauszuzögern, statt den Krieg mit einem Scheitern zu beenden – trotz der Eskalation im Patt und der Steigerung der menschlichen Opfer auf ein grausames Niveau.
So brauchen wir keinem der fünf Präsidenten, die für diesen Krieg verantwortlich sind, unterstellen, daß er im vollen Bewußtsein dessen gehandelt hat, was das alles schließlich für Amerika oder Indochina bedeuten würde; jeder hat sich an jedem der kritischen Punkte dieses Vierteljahrhunderts dazu entschlossen, den Krieg *fortzusetzen* und ihn – in den meisten Fällen – auszuweiten. Jeder hat den entsprechenden Preis gezahlt – mit den Leben und Mitteln anderer –, um weiter im Spiel zu bleiben; jeder hat sich vorbehalten, zu steigern und damit ein Aussteigen für sich und seine Nachfolger immer teurer und unwahrscheinlicher gemacht. Diese Beschreibung paßt auf eine Generation von Präsidenten, auf alle, die im Verlauf des Lebens eines heutigen Hochschulabsolventen regiert haben.
Wird die Tradition der Entscheidung für ein wahrscheinliches Patt durch den amtierenden Präsidenten ein Ende finden? Wie viele Präsidenten wird sie noch andauern? Nichts an den Verallgemeinerungen, die wir in diesem Papier aus den Erfahrungen der beiden vergangenen Jahrzehnte ableiten konnten, gibt uns einen klaren Hinweis auf einen Umschlag, auf eine Veränderung in den grundlegenden Intentionen und Wertorientierungen – weder auf seiten der kommunistisch geführten Kräfte noch bei der US-Regierung. Hierin mag eine Beschränkung unse-

rer Analyse, ein Kennzeichen – vielleicht ein Mangel – unseres Modells liegen. Vielleicht aber handelt es sich auch um ein Merkmal der Realität. Wenn dies der Fall ist, so handelt es sich zweifellos um eine menschliche und politische Realität; und Menschen können diese grundsätzlich verändern. Doch ist eine Veränderung nicht leicht. Regel 1 wurzelt tief in den Ängsten und Anliegen von Politikern, sie gründet auf Reaktionen der Öffentlichkeit, die zwanzig Jahre lang einen mächtigen Einfluß ausübten, in schweren Zeiten und Prüfungen. Es gibt kaum Anhaltspunkte dafür, daß diese Regel für künftige Präsidenten kein Gebot darstellen wird. (Seine Geltung für den gegenwärtigen unterliegt keinem Zweifel.[91])
Eine Voraussicht des Präsidenten – selbst ein Bewußtsein, das sich aus dieser Analyse ableitet – würde den Imperativ von Regel 1 unangetastet lassen. Bestenfalls könnte sich daraus eine Lockerung der Zwänge ergeben, die mit Regel 2 verbunden sind.
Es wird berichtet, daß Johnson im Frühjahr 1965 fast täglich von einem seiner engsten Berater angerufen wurde, der ihm sagte, (was ihm niemand hätte zu sagen brauchen): »Lyndon, verliere nicht als erster amerikanischer Präsident einen Krieg!«
Solche Berater haben allerdings vergessen, vor anderen tödlichen Fehlern zu warnen. So versäumten sie, ihm zu sagen: »Belüge nicht länger als ein oder zwei Jahre die Öffentlichkeit, täusche und übergehe nicht den Kongreß; hebe keine weiteren Rekruten aus, mache keine Ausgaben, töte nicht und nehme keine Gefallenenziffern in Kauf, wie es deine Militärs vorschlagen! Bringe Verhandlungen nicht zum Scheitern, gestatte deinen Generalen nicht, den Feind als geschlagen zu bezeichnen, wenn er gerade eine größere Offensive startet!«[92]
Doch hätte er sich dazu durchgerungen, den Krieg zu verlieren, wenn sie diese Warnungen ausgesprochen hätten und er ihre Schärfe erkannt

[91] Die Diskussion hier bezieht sich nur auf die Zeit bis 1968; wir versuchen nicht, die in diesem Papier enthaltenen Mutmaßungen und Verallgemeinerungen auf die Äußerungen und Handlungsweise der gegenwärtigen Regierung anzuwenden; der Leser mag dies als Übung probieren. Nichts in der Geschichte des zur Zeit amtierenden Präsidenten, in seinen öffentlichen Aussagen oder Amtshandlungen verweist darauf, daß diese Verallgemeinerungen auf ihn weniger zutreffen als auf irgendeinen seiner Vorgänger; die vorgenommene Extrapolation bietet also eine gute Überprüfungsmöglichkeit. So ließe sich z.B. die Frage stellen: Welches Jahr bis 1977 könnte wohl Richard Milhous Nixon für einen günstigen Zeitpunkt halten, um Süd-Vietnam kommunistischer Kontrolle zu überlassen?
Meine eigenen Ansichten hierzu finden sich in »Mord in Laos«.

[92] Kein Ratgeber ist vollkommen. Es gibt Dinge, die Präsidenten selbst lernen müssen. Vor dem Eintreten des betreffenden Sachverhalts hat wohl niemand Nixon empfohlen: »Entschuldige nie die Erschießung weißer Studenten durch Leute der Nationalgarde, wenn du gerade deine Truppen in ein Land hast einmarschieren lassen, ohne den Kongreß, die Öffentlichkeit oder das betroffene Land zu fragen!«

hätte? Oder hätte er, in Anbetracht der zeitlichen Beschränkungen, versucht, ihn zu *gewinnen*? Theodore Draper hat an der Operation in der Schweinebucht beobachtet, daß sie ein seltenes politisches und militärisches Ereignis darstellte: »einen vollkommenen Fehlschlag«. Wenn man die US-Politik in Vietnam überhaupt als eine Tragödie – und nicht als einen mechanischen Prozeß oder als ein Verbrechen – betrachten kann, dann deswegen, weil alle ihre Fehlschläge unvollkommene waren: Es handelte sich um eine Reihe von Unternehmen, die unseren Präsidenten – wenn auch begrenzt und zeitlich beschränkt – als angemessen galten, zugleich aber auch von ihnen als Fehlschläge angesehen wurden, von denen jeder noch tiefer in ... ein Schweinemeer führte.

Die Gesichter im Sumpf

Angesichts der Ergebnisse ihrer Politik und Taktik versteht man ohne weiteres, daß die letzten vier Präsidenten vor und nach ihren Entscheidungen darum bemüht waren, ihre eigene Voraussicht und ihre wahren Intentionen zu verleugnen und geheimzuhalten.[93] Auch fällt es nicht schwer einzusehen, warum beteiligte Beobachter, also Mitglieder der einen oder anderen Regierung, dieselbe milde Interpretation propagieren, wenn es um Einsichten und Zwecke, Wertorientierungen und Prioritäten, Einfluß und Verantwortung geht: Sie üben Rücksicht auf ihre ehemaligen Kollegen innerhalb und außerhalb der Regierung. Sie machen kein Hehl daraus, daß sie mit der Metapher vom Sumpf und dem daraus folgenden Modell bestimmte Schlußfolgerungen bezüglich der Verantwortung von Individuen und Gruppen stützen wollen.
So benützt Townsend Hoopes, ein aufmerksamer und scharfer Kritiker der Politik unter Johnson und früheren Präsidenten den von Richard Falk so genannten »Zirkel der Verantwortung« dazu, um die Last der Verantwortung explizit den im Mittelpunkt stehenden Personen abzunehmen. Offenbar verletzt durch die Andeutung zweier Journalisten des *Village Voice*, daß er selbst als ehemaliger Assistant Secretary der Luftwaffe unter Johnson die Schuld an Kriegsverbrechen trage (der diesbezügliche Artikel lautete: »The War Criminals Hedge their Bets.«[94]), ver-

[93] Kein Ereignis fand natürlich deshalb statt, weil es so kommen »mußte« (dasselbe gilt für die Entscheidungen des Präsidenten), etwa im Sinne eines absoluten Determinismus. Andererseits hätte man in jedem bedeutenderem Fall aufgrund der Kenntnisse und der in früheren Jahren geäußerten Meinungen über die Entscheidungen der Präsidenten und deren Konsequenzen für die Entwicklung in Vietnam Wetten abschließen können.

[94] Judith Coburn und Geoffrey Cowan, *Village Voice*, 4. Dezember 1969.

öffentlichte Hoopes mehrere Erwiderungen und Beiträge zum Problem der Verantwortung. Im ersten davon bezeichnet er als das Hauptanliegen in der beunruhigenden Diskussion die Klärung der Frage, »wie die *gesamte Nation* den schlüpfrigen Abhang der Selbsttäuschung hinabgeglitten und im alles verschlingenden Morast versunken sei«. Er schließt seine Ausführungen:

Die tragische Geschichte von Vietnam ist keine Geschichte von bösen Männern, die zu persönlichem Vorteil oder um des Ruhmes willen auf Eroberung aus waren. Es ist die Geschichte einer ganzen Generation von Führern (und ihrer Anhänger) ... [Johnsons] wichtigste Berater waren fast alle, als sie in ihr Amt eintraten, anerkannt: Sie zählten stets zu den fähigsten, besten, humansten und liberalsten Männern, in die die Öffentlichkeit ihr Vertrauen setzen konnte. Niemand zweifelte daran, daß sie aufrichtig und mit edlen Absichten das Beste für ihr Land wollten, ja für die gesamte nichtkommunistische Welt, gemäß ihrer Einsicht in deren Interessen.[95]

Arthur Schlesinger Jr., der eine weniger hohe Meinung von Kennedys und Johnsons zivilen Offizieren hat, weigert sich ebenfalls, einzelne von ihnen oder ihr Haupt wegen ihrer Rolle im gewaltigen nationalen Unternehmen als in besonderer Weise »schuldig« zu brandmarken. In dem bereits zitierten Passus, der die These von »Sumpf« (wörtlich: Morast) formuliert, versichert er:

Es wäre nicht nur müßig, sondern auch ungerecht, Schuldige zu suchen ... wir sind heute in einen Krieg verstrickt, den kein Präsident, einschließlich Johnson, wünschte oder beabsichtigte. Die Geschichte von Vietnam ist eine *Tragödie ohne Bösewichte.* Kein vernünftiger Amerikaner kann Johnson seine Sympathie verweigern, wenn er die düsteren Entscheidungen, die uns bevorstehen, abwägt.[96]

[95] Townsend Hoopes. »The Nuremberg Suggestion«, *Washington Monthly,* Dezember 1969; Hervorhebung nicht im Original. Mit einer Antwort wieder abgedruckt in »The Hoopes Defense«, von Judith Coburn und Geoffrey Cowan, *Village Voice,* 29. Januar 1970. Vgl. auch den schlüssigen Kommentar von Peter Weiss (mit einer Replik von Hoopes) in *Washington Monthly,* Juni 1970, S. 4-8.
In keinem seiner Kommentare (und auch nicht in seinem *Foreign Affairs*-Aufsatz »*Legacyof the Cold War in Indochina«,* Juli 1970) geht Hoopes von dieser Beurteilung der Absichten und Qualitäten der Johnson Berater ab, obgleich man doch erwarten könnte, daß er diese Beurteilung an ihren Amtshandlungen, die in zunehmendem Maße bekannt wurden, und dem Verantwortungsgefühl, das sie nach dem Verlassen ihres Amtes an den Tag legten, überprüft. Zu meinen Gedanken über diese Probleme vgl. »Die Verantwortlichkeit von Regierungspersonen in einem verbrecherischen Krieg«.

[96] *The Bitter Heritage,* S. 47, 48. Hervorhebungen nicht im Original. Schlesingers spätere Kommentare, die wir zitiert haben (»In jedem Stadium unseres Versinkens in den Morast haben die Militärs die entscheidende Rolle gespielt ... An jedem Punkt des schrecklichen Weges haben uns die Generale versichert ...«), liefern zur Tragödie auch noch Bösewichte, wenn auch keine zivilen. Wenn er es nicht mehr für müßig hält, nach Schuldigen zu suchen, wäre ihm mindestens vorzuwerfen, daß er ungerecht ist.

Einige diese Passagen lesen sich wie Darstellungen der Gefühle, die Hoopes zum Ausdruck bringt: »Unser Land braucht keine Strafe, sondern Heilung ...« (Vielleicht ist im Interesse unseres Landes beides vonnöten.) Er fährt einleuchtend fort: »Heilung in Gestalt eines tieferen Verständnisses unserer Probleme und der Probleme anderer«; doch in all diesen Passagen und den Ausführungen, in die solche Formulierungen eingebettet sind, wird spürbar, daß die Tendenz zur Entlastung, zur Abwehr von Strafe das Anliegen eines tieferen Verständnisses stark in den Hintergrund drängt.
Der Gehalt der in diesem Papier gezogenen, vorläufigen Schlüsse und meine Kenntnis, die sich aus der Arbeit am Problem ergab, und zu jenen Schlüssen führte, verweisen darauf, daß jemand, der sich darauf verlegt, den Konflikt auf unserer Seite als »Tragödie ohne Bösewichte« zu betrachten, kaum zu einem präziseren Verständnis der wohlbehüteten Informationen und der zur Debatte stehenden Ereignisse gelangt; wir hätten es in diesem Fall mit Kriegsverbrechen ohne Verbrecher, Lügen ohne Lügner zu tun und einem Prozeß unschuldiger Irreführung.
Vielen ehemaligen Beamten liegt vor allem daran, die amerikanischen Institutionen und Behörden (und sicher auch einige ihrer Vorgesetzten und Kollegen, wenn nicht sich selbst) gegen die schärfsten Vorwürfe in Schutz zu nehmen. »Lyndon Johnson war nicht einmal in seinen schlimmsten Momenten ein böser Mann in dem Sinne, wie man es von Hitler behaupten würde – obgleich er ziemlich nachlässig genannt werden kann« –, bemerkt Hoopes. Dies führt dazu, daß sie einen äußerst irrigen Standpunkt in der Analyse des gelaufenen Prozesses, der Rollen und Motive einnehmen und auch verbreiten – was ihnen eigentlich aufgrund ihrer eigenen Erfahrung und der ihnen als Beamten zur Verfügung stehenden Information klar sein müßte.
So folgt hier aus dem Bemühen – vorgeblich um des »objektiven Urteils« willen –, sich gegen Selbsttäuschungen und den Vorwurf des »Unmoralischen« zu verteidigen, ein historischer und analytischer Fehler. Und dieser hat politische Konsequenzen: Er billigt die Täuschungsmanöver, die es einer Reihe von Präsidenten ermöglichten, sich für ihre Politik der Intervention in Vietnam die Unterstützung zu sichern.
Natürlich muß das Vertreten einer bestimmten Ansicht nicht unbedingt bedeuten, daß man sie auch für richtig hält. Doch in diesem Fall hat die Einschätzung, um die es geht, eine riesige Anziehungskraft. Man kann annehmen, daß im Bild vom Sumpf tiefere, emotionale Anliegen zum Ausdruck gelangen, wenn es beständig in den kräftigen Strichen

politischer Cartoons in Massenblättern auftritt. Besonders deutlich wurde dies in den Leitartikeln während der Invasion in Kambodscha.
Während dieser Woche, als die Fotos auf der ersten Seite ungewöhnliche Bilder eines Blitzkrieges zeigten – Tanks, die in Formation über Felder hinwegrollen und Staubwolken hinter sich her ziehen, Heuschreckenschwärme von amerikanischen Hubschraubern, die neue Grenzen überfliegen –; als die Reporter anschauliche Schilderungen des zerstörten und geplünderten kambodschanischen Dorfes Snoul vermittelten, stellten die Zeichnungen der Titelseiten Uncle Sam und GI-Joe dar, wie sie benebelt, halb versunken von einem Sumpf mit der Aufschrift »Vietnam« in einen anderen, »Kambodscha« waten. Bilder der Ohnmacht, Passivität, die in ironischem Gegensatz zu den Nachrichten und Fotos standen, die klarmachten, was die Amerikaner in SO-Asien wirklich taten; die auch den Bemühungen des Präsidenten widersprachen, alle Vorstellungen von Amerika als einem »bedauernswerten, hilflosen Riesen« zu vertreiben.
Eine Karikatur in der Times zeigte einen »US-Bürger« völlig zerlumpt auf einem Floß, vor dem drei gewaltige Wale ihre Rachen aufsperrten, die mit »Vietnam«, »Kambodscha« und »Laos« beschriftet waren.
Wale?
Die Bilder offenbaren, wenn sie weit genug getrieben werden, ihren Gehalt. Die Größenverhältnisse in der Darstellung der Beteiligten, die Richtung der Bedrohung wurden schlicht umgekehrt. Die wirkliche Rolle Amerikas in und gegenüber Indochina wurde in unglaublicher Weise verfälscht – und gerade dann, als man vorgab, sie zu überprüfen. Und in Verbindung mit den Karikaturen, auf denen der Triebsand dargestellt worden war, wird das Selbstmitleid, die Besorgnis um die ernste Lage von Uncle Sam deutlich; und schließlich fragt man sich: Wo sind die Asiaten, die Kambodschaner, die Laoten und die Vietnamesen in diesen Zeichnungen?
Offenbar – etwas anderes wird nicht angedeutet – sind sie die Partikel des Sumpfes, die kleinen Brocken des breiigen Schlamms, der GI-Joe verschlingt und nicht mehr freiläßt …
Es sind also nicht nur Präsidenten und Kabinettsmitglieder, die den starken Drang verspüren, ihre Verantwortung für Vietnam zu leugnen – und denen dies gelingt. Die Täuschungsmanöver der Exekutive geben dem »Sumpfmodell« in bezug auf die *Öffentlichkeit*, ja selbst auf den Kongreß den Anschein von Realität, den er für den Präsidenten nicht hat; die Verantwortung der Belogenen ist – selbst bei einer beständig gleichgültigen Haltung – nicht so groß wie die der Lügner. Dennoch

fühlen sich viele Amerikaner in den Augenblicken des Zweifels wieder sicher, wenn sie sich »Amerika als Opfer« vorstellen – ebenso wie sich Präsidenten und ihre Anhänger Trost und politische Sicherheit durch das Bild des Triebsandes verschaffen, in dem der Präsident als Opfer erscheint. Das eine Bild hat nicht mehr mit der Wirklichkeit zu tun als das andere, und weder das nationale Selbstverständnis noch die Befreiung aus dem Dilemma lassen sich in dieser Weise darstellen.

Um den Verlauf des Krieges zu verstehen, wie er sich in den Dokumenten, die hinter den öffentlichen Äußerungen verborgen blieben, darstellt; um die Interessen zu begreifen, die nie zu Papier gebracht wurden, aber die Entscheidungen bestimmten, nun die Geschichte zu erkennen, die in die Köpfe der Bürokraten eingegraben ist; um dieses Verständnis in Vorstellungen zu übersetzen, die näher bei der Realität liegende Aktionen ermöglichen, muß man sich zuallererst klarmachen, daß es die Amerikaner sind, unsere Führer und wir selbst, die einen Sumpf anlegen, eine Falle für andere Opfer bauen: *Unser* Vorgehen, unsere Politik ist der Sumpf, in dem Indochina ertrinkt.

Der Mechanismus des Patt – Eine schematische Übersicht

Legt man für Entscheidungen des Präsidenten folgende Richtlinien (A) zugrunde, so ergeben sich unter den Bedingungen des Vietnam-Konflikts, wie sie von denen, die in Washington bestimmen, wahrgenommen werden, politische Schritte und Maßnahmen, die ziemlich genau dem entsprechen, was an den zentralen Punkten der Eskalation von 1950–68 beschlossen wurde (allerdings muß dies nicht für die dazwischenliegenden Phasen der Fall sein; die Entscheidungen der Präsidenten zu einer relevanten Eskalation des amerikanischen Eingreifens sind eigentlich nur in den kritischen Situationen gefällt worden, als ein Scheitern drohte). In Verbindung mit den Entscheidungen zwischen den Eskalationspunkten, den institutionellen Konsequenzen (einschließlich der Auswirkung auf die Erwartungen) und den externen Faktoren – hauptsächlich dem Verhalten der vietnamesischen Regierung und der DRV bzw. des Vietcong – läßt sich aus diesen Regeln eine Entwicklung der Politik, des Eingreifens und des gesamten Konflikts ableiten, die sich mit dem deckt, was unsere Beobachtungen für den betreffenden Zeitraum ergaben (B, C, D)

A. *Regeln für die Entscheidungen in Krisensituationen*

Regel 1: Verliere vor den nächsten Wahlen nicht Südvietnam[97] an die Kommunisten und lasse auch nicht den Eindruck eines solchen Verlustes entstehen!

Regel 2: Wenn nicht die Erfüllung von Regel 1 es erfordert, ist in einer akuten oder drohenden Krisensituation zu vermeiden:
- a) die Bombardierung von Süd-Vietnam und Laos;
- b) die Bombardierung von Nord-Vietnam;
- c) die Entsendung von Kampftruppen nach Vietnam;
- d) die Entsendung von Kampftruppen nach Laos oder Kambodscha;
- e) die Einrichtung von spezifischen Kontrollinstanzen für Kriegszeiten;
- f) die Zerstörung von Hanoi, Haiphong und des Deichsystems; die Verminung des Hafens von Haiphong;
- g) Reserven zu mobilisieren;
- h) offen die volle Regierungsgewalt und das militärische Kommando in Süd-Vietnam zu übernehmen;
- i) eine Invasion nach Nord-Vietnam zu unternehmen;
- j) der Einsatz von Kernwaffen;

Regel 3: Führe Maßnahmen durch, die
- a) das Risiko eines Verlustes – oder die öffentliche Erwartung einer

[97] Für den Zeitraum von 1949 bis 1954 ist hier »Vietnam«, näher »Tonkin« zu lesen.

schließlichen Niederlage – innerhalb der nächsten sechs Monate auf ein Minimum senken, möglichst ohne Verletzung der Regel 2.

b) falls sich ohne Aktionen, die von Regel 2 ausgeschlossen werden, das Risiko erhöht, durchbreche die Beschränkungen[98] und setze die zu einer Herabminderung des Risikos notwendigen Mittel ein,

c) sofern es mit Regel 1 vereinbar ist, gilt es bei der Durchführung von nicht mehr verbotenen Aktionen die Chancen auf einen Sieg zu maximieren, d.h. die Kommunistische Partei in Süd-Vietnam auszuschalten und ein nichtkommunistisches Regime einzusetzen,

d) sofern es mit Regel 1 vereinbar ist, sind keine Aktionen zu unternehmen, die den Anschein erzeugen, daß ein endgültiger »Sieg« ausgeschlossen ist oder daß auf ihn verzichtet wird: d.h. keine »no-win strategy«.

B. *Konsequenzen für die US-Politik*

Das daraus resultierende Vorgehen ergibt im Vergleich mit den *internen Vorhersagen, Empfehlungen und festgesetzten Zielen* (aber auch mit den *öffentlichen* Verlautbarungen) gewisse Diskrepanzen, die den Anschein erwecken, daß die Politik bewußt auf die Erhaltung des Patt ausgerichtet sei.

1. Wegen der kurzfristigen Orientierung von Regel 1

a) wird der Eindruck erzeugt (der auch zutrifft), daß der eingeschlagene Kurs ausschließlich auf kurzfristigen Erwägungen beruht, so daß erhebliche Differenzen bezüglich langfristiger Kosten, Risiken, Vorteile, der Wahrscheinlichkeit des Erfolgs zugunsten einer geringen Senkung des kurzfristigen Risikos vernachlässigt werden (d.h. im Vordergrund steht die Gefahr, Süd-Vietnam in den nächsten sechs Monaten oder vor den nächsten Wahlen zu verlieren).

b) werden die beschlossenen Programme intern als *unangemessen* – bestenfalls als »gewagte Unternehmen« – für die langfristige Entwicklung bezeichnet, d.h. sie bringen weder einen »Sieg« noch können sie die Niederlage verhindern (was im Gegensatz zu den öffentlichen Äußerungen und zu anderen vorgeschlagenen, aber abgelehnten Vorgehensweisen steht).

c) beruht die praktizierte Politik hauptsächlich auf militärischen – mehr als auf politischen – Mitteln, Zielsetzungen, Gesichtspunkten und betont die exekutive Verantwortung auf vietnamesischer und amerikanischer Seite.

2. Um den Verzicht auf die nur bedingt zugelassenen Mittel zu kompensieren (Regel 2), stützt sich die Politik vor allem auf

a) alliierte Bodentruppen;

[98] Im allgemeinen entsprechend der Reihenfolge, wie sie unter Regel 2 angegeben ist, obgleich sich natürlich den Umständen und der Einschätzung gemäß Umstellungen von aufeinanderfolgenden Punkten ergeben können.

b) Verpflichtungen und Versprechen gegenüber Verbündeten; Warnungen und Drohungen gegenüber Feinden;
c) geheime Aktivitäten;
d) andere zugelassene Mittel (einschließlich Wirtschafts- und Militärhilfe; Berater, Unterstützung im Versorgungs- und Transportwesen, Hilfe durch die Luftwaffe).

3. Aus Gründen, die in Regel 1 und 2 angelegt sind, folgt:
a) die USA unterstützen ein rechtes, antikommunistisches, »proamerikanisches«, autoritäres Regime in Saigon, das nur über eine schmale politische Basis verfügt (um es zu schaffen oder aufrechtzuerhalten, wird interveniert), obgleich man weiß, daß ein solches Regime unfähig ist, eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zum Zwecke der langfristigen Unabhängigkeit zu gewinnen. Dabei wird auf jeglichen Druck in Richtung auf eine »Öffnung« der Regierung und »Reformen« verzichtet, also Verhältnisse akzeptiert, in denen der amerikanische Einfluß auf diese »Ziele« wie auf die meisten übrigen politischen Schritte der Regierung von Vietnam recht schwach ist. (Zwischen 1946 und 1954 war der Einfluß der USA auf die Kolonial- und Militärpolitik des französischen Bündnispartners ähnlich gering; auch damals verzichteten die USA auf jeglichen Druck, obgleich sie wesentliche Unterstützung gewährten.)
b) In Mitteilungen an den Kongreß und die Öffentlichkeit verhält sich die Regierung in folgender Weise:
(1) sie gibt sich optimistisch (im Gegensatz zu den internen Einschätzungen zum Zeitpunkt der Entscheidung), und zwar im Hinblick auf die langfristigen wie kurzfristigen Aussichten der laufenden Programme.
(2) sie verschweigt (notfalls durch Täuschung und Lüge) alle Hinweise darauf, daß die laufenden Unternehmungen ungenügend sind; sie verheimlicht also
a) pessimistische Analysen und Einschätzungen;
b) interne Empfehlungen von umfangreicheren Operationen;
c) die Planung größerer Operationen.
(3) sie stellt das strategische Interesse der USA in den eindrucksvollsten und ernstesten Kategorien dar, wobei an einem nichtkommunistischen Vietnam entsprechend den Prämissen der Domino-Theorie festgehalten wird (ohne Rücksicht auf Übereinstimmung mit den Analysen des Geheimdienstes).
(4) sie verheimlicht (durch Lügen oder bewußte Irreführung) das volle Ausmaß der beschlossenen Programme sowie derer für die eine Billigung zu erwarten ist; stattdessen erzeugt man den Eindruck, daß der durchkalkulierte Plan lediglich ein Resultat von aufeinanderfolgenden, unwichtigen, bedingten *ad hoc* – Entscheidungen sei.

C. *Die Konsequenzen der Eskalation innerhalb der Behörden*
Es entsteht die bürokratische Tendenz – außer in militärischen oder finanziellen Krisen –, Vorgesetzten zu versichern, daß die laufenden Programme adäquat und erfolgreich sind; Informationen zu liefern, die dem entsprechen, was man der Öffentlichkeit gegenüber erklärt hatte und die schließlich auch die Überzeugung bestärken, daß diese öffentlichen Verlautbarungen korrekt seien. Aus dieser Tendenz leiten sich folgende Konsequenzen ab:
1. Die *interne Berichterstattung* über die Operationen, die Analysen der Programme und die Erwartungen auf höchster Ebene (obgleich nicht notwendig die Lagebeurteilungen des Geheimdienstes) entwickeln sich allmählich – nachdem die Beschlüsse in die Tat umgesetzt worden sind, – in die Richtung des öffentlich zur Schau getragenen Optimismus; anfängliche Reaktionen des Vietcong und der vietnamesischen Regierung auf die Eskalation bestärken diesen Trend und leiten eine Phase B ein, in der als Folge der Phase A (Krise und Eskalation) eine echte Euphorie entsteht.
2. Während dieser »euphorischen Auswirkung« der Eskalation setzt sich die Regierung höhere Ziele (man legt mehr Gewicht auf einen langfristigen »Sieg«); diese veranlassen den Präsidenten aber nicht zu einer qualitativen Eskalation – obwohl dies konsequent wäre – sondern zu einer quantitativen Steigerung der Maßnahmen; man läßt sich auf rasch steigende *Kosten* und zunehmend optimistische Prognosen gegenüber der Öffentlichkeit ein.

D. *Konsequenzen für die weitere Eskalation*
1. Die Eskalation selbst und die Auswirkungen für die Behörden vergrößern den Einsatz für die Regierung und ihren Nachfolger; zugleich verstärken sie die Tendenz zur Befolgung der angeführten Regeln, sobald ein Aufschwung auf kommunistischer Seite oder ein Zusammenbruch der Regierung erneut eine Krise erzeugt.
2. Die ständig gelieferten Analysen des Nachrichtendienstes – denen zufolge der Vietcong und die DRV *wahrscheinlich* ihre langfristigen Ziele in Süd-Vietnam angesichts der amerikanischen Eskalation *nicht* aufgeben, stattdessen den verstärkten Bemühungen der USA und der vietnamesischen Regierung in einem Ausmaß entgegentreten, das sie zum Scheitern und an den Rand einer Niederlage bringt – sind *korrekt:* Das Ergebnis der oben angeführten Richtlinien für die Entscheidungen des Präsidenten besteht also in dem, was John T. McNaughton im Januar 1966 ein »eskalierendes militärisches Patt« genannt hat. (PP, IV, 47)

Bombardement und sonstige Verbrechen

»Die Lösung in Vietnam heißt: mehr Bomben, mehr Granaten, mehr Napalm ... bis die andere Seite zusammenbricht und aufgibt« – Brigadegeneral William C. De Puy, Befehlshabender General, 1. US-Division, Lai Khe, am 13. Januar 1967.

Mitte Januar 1967 lud mich Brigadegeneral De Puy, der gerade im Begriffe war, von seinem Posten als Befehlshaber der 1. US-Division nach Washington zurückzukehren, zum Essen ins Hauptquartier in Lai Khe ein; es war dies im Einsatzgebiet des III. Korps rings um Saigon. Als leitender Planer für General Westmoreland, bevor er den Befehl der Big Reds übernahm, war De Puy einer der erfahrensten Offiziere in Vietnam; auch trug er ein gut Teil Verantwortung für die Gestalt und die Durchsetzung unserer Militärpolitik und für die Anwesenheit von US-Kampftruppen überhaupt, deren Einsatz er 1964–65 befürwortete. Da er nun Special Assistant des Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs werden sollte – und zwar für den Bereich »Special Activities«, d.h. für die Niederschlagung von Aufständen und Geheimoperationen, waren die Ansichten, die er aus seiner Kampferfahrung im III. Korps nach Hause mitbrachte, von besonderem Interesse. Ich gab sie an meinen Vorgesetzten, den stellvertretenden Botschafter William Porter weiter, der damals für alle zivilen Maßnahmen in Vietnam verantwortlich war.
Mein Bericht begann mit der oben zitierten Äußerung von De Puy, die er wie einen Slogan ausgesprochen hatte. Ich zitierte ihn auch weiterhin wie folgt:

Wir machen dem Vietcong das Leben sauer ... zumindest schätze ich das so ein. Schließlich werden sie sagen: »Die sind uns überlegen« – (hier fügte De Puy ein: Ich glaube weniger an unsere Geisteskraft als an unsere Feuerkraft.) – »unsere Sache ist zwar gerecht, doch jetzt reichts. Lügen wir den Amerikanern ein paar Jahre etwas vor und lassen sie nach Hause gehen.«
Wir gewinnen den Krieg. Wir töten Vietcong-Guerillas und reguläre Streitkräfte, zerstören ihre Basen, ihre Lebensmittel – und Waffenverstecke, gewinnen immer mehr Überläufer. Wenn man in Washington einen schnellen Sieg wünscht – wegen der Wahlen oder so –, könnten sie noch fünf Divisionen schicken und die Sache schneller erledigen lassen. Wenn sie es jedoch nicht so eilig haben, so verrichten wir mit dem, was wir haben, d.h. zusammen mit der 9. Division, unseren Auftrag. Die Befriedung hat nirgendwo funktioniert. Aber die 1. Division tut eines: Sie tötet Guerillas.
Wir haben jetzt ein langfristiges Programm zur Zerstörung des Phu Loi Bataillons.

Gewöhnlich muß man die Abteilungen des Vietcong durch ständiges Sondieren, Durchkämmen der Gegenden, wo sie ausgebildet werden, sich ausruhen und ihre Stützpunkte haben, aufreiben. Permanente Bombardierung der Stützpunktgebiete; wir könnten einen Apparat gebrauchen, der anzeigt, wenn jemand in ein Gebiet eindringt, damit wir es dann sofort bombardieren können.
Bei Kampfhandlungen ist schnelle Reaktion geboten; mit Luftwaffeneinsätzen. Selbst gegen einen Trupp Scharfschützen würde ich aus der Luft vorgehen; Artillerie taugt nichts, wenn sie von oben keine Unterstützung bekommt.

Ohne Zweifel praktizierte De Puy auch das, was er vertrat. Als ehemaliger Infanterie-Offizier einer kleineren Einheit überraschten mich vor allem die folgenden Aussagen, wie ich in meiner Notiz festhielt:

Auch in der Diskussion der Taktik gegen Scharfschützentrupps in bevölkerten Gegenden bezog er sich nie auf Angriffshandlungen kleiner Bodeneinheiten. Ein hoher US-Beamter (John Vann), der vor kurzem einen Tag mit De Puy in dessen Kommandohubschrauber verbrachte, berichtete, daß sie zwei Stunden lang ein kleines Gehölz durchkämmten, in dem einige Vietcongs gesehen worden waren, dabei ihre 50-Kaliber MGs benutzten und einige Male zur Beschaffung von Munition zurückfliegen mußten, obwohl sich in der Nachbarschaft ein Bataillon der 1. Division befand; ein Zug war nur ein paar hundert Yards entfernt, wurde aber von De Puy nicht eingesetzt. Der Beamte stellte die Besorgnis De Puys um eventuelle US-Verluste bei Bodenaktionen (die an das Vorgehen der südvietnamesischen Armee erinnerte) seiner *persönlichen* Aggressivität und seinem Mut gegenüber. (Er entläßt Kommandeure mitten in Aktionen; bedient das Funkgerät in seinem Hubschrauber selbst und fliegt direkt ins Kampfgeschehen; so befehligt er eine im Kampf befindliche Division auf ganz neue Weise. Er lud mich ein, einen Tag mit ihm im Hubschrauber zu verbringen und erzählte, daß er unter einer Höhe von fünfzig Fuß zu fliegen gewohnt sei – »von 1500 Fuß Höhe sieht man nichts« – und daß sein Hubschrauber bereits »vierzig bis fünfzig Mal« getroffen worden sei.)

Wenn ich diese Aufzeichnungen 1972 wieder lese, frappiert mich diese Art des »American Way of War«, die in taktischer Hinsicht der großen Strategie der Nixon-Doktrin von der »Vietnamisierung« des Krieges entspricht, indem sie auf eine Minimierung amerikanischer Infanterieverluste abzielt. Die Strategie geht sogar noch einen Schritt weiter, indem man eingeborene oder Söldnertruppen als lebenden Köder benutzt, um der Luftwaffe und der Artillerie ihre Ziele zu verschaffen. Ob als Kampftaktik oder als Außenpolitik – unsere Kriegsführung beruht auf dem wahllosen Einsatz von Artillerie und Luftwaffe, der unzählige My Lais als Norm – und nicht als schockierende Ausnahme – geschehen läßt.
Meine Notiz fährt fort: »Wenn dieses Vorgehen im Delta praktiziert

wird« – und in strategischer Hinsicht ist ein Großteil von Asien also das Gebiet, in der die Nixon-Doktrin zur Anwendung gelangt, ein Delta – , »wird man größere zivile Opfer kaum vermeiden können.«

Als ich dieses Memo schrieb, war ich gerade von einem zehntägigen Aufenthalt bei einer amerikanischen Einheit im Delta zurückgekehrt. (Vgl. den folgenden Bericht: »Kriegsverbrechen und My Lai« über die Vorfälle in Rach Kien in der Provinz Long An.) Meine Anmerkungen beziehen sich auf die Besorgnis von Botschafter Lodge und seinem Stellvertreter Porter über die zu erwartenden Auswirkungen der amerikanischen Einsätze in den dichtest besiedelten Gebieten von Süd-Vietnam. Wie das Gebiet des IV. Korps war auch die südliche Region des Bereiches, in dem das III. Korps, von dem ich gerade zurückkehrte, so dicht besiedelt, daß – außer in den überfluteten Reisfeldern – kein Hubschrauber landen konnte, ohne ganze Haufen von Strohhütten wegzublasen. Diese Hütten waren voller Frauen und Kinder; einige von ihnen wurden mit Sicherheit auch »weggeblasen«, als die Hubschrauber ihre Geschütze und MGs einsetzten oder stärkeres Feuer in der Nähe dieser Behausungen anordneten, d.h. in der Nachbarschaft von Verkehrslinien, Kanälen oder trockenem Land.

Während der »Säuberungs«aktionen in diesem Gebiet begleiteten mich Horst Faas und Peter Arnett, die beiden erfahrensten Kriegsberichterstatter in Vietnam, einen Teil des Tages. Obgleich das Bataillon bei dem wir uns aufhielten, nicht zur 1. Division gehörte, wurde De Puys Name genannt. Als wir in feindliches Feuer gerieten, sagte Faas: »De Puy würde jetzt in seinem Hubschrauber die Gegend überfliegen, und zwar in etwa 50 Fuß Höhe.« Als die gegen einen Trupp Scharfschützen angeforderte Artillerie nur langsam anrückte, sagte Arnett: »De Puy hätte den Kommandeur der Artillerie sofort entlassen.« Und als verschiedene Meldungen eingingen, daß sich Vietcongs im Dickicht und in den umliegenden Dörfern aufhielten, bemerkte einer von ihnen: »De Puy würde diese Punkte mit Artillerie und Bomben bedecken, ob nun Delta oder nicht.« Ich fragte De Puy selbst: »Würden Sie dieselbe Taktik im Delta anwenden?« Er überlegte einen Augenblick und antwortete:

Zwar haben wir im Delta mehr Bevölkerung als gewöhnlich in unserem Einsatzgebiet; dennoch würde ich einen Luftangriff anordnen – zuvor würde ich Flugzeuge mit Lautsprechern und Flugblättern einsetzen, um die Leute aufzufordern, sich binnen 5 Minuten aufs freie Feld zu begeben (wo ich sie alle durchsuchen lassen würde) um dann den Ort unter Beschuß zu nehmen. Wenn der VC ihnen nicht das Verlassen der Siedlungen gestattet, ... so macht er sich unbeliebt. Wie bereits gesagt: Es braucht mehr Bomben, Granaten und Napalm ...

Kurze Zeit später verließ De Puy Vietnam – seine taktischen Prinzipien blieben jedoch zurück. Brigadegeneral Julian Ewell hob für die Hubschrauber, die auf Boote in den Kanälen feuerten, deren beide Ufer dicht besiedelt waren, jegliche Beschränkung auf; so meldeten die Berichte der Division über das Verhältnis von Verlusten bei Feind und Freund Ziffern, die ihresgleichen in der Kriegsgeschichte suchen. Die Anzahl der feindlichen Waffen, die bei solchen Raten von »Feind-Verlusten« erbeutet wurden, war – wie in My Lai – ziemlich gering; eigentlich kann man sie vernachlässigen. Die Provinzkrankenhäuser waren von verwundeten Zivilisten überfüllt: Die Statistiken oder die wöchentlichen Meldungen, die im heimatlichen Fernsehen gesendet wurden, erwähnten dies nie. Ewell hat einen Stern dazubekommen und wurde später dem Verhandlungsstab in Paris zugeteilt.

Die amerikanische Art, Krieg zu führen

Der Vertrag von Rand mit dem Verteidigungsministerium enthielt die Bestimmung, daß jede öffentliche Äußerung eines Angestellten zu Problemen aus dem Bereich seiner Forschungsarbeit für die Regierung durch das Ministerium zu kontrollieren ist, nicht nur aus Gründen der »Sicherheit« (d.h. der Geheimhaltung der vertraulichen Informationen), sondern auch wegen der politischen Akzeptabilität. (In anderen Worten: Jede Rede, jeder Artikel, jedes Buch eines Beamten oder Angestellten in einem »Denk-Silo« wie der Rand-Corporation hat – Zeile für Zeile – eine Regierungszensur durchlaufen, obwohl das Produkt keinen Stempel »akzeptiert« trägt; nie kann man davon ausgehen, daß ein Text in seiner ursprünglichen Fassung erscheint oder so, wie ihn der Autor vorgelegt haben würde, wenn es keine Zensur gegeben hätte. Das Anzeichen für »politische« Bedenken bestand dabei seltener in speziellen Klagen oder Bitten um Streichungen, sondern in extrem langer »Bearbeitungs«zeit.)
Eine Ausnahme von dieser Zensur galt nur für spontane Äußerungen in Seminardiskussionen und deren Niederschriften. Der folgende Kommentar stammt aus einer solchen Diskussion aus einem Seminar »Lessons on Vietnam« am Adlai Stevenson Institute in Chicago, Ill. vom Juli 1968; die Niederschrift wurde später von Richard M. Pfeffer unter dem Titel *»No More Vietnam«* (New York, 1968) veröffentlicht. Ich ging auf einen Punkt ein, den Theodore Draper in die Diskussion gebracht hatte; die Anmerkungen wurden nachträglich hinzugefügt.

Bei Rand wurde dieser Beitrag damals kaum beachtet; als wichtigste Grundlage für die Forschungen sah man die Informationen der Luftwaffe an. Ich äußerte diese Anmerkungen kurze Zeit nach der Zerstörung großer Teile von Hue und Saigon, der Städte Can Tho und Ben Tre im Delta. Ben Tre war die Provinzhauptstadt von Kien Hoa, deren Chef mein Freund Tran Ngoc Chau war, als ich ihm 1965 zum erstenmal begegnete; er vertrat diese Provinz auch in der Nationalversammlung. Dies war die Stadt, »die, um gerettet zu werden, zerstört werden mußte«.

Theodore Draper äußerte sich wie folgt:

»Massive Vergeltungsschläge«, diese gewaltige Doktrin der fünfziger Jahre, rettete uns vor einer größeren Intervention in Vietnam 1954. Ihre Nachfolgerin, die unter verschiedenen Bezeichnungen bekannt ist – als »begrenzte Kriegsführung«, »stufenweises Zurückschlagen« oder »flexible Reaktion« – bewahrte uns nicht vor einer zunehmenden Intervention nach 1961 und insbesondere seit 1965. Ich nehme tatsächlich an, daß die Doktrin der »begrenzten Kriegsführung«, die in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre außerhalb der Regierung entwickelt wurde, teilweise dafür verantwortlich gemacht werden muß, daß wir in den Krieg so hineingeschlittert sind.

Ich bin nicht der Ansicht, daß die Theorie der begrenzten Kriegsführung es war, die die Amerikaner dazu ermutigt hat, in den sechziger Jahren unsere Vietnam-Entscheidungen zu billigen.[1] Ich glaube, es war noch etwas anderes; bestimmte Haltungen und Erwartungen, die sich mit der amerikanischen Weise der Kriegsführung verbanden.
Insbesondere ist in den USA seit dem Zweiten Weltkrieg der Glaube an die Wirksamkeit und Eignung von Flächenbombardements, und besonders von strategischen Bombeneinsätzen verbreitet, die auf die industriellen Ressourcen und die Bevölkerung des Feindes abgestellt sind. Diese Überzeugung spielt eine wesentliche, wenn nicht die entscheidende Rolle für unser Engagement; sie vermittelte uns Sicherheit und das Vertrauen darauf, Vietnam halten zu können; schließlich bot sich auch aufgrund dieser Annahme die Eskalation an, mit der sich die Erwartung eines endgültigen Erfolges verband.
Im Jahre 1961 standen Maxwell Taylor und Walt Rostow an der Spitze

[1] Ich habe inzwischen meine Meinung über die Ansicht von Draper geändert; sie hat einiges für sich, obgleich sich der Einfluß der Doktrin des »begrenzten Krieges« auf die Entscheidungen der Politiker nicht in der einsinnigen Weise bemerkbar machte – hier spielten sich die Auseinandersetzungen mit den Militärberatern über die Notwendigkeit des Einsatzes von Kernwaffen ab. Im vorliegenden Buch wird dieses Problem nicht diskutiert, mit Ausnahme einiger Anmerkungen im letzten Kapitel.

einer Gruppe von Männern, die für eine größere Intervention und den Einsatz von Bodentruppen eintraten. Diese beiden wiesen bereits 1961 auf das wesentliche Problem hin, daß man der Infiltration Einhalt gebieten müsse. Sie nahm – zurecht oder zu unrecht – den Standpunkt ein, daß die Schwierigkeiten im Süden nicht zu bewältigen seien, falls es nicht gelänge, die Infiltration vom Norden zu unterbinden – und zwar nicht in ihrer damaligen Gestalt, sondern so, wie sie künftig auftreten würde.
Sie stellten ganz klar fest, daß wir – wollten wir in den ersten Phasen erfolgreich sein – mit einem hohen Grad der Infiltration rechnen müßten, die auf irgendeine Art und Weise beendet werden müßte. Privat und öffentlich haben sie den einzig effektiven Weg, die Infiltration aufzuhalten, angegeben: Bomben.
So beruhte ihre Empfehlung für ein erweitertes Eingreifen der USA in Vietnam auf der impliziten Annahme, daß der Norden – falls es notwendig werden und für wirksam gehalten würde – bombardiert wird.[2] Kennedy mag diese Überlegung akzeptiert haben oder nicht – die Berichte lassen dies offen. Bei den vorhandenen Positionen innerhalb der Militärbürokratie und der breiteren Öffentlichkeit wäre es jedoch sogar für den Präsidenten schwierig gewesen, sich dieser »Lösung« zu verschließen. Jedenfalls wurde nie ein ernsthafter Alternativvorschlag zur Behandlung dieses zentralen Problems gemacht.
Als sich im Jahr 1965 in vieler Hinsicht Schwierigkeiten in Vietnam ergaben, insbesondere durch den Zwang, unser Engagement zu demonstrieren, war Johnson nicht bereit, sofort Truppen zu entsenden; doch in einer Hinsicht fiel dem amerikanischen Präsidenten eine Demonstration leicht: durch Bombardements, die sich auch unter anderen Gesichtspunkten als natürliche Lösung für unsere Probleme anboten. Eine der Grundannahmen unserer Politik bestand darin, daß sich irgendwie schon alles zum besten wenden würde. Und 1966 und 1967 erhielt man diese Hoffnungen – trotz Enttäuschungen – aufrecht, so daß sie unser fortgesetztes und verstärktes Engagement begünstigte.
Vor kurzem hat ein ehemaliger Botschafter Vietnams in den USA (Vu Van Thai) die Bitte geäußert, daß wir, wenngleich er die Entwicklung in Vietnam sehr pessimistisch beurteile, keinen überstürzten Abzug vornehmen sollten. Er sei gegen einen sofortigen Abzug, obwohl er glaube, daß das Leben unter kommunistischer Herrschaft besser wäre als die Fortsetzung des Krieges, der seit 1965 – also nicht schon seit 61 oder 1964 –, sondern seit den Bombardements von Süd-Vietnam, also seit

[2] Vgl. PP, II, 73–120, vor allem auch 97–98.

dem Einsatz unserer Truppen seine Gesellschaft zerstört, sie in einen »gewaltigen Zoo«, in ein »riesiges Flüchtlingslager« verwandelt habe. Dennoch war der Botschafter nicht für eine Beendigung des Krieges und einen raschen und totalen kommunistischen Sieg, da er befürchtete, dies würde die Nord-Vietnamesen innerhalb von fünf Jahren in Thailand zu Aktionen ermutigen, *die uns dazu veranlassen könnten, Vietnam völlig zu zerstören.*

Die Hilferufe an die Amerikaner und das darauffolgende Bombardement in Nord - und Südvietnam haben keinen Erfolg gebracht; das Bombardement und der Beschuß des Südens haben lange genug gedauert, um die Gesellschaft in Süd-Vietnam völlig und wohl auch anhaltend zu zersetzen. Im allgemeinen braucht die Bombardierung nicht allzulang durchgehalten zu werden, und der entstehende Schaden muß nicht derartige Formen annehmen, wenn die Regierung, welche amerikanische Hilfe verlangt, in anderer Hinsicht effektiv arbeitet. Doch wenn eine solche Regierung einem starken Feind gegenübersteht, der sie zum Scheitern bringt und den Krieg gegen Amerika in die Länge zieht, dann kann der Schaden, den amerikanische Bomben und Artillerie anrichten, nicht wieder gut zu machen sein.

Wir sprechen hier von den Lektionen, die wir über uns selbst lernen müssen und die auch *andere* – jene, die uns vielleicht künftig um Hilfe ersuchen – zur Kenntnis nehmen sollten; es geht darum, daß wir aus unserer Erfahrung in Vietnam und sonstwo lernen.

Die Einsicht, die daraus gewonnen werden kann, ist für die übrige Welt eher klar gewesen als für die Amerikaner: nämlich, daß Bombardements *so amerikanisch sind wie Kirschtorte.* Wenn man uns zu einem harten Kampf einlädt, erhält man zu unseren Truppen Bomben und scharfe Granaten mitgeliefert.

Viele von uns haben angenommen, wir wären in Vietnam, um zu gewinnen; und daß wir auch gewinnen können, wenngleich nicht mit den Mitteln, die wir einsetzten. »Natürlich bin ich gegen diese Art von Bombardement« – höre ich mich und andere hunderte Male sagen.

Ich hinderte mich selbst an der Einsicht dessen, was ich leicht hätte erkennen können, wäre ich kein Amerikaner gewesen und nicht so ungeheuer widerspenstig gegen diese Ansicht: daß man mit Amerikanern wie mir als Teil eines Eingreifens in den *Kampf* zugleich auch strategisches und taktisches Bombardement und auch schwere Artillerie[3] entsendet – wo-

[3] Neben dem Abwurf von sechs Millionen Tonnen Bomben verzeichnen wir einen Verbrauch von sechs Millionen Tonnen an Artillerie-Granaten seit 1965 (dabei sind die Granaten, die wir den vietnamesischen und koreanischen Truppen zur Verfügung stellten, nicht mitge-

bei es überhaupt nicht darauf ankommt, wie kritisch diese Individuen sind.
Auf die Frage, was denn in Thailand passiert, wenn wir einmarschieren und auf dauerhaften Widerstand stoßen, kann man antworten: Bomben und Granaten.
Wenn in der Dominikanischen Republik Widerstand geleistet worden wäre, hätte man auch dort mit schwerem Bombardement reagiert.[4] In der Tat besteht für die Völker, deren Führer die USA um militärische Unterstützung ersuchen, die wichtigste Erfahrung wohl darin, daß eine solche Bitte einem Verrat an der eigenen Gesellschaft gleichkommt, wenn der Führer der Nation weiß, daß der Konflikt lange andauert und das militärische Engagement der USA gesteigerte Ausmaße annimmt.

Kriegsverbrechen und My Lai

Im Frühjahr 1970 traf in Washington die Konferenz über Krieg und nationale Verantwortung zusammen. Die zehn Sponsors aus dem Kongreß hatten eine Gruppe amerikanischer Wissenschaftler, Juristen und bekannte Persönlichkeiten eingeladen, die sich im Capitol zwei Tage lang zu intensiver Reflexion zusammenfanden. Die folgenden Auszüge aus den veröffentlichten Protokollen sind unter dem Titel »War Crimes and the American Conscience«[5] erschienen. Es handelt sich um meine mündlichen Beiträge in der Diskussion, die natürlich auf andere Beiträge eingingen. Die Anmerkungen wurden nachträglich hinzugefügt.

Die Auffassung, daß bestimmte militärische Praktiken nur dann als kriminell gelten, wenn sie nur einseitig angewandt werden, hat interessante Implikationen.[6] In Vietnam sind nämlich nur wir in der Lage, bestimmte

rechnet; beide Verbündete machten davon einen üppigen Gebrauch zum Zwecke der Abschreckung und Abriegelung von Gebieten).

[4] Ein älterer Kollege bei Rand, der in Süd-Vietnam, Laos, Thailand und der Dominikanischen Republik Untersuchungen angestellt hat, erinnerte zwei Jahre später an diese Ausführungen. Als ich sie vorbrachte, teilte er mir mit, daß er sie für übertrieben und nicht belegt halte. Nachdem er gesehen hatte, was alles in Kambodscha nach unserer Invasion passierte, erzählte er mir, daß er nun seine Meinung geändert habe.

[5] *War Crimes and the American Conscience,* ed. Erwin Knoll und Judith Nies, McFadden (New York, 1970).

[6] Diese Anmerkungen beziehen sich auf ein Argument von Telford Taylor, demzufolge verbrecherische Aktivitäten, die im Zweiten Weltkrieg auf *beiden Seiten* verübt worden sind – insbesondere strategisches Bombardement –, von den Alliierten in den Nürnberger Prozessen nicht verfolgt worden sind.

Waffen und Mittel wie z.B. Entlaubung, Pflanzenvernichtung und eine Vielzahl von Fahrzeugen, Hubschraubern usw. einzusetzen.

Das übliche Vorgehen in der bisherigen Verfolgung von Kriegsverbrechen zeichnet sich dadurch aus, daß stets nur der Unterlegene der Verbrechen bezichtigt wird. Vielleicht liegt hierin auch eine Erklärung dafür, daß die Präsidenten den Krieg in Vietnam auf keinen Fall verlieren wollten. Doch was auch immer in Vietnam geschieht und wie immer man es nennt – viele bedeutende Tatsachen auf der Welt bleiben davon unberührt. So z.B. die Macht der Vereinigten Staaten und die Möglichkeit für unseren Präsidenten, zu vermeiden, daß ihn andere Nationen auf die Anklagebank bringen.

Es ist sicher auch eine Tatsache, daß kein amerikanischer Präsident sich selbst für einen potentiellen Kriegsverbrecher hält. Ihm und dem amerikanischen Volk – mit Ausnahme der Jugend – kommt es nicht in den Sinn, daß man Amerikanern Kriegsverbrechen zur Last legen könnte.

Ich habe gewisse Vorbehalte bezüglich des Terminus »Völkermord (genocide), wie er im Zusammenhang mit Vietnam bisher verwendet wird.[7] Man kann ihn vielleicht für einige unserer Aktivitäten mit Recht anwenden, insbesondere für die Erklärung riesiger Gebiete, in Zonen, in denen so gut wie immer freies Feuer gestattet ist. Andere Handlungen, wie z.B. die bewußte und unabsichtliche Schaffung einer Unzahl von Flüchtlingen, können den Ausdruck »Gesellschaftsmord« (sociocide) rechtfertigen, da durch sie eine nach bestimmten Mustern organisierte Gesellschaft gewaltsam zerstört wird; auch andere Termini, wie der jüngst von Arthur Galston eingeführte »ecocide« (Zerstörung der Wirtschaft) mögen zutreffen.

Doch ein wahlloser Gebrauch solcher Termini kann wesentliche Unterschiede im Grad der Zerstörungen, die angerichtet werden, verwischen. Eine Eskalation der Rhetorik kann uns leicht die Tatsache übersehen

[7] Seit diesen Feststellungen ist vieles über die Auswirkungen unseres Bombardements in Laos und Kambodscha bekannt geworden, vor allem durch die Bemühungen von Fred Branfman (Daten und Papiere sind erhältlich bei Project Air War, 1322 18th Street N.W., Washington, D.C. 20036) und des Air War Study Project of the Center for International Studies, Cornell University, im Zusammenhang mit den Forschungen des Kennedy Subcommittee on Refugie und des Kongreßabgeordneten Paul Mc Closkey in Laos *(Truth and Untruth,* New York, 1972). Die systematische »Erzeugung« von Flüchtlingen und die Zerstörung der ländlichen Gesellschaftsstruktur durch das Bombardement scheint in Laos und Kambodscha planmäßiger vorgenommen worden zu sein als in Vietnam; vgl. Fred Branfman, »The Era of the Blue Machine, Laos: 1969«, in *Washington Monthly,* Juli 1971. Vorbehalte bezüglich der Verwendung des Terminus »Völkermord« – im Sinne der UNO-Definition – scheinen nicht mehr angebracht.

lassen, daß der Vietnamkrieg nicht brutaler ist als frühere Kriege – dies wäre eine absurde, unhistorische Behauptung – und daß er vielleicht noch nicht einmal so schlimm ist wie die Kriege, in die wir in nächster Zukunft verwickelt werden. Auch dieser Krieg selbst kann noch schlimmer werden. Wir müssen uns die Fähigkeit erhalten, solche Möglichkeiten der Steigerung von Gewalt und Gefahren wahrzunehmen, wenn wir sie verhindern und das Gegenteil erreichen wollen.
So haben meiner Meinung nach die Kritiker des Krieges in den Jahren 1966–67 die Auswirkungen auf die Bevölkerung – so schlimm sie damals bereits waren – übertrieben und 1968, nach der Tet-Offensive und der Mai-Krise, nicht mehr erkannt, daß der Krieg um vieles zerstörerischer als je zuvor geworden war. Diese Steigerung der Gewalt, die mir von beteiligten Beamten beschrieben wurde, resultierte aus Veränderungen unserer Politik, die sich fast völlig unbemerkt vollzogen.
Zur Zeit der Tet-Offensive, als der Vietcong zum erstenmal in die Städte drang, ließen wir alle Beschränkungen fallen, die dem Beschuß von Siedlungsgebieten durch Hubschraubergeschütze und Artillerie bis dahin auferlegt waren. Einige Monate lang wurde fast ganz Vietnam zur freien Feuerzone. Daraufhin wurde die Erklärung von Gebieten zur freien Feuerzone in viel stärkerem Maße üblich als zuvor. Eine neue Generation von Hubschrauberpiloten und Artilleristen kam seit Frühjahr 1968 in die ländlichen Gebiete von Vietnam. Sie fanden diese Bedingungen, die in einer Situation der Ausweglosigkeit eingeführt worden waren, vor und betrachteten sie als völlig normal.
Obwohl sich der Wortlaut der Befehle seitdem etwas verändert hat, hat die Praxis sich nicht verändert. Seit 1968 stehen die Bewohner Vietnams in einer Weise unter Beschuß, die 1966/67 nicht üblich war; da man häufig in die Stadt flieht und die Intensität der Kampfhandlungen sonst nachgelassen hat, ist die Zahl der Opfer vielleicht geringer als im Jahre 1968. Die Verhöre von Gefangenen haben ergeben, daß die größte Fehleinschätzung bei der Tet-Offensive darin bestand, daß der Vietcong die ungeheuren Verluste, die er erleiden würde, nicht berücksichtigte. Sie konnten sich einfach nicht vorstellen, daß die US-Streitkräfte in so unbeschränkter Weise besiedelte Gebiete unter Beschuß nehmen würden. Der Vietcong hoffte auf den Schutz durch die Bevölkerung, der dann ausblieb.
Im März 1968 waren wir in gefährlicher Nähe einer Entscheidung, die wahrscheinlich zur Invasion von Nord-Vietnam geführt hätte. Dies wäre wohl die letztendliche Konsequenz gewesen, wenn wir die Verstärkung der Truppen entsprechend den Forderungen von General William C. Westmoreland vorgenommen hätten. Wir wären dadurch zu einer noch

viel zerstörerischeren Kriegsführung in Vietnam übergegangen, als wir sie zuvor erlebt haben.
Die Bevölkerung von Süd-Vietnam hat sicherlich in jedem der letzten fünf Jahre zugenommen, so daß der Terminus »Völkermord« – selbst wenn er den Sachverhalt richtig trifft – irreführen kann. Hätten wir jedoch die Invasion in Nord-Vietnam vorgenommen und alle Beschränkungen unserer Bombardements aufgehoben, wäre weder die Bevölkerung des Nordens noch die des Südens gewachsen. Dann hätte der Ausdruck »Völkermord« in seinem unmittelbarsten Sinn die Realität bezeichnet.
Schließlich hätte auch der Einsatz von Kernwaffen, der in Verbindung mit der Verteidigung von Khe Shan auf höchster Ebene in Erwägung gezogen wurde, zu einem Ausmaß von Zerstörung geführt, das alles bisher bekannte hinter sich gelassen hätte.
Ohne unseren Protest gegen den Vietnamkrieg, wie er sich bisher entwikkelt hat, zu kompromittieren: Es gilt eine Reserve an Ausschreitungen und Widerstand zu erhalten und Worte und Vorstellungen die sie auslösen können zu beschränken, wenn wir noch schlimmere Tragödien vermeiden wollen.
Auch habe ich Schwierigkeiten mit unserer Unterscheidung zwischen der Anwendung hoch- und minderentwickelter Technologie. My Lai war doch keine Angelegenheit, die aus der Anwendung fortgeschrittener Technik zu erklären ist. Es handelte sich um den Einsatz von Mitteln des Ersten Weltkrieges – wenn nicht des Bürgerkrieges – gegen Menschen. Gewehre, Büchsen, Handfeuerwaffen, Granaten, der tödliche Kampf von Mann gegen Mann – dies alles beruht doch nicht auf fortgeschrittener Technik.
Es besteht die Neigung, den Begriff des Kriegsverbrechens auf Fälle zu beschränken, wo nur auf niedrigem technischen Niveau operiert wurde. Der Begriff selbst stammt aus einer Zeit, als nur solche Mittel eingesetzt wurden und alles, was an Waffen nach dem 1. Weltkrieg in Gebrauch kam, möchte man ausschließen.
Diese Verlagerung auf einen niedrigen technischen Standard läuft darauf hinaus, unsere Anwendung moderner Waffen – wie z.B. B-52, Flugzeugträger, bewaffnete Hubschrauber, CBV-Bomben –, also der wichtigsten Werkzeuge des Todes im Vietnamkrieg, zu entschuldigen. Gerade diese Mittel werden von unserer westlichen Kultur, insbesondere der amerikanischen, hoch geschätzt. Den unbeschränkten Einsatz komplexer, hochentwickelter technologischer Mittel zu kritisieren heißt also auch einen nationalen Wert, auf den wir stolz sind, verachten. Es fällt politisch schwer, den Begriff des »Verbrechens« an der Menschheit so auszudeh-

nen, daß er sich auf anglo-amerikanische Triumphe im Krieg gegen Zivilisten wie in Dresden, Tokio, Hiroshima und neuerdings in den freien Feuerzonen in Vietnam erstreckt. Doch wäre es absurd, wollte man Raub und Mord im Krieg verurteilen, strategische Bombardements der Zivilbevölkerung aber billigen.
Weiterhin hieße eine Definition der Grausamkeit, die sich auf Täter beschränkt, »die ihren Opfern direkt gegenüberstanden« – wie es ebenfalls gängig geworden ist – nichts anderes, als daß nur der ein Kriegsverbrecher ist, der seinem Opfer ins Gesicht blickt. Ein wohl nicht zufälliger Aspekt dieser Beschränkung liegt darin, daß so gut wie niemand mehr für Kriegsverbrechen in Frage kommt, der einen höheren Dienstgrad als den des Hauptmanns besitzt. Nur die Soldaten der unteren Dienstgrade, und auch nicht viele von ihnen, stehen ihren Opfern direkt gegenüber. Nimmt man also die Majore, die Bomber fliegen, nicht aus – von den Leuten, die ihre Einsätze befehligen, ganz zu schweigen –, so gelangt man schließlich zu den höchsten Regierungsbeamten. Doch auch davon dürfen wir uns nicht abhalten lassen.
Wem wollen wir eigentlich etwas sagen? An wen wenden wir uns? Wessen Verhalten wollen wir beeinflussen? Wir haben Fragen des Gehorsams und der Verantwortung diskutiert – wessen Vorstellung zu diesen Fragen wollen wir beeinflussen? Geht es uns wirklich um die Soldaten an der Front, deren moralische Entscheidungen unter größtem Druck und bei Todesangst zustandekommen? Dies mag ein lohnendes Ziel sein, doch dürfen wir meiner Meinung nach darin nicht unser zentrales Anliegen sehen.
Woran mir am meisten liegt, ist eine Veränderung der Einstellung und des Verhaltens meiner ehemaligen Kollegen in der Regierung. Ich spreche nicht als Forscher, sondern aus meiner Erfahrung als ehemaliger Beamter des Verteidigungs- und Außenministeriums in Washington und Vietnam – eine Erfahrung, die mich in künftigen Kriegsverbrecherprozessen vielleicht zum Angeklagten stempelt. Vor etwa zehn Jahren habe ich die Protokolle der Nürnberger Prozesse gelesen und mir einen Eindruck dessen verschafft, was in einem Kriegsverbrecherprozeß als Beweis fungiert. Während meiner Arbeit im State Department hatte ich dann häufig das Gefühl, daß ich letzte Nacht künftige Beweisstücke durchgearbeitet hätte. Wenn man den veröffentlichten Berichten über die Pläne für den Krieg in Mitteleuropa (z. B. im Zusammenhang mit Berlin) glauben kann, dann liegen in den verschlossenen Safes von Washington Dokumente, die als Pläne für stufenweisen Völkermord angesehen werden können.

Solche Pläne bringen Entscheidungen von Zivilbeamten zum Ausdruck, die wir künftig einer gewissenhafteren Prüfung unterziehen sollten. Es ist nicht ungewöhnlich bei den Beamten, die solche Pläne entwerfen, sich zu fragen: Sind sie klug? Sind sie verfehlt? Doch es wäre sehr ungewöhnlich – und ist ihnen auch so gut wie fremd – wenn sie sich fragen würden: Haben die Vereinigten Staaten ein Recht, solche Dinge zu tun? Und wenn nicht, haben Beamte die Pflicht, daran mitzuwirken oder die Pflicht, Widerstand zu leisten?
Ein Weg dahin, daß solche Fragen künftig gestellt werden, besteht darin, daß wir die Personen ausfindig machen, schützen, belohnen und ermutigen, die tatsächlich solche Urteile abwägen, sie mit ihren Kollegen diskutieren und auf sie Einfluß nehmen.
Es ist festzuhalten, daß beim Massaker von My Lai und ähnlichen militärischen Unternehmungen Personen in Erscheinung traten, die trotz offenkundiger Risiken für ihr Leben den Grausamkeiten entgegentraten oder sich zumindest nicht beteiligten.
Es ist eine schreckliche Schande, die ich als ehemaliger Beamter teile, daß kein Zivilbeamter in der Regierung vergleichbar gehandelt hat, als es um unser Vorgehen in Vietnam ging.
Individuelle Handlungen und Mut allein können natürlich nicht Katastrophen wie Vietnam verhindern. Institutionelle und politische Veränderungen sind wesentlich. Doch selbst wenn solche Veränderungen eintreten, können wir nicht vermeiden, daß noch viel schlimmere Verbrechen und Schreckenstaten als bisher passieren, wenn nicht viele Beamte in der Regierung zu größeren Risiken bereit sind und ein größeres Verantwortungsgefühl entwickeln als in den letzten zehn Jahren.
Der Kongreß sollte seine Nachgiebigkeit gegenüber den Geheimhaltungsansprüchen der Exekutive reduzieren und auf seine Kenntnis der Tatsachen pochen. Er sollte das Recht auf eine andere Meinung im allgemeinen und vor allem das Recht der Presse auf wahrheitsgemäße Berichterstattung und Kommentare schützen.
Schließlich würde ich mich dem Vorschlag anschließen, die Gewissensentscheidung in die Wehrgesetzgebung aufzunehmen. Das Fehlen solcher Gesetze hat dazu geführt, daß junge Leute ins Gefängnis wanderten, die verantwortungsbewußter als alle anderen Amerikaner gehandelt haben.

Da ich in den fünfziger Jahren, also zu Friedenszeiten Marinesoldat war, blieb es mir erspart zu erleben, daß sich die Feinde, die zu töten ich ausgebildet wurde, als Frauen, Kinder und Babies erwiesen. Die Leute, mit denen ich zu tun hatte, waren im Zweiten Weltkrieg und im Koreakrieg gewesen, und meine Übungen orientierten sich an Geschichten des Dschungelkampfes, der auf einsamen Pazifikinseln stattfand. Die damit verbundenen Mythen haben diese Generation von Amerikanern und ihre Einstellung zur Gewalt geprägt. Vietnam aber hat Fragen aufgeworfen, mit denen uns die mythenerfüllte Geschichte nicht konfrontiert hat; Fragen danach, wer wir sind, was wir vorhaben und was uns zu tun gestattet ist.
Das erste, was ich in bezug auf My Lai diskutieren möchte, ist dies: Wenn es keine My Lais gäbe, keine Ermordung von Frauen und Kindern mit Handfeuerwaffen, von »Mann zu Mann« – würden die Zivilisten in Süd-Vietnam dann einen Unterschied gewahren in dem, was sie erleben? Wie Sie vielleicht bemerkt haben, hat weder die Bevölkerung noch die Regierung in besonderer Weise auf My Lai hin protestiert. Sie sind zunächst einmal an ein solches Vorgehen in diesem Gebiet gewöhnt, vor allem von seiten der Koreaner, unserer Verbündeten in diesem Krieg.
Darüber hinaus gibt es keinen Grund für Süd-Vietnamesen, sich über diese besondere Art des Mordes zu empören; sie wissen, daß die enorme Anzahl von Toten unter der Zivilbevölkerung von amerikanischen Sprengkörpern (von der Luftwaffe oder der Artillerie) verschuldet ist. Sie haben sich mit diesen Morden als etwas abgefunden, das zum »American way of war« gehört.
Es bleibt jedoch zu fragen: Wie kam es zu diesem Massaker? Gehört es zum Charakter dieses Krieges? Ist es unvermeidlich? Diese Fragen wurden auch gestellt, und meine Antwort darauf lautet: Es liegt in der Natur dieses Krieges, und man konnte damit rechnen. Hierin sehe ich einen wichtigen Grund dafür, daß wir den Krieg, an dem ich beteiligt war, besser nicht hätten führen sollen. Dabei ist dieser Grund kein strategischer oder taktischer in irgendeinem objektiven Sinn, sondern ein psychologischer: Es ist der Druck, dem dieser Krieg die an ihm Beteiligten unterwirft. Dieser Druck provoziert täglich kleinere, nicht weiter beachtete Grausamkeiten; früher oder später wurde dann auch ein My Lai immer wahrscheinlicher.
Da ist zuerst die Frustration bei den Planenden wie bei den Soldaten darüber zu nennen, daß es Regeln in diesem Krieg entweder nicht gibt

oder daß sie nicht gelten; Tag für Tag die Erfahrung der Ohnmacht und des Scheiterns. My Lai mußte nicht deshalb zerstört werden, weil von ihm eine Bedrohung ausging, sondern weil man es für notwendig hielt, ein solches Dorf zu vernichten.

Ich habe diese Frustration und ihre Auswirkungen gegen Ende meines zweijährigen Aufenthalts in Vietnam lebhaft erfahren. Eine Zeitlang – etwa 10 Tage – beobachtete ich sie bei einem Bataillon, das in den Dschungeln von Zone C, in der es keine Dörfer gibt, gekämpft hatte. Dasselbe Bataillon war dann mit den Bedingungen im Delta, in Rach Kien (Provinz Long An) konfrontiert, wo es viele Dörfer gab, die von Wasser umgeben waren, ja eigentlich im Wasser standen, was die Schwierigkeiten noch verstärkte. Die Männer zogen den trockenen Kampf im Dschungel vor.

Als im Verlauf jener Tage die Mannschaften ständig von unsichtbaren Heckenschützen beschossen wurden und erhebliche Verluste erlitten, sich selbst dagegen keinerlei Genugtuung mit Opfern verschaffen konnten, die ihnen eine Wirkung ihrer Anwesenheit dokumentierten, wurden sie immer gereizter. Die einzige Leiche die sie in jenen zehn Tagen fanden, war die eines Mädchens, das aus Saigon zu ihren Eltern gefahren war und gerade kochte, als das Haus von einer Artillerie-Granate getroffen wurde. (Die AID-Mittel, die ich für solche Anlässe bei mir hatte, gab ich für das Begräbnis.)

Ich nahm damals ein merkwürdiges Foto auf von einem Soldaten, der wutentbrannt auf ein Buffet mit seinem Bajonett losging. Sein Leutnant hatte um die Erlaubnis gebeten, ein leeres Haus, das wir durchsucht hatten, niederzubrennen, und zwar, weil man in dem Schrank ein Bild von jemandem gefunden hatte der eine ungewöhnliche Uniform trug; sie schlossen daraus, daß es ein Vietcong-Haus sein müßte. Die Erlaubnis wurde verweigert, und die Soldaten fluchten und gerieten in Wut. Schließlich durchlöcherten sie den Schrank, der ihr Mißfallen erregt hatte. Der Wunsch, das Haus niederzubrennen war einerseits der Ausdruck der Frustration, andererseits der Ungewißheit darüber, was ihre Anwesenheit eigentlich nutzte. Sie hatten das Gefühl, daß ihre Gegenwart wenigstens zur Kenntnis genommen würde, wenn sie das Haus anzündeten. Vielleicht würde dann der Vietcong in dieser Gegend nichts mehr unternehmen – obwohl es viele Häuser gab und der Vietcong stets Unterschlupf fand, falls man nicht alle niederbrennen würde.

Eine Woche später begleitete ich eine Patrouille, die jedes Haus, das ihr in die Quere kam, anzündete. Ich nahm an, daß der Befehl geändert worden wäre. Bei meiner Rückkehr zum Hauptquartier fragte ich den

verantwortlichen Offizier, der aber sagte, es sei keine Änderung erfolgt.

Ich fragte: »Sehen Sie den Rauch da drüben?« – Rauchsäulen stiegen auf. – Er antwortete: »Klar sehe ich den Rauch. Ich rief den Kommandeur an und fragte ihn danach, was der Rauch bedeutete. Er sagte mir, daß sie das Strohdach von den Bunkern abbrennen würden.« Ich erklärte: »Die verbrennen jedes Haus, an das sie kommen.« Er wollte sich darum kümmern. Innerhalb von zehn Tagen war dies Bataillon so weit gekommen, daß Hauptmänner und Leutnante Häuser abbrannten und damit Befehlen von oben zuwiderhandelten und Lügen darüber erzählten.

Das Verständnis von My Lai ist auch durch Berichte entstellt worden, die so taten, als würden solche Massaker ständig passieren. Dies mag in geringerem Ausmaß bei den koreanischen Truppen der Fall sein, doch kaum bei unseren. My Lai überschritt die Grenzen des Erlaubten, und dies wird von jedem Soldaten in Vietnam eingesehen. Sie wissen, daß es unrecht war: Keine Schüsse waren auf die Soldaten abgegeben worden, keine feindlichen Truppen waren im Dorf, niemand war bewaffnet. Die in My Lai beteiligten Leute wußten, daß Außerordentliches geschah. Deshalb suchten sie die Ereignisse zu verheimlichen, sprachen nicht mit anderen darüber, ja nicht einmal unter sich.

Wenngleich My Lai außergewöhnlich war, so war es doch nur wenig von Ereignissen getrennt, die sich regelmäßig abspielen und als erlaubt gelten: Ein paar Schüsse aus einem Dorf, eine Uniform in einer Hütte, ein Akt des Widerstandes – das würde jede Frage über das Geschehen von My Lai erledigen. Wir handeln nach der Regel, daß jede Operation gerechtfertigt ist, die sich gegen einen »Feind« richtet – auch wenn es ein dreizehnjähriger Junge mit einem Gewehr ist – ja sogar dann, wenn sie wie beim strategischen Bombardement, gegen irgendjemanden gerichtet ist, dessen Tod dem Feind irgendwelche Nachteile bringen kann.

Ich erinnere mich an mein erstes Erlebnis mit einem angeblichen Feind in Vietnam. Ich flog über eine Riedregion mit einem Piloten, der für seinen Wagemut und sein scharfes Vorgehen bekannt war; er bemerkte Verstecke, Bunker und sonst noch allerhand aus großer Höhe lange Zeit bevor ich sie sah. An einer Stelle teilte er mir über die Bordanlage mit: »Dort unten ist ein VC.« Auf seinen Rat hin hatte ich eine Waffe mitgebracht für den Fall eines Abschusses. Als er sprach, zog ich sofort meine Pistole. Er brachte seine M 16 in Anschlag und machte einen Sturzflug. Ich sah hinunter und erblickte zwei Männer in schwarzen Umhängen am Boden, die sich offenbar von einem Boot entfernten. Ich bemerkte, daß sie unbewaffnet waren und teilte dies dem Piloten mit. Er antwortete,

sie hätten ihre Waffen wahrscheinlich im Boot gelassen. Er ging wieder tiefer und feuerte aus einer Höhe von etwa 50 bis 100 Fuß. Während der folgenden zwölf bis fünfzehn Minuten wiederholte er dieses Manöver ständig. Wenn wir tiefer gingen, legten sich die Männer auf den Boden; drehten wir ab, so standen sie auf und liefen davon. Wir gingen immer wieder tiefer und gaben Feuer. Schließlich drehten wir ab, ohne sie getroffen zu haben. »Machst du so was oft?« fragte ich ihn. »Immer« war die Antwort. »Triffst du auf diese Weise eigentlich jemanden?« »Nicht sehr oft. Es ist sehr schwer, vom Hubschrauber aus mit einer M 16 zu treffen; aber es jagt ihnen Todesängste ein. Heute abend sind es ganz schön verängstigte Vietcong.«[8]

Ich fragte ihn noch, woher er denn wüßte, daß es sich um VC gehandelt habe, und er erteilte mir die Auskunft: »Es gibt in dieser Ebene nichts außer VC.« Diese Gegend war eine freie Feuerzone, was soviel bedeutete, daß jeder, der in ihr angetroffen wurde, zum Tod verurteilt war. Später erzählte man mir, daß fast tausend Fischer in diesem Landstrich während der Angriffe ihre Arbeit verrichteten.

Dieses Spiel, diese Treibjagd, findet Tag für Tag in fast jeder Provinz von Vietnam statt. Ich bin mir sicher, daß der Vietcong mit großem Stolz aus diesem Krieg hervorgeht: Er war den amerikanischen Maschinen gegenübergetreten und hatte überlebt. Von jenem Flug kehrte ich mit einem starken Unbehagen zurück.

[8] Als das Flugzeug so in Richtung auf die laufenden Männer hinabstürzte, kamen in mir die Gefühle wieder hoch, die ich einst, zwanzig Jahre zuvor beim Viehtreiben mit dem Lastwagen in den Prärien von Wyoming empfunden hatte. Senator McGovern hat im Frühjahr 1971 in einem Gespräch beide Erinnerungen wieder wachgerufen. Er sagte mir, er hätte im Weißen Haus – als früherer Bomberpilot – seine Zweifel bezüglich der Bombeneinsätze in Vietnam vorgebracht, bereits kurze Zeit nach ihrem Beginn. Präsident Johnson hatte ihm versichert – wohl um seine eigene Skepsis über die militärischen Zielsetzungen zu demonstrieren, daß er persönlich die Bestimmung der Ziele für die Bombeneinsätze kontrolliere. Er fügte hinzu: »Doch die Militärs können immer noch eine Menge Sachen machen, ohne sich dabei etwas zu überlegen. Ich erzähle ihnen zum Beispiel, wie wir von einem kleinen Flugzeug aus Hasen in Texas jagen ... Nun haben wir in Vietnam eine Masse solcher kleiner Flugzeuge, und die VCs sind wie kleine Hasen ...«

Mord in Laos

In jedem der fünfundzwanzig Jahre dieses Krieges mußten Amerikaner, die mit unserer Rolle nicht einverstanden waren und ihren Landsleuten die Wahrheit sagen wollten, ihrem Präsidenten widersprechen. Hierin liegt, wie ich meine, der Hauptgrund dafür, daß die Opposition gegen den Krieg nicht stark und ausdauernd genug wurde, um ihn zu beenden.
Jeder unserer letzten fünf Präsidenten hat die Öffentlichkeit über unser Eingreifen in Indochina und seine wahrscheinliche Entwicklung angelogen; jeder hat versichert, daß glaubwürdige Alternativen, die in Opposition gegen ihn formuliert worden sind, unnötig oder aussichtslos seien. Die Täuschungsmanöver unserer Präsidenten haben drei Phasen durchlaufen. In der ersten, von 1964–66 wurde stets betont: »Es ist nicht unser Krieg, und wir treten auch nicht in ihn ein.« Die nächste Phase unter Johnson: »Wir gewinnen.« Schließlich die gegenwärtige: »Der Krieg wird beendet.« Jede dieser Versicherungen war zu ihrer Zeit plausibel, viel plausibler als die ihnen entgegengehaltenen Interpretationen der Lage. Jede sprach das aus, was die Leute glauben wollten und auch glaubten; sie kamen vom Präsidenten und dienten dazu, die Besorgnis zu mindern und Widerstand zurückzuweisen. Keine entsprach der Wahrheit. Immer war es unser Krieg; nie waren wir dabei, ihn zu gewinnen; nie ist er beendet worden.
So war der Stand der Dinge während unserer Invasion in Laos, als das folgende Papier geschrieben wurde. So ist es auch heute noch. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Buches wird die Fähigkeit des amerikanischen Volkes, diese Tatsachen zu erkennen und mit ihnen fertig zu werden – trotz ihres Präsidenten – erneut auf eine harte Probe gestellt worden sein. Gegenwärtig muß Richard Nixon das erleben, was er drei Jahre lang befürchtet hat: eine militärische Herausforderung durch Nord-Vietnam – in einem Wahljahr –, welche seine Politik einer bis ins Unbestimmte verlängerten Präsenz der USA in Vietnam in Frage stellt. Er hat in der Weise reagiert, wie meine Informanden und ich befürchtet hatten.
Die Strategie, die in »Mord in Laos« beschrieben wird – Beamte in Washington und Saigon machten sie mir zum erstenmal im Herbst 1969 klar – sollte vor allem verhindern, daß die gegenwärtige Offensive im Jahre 1972 stattfindet. Dies ist aber nicht gelungen – was immer sonst die Auswirkungen der Auseinandersetzung in Süd-Vietnam und des Einsat-

zes der US-Luftwaffe gegen nordvietnamesische Bodentruppen gewesen sein mögen. Es ging in diesem Jahr nicht um fernsehgerechte Kämpfe – oder gar Siege – in den Gebieten um Saigon oder Hue, als Präsident Nixon seine Invasionen von 71 und 72 durchführen und mehr Bomben abwerfen ließ als jedes Staatsoberhaupt in der Geschichte zuvor.
Selbst wenn die US-Bomben die Offensive zurückschlagen – wie ja auch eine Eskalation die kommunistisch geführten Streitkräfte in den Jahren 1950, 1954, 1961, 1965 und 1968 am drohenden Sieg hinderte –, den Krieg werden sie nicht beenden. Auch ist es unwahrscheinlich, daß unser Präsident ihn beendet, wenn die Nordvietnamesen und die nationale Befreiungsfront militärische Erfolge erringen, die nicht total sind. Nichts wird in den Pentagon Papieren deutlicher demonstriert als die Hartnäkkigkeit beider Seiten.
Keine Analyse des Geheimdienstes hat je die Hoffnungen von Nixon und Henry Kissinger gestützt, daß Drohungen, demonstrative Invasionen, Luftangriffe und Bomben, wie sie zuvor praktiziert wurden, oder ein noch brutaleres Vorgehen den erneuten vietnamesischen Widerstand gegen unseren Einfluß brechen oder verhindern könnten. In dieser Beziehung hat der Brief, den meine Kollegen und ich bei Rand im Oktober 1969 verfaßt haben, seine Gültigkeit bewiesen; drei der Unterzeichneten, die auch den folgenden Passus abgefaßt haben, hatten jahrelang über die »Zielsetzungen und Kampfmoral des Vietcong« gearbeitet und Interviews von Gefangenen und Überläufern von Vietcong und aus der nordvietnamesischen Armee analysiert.

... Obwohl wir kurz vor der Vernichtung des gesamten Landes und des Volkes angelangt sind, können wir mit militärischen Mitteln die Streitkräfte des Feindes nicht bezwingen ... Was ebenfalls eingesehen werden muß, ist die Tatsache, daß die sich widersetzende Regierung durch die angewandten oder die noch verfügbaren strategischen Mittel nicht gezwungen werden kann, die geforderten Konzessionen zu machen.

... Die Moral, die Führung und das Verhalten des Gegners beweisen die Entschlossenheit und die Effektivität seiner Aktionen, trotz der extrem ungünstigen Bedingungen (dies beruht zu einem nicht geringen Teil auf seiner Überzeugung, daß er für eine gerechte und lebenswichtige Sache kämpft). Lagebeurteilungen, die behaupten, der Kampfwille oder die Kraft des Feindes würden (in Nord- oder Süd-Vietnam) wegen der inneren Belastungen und des militärischen Drucks erlahmen, sind unserer Ansicht nach irrig. Selbst wenn eine neue Strategie zu militärischen Erfolgen in Vietnam führt, den Aufwand der USA wesentlich senkt und die Opposition daheim schwächt, wird man Hanoi nicht zu Konzessionen zwingen können (Waffenstillstand oder beiderseitiger Rückzug), solange sie die Anerkennung der Regierung in Saigon beinhalten. Wenn man also die Beendigung des

amerikanischen Eingreifens von solchen Konzessionen abhängig macht, perpetuiert man unsere Präsenz bis in unbestimmte Zeiten ...
Wir behaupten nicht, daß sich nur positive Konsequenzen für SO-Asien oder Süd-Vietnam (oder auch für die Vereinigten Staaten) aus unserem Rückzug ergeben. Was wir sagen ist, daß die Risiken nach einem weiteren Jahr des Kampfes nicht weniger geworden sind und die menschlichen Lasten sogar sicher zugenommen haben.

(Washington Post vom 12. Oktober 1969; es unterzeichneten Daniel Ellsberg, Melvin Gurtov, Oleg Hoeffding, Arnold L. Horelick, Konrad Kellen und Paul F. Langer. Der Brief begann: »Nun, da das amerikanische Volk das Vietnam-Problem erneut diskutiert, möchten wir unseren Standpunkt darlegen, der persönliche Ansichten und jahrelange Forschung über den Vietnam-Krieg und damit verbundene Probleme zum Ausdruck bringt. Wir äußern uns hier als Individuen und sprechen nicht für die Rand Corporation, der wir angehören; wie bei anderen Streitfragen gibt es auch bei diesem Thema beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitarbeitern bei Rand.
Wir halten dafür, daß sich die USA dazu entschließen sollten, ihre Teilnahme an diesem Krieg durch einen totalen Abzug aller Truppen innerhalb eines Jahres zu beenden. Ein solcher Schritt sollte nicht von einem Einverständnis oder einer Leistung von seiten Saigons oder Hanois abhängig gemacht werden, d.h. ein Veto beider Seiten sollte unberücksichtigt bleiben.)

Was die Zerstörung Haiphongs, die Blockade von Nord-Vietnam und den Angriff auf die Verbindungswege zu China angeht, also den Versuch, die Nachschublinien durch Nordvietnam abzuschneiden, so hatten alle Analysen des Geheimdienstes den Hoffnungen der Militärs widersprochen; ihnen zufolge war dieses Ziel durch die Luftwaffe nicht zu erreichen. Es war nie ganz klar, ob die Befürworter der Luftangriffe angesichts dieser Analysen etwas anderes annahmen oder ob ihre Programme einer »totalen Abriegelung« einfach ein Vorwand dafür waren, die unvermeidliche Bombardierung der Zivilbevölkerung zu legitimieren – womit man den Willen der Nordvietnamesen zu brechen oder sie ganz zu vernichten beabsichtigte. Dieses Programm dürfte – hinter einer Wand der Geheimhaltung und des militärischen Euphemismus, der die Endlösung des nordvietnamesischen Problems zum Ausdruck bringt – bald Fortschritte machen. In dieser Krise wird nicht, wie ein Sprecher der Regierung es formulierte, unsere »Entschlossenheit« auf die Probe gestellt, sondern unsere Humanität.
Es war klar, daß Nixons Politik früher oder später zu den schweren Kämpfen führen mußte, die wir jetzt beobachten können; und zwar schon kurze Zeit nachdem die Nordvietnamesen begriffen hatten, daß seine

Truppenabzüge immer unbedeutender wurden. Zu diesem Zeitpunkt, als sich seine Spekulationen über die Fehlerhaftigkeit der Prognosen des Geheimdienstes als falsch erwiesen hatten, wurde seine zweite Spekulation in Frage gestellt: daß nämlich, trotz mancher Kontroverse, die meisten Amerikaner ein erneutes Aufflammen der Kämpfe akzeptieren würden, falls es sich auf unserer Seite im wesentlichen um Luftwaffeneinsätze handelte und nur wenige amerikanische Todesopfer zu verzeichnen wären. Die Haltung, die der zweiten Annahme zugrundeliegt, ist weitverbreitet, sogar unter manchen Mitgliedern der Friedensbewegung: Die meisten Amerikaner verhalten sich einfach gleichgültig gegenüber dem Bombardement, den indochinesischen Todesopfern und den Flüchtlingen; sie kümmern sich nur wenig darum, was ihre Regierung in Indochina tut, solange sich dies nicht in Amerika in Form von höheren Kosten, Einberufungen oder Gefallenenziffern bemerkbar macht.

Diese Einschätzung hat sicherlich ihre Grundlage. Ich habe zwar eine Zeitlang in dem Glauben gehandelt, die Werte, an denen sich die Amerikaner orientieren, seien andere; doch die Ereignisse dieses Monats ergaben auch, daß meine Annahmen nicht stimmten. Immerhin bieten sich für die Passivität der Öffentlichkeit in bezug auf unsere Indochinapolitik mindestens zwei andere Erklärungen als bloße Gleichgültigkeit an. Zum einen hat sich – aufgrund einer Generation von Kalten Kriegern in der Regierung – das Gefühl verstärkt, daß eine demokratische Kontrolle der Außenpolitik – auch durch den Kongreß – nicht möglich ist.[1] Zum anderen hat die andauernde, berechnete Irreführung durch die Exekutive, an der die meisten wichtigeren Institutionen unserer Gesellschaft zumindest passiv beteiligt waren, ihre Wirkung getan (die gegenwärtige Lüge, daß der Krieg seinem Ende entgegengehe, wird man wohl fallenlassen müssen).

Indessen sind während der letzten zweieinhalb Jahre viele Amerikaner aktiv geworden, in der Hoffnung, die Politik des Präsidenten verändern zu können, *bevor* eine weitere halbe Million Tonnen Bomben gefallen ist, noch vor den blutigen Auseinandersetzungen, die wir jetzt erleben. Meine eigenen Bemühungen zielten darauf ab, seine Politik für die Öffentlichkeit und für den Kongreß – trotz der Verschleierung durch

[1] Die breite Unterstützung, die der Stennis-Javits-Gesetzesentwurf zur Einschränkung der Entscheidungsgewalt der Exekutive in Kriegsfragen im Senat fand, ist ein ermutigendes Zeichen dafür, daß konstitutionelle Prinzipien wiederhergestellt werden können. Senator Stennis hat dazu bemerkt: »Der Kongreß hat die Pflicht, darzulegen, welche Rolle er dabei spielt, wenn unsere Nation in diesen Krieg verstrickt ist. Wir sind unserer Verantwortung nicht gerecht geworden, und ich bin so schuldig wie jedermann sonst.« *(New York Times,* 12. April 1972, S. 16)

das Weiße Haus – *durchsichtig* zu machen. Teilweise hieß das die Frage stellen, die ein verständnisvoller Vorgesetzter bei Rand formulierte, als ich ihm zum ersten Mal mitteilte, was ich aus Saigon und Washington über die Pläne unserer Regierung erfahren hatte: »Nun, wenn diese Politik tatsächlich unsere Gefallenenziffern senkt und das amerikanische Volk nichts dagegen hat ... was ist dann dagegen einzuwenden?« Was die Antwort auf diese Frage betrifft, so können einige Papiere und Briefe von mir (aus der Zeit von Herbst 1969 bis Anfang 1970) als Ergänzung zu »Mord in Laos« dienen. (Dieser Aufsatz vom März 1971 konzentrierte sich auf den verwirrendsten, am wenigsten vorhersehbaren Aspekt der Nixon/Kissinger-Politik, die Serie von Eskalationsschritten, die »wenn nötig«, offen die Bombardierung von Haiphong und Hanoi und noch Schlimmeres verlangten.) Von diesen Plänen habe ich bereits im September 1969 erfahren, doch fiel es mir – bis zur Invasion in Kambodscha – schwer, zu glauben, daß man sie tatsächlich verwirklichen würde. Neben »Mord in Laos« lesen sich diese Stellungnahmen aus den letzten beiden Jahren wie ein Kommentar zu den Nachrichten, die uns gegenwärtig aus Indochina erreichen.

Aus meinen »Anmerkungen zur Rede des Präsidenten vom 3. November 1969«, die ich auf Verlangen einer Gruppe von Kongreßabgeordneten tags darauf abfaßte:

... Was wir von dieser Politik zu erwarten haben, ist eine Zukunft von Ruheperioden und »Tets«, ein Zyklus von VC-Operationen und Passivität, ohne eine Begrenzung der Todesopfer, die wir erleiden oder verursachen ...

... Nixon fürchtet wie seine Vorgänger innenpolitische Schwierigkeiten als Konsequenzen des Rückzugs: Nach anfänglicher Erleichterung werden – so sieht er es kommen – »unausweichliche Gewissensbisse und harte Anschuldigungen unseren Geist als Volk zernagen«, sobald »wir die Konsequenzen unseres Tuns gewahren«. Seine Lösung bleibt dieselbe wie die seiner Vorgänger: Er vertagt solch schmerzliche Auswirkungen eines Rückzugs einfach und setzt den Krieg auf Kosten amerikanischer und vietnamesischer Menschenleben fort. Das ist der Weg des Süchtigen; dies kann die verborgene Grundlage dafür sein, daß unsere Regierung durch so viele Jahre und Enttäuschungen hindurch stets eine Neigung zu diesem Krieg behielt. Es ist nicht der harte, mutige Weg, die eigentlichen Probleme anzugehen, sondern der politisch leichtere, kurzfristige Weg: Er fällt leichter als das offene Eingeständnis von Fehlern und das Ertragen schmerzlicher Konsequenzen. Es ist *nicht*, wie Nixon meint, der »richtige Weg«.

Es ist offensichtlich, daß der Präsident diesen Krieg für einen gerechten hält, zu dem er sich bekennt. In seiner Rede faßte er die Konsequenzen eines Abzugs in emotionalen Worten – »Niederlage ... Verrat ... Demütigung« – die auf weitere Kriegsjahre schließen lassen. Er suggeriert ein Verantwortungsgefühl der

USA für die politische Entwicklung in Süd-Vietnam, das nur durch unbegrenzten Kampfeinsatz eingelöst werden kann. Sein Vorhaben eines »gerechten Friedens« ist ein Plan zur unbestimmten Fortsetzung, nicht zur Beendigung des Krieges. Diese Politik muß die Führung in Hanoi dazu reizen, mit wachsender Anstrengung den Druck der US-Gefallenen zu verstärken; worauf der Präsident mit erneuter Eskalation reagiert, entgegen allen Beweisen (und verläßlichen Prognosen des Geheimdienstes) dafür, daß dies den Druck weder zurückweist noch beendet. Wir haben tatsächlich von Plänen erfahren, die nicht nur die Fortsetzung des Krieges beabsichtigen, sondern auch die Wiederaufnahme von Formen, die man bereits aufgegeben hatte – bezüglich der Feuerkraft, des Einsatzes von Prestige und der Zerstörung, die man anrichtet. Pläne, die wir – ohne überrascht zu sein – aus dem Munde von Johnson, Rusk oder Rostow hätten vernehmen können und tatsächlich oft genug vernommen haben.

Der folgende Passus stammt aus einem langen Memorandum über die Hintergründe des Vietnamkriegs, das ich auf Verlangen von Senator Eugene McCarthy am 21. Januar 1970 verfaßt und später veröffentlicht habe:

... Ich ... glaube, daß Nixons Politik, die von Hanoi wahrscheinlich richtig eingeschätzt wird, der dortigen Führung in starkem Maße Anlaß gibt, heftige Angriffe in Vietnam durchzuführen, die zum Verlust vieler Menschenleben auf beiden Seiten führen; die in solchen Offensiven vernichteten Menschenleben sind ebenso beklagenswert wie die *zuvor* geschehenen Opfer ...
... Es ist in der Tat nicht unsere Angelegenheit, zu entscheiden, wie das vietnamesische Volk regiert werden soll. Es wäre an der Zeit, mit der Lüge Schluß zu machen, wir hätten diese Entscheidung nicht zu unserer Aufgabe gemacht, solange wir durch unsere militärische Präsenz und beträchtliche materielle Hilfe eine Regierung unterstützen, die einerseits völlig von dieser Unterstützung abhängig ist, andererseits jegliche Opposition und Meinungsfreiheit diktatorisch unterdrückt ...
... Das zentrale politische Interesse der meisten Vietnamesen zielt gegenwärtig nicht auf die Herrschaft einer Persönlichkeit oder Partei über die andere, sondern auf Frieden. Dieser Wunsch findet keinen Ausdruck und wird nicht repräsentiert – ist also schwer zu »beweisen« – in einem Staat, in dem (wie im Norden) die Redefreiheit und die politische Aktivität in dieser Richtung untersagt sind und Leute, die solches vertreten, zu keinem Amt zugelassen werden und ins Gefängnis wandern. Doch gibt es einen erfahrenen Beamten in unserer Regierung, jemanden mit einschlägigen Kenntnissen der vietnamesischen Gesellschaft und Politik, der nicht annimmt, daß die Mehrheit des vietnamesischen Volkes, könnte sie sich frei entscheiden, einen Frieden unter jeder der beiden sich bekämpfenden Regierungen der Fortsetzung des Krieges vorziehen würde? Die erfahrenen Leute, die die Regierungspolitik unterstützen, finden vielmehr Argumente für die »Notwendigkeit« unserer Intervention *trotz* der Tatsache, daß der Mehrheit des vietnamesi-

schen Volkes gegen seinen Willen eine Regierung und ein Krieg aufgezwungen wird. Doch die Gründe sind unzulänglich, die »Notwendigkeit« ist geheuchelt, Illusion oder Lüge; und die Politik, welche die Relevanz dieses Willens der Vietnamesen leugnet, ist eine Schande.
Zwanzig Jahre lang haben wir unser Eingreifen in Vietnam als Altruismus, Großmut und gemeinsame Zielsetzung mit dem vietnamesischen Volk dargestellt; wir wollten unsere eigenen Interessen verfolgen bei gleichzeitiger Sicherung des Interesses der Vietnamesen und ihnen ein freieres und besseres Leben bieten, als sie es sich unter kommunistischer Herrschaft erhoffen können. Die Ziele, die wir uns im Hinblick auf das vietnamesische Volk gesteckt haben, waren nicht unehrenhaft, doch haben sie die Gestalt eines Wahns angenommen, der die Realität dessen verbirgt, was wir da als Bastion gegen den Kommunismus errichten: eine andere Diktatur, eine Reihe von Regierungen, die sich den Haß und die Gegnerschaft vieler patriotischer und fähiger Vietnamesen und die Verachtung der meisten übrigen zuzogen, Regimes, die sich die Loyalität und Unterstützung der meisten Vietnamesen nicht einmal als Alternative zu kommunistischer Herrschaft sichern konnten. Und dieselben Wahnvorstellungen verbargen uns die Greueltaten, die wir selbst täglich vollbrachten und die, die wir unterstützen.
Die Anstrengungen, die wir angeblich im Interesse der Vietnamesen unternommen haben, liefern dieses Volk tatsächlich an Regierungen aus, die es schwerlich dem Kommunismus und dem endlosen, verheerenden Krieg vorziehen kann. Es ist an der Zeit, sie endlich von unserer Hilfe zu befreien; von unserem Eingreifen und unserem Bemühen. Wir können ihnen nur noch helfen, indem wir sie in Ruhe lassen.

Wie von Che Guevaras Fluch getrieben, scheint Nixon gezwungen zu sein, in SO-Asien »zwei, drei ... viele Vietnams« zu schaffen.
Das Tempo der Invasion beschleunigt sich. Am Abend des ersten Tages der Invasion in Laos deutete Vize-Präsident Ky das Ziel der nächsten Invasion an. Es wäre möglich, so sagte er, daß südvietnamesische Bodentruppen den 17. Breitengrad nach Nord-Vietnam überschreiten müßten, um Versorgungsbasen nördlich der Demarkationslinie anzugreifen. Sechs Jahre zuvor war ein solcher Schritt zum erstenmal von der südvietnamesischen Luftwaffe unter dem Befehl von Ky selbst unternommen worden. Ky hielt eine Ansprache auf einem Empfang zum dritten Jahrestag jener Attacken vom 7. und 8. Februar 1965, die als Vergeltungsschlag für den Tod von acht Amerikanern bei einem NLF-Angriff auf Pleiku durchgeführt worden waren und eine dreijährige Bombardierungskampagne gegen den Norden eingeleitet hatten (PP, III, 269–340). Kys Drohung, die mit der neuen Offensive in Laos zusammenfiel, verband die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft einer im Grunde unveränderten US-Strategie in Indochina.

In den USA selbst hatten sich nicht einmal die einem Orwell entlehnten Communiqués geändert. Am 7. Februar 1965 benützte das Weiße Haus die Mitteilung, daß US-Bomber die Grenzen nach Nord-Vietnam überfliegen, dazu, die bekannten Versicherungen vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu wiederholen: »Wie die US-Regierung häufig festgestellt hat, ist uns an einer Ausweitung des Kriegs nicht gelegen.« (PP, III, 305) Am 9. Februar, als US-Bomber und Hubschrauber zum erstenmal südvietnamesische Truppen – die von Amerika bezahlt, ausgerüstet und verstärkt wurden – nach Laos geleiteten, wandte sich Minister Laird an die Nation: »Wir haben den Krieg nicht ausgeweitet.« Er fügte hinzu: »Im Gegenteil, wir haben ihn eingeschränkt.«
Im Gegenteil – wie jedermann sieht – haben wir ihn doch ausgeweitet. Warum? Wann und warum werden wir es erneut tun? Es gibt tatsächlich so etwas wie eine innere Logik unserer Politik, die die Antwort auf diese Fragen enthält. Diese Logik hat spätestens im letzten Jahr die Invasion in Laos bereits erkennen lassen – und vielleicht noch mehr.
Zwanzig Jahre lang – seit dem »Verlust von China« und dem Aufstieg McCarthys – hatte die Regel 1 der Indochina-Politik für die amerikanischen Präsidenten gelautet: Verliere nicht vor der nächsten Wahl den verbliebenen Teil von Vietnam an den Kommunismus! Doch gab es auch noch Regel 2, die man kurze Zeit später in Korea gelernt hatte: »Führe in Asien keinen Landkrieg mit amerikanischen Bodentruppen! Drei Präsidenten hatten es fertiggebracht – Truman war der erste –, während ihrer Regierungszeit beide Imperative zu befolgen und den Anspruch an ihre Nachfolger weiterzugeben. Doch das Problem spitzte sich zu, und in Lyndon B. Johnsons voller Amtsperiode erwies es sich als unmöglich, beiden Forderungen zu genügen. Doch Johnsons Scheitern an Regel 2 machte Regel 1 für seinen Nachfolger nicht hinfällig: auch nicht 1969 für einen Republikaner, auch nicht für Richard Nixon.
Wie Kennedy und Johnson vor ihm, glaubt Nixon, daß er sich im Weißen Haus nicht eine zweite Legislaterperiode lang behaupten kann, wenn es ihm in der ersten Amtszeit nicht gelingt, Saigon zu halten.
Seine beiden Vorgänger hatten erlebt, wie die früheren Führer der demokratischen Regierung mit dem Vorwurf aus dem Amt gejagt wurden, sie hätten »China verloren«. Genauer gesagt, wurden sie des Verlustes von China bezichtigt, ohne etwas versucht zu haben: weder hatten sie die US-Luftwaffe und Militärberater eingesetzt, noch hatten sie einen antikommunistischen Bündnispartner in Asien voll unterstützt: Diese Versäumnisse ließen Schwächen oder Verrat ahnen. Kennedy und Johnson fürchteten beide, der Vorwurf, Vietnam zu verlieren – oder auch:

»einen Krieg zu verlieren« – könnte die Meute des McCarthyismns erneut gegen ihre Partei zusammenschließen.

Nixon fühlt sich keineswegs immun, nur weil er selbst schon einmal mit dieser Meute gejagt hatte. Im Gegenteil, er weiß besser als jeder andere, wie gerade *er* – auch gegen einen republikanischen Präsidenten – vorgehen würde, wenn er es auf die Macht abgesehen hätte. Er wird auch 1972 diese Politik zu spüren bekommen, sei es durch einen Reagan, der ihm Anhänger auf dem Parteitag abspenstig macht oder durch einen Wallace, der seine Wähler anzusprechen weiß. (Ob die Befürchtungen von Nixon und seinen Vorgängern, daß eine Gefahr von rechts drohe, auf politischen Realitäten gründen oder ein von ihnen selbst hervorgebrachtes Schreckgespenst sind, ist hier nicht von Belang. Fest steht, daß vier der fünf letzten Präsidenten gezwungen waren, eine solche Gefahr ernst zu nehmen und daß es auch Nixon tut.)

Ohne Zweifel gibt es noch andere und stärkere Beweggründe für die Entscheidungen von Nixon, die aber in dieselbe Richtung weisen. Es gibt genügend Beweise dafür, daß Nixon in noch stärkerem Maße als seine Vorgänger ein treuer Verfechter der Grundsätze des Kalten Krieges, die sie alle teilten, ist; daß er es stets als wichtig ansieht, die US-Machtstellung in Asien zu erhalten, den Chinesen und Russen gegenüber Stärke zu beweisen, den Kommunismus – sei er nun ein monolithischer Block oder nicht – einzudämmen und die schädlichen Nachwirkungen eines Scheiterns oder einer Demütigung der USA zu vermeiden.

Welcher dieser Punkte am stärksten ausgeprägt ist, spielt hier nur eine geringe Rolle, da sie sich in der Vietnam-Politik gegenseitig verstärken: Saigon darf nicht »fallen« ... insbesondere nicht zu früh und nicht zu schnell. Diejenigen, die etwas anderes annehmen, die einen Konflikt zwischen Nixons innenpolitischen Zielsetzungen und seinen Vorstellungen vom außenpolitischen Interesse der USA unterstellen und daraus ableiten, daß der Wunsch, politisch zu überleben, Nixon zum bedingungslosen »totalen« Abzug zwingt, haben sicherlich unrecht.

Im Jahre 1968 vertrat Henry Kissinger im privaten Gespräch häufig die Auffassung, das angemessene Ziel der US-Politik bestehe in der Erreichung eines »ordentlichen Abstandes« – von zwei oder drei Jahren – zwischen dem Abzug der US-Truppen und einer kommunistischen Machtübernahme in Vietnam. Damals hatte ein so bescheidenes Ziel etwas Radikales an sich; keine höhergestellte Persönlichkeit wagte so etwas öffentlich zu vertreten. Als Kissinger jedoch 1965 ins Weiße Haus einzog, erhielt seine Einstellung eine schärfere Bedeutung. Nicht als Ziel, sondern als Bedingung wurde sie jetzt verstanden; und jener »Abstand«,

der Zeitraum zwischen Abzug und Machtübernahme, durfte nicht vor November 1972 endigen. In ihrer neuen Gestalt hatte diese Doktrin praktische Implikationen, die weit über 1972 hinausreichen. Sie bedeutete, daß es für die nächsten Jahre einerseits ein Patt bei den Kämpfen in Vietnam zu erreichen galt, andererseits für die Unterstützung eines solchen Patts in den Vereinigten Staaten selbst gesorgt werden mußte. Und dies wirkte sich auch auf die erneute Eskalation des Luftkrieges in Vietnam selbst aus.
Zunächst war es in Paris seit dem Frühjahr 1969 klar, daß Hanoi und die NLF die Bedingungen nicht akzeptieren würden, die den Ansprüchen der Regierung auf die Sicherung einer nichtkommunistischen Kontrolle in Saigon einschließlich 1972 entsprechen. Auch würden – so stellte sich heraus – die Russen nicht dafür eintreten, wie Nixon gehofft hatte. Also mußte der Krieg weitergehen.
Totale Vietnamisierung? US-Militärberater stützten in keiner Weise die Hoffnung, daß Saigon mit einiger Sicherheit weitere drei Jahre oder auch nur ein Jahr gehalten werden könnte, falls *kein* US-Militärpersonal mehr in Süd-Vietnam verbliebe. Keine erkennbare Verbesserung der vietnamesischen Regierungsstreitkräfte oder der Unterstützung durch die USA (einschließlich der Luftwaffe) würde Saigon gegen die nordvietnamesischen Kräften genügend stärken, falls all unsere Truppen abgezogen würden. *Beides* war vonnöten: US-Truppen und die Luftwaffe, und zwar auf Jahre hinaus, vielleicht auf unbestimmte Zeit und in beträchtlichem Ausmaß.[2]
Die höchsten Militärkreise haben weder 1969 noch gegenwärtig je behauptet, daß Saigon gehalten werden könne – mit einer gewissen Sicherheit für die verbleibenden US-Truppen – falls weniger als 200000 Mann im Lande stationiert blieben, um durch Luftangriffe, in der Logistik, im Verkehrswesen und im Geheimdienst Unterstützung zu leisten, aber auch um in der Selbstverteidigung und als strategische Reserve einzugreifen. Diese Zahl ist nach Nixons Meinung – und er hat Grund dies anzunehmen – übertrieben; doch gibt es ganz klare Grenzen für das, was die Vereinigten Stabschefs als »militärisch akzeptabel« betrachten; das Minimum des so gut wie ständig in Vietnam anwesenden US-Militärpersonals wird sich gegen Ende 1972 und später wohl kaum beträchtlich unter 100000 Mann bewegen. Wahrscheinlich liegt es höher. Und auch Jahre später wird immer noch die Hälfte davon notwendig sein.

[2] Dies war die Position der Vereinigten Stabschefs in ihrer Antwort auf das Memorandum zur Nationalen Sicherheit Nr. 1 (NSSM-1) vom Februar 1969; (vgl. die Einleitung).

Das von politischer Seite akzeptierte Maximum liegt sicher nicht viel über dem von militärischen Vertretern abgegebene Minimum zwischen 50000 und 150000. Das Vorgehen von LBJ, der eine halbe Million Soldaten nach Süd-Vietnam entsandte, entsprach den Zielsetzungen, die er in der ersten Woche seiner Amtszeit formulierte; fünf Jahre später wurde ihm beim Auszug aus dem Weißen Haus manches vorgeworfen; erspart blieb ihm aber die Anschuldigung, er hätte als erster Präsident einen Krieg verloren. Seine Strategie erreichte jedoch offenbar nur einen Teilerfolg. Er hielt Saigon, verlor aber das Weiße Haus. Wie jedermann, der beide Ziele zu erreichen hoffte, zog Nixon seine Lehren daraus. Die US-Truppen und das Budget für Vietnam mußten sinken; desgleichen Einberufungen, Gefallenenziffern und der Raum, den die Zeitungsmeldungen über Vietnam einnahmen. Sogar 50000 Soldaten – etwa doppelt so viel wie LBJ zu Beginn der Bombardierungen in Vietnam stationiert hatte – konnten von der Öffentlichkeit akzeptiert oder ignoriert werden, falls nur die amerikanischen Todesopfer niedrig gehalten und keine nennenswerten Meldungen über nordvietnamesische Erfolge in Indochina erfolgen würden.
So wurde das praktische Ziel von Nixon – eine »koreanische Lösung«, wie Beamte es bald nannten – deutlich: Er wollte in Indochina für eine kontinuierliche Stationierung von 50000 US-Soldaten in Süd-Vietnam den Boden bereiten. Der Schlüssel zu einer Lösung, so schlossen Nixon und Kissinger, lag in der verstärkten Rolle der Luftwaffe und vor allem darin, die Drohung einer Bombardierung des Nordens aufrechtzuerhalten und zu bekräftigen.
Wie sonst, so schlossen sie, könnte Nixon je erfolgreich verhandeln? Wie kann er die Russen dazu bewegen, auf eine Einigung zu drängen, wenn man sie nicht damit bedrohte, daß sie in Laos oder Haiphong direkter eingreifen müssen?
Wie anders sollte Nixon die nordvietnamesischen Streitkräfte, nachdem sie sich von den Verlusten im Jahre 1968 erholt hatten, davon abhalten, in Laos jeden Erfolg zu erzielen, den sie zu erreichen wünschten oder davon, daß sie die südvietnamesischen Streitkräfte überwältigten, ja daß sie auch einen Angriff auf die verbliebenen US-Einheiten unternehmen, um sie zu vernichten oder zum Verlassen des Landes zu zwingen?
Auf all diese Drohungen war die »Vietnamisierung«, sofern sie auf Südvietnam beschränkt blieb und auf die erneute Eskalation verzichtete, keine Antwort. Angesichts dessen und der wenig aussichtsreichen Entwicklung in Paris schien für viele Beamte in Washington der beste Weg in einem sofortigen totalen Abzug der USA aus Vietnam zu liegen. Für

Nixon und Kissinger aber wurde eine ernste Drohung mit Bombardements der wesentliche Punkt ihres Programms.
Die Politik, zu der sie sich entschlossen, war in vieler Hinsicht, insbesondere für Republikaner, nicht neu. Ihre Elemente waren genau jene, die zwanzig Jahre zuvor von den »Asia-first« Republikanern des rechten Flügels empfohlen wurden, um den »Verlust von China« zu verhindern; McArthur und andere hatten sie zur »Erringung des Sieges« in Korea vorgeschlagen: Die Drohung mit strategischen Luftwaffeneinsätzen und – wenn nötig – ihre Durchführung, der Einsatz von Truppen asiatischer Verbündeter unter einem autoritären, antikommunistischen Regime, das von Amerika anerkannt, finanziert und ausgerüstet wird, amerikanische Militärberater, logistische Unterstützung und Hilfe durch die Luftwaffe. (1954 war Vizepräsident Nixon bereit gewesen, vor Dien Bien Phu einige US-Bodentruppen dazuzugeben, doch betrachtete man dies damals als Irrweg.)
Nimmt man noch die Drohung eines Einsatzes von Kernwaffen hinzu – ein Mittel, das, wie Nixon glaubt, von Eisenhower zur Entscheidung des Korea-Konflikts im Geheimen angewandt wurde und das später Minister Dulles öffentlich zur Beeinflussung des ersten Indochinakrieges ins Feld führte –, dann hat man alle Momente der Dulles-Doktrin der »massiven Vergeltung« und die neue Haltung, die die Eisenhower-Regierung in die Verteidigungspolitik einführte. Diese Politik befähigte die Republikaner, aggressive Rhetorik mit einem begrenzten Verteidigungshaushalt zu verknüpfen, als Nixon noch Vizepräsident war. Als ein akademischer Stratege wich Henry Kissinger damals von dieser Linie hauptsächlich dadurch ab, daß er die Rolle von »taktischen« Atomwaffen hervorhob (in seinem Buch *Nuclear Weapons and Foreign Policy,* durch das er sich einen Namen machte). Doch heute zählt in Nixons Regierung die Bedrohung Indochinas mit nuklearen Waffen – bisher zumindest – nicht zu den wesentlichen strategischen Mitteln von Nixon und Kissinger (außer um eine chinesische Intervention zu verhindern) –, wenngleich sich beide explizit weigern, den Einsatz von Kernwaffen auszuschließen. Die neue Strategie unterscheidet sich also darin von der alten, daß sie auf der Drohung mit nicht-nuklearen Bombardements beruht.
Doch wie konnten Nixon und Kissinger nach den Erfahrungen der sechziger Jahre annehmen, daß die Drohung mit massiven Bombardements ihre Probleme in Indochina lösen würde? Was kann man sich heute von Drohungen versprechen, deren *praktische* Verwirklichung unter Johnson nicht einmal die Tet-Offensive hatte verhindern können?
Nixons Antwort auf diese Frage bestand in der Behauptung, die Demo-

kraten wären zu allmählich und stets vorhersehbar vorgegangen; nie hätten sie *ausreichende* Bombardierungen angedroht. Diesen Standpunkt hatten die Vereinigten Stabschefs schon immer vertreten, obgleich Nixon seine Ansichten nicht von ihnen zu beziehen brauchte. Er teilte die Sprache der Generale, als er nach der Invasion in Kambodscha – in Absetzung vom stufenweisen Vorgehen Johnsons – erklärte:

Diese Operation ist ein entscheidender Schritt; sie warnt den Feind eindringlich, daß wir eine Eskalation in dem Augenblick, da wir versuchen, zu deeskalieren, durch handfeste Aktionen und nicht Schritt für Schritt beantworten werden.

Womit er damals, wie auch vor den Wahlen, drohte, war ein entschlossenes Bombardement von Zielen, die US-Militärbefehlshaber und ihre politischen Sprecher schon lange im Auge hatten: Haiphong, »militärische Ziele« in Hanoi und im gesamten Norden, einschließlich der Verbindungslinien nach China.[3]

Nixon glaubte an die Wirksamkeit dieser Drohung, weil er damit Hanoi demonstrierte, daß ihm die Verwirklichung seiner Vorhaben möglich ist, ohne seine politische Basis oder seine Fähigkeit zur Regierung der Vereinigten Staaten einzubüßen. Johnson hatte diese Fähigkeit verloren, weil er unangemessene Luftangriffe mit übermäßig vielen Bodentruppen und damit Todesopfer und Aushebungen verknüpft hatte. Wenn man letztere vermindern könnte, so nahm Nixon an, würden sich die amerikanische Öffentlichkeit und ihre Vertreter im Kongreß auch mit einem kontinuierlichen und geographisch ausgedehnten Krieg abfinden, den Amerika zwar finanziert, seine direkten Operationen dabei aber im wesentlichen auf die Luftwaffe einschränkte.

Eine derartige Lagebeurteilung war im Jahre 1969 gewagt. Doch mußten die Nordvietnamesen zur Anerkennung dieser Ansicht gezwungen werden, wenn Nixons Bombardierungen sie von einem Kampf gegen die verlängerte Präsenz der USA abhalten und ihnen die amerikanischen Bedingungen eines »gerechten Friedens« abringen sollten. Nur überzeu-

[3] Vgl. Leslie Gelb und Morton H. Halperin, »Only a Timetable Can Extricate Nixon«, *Washington Post* Outlook Section, 24. Mai 1970, und H. Halperin, »*Vietnam Options*«, *New York Times*, OP-Ed page, 7. November 1970. Beide haben sowohl Johnson wie Nixon in Fragen der Vietnampolitik beraten; Halperin war bis September 1969 Assistent von Henry Kissinger im Weißen Haus.
Die vorliegende Diskussion verdankt dem Denken dieser meiner ehemaligen Kollegen sehr viel, obgleich sie in keiner Weise für die Interpretation verantwortlich sind – andere, die meine Ansichten beeinflußt haben, können hier nicht genannt werden.

gende *Demonstrationen* seines Willens und seiner Fähigkeit zur Eskalation konnten dies erreichen.
Der Begriff der »demonstrativen Warnung« war deshalb ein zentraler Punkt in der Taktik von Nixon und Kissinger, und er erklärt die Abfolge politischer Drohungen und offensiver Aktionen, die sie während der letzten beiden Jahre unternommen haben. Bereits im Frühjahr 1969[4] folgte auf unsere ersten Luftangriffe auf Kambodscha – die offiziell in den USA nicht bekanntgegeben und auch wenig beachtet wurden – eine Warnung an Hanoi, die in eine im übrigen gemäßigte Rede Nixons zu Vietnam eingestreut war.
Zur selben Zeit dehnte sich das Bombardement in Laos aus und es erfolgte eine Reihe von Luftangriffen auf Nord-Vietnam. Als diese Angriffe nicht abrissen, bauten Regierungsbeamte die Interpretation Nixons aus dem Jahre 1968, welche solche Angriffe nur begrenzt gerechtfertigt hatte, schrittweise ab. Schließlich gab der Präsident am 5. Januar 1971 in einem Fernsehinterview seine Position selbst auf.[5]
Die Invasion in Kambodscha fand im Frühjahr 1970 statt; im Herbst landeten Truppen in Nord-Vietnam; gegenwärtig beteiligen wir uns an einer Invasion in Laos. In jedem Fall hatte das Weiße Haus Hanoi unmißverständliche Warnungen zukommen lassen.
Alle diese Operationen konnten als taktische Schritte legitimiert werden, die den Aufbau der feindlichen Kräfte hemmen oder seinen »Offensiven« zuvorkommen sollten. Tatsächlich sind sie ein geeignetes Mittel, die Entwicklung in Süd-Vietnam kurzfristig ruhiger zu gestalten. Sie machen offensive Operationen für die Nord-Vietnamesen schwieriger und aufwendiger, schieben also eine neue Offensive solange auf, bis sich Hanoi gezwungen fühlt, die notwendigen Opfer auf sich zu nehmen. Sie lassen Zeit gewinnen und fordern tausende von asiatischen Todesopfern. Die Luftwaffe, vor allem der ausgiebige Einsatz von bewaffneten Hubschraubern, fungiert als Ersatz für US-Truppen. Je weniger amerikanische Truppen in Vietnam anwesend sind, desto mehr Einsätze der Luftwaffe

[4] Inzwischen haben Mitglieder der »Vietnam Veterans against the War« bekannt werden lassen, daß zu derselben Zeit eine größere Bodenoperation in Laos – Dewey Canyon I – geheim durchgeführt wurde.

[5] Nixon behauptete, daß die Nordvietnamesen eine weitere Übereinkunft, nämlich, »daß unbewaffnete Aufklärungsflugzeuge Nord-Vietnam überfliegen können, ohne daß sie angegriffen werden dürfen«, verletzten, obwohl ehemalige Beamte der Johnson-Regierung feststellten, daß eine solche Übereinkunft nie bestanden hätte. Nixon ging dann so weit, daß er verkündete: »Wenn sie eine derartige Übereinkunft leugnen« – was die Führung in Hanoi tut – »dann heißt das, daß wir überhaupt keinen Beschränkungen unterliegen«.
(Noch vor der gegenwärtigen Offensive im April 1972 sind in Nord-Vietnam im Lauf von drei Monaten ebensoviele Luftangriffe wie 1972 während des ganzen Jahres durchgeführt worden.)

sind in Indochina nötig, wenn man die US-Verluste beschränken und die Initiative nicht den Nordvietnamesen überlassen will.

Natürlich kann man diesen Standpunkt von taktischen Rücksichten her auch kritisieren. Durch die Ausweitung des Krieges vergrößern die Kommandeure ihre Risiken und halsen sich einen langwierigen Krieg in drei Ländern auf, obwohl nur begrenzte Erfolge in Aussicht standen. In Laos können z. B. die Verluste an Hubschraubern und die südvietnamesischen Opfer ein beträchtliches Ausmaß erreichen. Ein Staatsstreich von rechts kann die Folge unserer Interventionen sein – und so den Gang der Ereignisse im Kambodscha umkehren; dies kann komplizierte Auswirkungen haben, möglicherweise einen verstärkten Kampfeinsatz der Chinesen nach sich ziehen, was automatisch die Eventualpläne nuklearer Einsätze zum Gegenstand der Erwägungen des Verteidigungsministers, wenn nicht des Präsidenten werden läßt. Und die Nordvietnamesen erwiesen sich als äußerst geschickt darin, unseren Operationen in den Grenzgebieten wie in Kambodscha dadurch zu begegnen, daß sie an anderen Stellen ihre Kontrolle erweiterten.

Doch – nach Ansicht der Planer im Weißen Haus – zählt keines dieser taktischen Argumente. Die innenpolitischen Risiken sind selbst im schlimmsten Falle nicht übermäßig groß. Nach einem Anfang, der nicht gerade viel Anerkennung fand, zeigte das Vorgehen in Kambodscha zu Nixons Befriedigung, daß der Krieg geographisch ausgedehnt und zugleich weniger wahrnehmbar gemacht werden konnte, solange keine US-Bodentruppen im Einsatz waren.

In der Tat geht es bei all diesen Initiativen gar nicht um den taktischen Erfolg. Ihre eigentliche Bedeutung liegt in jedem Fall darin, daß sie *Warnungen* an die Führer in Hanoi und an deren sowjetische und chinesische Verbündete darstellen – gewaltsame Warnungen, welche verbale Drohungen bekräftigen sollen.

Zunächst dokumentieren sie all das, wozu Nixon bereit ist und was er glaubt unternehmen zu können ohne Rücksicht auf den Kongreß und auf Beschränkungen, denen sein Vorgänger Johnson unterworfen war. Jede der angeführten Maßnahmen hat eine der Beschränkungen durchbrochen, die in Lyndon Johnsons Versuchen, »Druck auf Hanoi« auszuüben entweder beachtet oder erst geschaffen worden waren. Schließlich gab es viele gute Gründe für diese Beschränkungen, von denen auch heute noch manche plausibel sind. Die Unternehmungen Nixons sind also als bewußte Hinweise für seine Gegner zu werten, daß er sich durch frühere Zwänge nicht einengen lassen will.

Seine Aktionen demonstrieren darüber hinaus, wie weit Nixon seiner

Meinung nach mit dem Argument, »das Leben der amerikanischen Soldaten zu schützen« und der Formel der »zeitlich begrenzten Operationen, um die Fortsetzung des Truppenabzugs zu gewährleisten«, gehen kann. Diese Formeln – und das will man Hanoi gegenüber deutlich machen – dienen ebensogut zur Begründung einer »begrenzten« Invasion nach Nord-Vietnam, wie sie General Ky erwähnte und die eine Zerstörung von Lagern und Stützpunkten nördlich der entmilitarisierten Zone zum Ziel hat. Auch die Verminung und Zerstörung des Hafens von Haiphong konnte auf diese Weise gerechtfertigt werden; desgleichen Angriffe auf die Verbindungswege (zu Lande und zu Wasser) nach China und auf »militärische Ziele« im gesamten Norden, einschließlich Hanoi. All das konnte als »zeitlich und räumlich begrenzt« ausgegeben werden.
Von jedem dieser Schritte konnte behauptet werden, er sei die folgerichtige Aktion in einer Reihe von Abriegelungsoperationen, die sich allmählich immer weiter nach Norden verlagerten; so waren auch die gegenwärtigen Angriffe in Laos die konsequente Folge der Schließung des Hafens von Shihanoukville durch die Lon Nol-Regierung und der Invasion in Kambodscha. Jeder Schritt, so konnte man sagen, schloß eine Lücke, durch die Kriegsmaterial den Streitkräften Nord-Vietnams und der Befreiungsfront zugeführt wurde.
Zwar konnte man auf diese Weise den Versorgungsstrom vom Norden nicht völlig stoppen; doch Nixon wußte dies – und es ging ihm auch gar nicht darum. Vielmehr verweisen diese Operationen auf das Programm, das die Vereinigten Stabschefs bereits seit sechs Jahren[6] befürwortet hatten, solange eine dauerhafte und »akzeptable« Regelung nicht bestand. Es ging um die Zerstörung »des Willens und der Kraft Nordvietnams, Krieg zu führen«. Oder zu überleben.
Nixon erwartete oder hoffte nicht etwa, daß diese letzte Eskalationsstufe notwendig werden würde; schließlich begab er sich durch seine Drohungen und Verpflichtungen in Abhängigkeit von dem Verhalten der Nordvietnamesen. Der Führung in Hanoi stehen zwei Wege offen, dieser Strafe zu entgehen. Sie kann sich stillschweigend mit den bestehenden Verhältnissen im Süden abfinden, ohne sich auf schwere Kämpfe einzulassen, bzw. die Auseinandersetzungen auf ein Maß zu beschränken, das den südvietnamesischen Streitkräften bei Unterstützung durch die US-Luftwaffe keine Schwierigkeiten bereitet. So würde zwar der Krieg weitergehen, die militärischen Aktionen aber abnehmen und somit auch die amerikanischen Verluste. Andererseits aber konnten die Führer in Hanoi

[6] Vgl. PP. III, 179 (1964; PP. IV, 254–256 (1968).

den Schluß ziehen, daß das amerikanische Volk gegen einen mit halber Kraft und nur mit der Luftwaffe geführten Krieg nichts einwendet und daß der amerikanische Präsident alles unternimmt, den Aufwand gering zu halten, indem er Nordvietnam völlig zerstören läßt, um sie einer Regelung nach amerikanischen Vorstellungen zustimmen zu lassen.
Die erste Variante nannten amerikanische Offiziere eine »koreanische Lösung«; sie bedeutete zwar eine endlose Fortsetzung des Krieges und der Luftwaffeneinsätze, ermöglichte aber die ständige Präsenz von US-Truppen bei nur geringen Verlusten. Eigentlich aber lag die »koreanische Lösung« in der zweiten Variante, die dem Ziel Nixons von einem »gerechten Frieden« entsprach; schließlich gründete nach Nixons Überzeugung die Einigung in Korea auf der Drohung massiver Bombardierungen. Beide Möglichkeiten gestatteten aber Nixon die Zurückweisung des Vorwurfes, er würde eine »no-win strategy« verfolgen.
So verkehrt sich die Aufforderung von Che Guevara schließlich zu Nixons Ziel. Das kurzfristig gestellte Problem der Senkung amerikanischer Verluste bei allmählicher Reduzierung der Kampfstärke – das Problem, »1972 zu überstehen« – ermutigte zu einer Ausdehnung des Kriegsschauplatzes auf die Stützpunkte und Nachschublinien in Laos und Kambodscha; ja, allein die Implikationen einer solchen Ausweitung des Krieges – das dramatische Überschreiten neuer Grenzen trotz der Proteste in Amerika und gegenteiliger Erwartungen – konnten Nixons entscheidende Drohung glaubwürdig machen: die Drohung, ganz Nordvietnam zum Schlachtfeld werden zu lassen. Nachdem der Sturz Shianouks den Weg bereitet hatte, war es nicht mehr zu vermeiden, daß das Streben nach einem zweiten »Korea« den Präsidenten dazu veranlaßte, ein zweites und drittes »Vietnam« zu schaffen, – um dem Norden mit einem vierten zu drohen.
In Laos zeigte die Regierung, daß sie in Kambodscha einiges dazugelernt hatte. Kein Einsatz von amerikanischen Schützeneinheiten, kein spektakulärer Grenzübertritt, kein gewaltsames Vorgehen gegen weiße Studenten. Keine Versprechen, keine Bulletins, ja überhaupt keine Nachrichten. Auch der Präsident äußerte sich nicht zu der Operation. Stattdessen trat er am Nachmittag des Tages, an dem die Hubschrauber und die Amtracs die Grenze überschritten, im Fernsehen auf – mit einer kurzen ökologischen Mitteilung, die folgendermaßen begann (Wortlaut der Presseinformation des Weißen Hauses):

In seiner Tragödie »Mord im Dom« schrieb T.S. Elliott (sic): »Klärt die Luft! Fegt den Himmel! Wascht den Wind!« (sic). Ich habe dem Kongreß vorgeschlagen,

ein umfassendes Säuberungsprogramm zu beschließen, das eben dies leistet und noch mehr – es soll den Raub am natürlichen amerikanischen Erbe beenden.

Es gab keine Fernseh- oder Wochenschauaufnahmen von der Invasion. Kameraleute durften nicht darüber berichten, was wir und unsere Verbündeten dem natürlichen Erbe ihrer Nachbarn antaten. (Die Vietnamesen waren, wie die *New York Times* berichtete, von der Üppigkeit des noch nicht entlaubten Dschungels, in den sie eindrangen, überrascht.) Stattdessen bekam man Bilder vom Mond und von den Gebieten um Khe Sanh zu sehen: Eine unheimliche Gegenüberstellung, in der die Mondlandschaften, die der Krieg nahe der entmilitarisierten Zone geschaffen hatte, den Mangel einer Life-Berichterstattung über die Lunarisierung von Laos kompensieren sollten.

Was bedeutet diese neuerliche Invasion für das Volk von Laos? Der Krieg ist für sie nichts Neues, ebensowenig wie fremde Soldaten und amerikanische Bomber; doch sie spüren nun die Folgen all dessen auf eine neue und schreckliche Weise. Wie in Kambodscha erfolgen die ersten Operationen in relativ dünn besiedelten Gebieten. Und wie in Kambodscha werden die nordvietnamesischen Streitkräfte ihre Gegenaktionen vornehmen in dicht besiedelten Tiefebenen, wo unsere Bomber und bewaffneten Hubschrauber sie dann ausfindig machen. Dann kommen die Flüchtlinge – viele hatten jahrelang in der Nähe des Pathet Lao oder nordvietnamesischer Truppen gelebt – unter Zurücklassung ihrer Toten in die stinkenden Lager am Rande der Städte, die nicht bombardiert werden.

»Eines haben wir in Laos und Kambodscha gelernt«, führte der Rat des Kennedy Subcommittee aus. »Die bloße Präsenz feindlicher Truppen schafft keine Flüchtlinge. Das erfordert schwere Kämpfe; US-Bomben können das erreichen.«

Ein wesentlicher Teil in Nixons Strategie, den Krieg in Südvietnam abebben zu lassen, bestand darin, daß er amerikanische Piloten einsetzte, um die Kriegshandlungen in Laos und Kambodscha zu verstärken. Im Herbst 1969 wurden täglich mehr als 600 Einsätze über Laos geflogen; damals konnten wir die wohl schlimmsten Bombenmonate dieses Krieges erleben. Bereits 1968 war die Anzahl der Flüchtlinge stark angestiegen, als amerikanische Bomber gegen Ende März statt nordvietnamesischer Ziele solche in Nord- und Südlaos angriffen.

In den ersten zwölf Monaten der Nixon-Regierung verdoppelte sich fast die Anzahl der Flüchtlinge. Die offizielle Schätzung für Ende 1965 – sicherlich eine niedrige Annahme – belief sich auf minimal 240000 (bei

einer Bevölkerung von unter drei Millionen). In den ersten 18 Monaten gab es 30000 Opfer unter Zivilisten, darunter mehr als 9000 Tote. Im Jahre 1970 verschlimmerte sich das Flüchtlingsproblem; im Herbst waren die Ziffern auf das dreifache vom Februar 1968 angestiegen.[7] Im November des vorigen Jahres eskalierte das Bombardement in Laos sprunghaft. Die Wirkung der jüngsten Aktionen auf die Flüchtlingsbewegung in Laos dürfte sich durch die Operationen, die denen in Kambodscha ähneln, noch verstärken; dort sind in den letzten neun Monaten (bei einer Bevölkerung von 6,7 Millionen) *weit über eine Million* Flüchtlinge »geschaffen« worden.[8] Über die Anzahl der zivilen Todesopfer in Kambodscha seit der Invasion im Frühjahr liegen keine Schätzungen vor.
Wie viele Menschen werden in Laos sterben?
Wie hoch schätzt Nixon die Zahl der Angehörigen des laotischen Volkes »Freund« und »Feind« –, die vom US-Feuer in den kommenden zwölf Monaten umgebracht werden?
Er hat keine diesbezügliche Schätzung. Weder hat er Kissinger darum gebeten, noch hat dieser vom Pentagon eine solche Schätzung verlangt. Keiner der Beamten hat jemals eine Antwort auf diese oder ähnliche Fragen erhalten, auf Fragen, die die Auswirkungen der Kriegspolitik auf das zivile Leben in Laos, Kambodscha, Süd- oder Nord-Vietnam betrafen. Und keiner unterscheidet sich hierin von seinen Vorgängern. (Wissenschaftler der Bürokratie erarbeiten nach Kräften Schätzungen über die politisch maßgeblichen Faktoren: »Kosten«, »Vorteile«, »inputs« und »outputs«. Todesopfer der Zivilbevölkerung wurden jedoch nie als relevantes Kriterium angesehen.)
Beamte pflegen aber immer irgendeine Antwort bereitzuhalten, wenn andere Abteilungen der Regierung, die Presse oder die Öffentlichkeit danach verlangten. Wir verdanken die offiziellen Gesamtschätzungen von *früheren* Opfern in Vietnam einzig und allein dem Kennedy Subcommittee – und ohne seine Tätigkeit hätte man nicht einmal stark verfälschte Zahlen veröffentlicht. Dank seiner Anfragen und Analysetätigkeit wissen wir, daß in Süd-Vietnam von 1965–70 mindestens 300000 Zivilisten getötet wurden – meist durch amerikanisches Feuer – und daß insgesamt eine Million von Kriegsopfern zu verzeichnen ist. Davon fallen nach den

[7] Vgl. den Bericht des Kennedy Subcommittee Staff: »Refugee and Civilian War Casualty Problems in Indochina« (Subcommittee to Investigate Problems Connected with Refugees and Escapees of the Committee on the Judiciary, United States Senate, 28. September 1970). Vgl. auch Senator Kennedys »gereinigte« Zusammenfassung zweier Geheimberichte über Kriegsopfer in Laos, die am 7. Februar erschien.
[8] Anfang 1972 belief sich die Schätzung des Kennedy Subcommittee auf zwei Millionen.

Berechnungen des Subcommittee 50000 zivile Todesopfer in Nixons erstes Regierungsjahr, 35000 in sein zweites.
Obgleich verläßliche Angaben für Kambodscha und Laos fehlen – die Regierung unternimmt keine Anstrengungen, sie zu ermitteln – schätzt das Kennedy Subcommittee, daß die Opfer in ganz Indochina im Jahre 1970 gegenüber 1969 zugenommen haben. Auch die Flüchtlingsrate stieg Ende 1970 an und erreichte im zweiten Quartal 1971 den höchsten Stand der letzten beiden Jahre.
So kann von einer »Abhebung des Krieges« für das Volk von Süd-Vietnam und seine Nachbarn nicht die Rede sein: Dies wäre offenkundig, wenn die Zahlenangaben über zivile Opfer und Flüchtlinge, über die Entlaubungsaktionen und die Bombardements wöchentlich in den Nachrichten des Fernsehens im Zusammenhang mit den Opfern der US-Truppen und des »Feindes« ausgestrahlt würden.
Doch auch das Kennedy Subcommittee hat nicht versucht, die Opfer an Toten und Verwundeten, die unsere Bombardements in Nord-Vietnam verursachen, zu berechnen oder Schätzungen über künftige Opfer in Indochina vorzunehmen. Auch Presse und Fernsehen haben sich nicht in diese Richtung bemüht. Ebensowenig hat die Öffentlichkeit nach solchen Informationen verlangt.
Vor diesem Hintergrund offizieller und öffentlicher Unkenntnis, angesichts dieser Gleichgültigkeit gegenüber den Auswirkungen des Krieges auf die Bevölkerung von Indochina wird die Unbekümmertheit verständlich, mit der die Nixon-Regierung die Parole »Der Krieg geht seinem Ende entgegen« verkaufte. Mit einer solchen Aussage einverstanden sein – und sie wird kaum in Frage gestellt – heißt allerdings den Krieg ziemlich »eng« definieren. Er besteht dann lediglich aus US-Truppen, US-Opfern und Budgetposten. Man geht dabei über jene Aspekte einfach hinweg, die »eine Ausweitung des Krieges« zeigen: US-Luftangriffe, Bodenkämpfe außerhalb von Süd-Vietnam und die in Laos und Kambodscha von uns hervorgerufenen Opfer. Man kann im übrigen nicht behaupten, daß die verengte Sichtweise des Krieges nur einem Täuschungsmanöver der Nixon-Regierung entspringt. Die Amerikaner haben den Krieg in Indochina stets in dieser Weise betrachtet.
Us-Militärs sehen die Dinge bisweilen klarer. »Krieg heißt Menschen töten«, belehrte General Curtis Le May, einer jener »schrecklichen Simplifikatoren« der Geschichte, einst einen Physiker bei Rand. »Bringt man genügend Menschen um, so gibt die andere Seite nach.«
Aber die neue Regierung hat die frühere grobe Strategie des »Aufreibens« in Bodenkämpfen mit ihrem blutigen Kalkül der »Todesopfer«

und ihren wahnwitzigen Berechnungen von männlichen Geburten, aus denen man erschließt. wieviel »Feinde« man künftig wird umbringen müssen, aufgegeben. Die meisten Todesopfer der neuen Strategie, die sich im Gefolge der »demonstrativen Warnungen« ergeben, haben in bürokratischen Kalkulationen keinen Platz. Dasselbe gilt für die riesige Bevölkerung von Nord-Vietnam, die vom gleichen Schicksal bedroht ist, falls sich ihre Führer dazu entschließen, den schon dreißig Jahre währenden Krieg fortzusetzen und gegen eine »koreanische Lösung« anzukämpfen. Die Pläne, die General Le May für den Luftkrieg ausgearbeitet hat, können dann von der Nixon-Regierung in die Tat umgesetzt werden.
Joseph Alsop, dessen Kolumne – in der er den »kühlen Mut« des Präsidenten in Laos lobt – vom Weißen Haus kräftig verbreitet wurde, schrieb wenige Tage nach der Invasion in Laos: »Inzwischen wird erkennbar, daß Richard M. Nixon zu unseren besseren Kriegspräsidenten gehört.«
Die Stelle, die unser Kriegspräsident den Amerikanern an jenem Montagnachmittag in Erinnerung brachte, hat mit Luftverunreinigung oder gewöhnlicher Verschmutzung nichts zu tun. Wie mein Sohn mir klarmachte, spricht das Zitat vom Mord. Es ist ein Schreckenschor, der im Augenblick des Mordes seine Stimme erhebt, eines Mordes, der aus Gründen der Staatsraison und auf Wunsch eines Herrschers verübt wird:

Klärt die Luft! Fegt den Himmel! Wascht den Wind! Nehmt Stein von Stein und wascht sie!
Das Land ist faul, das Wasser ist faul, unsere Tiere und wir sind mit Blut befleckt!
Ein Regen von Blut hat mich blind gemacht ...
Wie fände ich wieder zurück, in die friedlichen stillen Gezeiten?
Nacht, bleib finster. Sonne, steh, daure Gezeit! Laßt den Tag nicht kommen, laßt den Lenz nicht kommen!
Kann ich denn wieder den Tag anschauen und die Dinge des Tags?
Und seh sie alle schwarz von Blut, durch den Vorhang rinnenden Bluts?

Dem Leben fehlt Zeit zu langer Betrübnis, doch dies, dies ist außer dem Leben, außer der Zeit!
Augenblicks-Ewigkeit: Untat – Mordtat. [Übers. von R.A. Schröder]

Diese Zeilen sind im Jahre 1971 nach den Ereignissen der letzten sechs Monate für einen Amerikaner fast unerträglich. Wenn wir jemals wieder zu ruhigeren Zeiten zurückkehren sollten – und diese Rückkehr haben wir uns kaum verdient –, dann müssen genug Amerikaner Entscheidungen, Befehle, Pros und Kontras überprüfen, um Klarheit darüber zu gewinnen, was in ihrem Namen unternommen wird und ihre Mittäterschaft verweigern. Sie müssen die *moralische* Forderung anerkennen, daß die

Ermordung von Menschen in Indochina durch die USA beendet werden muß, und sie müssen den Kongreß und ihren Präsidenten zur Beendigung des Krieges zwingen; es gilt, sich klarzumachen, daß weder unsere Todesopfer noch die von uns verursachten den Vereinigten Staaten das Recht geben, durch Artilleriefeuer und Luftwaffeneinsätze zu bestimmen, wer in Vietnam, Kambodscha oder Laos regieren und sterben soll.

Die Verantwortung von Regierungsbeamten in einem verbrecherischen Krieg

Der folgende Essay ist die leicht erweiterte Fassung eines Vortrages, den ich am 23. Mai 1971 vor der Community Church in Boston (Massachusetts) hielt. Anmerkungen, einige Gedanken und natürlich alle direkten Verweise auf die Pentagon Papiere wurden nachträglich hinzugefügt. Meine Zuhörer waren erwartungsgemäß älter als das universitäre Publikum, vor dem ich oft gesprochen hatte. Ich traf auch auf eine Reihe von Leuten, die aus Nazi-Deutschland geflohen waren. Weil ich ahnte, daß es für eine gewisse Zeit mein letzter Vortrag sein würde – die Pentagon Papiere standen kurz vor ihrer Veröffentlichung –, ging ich auch auf einige persönliche Aspekte ein, die ich sonst nirgendwo behandelt habe.

... sich nicht bemüht zu haben, den ganzen Mechanismus der Mystifikation zu durchschauen, war bereits kriminell. In jenem Anfangsstadium war meine Schuld ebenso groß wie am Ende, als ich für Hitler arbeitete. *Wenn man aufgrund seiner Stellung bescheid weiß, sein Wissen aber unterdrückt, so ist man für die Konsequenzen verantwortlich – von Anfang an.*
... Schließlich habe ich selbst den Grad meiner Isolierung bestimmt, den Raum, der mir für Ausflüchte bleibt, das Ausmaß meiner Ignoranz ... Ob ich dies oder jenes nun gewußt habe oder nicht, wieviel oder wie wenig ich wußte: All das zählt überhaupt nicht, wenn ich bedenke, welche Greuel mir hätten bekannt sein müssen, welche Schlüsse ich konsequenterweise aus dem was ich wußte, hätte ziehen müssen. Diejenigen, die mir Fragen stellen, erwarten von mir Rechtfertigungen. Doch ich habe keine. Es gibt keine Entschuldigung.
Dem gewöhnlichen Parteimitglied wurde gesagt, die große Politik wäre zu kompliziert, als daß es sich ein Urteil erlauben könnte. Folgerichtig hatte man das Gefühl, vertreten zu werden, und von niemand zur Rechenschaft gezogen zu werden. Das ganze System war darauf abgestellt, Gewissenskonflikte schon an ihrer Entstehung zu hindern. –

Albert Speer, *Inside The Third Reich*[1]

»Was niemand zu bemerken schien« – sagte einer meiner Kollegen, ein Philologe, »war die immer größere Kluft, die nach 1933 zwischen Regierung und Volk entstand. Schon am Anfang war diese Kluft hier in Deutschland riesig. Und sie wurde immer gewaltiger. Es bringt ein Volk auch nicht näher an seine Regierung, wenn man diese als Volksregierung, als wahre Demokratie bezeichnet, die Leute zum

[1] New York, 1971, S. 19, 113, 33.

Zivildienst einberuft oder wählen läßt. All dies hat wenig, ja gar nichts mit dem *Wissen*, daß man regiert, zu tun.
Was hier geschehen ist, erklärt sich als allmähliche Gewöhnung der Leute daran, daß sie mit Überraschungen regiert werden; daran, Entscheidungen zur Kenntnis zu nehmen, die geheim zustandegekommen waren; zu glauben, daß die Lage so schwierig sei, daß die Regierung aufgrund von dem Volk unverständlichen oder so gefährlichen Informationen handeln muß, daß deren Veröffentlichung die nationale Sicherheit in Frage stellen würde. Und die Identifikation mit Hitler, das Vertrauen auf ihn vergrößerte die Kluft nur noch; und wiegte jene in Sicherheit, die sich unter anderen Umständen vielleicht besorgt gezeigt hätten.
Diese Loslösung der Regierung vom Volk, die Erweiterung dieser Kluft vollzog sich ganz allmählich und unmerklich; jeder Schritt erschien (vielleicht nicht einmal absichtlich vorgetäuscht) als eine zeitlich beschränkte Notmaßnahme; stets verknüpfte sich die Regierungsentscheidung mit patriotischer Hingabe oder tatsächlichen sozialen Zielen. Und die vielen Krisen und Reformen (auch die wirklichen Reformen) beschäftigten das Volk so intensiv, daß es die sich untergründig vollziehende Bewegung gar nicht gewahrte, die Bewegung, in der sich die Regierung immer mehr vom Volk entfernte.

Milton Mayer, *They Thought They Were Free*[2]

Die meisten von Ihnen wissen, was es bedeutet, wenn hundert Leichen vor einem liegen oder fünfhundert oder tausend. Dies erlebt zu haben und – von einigen mit menschlicher Schwäche zu erklärenden Ausnahmen abgesehen – still geblieben zu sein: Dies hat uns groß werden lassen. Diese Seite des Ruhmes in unserer Geschichte ist nie geschrieben worden und braucht auch nie geschrieben zu werden.

Heinrich Himmler, *Ansprache an die SS-Kommandeure 1943*[3]

Wer mit Ungeheuern kämpft, mag zusehn, daß er nicht dabei zum Ungeheuer wird. Und wenn du lange in einen Abgrund blickst, blickt der Abgrund auch in dich hinein.

Nietzsche, *Jenseits von Gut und Böse*[4]

In letzter Zeit mußte ich viel über Deutschland in den dreißiger und vierziger Jahren nachdenken. Ich fühlte einen immer größeren Zwang, die Verantwortung unserer Bürger und Beamten in einer Weise zu charakterisieren, die sich an die deutschen Erfahrungen von damals anlehnte. Dabei fühle ich mich nicht als Jude, sondern als Amerikaner.
Eine der ersten Gelegenheiten, bei der ich mich in dieser Beziehung angesprochen fühlte, war vor etwas über einem Jahr, als ich im Frühling

[2] Chicago, 1966, S. 66.
[3] Zitiert bei Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews* (Chicago, 1967), S. 648.
[4] New York, 1966, S. 89. (Hanser, München 1966, Bd II, S. 636)

1970 zu einer von zehn Abgeordneten des Kongresses veranstalteten Konferenz über »Kriegsverbrechen und das amerikanische Gewissen«[5] eingeladen war.
Am zweiten Tag der Konferenz, als ich in die Runde um einen großen Seminartisch – etwa vierzig anerkannte Leute, darunter Hannah Arendt und Telford Taylor – blickte, wurde mir bewußt, daß ich der einzige Anwesende war, der in einem Kriegsverbrecherprozeß als potentieller Angeklagter gelten konnte. Dies ließ mich die Vorgänge aus einer besonderen Perspektive sehen, einer Perspektive, die ich seitdem nicht mehr habe aufgeben können.
Der Grund für dieses Gefühl liegt, von meinem Werdegang aus gesehen, nur zu klar auf der Hand: Dienst bei der Marine, dem Verteidigungsministerium, dem Außenministerium, in Vietnam, Tätigkeit bei der Rand Corporation. In den Jahren nach dieser Konferenz war ich an unzähligen Teach-ins beteiligt, besonders seit der Invasion in Kambodscha und mehr noch seit der Invasion in Laos. Die Zuhörerschaft dieser verschiedenen Veranstaltungen bestand fast nur aus jungen Leuten, d.h. aus solchen, die Posten, wie ich sie innegehabt hatte, als äußerst verwerflich ansehen. Sie betrachten den Krieg, den wir immer noch führen, als kriminell, brutal, inhuman, als in keiner Weise zu rechtfertigen – so wie ich heute –, und sie haben ihn nie anders gesehen.
Wenn ich bei meinen ersten Auftritten auf solchen Veranstaltungen jemanden zu meiner Einführung die ganze Liste meiner früheren Posten, einen nach dem anderen, vorlesen hörte, sank mein Herz mit jedem Satz, während im Auditorium die Atomsphäre zunehmend kühler wurde.
Einem älteren Publikum mag es weniger schwierig erscheinen, die folgenden Fragen zu beantworten als dem typischen Studentenpublikum: *Wie konnte er passieren,* daß unser Land die ganzen letzten zehn Jahre hindurch – zwanzig wäre richtiger – von einer brutalen Indochinapolitik nicht abließ? Wie war es möglich, daß uns unsere führenden Politiker, geachtete und ehrenwerte Männer, so lange in diese hoffnungslose Schlächterei hatten hineinziehen können?, und wie war es möglich, daß wir ihnen dies unter so geringem Protest gestattet hatten?
Aber selbst, wenn diese Fragen einem älteren Publikum, jenen die im Laufe ihres Lebens diesen Krieg und noch schlimmere mitgemacht haben, nicht so verwirrend erscheinen, so verdienen sie meiner Meinung nach doch stärkere Aufmerksamkeit. Wir lassen sie nur allzu leicht fallen,

[5] Vgl. *War Crimes and the American Conscience* (New York, 1970). Zu meinen eigenen Aussagen auf dieser Konferenz vgl. »Kriegsverbrechen und My Lai«.

weil sie schmerzlich sind, nicht weil die Antworten darauf überzeugend sind.

Die Deutschen stehen vor einer etwas anders gearteten Frage: »Wie konnten wir zulassen, daß uns eine solche Verbrecherbande so lange regierte und all das tun konnte, was sie getan hat?« Sie können ihrer Jugend antworten: » Schaut, es waren die Nazi-Verbrecher, die Terror gegen uns, ihr eigenes Volk, übten, das ist die Antwort. Wir konnten nichts tun, es sei denn, wir hätten unser Leben riskiert; jegliche Wahrheit wurde uns von einer durch und durch zensierten Presse vorenthalten, etc. etc.«

Aber als Amerikaner haben wir keine so leichte Erklärung. Zunächst tut man gut daran – wie Townsend Hoopes betont hat – »sich zu erinnern, daß die Berater [von Präsident Kennedy und Johnson], als sie in die Regierung eintraten, stets zu den fähigsten, bestinformierten, humansten und liberalsten Männern zählten, in die die Öffentlichkeit ihr Vertrauen setzen konnte. Und das war eine wahre Feststellung«.[6]

Ich muß sagen, daß ich es für notwendig halte, eben das zu tun, was Townsend Hoopes nicht tut: sein Urteil über diese Individuen – und über das Establishment der Ostküste, dem sie meist entstammten und dessen Wertvorstellungen und Absichten sie getreulich repräsentierten – im Lichte dessen, was sie im Laufe des letzten Jahrzehnts getan haben, zu überprüfen. Aber diese Überprüfung kann uns nicht als Entschuldigung dienen, denn die Qualitäten dieser Leute unterscheiden sich nicht sehr von denen großer Teile der Bevölkerung.

So bleibt die Frage: Wie konnten sich so geachtete, »humane, liberale« Menschen – und damit wir alle – an all dem beteiligen: am Niederbrennen von Dörfern, an Pflanzenvernichtung und Entlaubung; an Folterungen; an der Schaffung von Millionen Flüchtlingen, an Luft- und Bodeninvasionen, am Abwurf von mehr als sechs Millionen Tonnen Bomben – sechs Megatonnen würde man bei Rand sagen – und weiteren sechs Millionen Tonnen Artilleriegranaten auf das Volk von Indochina seit 1965?

Diese Frage habe ich jedoch in früheren Reden nicht behandelt: weder im allgemeinen, noch unter persönlichen Gesichtspunkten. In diesen Reden konzentrierte ich mich auf das, was im Vietnamkrieg noch vor uns lag und was für seine Beendigung getan werden konnte. Ich bin nämlich nach wie vor der Meinung, daß noch ein langer Krieg vor uns liegt; es gab also wahrhaftig genug darüber zu sagen. Über persönliche Erfahrungen habe ich überhaupt nicht gesprochen.

[6] »Legacy of the Cold War in Indochina«, *Foreign Affairs*, Juli 1970, S. 611.

Aber dies ist das erste Mal, daß ich aufgefordert bin, eine »Predigt« zu halten – und es wird wohl für eine Zeitlang die letzte Rede sein, die ich halte. So kam ich heute morgen, als ich mir diese Fragen durch den Kopf gehen ließ, zu dem Schluß, ich müsse mich auch über meine persönlichen Erfahrungen äußern.

Wie mein Werdegang zeigt, kann ich das Problem der Verantwortlichkeit von Regierungsbeamten nicht aus der Perspektive eines Mannes betrachten, der sich aus den Regierungsgeschäften herausgehalten hat; noch weniger kann ich als jemand auftreten, der gegen diesen Krieg opponiert oder ihn von Anfang an durchschaut hätte. Im Gegenteil. Statt also die Frage wie ein Außenstehender anzugehen, tue ich wohl besser daran, so vorzugehen wie einige wenige Deutsche nach dem Krieg. Also – wie Albert Speer, als er 1945 mit der Abfassung seiner Memoiren begann – gründlich darüber nachzudenken, wieso es bei mir so lange gedauert hat, bis ich das Unrecht unseres Tuns eingesehen habe, und mir dieselben Fragen auch in bezug auf meine Kollegen und Vorgesetzten zu stellen.

Bis jetzt weiß ich nur von sehr wenigen Amerikanern, die sich mit dieser Frage wirklich auseinandergesetzt hätten. Mir scheint dies nicht verfrüht, auch wenn der Krieg noch nicht vorüber ist – denn manche von den Männern, die jetzt im Amt sind, sind so »liberal«, so »human« wie andere zuvor, haben Assistenten, die ihnen genauso gewissenhaft helfen wie ich es tat, und doch führen sie den Krieg weiter. Hüten immer noch gut Geheimnisse, lügen und töten weiter. Sie und andere werden das wahrscheinlich noch lange tun – aus den gleichen Gründen wie in der Vergangenheit –, wenn wir nicht neue Maßstäbe für sie und uns und unser Verhältnis zu ihnen entwickeln. So will ich denn nicht auf andere warten. Ich frage mich also zunächst, wie sich mir diese Dinge darstellten.

Zurück zur Frage »Wie konnten wir ...?« Die Antwort reicht bis zu einem Ereignis zurück, das uns allen in Erinnerung blieb: August 1945. In jenem Monat verkündete Ho Chi Minh – die meisten Amerikaner nahmen das wie ich nicht zur Kenntnis – die Demokratische Republik Vietnam; er selbst stand an ihrer Spitze. Der Status der Republik wurde vom früheren Kaiser wie von den Franzosen anerkannt. Wenn wir an den August 1945 denken, dann fällt uns stattdessen ein, wie die Vereinigten Staaten den Zweiten Weltkrieg mit einem noch nicht dagewesenen Akt des Völkermordes beendeten, als sie die Energie der Sonne auf die Bevölkerung von Hiroshima losließen.

Ich erinnere mich, wie ich als Vierzehnjähriger von einem Aspekt der Sache unangenehm berührt war: In seiner Rede, mit der er den Abwurf

der Atombomben bekanntgab, zeigte Truman, unser Präsident, in keiner Weise, daß ihm irgendwie unwohl war. In euphorischem Tonfall redete er von den großen technischen Errungenschaften, mit deren Hilfe die USA amerikanisches Leben retten und den Krieg beenden konnten. Selbst damals überkam mich das Gefühl, daß eine solche Entscheidung wohl mit einiger Beklemmung hätte gefällt werden müssen.

Andererseits ist uns allen, die wir den Krieg erlebt haben, der Hintergrund, vor dem alle Beklemmung wich, bekannt. Obgleich mit der Atombombe eine neue Ära der Möglichkeiten begann, die Menschheit auszuradieren, war das Ereignis von Hiroshima durchaus nicht neuartig, wenn man die damals wie heute übliche quantitative Bewertung anwendet: die Anzahl der Todesopfer. Tatsächlich tötete die Atombombe nicht so viele Menschen wie die ein- bis zweitägigen Feuerüberfälle auf Tokio, die im selben Jahr stattgefunden hatten. Diese Überfälle entfachten einen Feuersturm: Menschen, die sich in die Kanäle flüchteten, kamen im kochenden Wasser um; der Asphalt in den Straßen kochte; die Innenstadt von Tokio wurde völlig zerstört. Und diesem Akt der Massenvernichtung waren andere vorausgegangen: Dresden, Hamburg und die ähnlich zerstörerischen Angriffe auf Köln und Berlin.

All das haben wir jahrelang gemacht. Jene Periode war ein Erziehungsprozeß für die Vereinigten Staaten: Es wurde uns klar, daß es für einen amerikanischen Präsidenten keine Grenze des Erlaubten gab; er konnte – ohne den Kongreß oder die Öffentlichkeit zu fragen – anordnen und durchführen lassen, was er wollte, sobald er entschieden hatte, daß genügend auf dem Spiel stand. Aus diesem Lernprozeß gingen wir als eine äußerst gefährliche Nation hervor.

Dostojewskis Iwan Karamasow faszinierte der Gedanke: Wenn es Gott nicht gibt, dann ist alles erlaubt. In den vier Jahren nach 1941 haben die Amerikaner begriffen: *Hitler existiert, deswegen ist alles erlaubt.* Aus unserem eigenen Vorgehen erfuhren wir, daß es für das, was man gegenüber einem solchen Feind rechtfertigen konnte, keine Grenze gab: einem Feind, der unsere Existenz bedroht, der sich auf Täuschung und Terror stützte, vor nichts Halt machte, dessen Aktionen immer schrecklicher wurden. Noch bevor wir von der fast vollständigen Ausrottung der europäischen Juden erfuhren, wußten wir, daß etwa zwanzig Millionen Russen in diesem Krieg – und nicht in Gaskammern – würden sterben müssen. Die Japaner griffen uns sogar direkt an. Es schien also völlig klar, daß sich im Kampf gegen einen solchen Feind, im Kampf ums Leben, alle Mittel nicht nur rechtfertigen ließen, sondern geradezu erforderlich waren: Geheimhaltung, Täuschung der Öffentlichkeit, weil man den Feind

irreführen wollte, Machtkonzentration in der Exekutive, Mobilisierung aller Ressourcen und der schrankenlose Gebrauch von Gewalt.
Albert Speer zweifelt nicht im geringsten daran, daß Hitler, hätte ihm die Atombombe zur Verfügung gestanden, sie auch gegen England eingesetzt hätte. Aber wir haben auch keine Zweifel über das, was *wir* mit der Atombombe gemacht hätten; denn uns stand sie zur Verfügung und wir haben sie eingesetzt.
All dies bedeutete eine wichtige Einsicht für viele Amerikaner, insbesondere für die Regierungsbeamten in der Nähe des Präsidenten. Ihre Rolle stand nun im Mittelpunkt des Weltgeschehens. Randolph Bourne sagte während des Ersten Weltkriegs, dem er sich einsam widersetzte: »Krieg dient der Gesundheit des Staates.« Doch gilt dies nicht für alle Zweige und Institutionen des Staates. Der Einfluß des Kongresses z.B. wird erheblich eingeschränkt, ebenso der von Rechtsprechung und Presse. Krieg dient den Regierungskreisen um den Präsidenten, den Ministerien und Ämtern, die ihm unterstellt sind, der Exekutive. Nur unter den Bedingungen des Krieges können der Präsident und seine Beamten so unumschränkt ihre Macht ausüben, soviel Verantwortung auf sich lasten fühlen und zugleich so schrecklich frei handeln.
So lernten wir – vor allem die Leute der Exekutive – in den vier Jahren von 1941 bis 1945, wie befreiend es in gewissem Sinne ist, einem Feind wie Hitler gegenüberzustehen, ja überhaupt einen Feind zu haben. Und an Feinden fehlte es uns in den dreißig Jahren seit 1941 wahrhaftig nicht, als unsere Beamten all das, was sie mit dem Anspruch und der Verantwortung, an der Spitze der halben Welt zu stehen, für notwendig hielten.
Doch im letzten Vierteljahrhundert hat es Hitler nicht gegeben; so mußte man ihn erfinden. Und wir haben immer wieder einen Hitler erfunden. Stalin fungierte recht plausibel als solcher; bei Mao stand es schon nicht mehr so eindeutig fest. Sogar Fidel Castro, Ho Chi Minh, Nasser und andere nationalistische Führer aufständischer ehemaliger Kolonien haben für mehrere Westmächte, die ihre Herrschaft sichern wollten, die Gestalt von Hitler angenommen – so übertrieben sich solche Parallelen selbst in den Augen ihrer Verbündeten auch ausnahmen. So deutete z.B. Eisenhower, als er 1954 die Franzosen zum Weiterkämpfen mit amerikanischer und englischer Unterstützung bewegen wollte, Churchill gegenüber an, daß die Gefahr, die Ho Chi Minh in Dien Bien Phu darstellte – z.B. für die britischen Interessen in Malaya – derjenigen Hitlers im Rheinland oder in München gliche.

Ich darf mich erneut auf die Geschichte beziehen; es gelang nur deswegen nicht, Hirohito, Mussolini und Hitler zu stoppen, weil wir es versäumten, rechtzeitig

gemeinsam zu handeln. Dies war der Anfang einer Periode heftiger Tragik und unheimlicher Gefahr. Sollten unsere Nationen nichts daraus gelernt haben? ...[7]

Eden und Churchill – Männer, die auf dem gefährlichen Gebiet der Befriedungspolitik gewisse Autorität genossen – wagten es nicht, so offen auf ihre Vergangenheit hinzuweisen. Eden wies Dulles Warnungen vor Hos militärischem und expansionistischem Drang zurück und lehnte fast schroff die Analogie und die Verknüpfung zwischen den französischen Interessen in Indochina und den englischen in Malaya ab: »Die Franzosen können vor der nächsten Regenzeit den Krieg – so schlecht sie ihn auch führen – nicht verlieren.« In bezug auf das übrige SO-Asien äußerte sich Eden befriedigt; er vertraue darauf, daß die Briten die Situation in Malaya fest in der Hand hätten ... Die Parallele zwischen Indochina und Malaya stritt er ab ... Er bemerkte, daß zwischen der Lagebeurteilung der Vereinigten Staaten und der des Vereinigten Königreiches offenbar erhebliche Unterschiede bestünden . . .«[8]
John Foster Dulles war von der Skepsis dieser Männer so verletzt, daß die diplomatischen Beziehungen starken Belastungsproben ausgesetzt waren. Doch schon zwei Jahre später war Eden selbst davon überzeugt, daß die Zerstörung von Port Said durch die Luftwaffe und die Invasion in der Kanalzone notwendig und gerechtfertigt waren, weil er in Nasser einen arabischen Hitler bekämpfte. Vom Standpunkt der Israelis aus, die von Nasser direkt bedroht wurden, mag diese Analogie nicht so weit hergeholt erscheinen. Doch war dies wohl kaum die Perspektive der Briten, die um ihre Kontrolle des Suezkanals fürchteten; oder der Franzosen, die um ihre Machtstellung in Algerien besorgt waren.
Zufällig tat ich damals als Marinesoldat auf einem Truppentransporter Dienst, der Amerikaner aus Ägypten evakuierte. Im Hafen von Alexandria machte ich die für einen Amerikaner ungewöhnliche Erfahrung, von den Franzosen bombardiert zu werden. Wir hielten uns nahe genug am Ort des Geschehens auf, so daß die Bomber, die auf Kairo flogen, als großer Fleck auf dem Radarschirm erschienen. Ein anderer solcher Fleck bewegte sich in Richtung Port Said. Später bekam ich Bilder zu sehen, die zeigten, was mit den Menschen und Häusern von Port Said geschehen war. Ich konnte mir nicht vorstellen, daß Amerikaner unter ähnlichen Umständen in dieser Weise vorgegangen wären. Damals jedenfalls war

[7] Präsident Eisenhower in seinem Brief an Premierminister Churchill vom 4. April 1954 (PP, II, 99).
[8] Eden an Botschafter Aldrich am 6. April 1954 (PP, I, 477); Eden an Dulles am 25. April 1954 (PP, I, 478).

es Eisenhower und nicht Eden, der sich weigerte – und nicht einmal das Vorgehen unseres Verbündeten billigte –, sein Handeln auf eine trügerische Analogie zwischen einem lokal beschränkten Gegner und der globalen Drohung Hitlers zu gründen.
Ich will nicht den Eindruck erwecken, daß meine Haltung gegenüber den offiziellen Positionen in den fünfziger Jahren durchwegs skeptisch oder kritisch gewesen ist. Ich war gegen die Bombardierung von Zivilisten – im Zweiten Weltkrieg und danach –, gegen nukleare Drohungen und die Unterdrückung kleiner Länder. Noch in den Jahren von 1954 bis 1957 hätte ich meine Marineausbildung überall dort gern in Anwendung gebracht, wo es unser Präsident befohlen hätte. Im Oktober 1956 z.B. bestand einige Unsicherheit darüber, ob es gegen Israel oder Ägypten gehen sollte. (Als sich unser Truppentransporter zu Beginn der Krise in Richtung auf die südöstlichen Gewässer des Mittelmeeres zubewegte, war ich angewiesen – als ein für solche Operationen verantwortlicher Offizier des Bataillons – einen Landungsplan für Haifa zu entwerfen, während mein Partner einen für Alexandria zu erstellen hatte. Wir nahmen an, daß es im Falle eines Einsatzes gemäß meinem Plan für unser Bataillon viel schlechter ausgesehen hätte.)
Zuvor hatte ich im Grunde noch alle Thesen des Kalten Krieges geglaubt, die jede »Krise« auf unsere Konfrontation mit der Sowjetunion bezogen und den Herausforderungen gleichsetzten, denen wir uns vor und im Zweiten Weltkrieg gegenüber gesehen hatten. Wenn ich damals einer offiziellen amerikanischen Interpretation beigepflichtet habe, die ich heute bestenfalls als ideologisch und irreführend bezeichnen kann, so ist das nicht etwa auf eine konservative Erziehung zurückzuführen. Seit den letzten Jahren auf der High School und während des größten Teils meiner Studienzeit hatte ich das Ziel, ein Organisator der Arbeiterschaft und ein Ökonom der Gewerkschaften zu werden. Auch von Senator McCarthy war mein Denken nicht beeinflußt. Doch was McCarthy und seine Gangster ausnutzten, war eine Vertrauenslücke, die sich in jenen Jahren in der Linken gebildet hatte.
Wie die Konservativen ihre Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Öffentlichkeit durch die Depression verloren hatten und die »Isolationisten« durch Pearl Harbour – beide Prozesse schwächten den Kongreß in seinem Verhältnis zur Exekutive – litten in den späten vierziger Jahren viele Linke unter bestimmten Entwicklungen, die zu einem unverständlichen und apologetischen Verhalten gegenüber Stalin führten. Meine eigene politische Aufmerksamkeit entwickelte sich erst kurze Zeit vor der Entstehung der Truman-Doktrin – ich war damals Schüler der Unter-

stufe in der High School; und als ich in den darauffolgenden Jahren die Nachrichten über die Tschechoslowakei, die Berliner Blockade, politische Prozesse, Korea und Aufstände in Osteuropa zur Kenntnis nahm, schienen die offiziellen Interpretationen der US-Regierung einfach plausibler und zuverlässiger als die Deutungen der »radikalen« Kritiker, die die sowjetische Außenpolitik rechtfertigten. (Heute wünsche ich mir nur, daß die Skala der verfügbaren Interpretationen damals breiter gewesen wäre – wie sie etwa den Studenten heute geboten wird –, so daß wir gegenüber beiden Seiten hätten mißtrauischer werden können.)

Im Sommer 1958, also im ersten Jahr meiner Tätigkeit bei Rand, hörte ich einen neuen Kollegen – der später mein guter Freund wurde – bei einer Diskussion, in der es um den Vergleich von Adlai Stevensons und Eisenhowers Außenpolitik ging, sagen: »Ich bin eher für Truman.« Eine solche Äußerung war damals recht überraschend – von Truman war unter Demokraten kaum mehr die Rede – und ich erinnere mich, wie mir klar wurde, daß auch *ich* ein Anhänger von Truman war. Diese Haltung war unter den mit strategischen Fragen befaßten Wissenschaftlern bei Rand ziemlich verbreitet; wir zollten Dean Acheson große Bewunderung.

Im darauffolgenden Frühjahr von 1959 hielt ich meinen bis heute letzten Vortrag in Boston. Es waren die Lowell Lectures, die ich als Junior Fellow in Harvard zum Thema *»Die Kunst des Zwangs«* hielt. Das erste Referat hieß »Theorie und Praxis der Erpressung«.[9] Ich war zwar ein Wirtschaftstheoretiker, der sich für die abstrakten Analysen ökonomischer Geschäfte und Entscheidungen interessierte, doch ich hatte zufällig für meine Beispiele Hitlers Erpressung der Tschechoslowakei, Österreichs und anderer Länder in den dreißiger Jahren gewählt. Darum hatte ich fast vollständig die zehn Bände der Nürnberger Dokumente gelesen, die als Grundlage für die Prozesse gegen die wichtigsten Kriegsverbrecher der Nazis dienten. Seitdem habe ich eine deutliche Vorstellung davon, wie das Beweismaterial bei Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschheit aussieht. Und wie ein Dokumentarbericht über die Entscheidungsprozesse in einem Aggressionskrieg aussieht (er sieht genauso aus wie die Pentagon Papiere).

Doch am meisten befaßte ich mich damals mit der besonderen Art von Taktik, mit den Techniken, die Hitler so wirkungsvoll eingesetzt hatte, um das Rheinland, Österreich, das Sudetenland und den Rest der Tschechoslowakei ohne einen Schuß in seine Gewalt zu bekommen. Gerade

[9] Rand P-3883, The Rand Corporation, Santa Monica, California, Juli 1968. (Lowell Lecture, The Lowell Institute, 10. März 1959.)

während jener Vorlesungen bedrohte Chruschtschow, der sich in mancher Hinsicht von Hitler stark zu unterscheiden schien (und sich auch *tatsächlich* unterschied), unseren Zugang nach Berlin in einer Weise, die eine bestürzende Ähnlichkeit mit den gerade von mir analysierten Drohungen Hitlers gegenüber dem tschechoslowakischen Präsidenten Hácha aufwiesen.[10]

Im vorangegangen Sommer hatte ich bei Rand von möglichen russischen Plänen gehört, ein riesiges Raketensystem aufzubauen, mit dem unser gesamtes Abwehrsystem zerschlagen werden kann. Es sah – vor allem in den Beurteilungen des Geheimdienstes der Luftwaffe, die wir bei Rand erhielten – ganz so aus, als starteten die Russen einen gewaltsamen Versuch, die nukleare Vormachtstellung zu erringen; sei es, um die Strategie der Erpressung von Hitler zu praktizieren oder um einen Angriff nach dem Muster von Pearl Harbour durchzuführen. Am 23. Juni 1959 sagte Chruschtschow: »Ihre Generale wollen die Stellung in Berlin mit Gewalt halten. Dies ist reiner Bluff. Wenn Sie Tanks nach Berlin schicken, werden sie brennen und weiter kein Unheil anrichten. Wenn Sie den Krieg wollen, können Sie ihn haben. Doch denken Sie daran: Es ist dann Ihr Krieg. Unsere Raketen fliegen automatisch.«

Damals glaubte auch ich, daß Chruschtschow – bei allen Unterschieden – schließlich nicht nur wie Hitler reden, sondern auch wie Hitler handeln würde – insbesondere dann, wenn er durch Schwäche und Unentschlossenheit auf unserer Seite den Eindruck haben müßte, die USA seien – in Nixons Worten – ein »bedauernswerter, hilfloser Riese«.[11] Im selben Monat Juni 1959 ließ ich mich bei Rand fest anstellen. Von 1959 bis 1961[12] bemühte ich mich mit meinen Kollegen bei Rand um die Verteidigung der Vereinigten Staaten gegen Drohungen oder Überraschungsangriffe, indem wir die Verwundbarkeit unseres Abwehrsystems und die Schwächen im Befehls- und Kontrollapparat des Präsidenten verringerten.

[10] Meine Darstellung der Erpressung von Hácha durch Hitler, die ich in den Lowell Lectures unter dem Titel »The Political Uses of Madness« gegeben habe, ist in Herman Kahns *On Thermonuclear War* (Princeton, 1960), S. 403–407 wiederabgedruckt.

[11] Ich erinnere mich, daß eines Morgens bei einem meiner Vorträge Chruschtschow zitiert wurde: »Ihre westlichen Regierungsbeamten sprechen immer noch von München. Doch der Unterschied zwischen München und der Gegenwart besteht darin, daß ich nicht Hitler bin.« Ich zitierte an jenem Nachmittag diese Bemerkung und äußerte dazu: »Er hat selbstverständlich recht. Es ist aber immerhin bemerkenswert, daß er sich nicht in einer Weise angesprochen fühlte, die ihn zu sagen veranlaßte, er wäre nicht Chamberlain.«

[12] Die Prognosen über den »Vorsprung auf dem Gebiet der Fernlenkwaffen« (»missile gap«) wurden im Herbst 1971 vom Geheimdienst zurückgewiesen – nicht früher, wie bisweilen unterstellt wird – und die Berlindrohungen ließen wenig darauf nach, um kurz vor der Kuba-Krise 1962 wieder laut zu werden.

So wurde für mich das Beispiel München – obwohl ich damals erst sieben Jahre alt gewesen war – ebenso zu einem Symbol wie für ältere Männer vom Schlage Dean Achesons, McGeorge Bundys und Dean Rusks. München war auch ein Thema, über das ich durch meine Forschungen recht viel wußte. In ähnlicher Weise vermittelte die brillante historische Studie über die Entscheidungsprozesse Ende 1941, die meine Kollegin Roberta Wohlstetter schrieb (diese Analyse führte mich in die Richtung meiner eigenen späteren Arbeit über Entscheidungsprozesse in Krisen), die Ereignisse von Pearl Harbour, als wären sie ihr aus eigener Erinnerung bekannt. Ihr Buch *Pearl Harbour: Warning and Decision*[13] hatte großen Einfluß auf unsere Einschätzung dessen, was ohne ausgesprochene Warnung eintreten konnte, als wir die Geheimdienstanalysen über die Luftwaffe und die Verwundbarkeit der B-52 in ihren Stützpunkten studierten.

Die Vorstellung, daß wir uns je in der Position der Deutschen oder Japaner – etwa in Norwegen oder in der Mandschurei – (statt in der ihrer Feinde) befinden könnten, lag mir fern. Eine andere Begebenheit aus jener Zeit in Harvard fällt mir jetzt ein. 1953/54 lernte ich einen deutschen Studenten kennen – es war während meiner Zeit als Offiziersanwärter in der Marine –, der mit siebzehn bereits in der deutschen Armee gekämpft hatte. Eines Nachmittag verwickelten wir uns in eine Diskussion über die Prozesse von Nürnberg und Tokio, die er für ziemlich ungerecht hielt. Ich erwähnte unter anderem die Art der Vergeltungsmaßnahmen, die die Nazis durchgeführt hatten, die Geiselnahmen und die Ermordung von Geiseln – wie in Lidice – sowie die Praxis der Folterungen. Ich vertrat die Ansicht, daß man Leute für solche Taten gerechterweise bestrafen könne, was auch allgemein anerkannt werde. Diese Praktiken würden durch den Krieg nicht gerechtfertigt; die Vereinigten Staaten hätten sie noch nie angewandt und würden dies auch künftig vermeiden. Er erwiderte sofort: »Weil ihr noch nie gegen Guerillas Krieg geführt habt. Auf diese Weise muß man gegen Guerillas vorgehen.« Ich antwortete: »Das ist keine Entschuldigung; es gibt andere Möglichkeiten, gegen Guerillas zu kämpfen; wir würden so wohl nicht vorgehen.«

Am nächsten Tag kam er nochmals zu mir. Er war sehr ernst und die Arroganz, die er sonst an den Tag legte, war verschwunden. Er sagte mir, daß er mit einer Gruppe von Europäern über die Frage nochmals

[13] Stanford, 1962. Diese Studie nahm Jahre in Anspruch; von höchster Stelle wurde angeordnet, daß die Arbeit nur in gereinigter Fassung in die Öffentlichkeit gelangen sollte – obgleich sie sich hauptsächlich auf die öffentlichen Aussagen der Pearl Harbour-Hearings stützt; bei Rand war das Manuskript jedoch schon früher verfügbar.

diskutiert hätte und inzwischen der Ansicht sei, daß ich in gewisser Weise recht haben könnte. Er räumte nun ein, daß es im Kriegsverhalten kulturelle Aspekte geben könnte, die es den Deutschen erleichterten, brutalere Methoden als die Amerikaner anzuwenden. Dies belaste ihn sehr stark: er müsse sich intensiv damit auseinandersetzen.

Zur selben Zeit kämpften die Franzosen in Indochina; und sie setzten Napalm ein (das wir, wie die meisten Kriegsmaterialien, lieferten) und folterten Gefangene. Doch wußte ich wenig davon. Im Mai desselben Jahres nahm ich in Quantico an einem Lehrgang der Marine teil. Unser Ausbilder schrie uns einmal an: »Ihr solltet eure Gewehre sauberhalten. Dien Bien Phu ist nämlich gefallen!« Wir hatten einen Monat lang keine Zeitung in die Hand bekommen, so daß uns das nicht viel sagte; unsere Gewehre waren ohnehin sauber. Vizepräsident Nixon hatte den Einsatz von US-Bodentruppen befürwortet, falls dies zur Vermeidung einer französischen Niederlage nötig sei; auch Marineeinheiten könnten an der Küste eingesetzt werden. Ich wäre damals ohne Vorbehalte nach Vietnam gegangen. Dank dem Votum von General Eisenhower, Eden und von Senatoren wie Lyndon Johnson verzichteten wir auf eine Invasion in Indochina, die so gut wie sicher nach einiger Zeit zum Einsatz von Kernwaffen und zu einem viel härteren Krieg im Norden geführt hätte, als wir ihn bisher in Süd-Vietnam erlebt haben.

Stattdessen verließen wir unseren Stützpunkt an der Ostküste, um in die Nähe des Suez-Kanals zu gelangen; die Franzosen marschierten nach Algerien. Auch dort setzten sie Napalm und Artilleriefeuer ein, erzwangen Evakuierungen und wandten in großem Maßstab Folterungen an; sie bombardierten sogar ein benachbartes Land als »Vergeltungsschlag« für die Infiltration (damals verurteilten wir dies scharf). Ich sympathisierte mit französischen Kritikern der Folterungspraktiken. Wie beim Angriff auf Suez war ich befriedigt darüber, daß die Zeitungen dergleichen nicht von meinen Landsleuten berichteten.

Wie bei den meisten Amerikanern konzentrierte sich auch meine Aufmerksamkeit nicht auf den Fall von Tonkin, sondern auf die Niederlage von Joseph McCarthy in den Hearings, die unweit in Washington stattfanden. Meine neueren Untersuchungen (vgl. *Der Mythos vom Sumpf ...*) über die Ursprünge unseres Eingreifens in Indochina haben mich die Bedeutung von McCarthys Karriere für unsere gegenwärtige Position erkennen lassen. Denn die Politik, die McCarthy repräsentierte, starb nicht mit ihm. Diese Politik beinhaltet nicht nur den handfesten Vorwurf, daß die Demokraten in den Jahren 1949 und 1950 »China verloren« haben, sondern auch die Behauptung, daß die mangelnde Bereitschaft,

Militärberater, Truppen oder Bomber zur »Rettung«Chinas zu entsenden oder die Weigerung nukleare Waffen oder konventionelle Bomben während des Koreakrieges gegen China einzusetzen, nur eine Erklärung zulasse: die Bereitschaft, wenn nicht den Wunsch, den Kommunisten auf Kosten der lebenswichtigen amerikanischen Interessen den Sieg zu überlassen.

Diese Schlußfolgerung ist zum Teil als ein Erbe von Hiroshima und den vorhergegangenen Ereignissen zu verstehen. Nachdem es einmal feststand, daß ein amerikanischer Präsident das *Recht* hatte, die Luftwaffe gegen die Zivilbevölkerung eines Landes einzusetzen, mußten bedeutende Fraktionen des Militärs, im Kongreß und in der Öffentlichkeit von jedem Präsidenten dieses Vorgehen erwarten – ja es von ihm *verlangen* –, wann immer es unsere »lebenswichtigen Interessen« geboten erscheinen ließen. Und sie konnten das Versäumnis, mit Bomben eine »Niederlage« zu verhindern, nur als Schwäche oder Sentimentalität, möglicherweise auch als Verrat deuten.

Daß man sich diesen Vorwürfen aussetzt, ist eine der Gefahren, denen man sich aussetzt, wenn man einen Konflikt dadurch definiert, daß er unsere »wesentlichen« Interessen betrifft: die Ideologie des Kalten-Krieges hat die Anzahl solcher Konflikte enorm erhöht. Stets hat es sich als förderlich für die Absichten der Exekutive erwiesen, unseren Feind als einen Hitler zu bezeichnen. Falls der unmittelbare Gegner eine solche Argumentation nicht plausibel erscheinen ließ, wurde auf die größeren Feinde im Hintergrund verwiesen: China hinter Ho Chi Minh, die Sowjetunion hinter Castro.[14] Unter diesen Umständen sah sich jeder Präsident dem Vorwurf der Ängstlichkeit, des Unvermögens oder des Verrats ausgesetzt, wenn er es zuließ, daß sein Land in einer Konfrontation »unterlag«, ohne alles unternommen zu haben, was – wie McGeorge Bundy sagte – »hätte unternommen werden können«; d.h. wenn er einen »kommunistischen Sieg« zuließ, ohne die Waffen einzusetzen, die ihm seit dem Zweiten Weltkrieg – physisch und moralisch – zur Verfügung standen. Diese Auffassung hatte seitdem immer einen starken Einfluß auf die Entscheidungen unserer Präsidenten. Einerseits wurde dadurch ein gewisses Verantwortungsgefühl beim Präsidenten gefördert, andererseits wurden sein

[14] Oder, seit Nixons China-Besuch, Rußland hinter General Giap. Man vergleiche z.B. die Äußerung von William F. Buckley Jr. vom 13. April 1972 zur gegenwärtigen Offensive: »Der Blitzkrieg, der vom Norden her geführt wird ... könnte ebenso gut die Wehrmacht sein, die in Polen einmarschiert ... Der Feind ist in diesem Fall eindeutig die Sowjetunion, wie der Verteidigungsminister auch explizit festgestellt hat ... Unter solchen Umständen könnte das Treffen zwischen Kossygin und Nixon ebensogut eine Begegnung zwischen Hitler und Pétain sein.«

Charakter und sein Beherrschungsvermögen einer harten Probe unterzogen.
Tatsächlich wird häufig vergessen, daß der zentrale Punkt der Auseinandersetzung im Wahlkampf des Jahres 1964 weniger in der Frage lag, wer den Krieg in Indochina führen und Entscheidungen über Bombardements oder den Einsatz von Bodentruppen fällen sollte, als daß es vielmehr darum ging, wer seinen Finger an dem Knopf haben sollte, der den Einsatz von Kernwaffen auslöst. Senator Goldwater sprach sich offen für die Anwendung von Atomwaffen in einer Vielzahl von Situationen aus, unter die auch der Indochinakrieg fiel. Auch versprach er, in internationalen Krisen den Vorschlägen der Militärberater – von denen viele seinen Glauben an die nuklearen Waffen teilten – stärkeres Gewicht beizumessen. Angesichts eines solchen Gegners im Wahlkampf glaubten wohl viele Beamte der Johnson-Regierung insgeheim, daß ein gewisses Maß an Täuschung und Manipulation gegenüber dem Kongreß, der Presse und der Öffentlichkeit gerechtfertigt sei, um die Nation vor Goldwaters Wahl und ihren Konsequenzen zu bewahren. Und viele Kongreßabgeordnete beurteilten die Lage ähnlich. So wurde die Resolution zu den Ereignissen im Golf von Tonkin im Kongreß durchgesetzt, ohne daß die trügerischen Beweismaterialien auch nur geprüft worden wären; die Eskalationspläne der Regierung wurden geheimgehalten.
In der Beschreibung und Interpretation einiger weittragender Ereignisse in den vierziger und fünfziger Jahren habe ich angedeutet, welche grundlegenden Überlegungen im Denken älterer Beamter wie Lyndon Johnson, Dean Rusk, McGeorge Bundy und Robert McNamara meiner Meinung nach bestimmend waren. Diese Personen haben ihre Ansichten stets an ihre historische Rolle angepaßt und auf das abgestimmt, was sie sich erlauben konnten und wofür sie sich zu verantworten hatten. Wie Howard Zinn es ausdrückt, besteht eines der historischen Vermächtnisse von Hitler darin, daß Raubzüge, die wesentlich weniger Greuel mit sich bringen als die seinigen, inzwischen fast als akzeptabel gelten.[15] Man kann sich schwerlich vorstellen, daß US-Führer irgendeine nichtnukleare Gewaltanwendung für undenkbar halten, wenn sie daran denken, was Hitler oder *wir* im Zweiten Weltkrieg getan haben oder wenn sie sich einen künftigen Einsatz von thermonuklearen Waffen ausmalen.

[15] »Hitler brachte es fertig, die bereits gebilligte Doktrin des rücksichtslosen Massenmordes (10 Millionen Tote auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges) konsequent zu Ende zu führen; damit hat er die Grenze des Erträglichen weiter als je zuvor gesetzt. Die Nazis lassen dadurch, daß sie ein Drittel aller Juden in der Welt umgebracht haben, den Schrecken jeder Greueltat, die in ihrer Gemeinheit zwei Grade hinter ihrem Werk zurücksteht, gering erscheinen.« *The Politics of History*, (Boston, 1971), S. 209.

Die offensichtliche Tatsache, daß wir in jeder Situation einen Feind mit nuklearen – vielleicht sogar mit konventionellen – Waffen vernichten können, erzeugt unter den »Managern der nationalen Sicherheit« (Richard Barnet) das Gefühl, daß wir nichts eigentlich Verkehrtes machen können, solange wir nicht diesen letzten Schritt vollziehen. Diese Haltung kann sich sogar – wie mir mein früherer Kollege bei Rand, Konrad Keller, deutlich gemacht hat – noch stärker ausprägen: dann fordert sie von einem Gegner wie Nord-Vietnam Dankbarkeit angesichts der Tatsache, daß wir noch nicht die volle Bombenlast unserer B-52 und auch noch keine Atombomben auf seine Städte und Menschen haben abwerfen lassen; deshalb solle er auch die geringen Konzessionen zugestehen, die wir von ihm verlangen. Diese Haltung mag auch den unentwegten Glauben unserer letzten drei Präsidenten an die »Vernünftigkeit« ihrer Verhandlungsangebote an Hanoi erklären, ihre Annahme, daß die Führung in Hanoi dies auch eines Tages, nach ausreichenden Bombardements, einsehen wird. Die moralischen Bedenken der Sicherheitsmanager werden in einem Krieg auch durch das Wissen zerstreut, daß einflußreiche Mitglieder des militärischen und politischen Establishment stets auf schwerere Bombardierungen als die gerade laufenden drängen.[16] Angesichts der Aufgabe solcher Gegner verstärkt sich das Gefühl der Mäßigung und Zurückhaltung. Schließlich vermögen sie ihr Überleben im Amt mit dem Überlebenskampf der Bevölkerung Indochinas und des größten Teils der Welt gleichzusetzen.

Sind sie bei dieser Schlußfolgerung angelangt, so sind sie nicht mehr in der Lage, moralische Probleme wahrzunehmen. Es gereicht offenbar jedermann zum Besten, wenn sie tun, was sie glauben tun zu müssen, um eine Niederlage in Indochina und an den Wahlurnen zu vermeiden und fast nicht zu den »äußersten« Maßnahmen greifen. Sie brauchen sich nicht für vollkommen oder unfehlbar zu halten, um sicher zu sein, daß sie besser als andere sind, die an ihrer Stelle die Entscheidungen treffen müßten.

Diese boshaften Vergleiche sind das innenpolitische Gegenstück zu dem imperialistischen Vergleich, der auf derselben moralischen Argumentation beruht: »Was wir mit Eurem Land vorhaben, ist in jedem Fall besser

[16] Im März 1968 schlug der Chef der Luftwaffe, Harold Brown eine Eskalation des Luftkrieges vor, die er wie folgt umschrieb: »Die gegenwärtigen Beschränkungen der Bombardierung von Nord-Vietnam würden aufgehoben, so daß man militärische Ziele ohne die jetzt wirksamen Skrupel vor Schäden und Todesopfern bei der Zivilbevölkerung bombardieren könnte ... Ziel dieser Kampagne wäre die Zermürbung des Willens der Bevölkerung, indem man einen weiteren Bereich von Nord-Vietnam der Gefahr von Zerstörungen und der Vernichtung von Menschenleben ausnutzte ...« (PP, IV, 261)

für Euch als das, was die anderen wollen« – wobei die »anderen« imperialistische Rivalen, lokal organisierte Kommunisten, einheimische »feudale« Kräfte oder das »Chaos« sein können; jedermann der sich der Herrschaft dieser »anderen« gegenüber als praktische Alternative anbietet, wird unterstützt.

Wenn ich solche Haltungen hier analysiere, so geschieht das nicht, um die Beamten, die sie sich zueigen machten, zu verhöhnen. Unter den gegebenen Umständen führte ein solcher Glaube häufig zu gewissenhafter und ängstlicher Pflichterfüllung. Nichts hat mich in der Regierungspraxis so beeindruckt und mir soviel Hochachtung abverlangt wie die unermüdlichen und klugen Versuche von Minister McNamara in den sechziger Jahren (von denen die Öffentlichkeit heute noch keine Kenntnis hat), allmählich die Kontrolle über jene Kräfte in der Militärbürokratie zu gewinnen, die mit dem Einsatz von Kernwaffen drohen und Ernst machen wollten. Man leugnet nicht den Ernst und die Notwendigkeit solcher Versuche, wenn man nachträglich feststellt, daß sie häufig vielen Zivilbeamten zur Fortsetzung unserer Politik in Vietnam und zur Verbreitung ihres Optimismus bezüglich unseres Vorgehens gedient haben.

Leider gingen die Bemühungen, die Möglichkeit zu vermindern, daß wir selbst einen Atomkrieg anfangen, nicht Hand in Hand mit einer grundsätzlichen Infragestellung der Prämissen und Ziele, die der Politik des Kalten Krieges zugrundeliegen. Zum Teil liegt das daran, daß die hohen Regierungsbeamten selbst diese Prämissen und Werte akzeptieren; andererseits hat Kennedy seine Vorsicht an sie weitergegeben, die ihren Grund in der knappen Mehrheit im Kongreß und der damit stets gefährdeten Unterstützung hatte; hinzu kommt die politische Unsicherheit in bezug auf die Verletzung der anerkannten »Sicherheits«regeln. So stellten die neuen Beamten in ihrem Kampf, durch den sie dem fast totalen Vertrauen auf die Kernwaffen in den Arsenalen, den Plänen und der Psychologie, die sich durch die Verteidigungshaushalte der Eisenhower-Regierung eingespielt hatten, zu entrinnen suchten, nicht die Aufgaben und Zielsetzungen des Pentagon in Frage, sondern lediglich das Verlangen der Militärs nach dem Einsatz nuklearer Mittel. In diesen Auseinandersetzungen gelangten sie häufig in die Position eines Advokaten, der die Effektivität von nicht-nuklearen Waffen eben unter dem Gesichtspunkt der traditionellen Erfordernisse des Kalten Krieges pries; sie verkauften die nicht-nukleare Ware an skeptische und widerspenstige Militärstrategen.

»Counterinsurgency« und geheime Kriegsführung, »Krisen-Management«, Hubschrauber und »Luftkavallerie« – all das ist in jüngster Zeit

von zivilen Strategen als romantischer Wahn hingestellt worden. Doch sie haben auch einen anderen Aspekt. Meiner Meinung nach muß man in diesen und anderen Projekten von Zivilisten und einigen Militärs in den Regierungen von Kennedy und Johnson – manche unserer Anstrengungen in Vietnam eingeschlossen – eine Taktik in der Auseinandersetzung mit dem Großteil der Militärs sehen; einen Kampf mit deren konservativer Unterstützung im Kongreß in den Medien, in Interessengruppen und in der Öffentlichkeit; dieser Kampf drehte sich um die Streitfrage, ob sich unser Verteidigungssystem und unsere Strategie im Kalten Krieg primär auf die Kernwaffen stützen sollte. Dieses glaubwürdige Motiv für Alternativen zu einer nuklearen Drohung schwächt in keiner Weise die mit solchen Programmen verknüpften Wahnvorstellungen ab, noch verharmlost es die »konventionelle« Gewalt, die auf diese Weise ins Werk gesetzt wurde. In diesem hinter den Kulissen geführten Streit kam es für die zivilen Führer darauf an, zu demonstrieren, daß in Indochina ein Erfolg möglich war, ohne die Zielsetzungen des Kalten Krieges aufzugeben – aber auch ohne die Drohung mit nuklearen Waffen und deren tatsächlichen Einsatz. In einer großen Militärbürokratie ist ein Zwang, dem man ausgesetzt ist, die Quelle von Illusionen – und von Brutalität.
Solche Bestrebungen blieben stets halb-geheim (da man es für gefährlich hielt, den Verdächtigungen der Militärs und ihrer Anhänger im Kongreß Nahrung zu geben, indem man eingestand, daß es hohe Regierungsbeamte gab, die die Bombe nicht mochten) und verbanden sich mit den früher diskutierten Intentionen zu einem Komplex von Einstellungen, die es »liberalen, humanen« Individuen gestatteten, einen Krieg wie den in Vietnam zu führen. Zugespitzt formuliert: Im Vergleich mit dem zu erwartenden Vorgehen sowohl des kommunistischen »Feindes« als auch ihrer innenpolitischen Rivalen – Zivilisten wie Militärs – erschien jedes von ihnen verbrochene Übel als das »kleinere«. Obgleich sie zwölf Megatonnen Sprengkörper auf das Volk und das Land von Indochina losgelassen haben, wurden dadurch viel weniger Zivilisten getötet als durch den Bruchteil jener Sprengkraft in vergangenen Kriegen, den Korea-Krieg eingeschlossen;[17] auch lagen die Opfer weit unter denen, die durch die

[17] Professor Samuel P. Huntington (Harvard) hat dies so ausgedrückt: »Im Vergleich zum Koreakrieg ist der Vietnamkrieg bisher ein verhältnismäßig begrenzter und wenig zerstörerischer Konflikt gewesen. Nach einem Jahr des Kampfes wurde fast jede bedeutsame Stadt in Nord- und Südkorea eigentlich dem Erdboden gleichgemacht. Bis Mitte 1968 war Hué in Vietnam die einzige größere Stadt, der das gleiche Schicksal widerfuhr. In Korea wurden zwischen zwei und drei Millionen Zivilisten direkt oder indirekt durch den Krieg getötet. Das Ausmaß, in dem die Zivilbevölkerung in Vietnam gelitten hat, ist vergleichsweise gering.« *No More Vietnams?* (New York, 1968), S. 39.

Bombardierungsprogramme verursacht worden wären, welche die Vereinigten Stabschefs vorgeschlagen hatten – dokumentiert dies etwa nicht ihre Zurückhaltung?

Wenn wir diese »Zurückhaltung« ins Auge fassen, erübrigen sich Fragen wie die folgenden: Wieviele Menschen bringen wir nun tatsächlich um? Wer sind unsere Opfer? Wie alt sind sie? Was haben sie getan, daß sie von unseren Beamten, Kommandeuren und Soldaten zum Tode verurteilt werden? Was alles fügen wir diesem Land, seiner Gesellschaft, seinen Wohnstätten, seiner Natur und seinen Familien zu? Mit welchem Recht tun wir dies alles?

Wenn man einen Krieg als einen Überlebenskampf gegen einen unerbittlichen und bösen Feind betrachtet – und zugleich die Stufen der Gewaltanwendung ablehnt, die von einem großen Teil der Öffentlichkeit und den innenpolitischen Rivalen gefordert werden –, dann sieht man ihn durch eine dunkle Brille, die die moralische Dimension ausfiltert. Und genau in dieser Weise haben unsere Beamten diesen Krieg zu sehen versucht; und sie haben sich auch darum bemüht, andere zu einer solchen Sichtweise zu bringen. Doch eine stets wachsende Anzahl von Amerikanern, die am Bildschirm diesen Krieg verfolgen, wird sich klar darüber, daß sie in einen Spiegel blickt: Wir beobachten uns selbst bei schrecklichen Taten.

Wir haben ziemlich viel unternommen, seit John Quincy Adams aufrichtig behaupten konnte, daß »Amerika nicht ins Ausland zieht, auf der Suche nach Ungeheuern, die es vernichten kann«.[18] Seit über einer Generation sind wir damit befaßt, Ungeheuer zu bekämpfen; stets haben wir dabei in den nuklearen Abgrund geblickt. Und der Abgrund hat in uns hineingeblickt.

Was dies für das Bewußtsein unserer Regierungspersonen bedeutete, ist mir durch die Lektüre des folgenden Memorandums, das ich zum erstenmal in den Pentagon Papieren las, am ehesten klar geworden. Es wurde von einem Beamten abgefaßt, der seit der Zeit, als 1964 unsere Zusammenarbeit begann, bis zu seinem Tod im Jahre 1967 diesen Krieg persönlich haßte und uns – völlig überstürzt – aus Vietnam heraushaben wollte.

Angriffe auf die Bevölkerung führen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nur zu einer nachteiligen Welle von Stimmungsumschwüngen im Ausland und bei uns selbst; sie vergrößern auch die Gefahr einer Ausweitung des Krieges zur Konfrontation mit der Sowjetunion und China. Die Zerstörung von Schleusen und Dämmen jedoch könnte – wenn sie taktisch richtig vorgenommen wird (vielleicht nach

[18] Zitiert bei Arthur Schlesinger Jr., *The Crisis of Confidence*, Boston, 1969), S. 118.

der *nächsten* Kampfpause) – erfolgreich sein. Man sollte sich damit befassen. Solche Zerstörungen töten und ertränken die Menschen nicht. Nach einer gewissen Zeit führt die Überschwemmung der Reisfelder zu einer allgemeinen Hungersnot (mehr als eine Million Betroffene), wenn keine Nahrungsmittel geliefert werden – am »Verhandlungstisch« könnten wir unsere diesbezüglichen Angebote unterbreiten.[19]

Ich glaube, die Haltung, die ich beschrieben habe, kann unseren Präsidenten und seine Nachfolger dazu zwingen, diesen Krieg fortzusetzen oder andere, noch schlimmere Kriege zu führen. Sie werden dies auch tun, sofern wir als Bürger nicht mehr von ihnen verlangen und einen Weg finden, wie wir das Verhalten der Präsidenten verändern können. Doch bedeutet dies zunächst, daß wir uns selbst verändern, daß sich unser Verantwortungsgefühl wandelt.

Wie steht es mit meiner eigenen Verantwortung? Die Antwort auf diese Frage sollte weder egozentrisch noch anmaßend gegeben werden. Es geht schlicht und einfach darum, dort anzufangen, wo jeder anfangen sollte. Auch Masochismus ist nicht am Platz. Es ist nicht nötig, meine Aussagen in alten Memoranden zu sammeln, die mir heute als äußerst töricht gelten, also die Aktionen und Stellungnahmen heranzuziehen, mit denen sich auseinanderzusetzen heute am schwersten fällt; für den Anfang genügt es, die Stufen meines Engagements, die weniger schmerzliche Erinnerungen wachrufen – denen ich also eine mildernde Wirkung beimesse – unter die Lupe zu nehmen.

Im Frühjahr 1970, als die vom Kongreß einberufene Konferenz über Kriegsverbrechen stattfand, hatte ich die Informationen der Pentagon Papiere bereits an den Senatsausschuß für Auswärtige Beziehungen weitergegeben. Ich hatte mich dazu aus einem Verantwortungsgefühl heraus entschlossen, das mir gebot, das spezifische Wissen, das ich als ehemaliger Beamter der Exekutive und als Forscher hatte erlangen können, meinen Landsleuten und der Regierung zugänglich zu machen. Die Politik und die Irreführung, die ich der Legislative enthüllte, erschienen mir als illegal und verfassungswidrig, aber auch als praktisch und moralisch falsch. Aber einen Beteiligten wie mich »Kriegsverbrecher« zu nennen, hätte ich für übertrieben gehalten. Während jener Konferenz, als ich meine eigenen Erfahrungen in Vietnam und Washington überdachte, erkannte ich, daß

[19] John McNaughton, in einem Memorandum mit dem Titel: »Some Observations About Bombing North Vietnam« vom 8. Januar 1966 (PP, IV, 43). Mit ziemlicher Sicherheit hat sich McNaughton aus Gründen der Taktik innerhalb der Bürokratie in dieser Weise geäußert (vgl. die begleitende Notiz, in der er seine Skepsis bezüglich der gesamten Bombardierungsstrategie ausdrückt und den eventuellen Zwang zur Mäßigung der Kriegsziele anspricht) (PP, IV, 46–48). Doch wird einem deswegen beim Lesen dieses Abschnittes nicht leichter.

ich – auch im legalen Sinn – schuldig sein könnte. Doch abgesehen von der Bedeutungslosigkeit meines Einflusses hatte ich in so vielen Punkten Versäumnisse offen eingestanden, Fehler kritisiert, gegen Böses protestiert, daß ich mich nur wenig verantwortlich, geschweige denn mitschuldig an jenen Versäumnissen oder an Untaten fühlte.

Eines der wenigen politischen Memoranden, in dem von den Forschern der McNamara-Studie eine Kritik an der Durchführbarkeit und Legitimität von Walt Rostows Vorschlägen der erpresserischen Bombardierung gefunden wurde, hatte ich für das Verteidigungsministerium geschrieben, als ich offiziell als Berater angestellt war. Darin finden sich folgende Bemerkungen, die auch in den Pentagon Papieren zitiert werden:

Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen würde ein Vorgehen nach den Empfehlungen von Rostow innenpolitisch wie außenpolitisch auf Widerstand stoßen, der von Angst bis zu Protesten und zur Verurteilung führen könnte; es könnten daraus Anstrengungen erwachsen, sich von der US-Politik und den Bündnissen abzusetzen, vielleicht werden sogar Gegenmaßnahmen unternommen ...

Man würde das Programm von Rostow, nicht das, wogegen es sich richtet, als Unsicherheiten erzeugende Änderung der Spielregeln ansehen, als Eskalation des Konflikts, als Erhöhung der internationalen Risiken, möglicherweise auch als offene Aggression, die es zu verurteilen gilt ... (PP, III, 201)

Für das Verteidigungsministerium waren dies sicher harte Worte; in den Pentagon Papieren ist dies wohl die einzige Stelle, an der ein Regierungsbeamter das Wort »Aggression« im Zusammenhang mit einer möglichen *amerikanischen* Politik verwendet (obwohl mir heute beim Durchlesen klar wird, wie stark die Aussage durch die übliche bürokratische Taktik abgeschwächt wird, die eine »Verurteilung der innenpolitischen und internationalen« Opposition unterstellt statt sie als objektives Urteil von mir selbst auszugeben).

Und dennoch wurde ich nach der Abfassung dieser Kritik als Beamter im Verteidigungsministerium angestellt, um an der Vietnampolitik mitzuwirken. Meine Stellung war zunächst die eines Beobachters, eines Sozialwissenschaftlers, der von Rand kam und die inneren Prozesse der Regierung verstehen wollte. Dennoch wirkte ich an diesen Prozessen mit, auch als ich als interner Kritiker auftrat.

Die Situation, die ich Mitte 1964 vorfand, kam – wie ich es heute sehe – einer Konspiration gleich: Die Beamten, die meine Kollegen wurden, arbeiteten geheim an der Planung und Durchführung eines Aggressionskrieges gegen Nord-Vietnam. Die Leute, die an der Vorbereitung beteiligt waren, hielten alle Informationen über ihre Pläne, deren Billigung

von seiten des Präsidenten sie schließlich erwarteten, geheim – was ich als töricht und unrecht ansah –; während des Wahlkampfes sollte die Öffentlichkeit glauben, daß man solche Pläne dadurch zum Scheitern bringen könne, wenn man den amtierenden Präsidenten wählt. (Die verschiedenen Gründe für diesen *konspirativen* Stil der Politik – wie ihn die Pentagon Papiere als ein ständiges Kennzeichen im Vorgehen der Exekutive in den letzten 25 Jahren erkennen lassen – bildeten den zentralen Gegenstand der Analyse in diesem Buch.)

Wie auch andere, die gegen einige dieser Pläne waren, half ich dennoch mit, sie nicht bekannt werden zu lassen. Wenn ich meine Einwände formuliert hatte, blieb ich auf meinem Posten, arbeitete weiterhin mit, kritisierte andere politische Vorschläge und unterstützte nach Anweisung die vorhandenen Vorschläge. Kurz, ich tat meine Pflicht und sammelte täglich und wöchentlich Berichte über Morde und Geiselnahmen, die der Vietcong verübte, damit sie im Frühjahr 1965 als Gründe für unsere Bombardements im Norden veröffentlicht werden konnten.[20]

Während des Jahres, in dem ich beim Verteidigungsministerium arbeitete, bekamen Kongreß und Öffentlichkeit von Beamten der Exekutive viele Lügen zu hören: nicht nur während des Wahlkampfes sondern auch danach. Die Irreführung des Kongresses durch McNamara bezüglich der Geheimoperationen »34 A« gegen Nordvietnam, die den Ereignissen im Golf von Tonking am 2. und 4. August 1969 vorausgingen, sind heute allgemein bekannt.[21] Die Pentagon Papiere entlarven auch Rusks Aussage gegenüber dem Senatsausschuß für internationale Beziehungen, die Angriffe seien von Washington nicht in allen Einzelheiten geprüft worden, als Lüge;[22] in den Papieren sind einige detaillierte Pläne enthalten, die

[20] Diese Bombardements ergaben sich aus dem Memorandum von McGeorge Bundy vom 7. Februar 1965, in dem »eine Politik der anhaltenden Repressalien« empfohlen wird: »... Wenn dann erst einmal ein Programm von Repressalien erkennbar angelaufen ist, dürfte es nicht mehr notwendig sein, jede einzelne Aktion gegen Nord-Vietnam mit einem speziellen Übergriff im Süden in Verbindung zu bringen. Es müßte z. B. möglich sein, allwöchentlich Listen der im Süden begangenen Rechtsverletzungen zu veröffentlichen und klar zu verstehen zu geben, daß diese Rechtsverletzungen die Ursache der im gleichen Zeitraum gegen den Norden gerichteten Aktionen sind.«
Als ich nach Saigon kam, hatte ich wohl mehr Details über Rechtsbrüche des Vietcong in meinem Kopf als irgend jemand anderer. Heute erstellt das Pentagon auch Statistiken über unsere eigenen Terroristen. Das »Phoenix«-Programm, das seit 1967–68 läuft und die »Neutralisierung der Infrastruktur des Vietcong« durch »Gegenterror-Mannschaften«, die vom CIA ausgebildet, ausgerüstet und bezahlt werden, zum Ziel hat, führte 1969/70 zu mehr Fällen zur Ermordung und Geiselnahme von Vietnamesen, als wir dem Vietcong zur Last legen.

[21] Vgl. Anthony Austin, *The President's War*, passim.

[22] *The Pentagon Papers*, Bantam – New York Times – Edition, S. 266.

ich im Herbst 1964 Llewellyn Thompson im Außenministerium und McGeorge Bundy im Weißen Haus[23] vorlegte.
Natürlich war ein so kostspieliger Kurier wie ich wegen der Brisanz dieser Operationen erforderlich – d.h. wegen ihrer Illegalität und der Geheimhaltung, die bei Anfragen dazu zwangen, den Senat anzulügen. Sechs Monate nach der Durchführung der »34 A«-Operationen begann das über drei Jahre hinweg durchgeführte »Tuesday Lunch« auf Ministerebene, bei dem Johnson und seine höchsten Berater jeweils die Ziele unserer Bombenangriffe für die nächste Woche festlegten (PP, IV, 209–210). Jeder Krieg stärkt die Exekutive, doch größere Kriege, Geheimaktionen und kleinere, »begrenzte Kriege«, die mit großem Aufwand geführt werden, stärken vor allem den engeren Kreis von Politikern um den Präsidenten.
Nun, Lügen sind bei der Durchführung von Geheimoperationen nichts Ungewöhnliches – dies macht sie eben geheim; doch fragt man sich inzwischen, ob die Exekutive den Kongreß zu einem funktionellen Ersatz für eine Kriegserklärung hätte zwingen sollen. Was aber weit fragwürdiger – oder genauer: verfassungswidrig – erscheint, ist die Durchführung eines Feldzuges mit Hunderttausenden amerikanischer Soldaten, als wäre eine solche militärische Aktion ein Geheimnis. Und genau dies war im Frühjahr und Sommer 1965 der Fall (vgl. *Der Mythos vom Sumpf* ...), als Entscheidungen des Präsidenten über gewaltige Truppeneinsätze – und Veränderungen des Einsatzbefehls in Richtung auf ein offensives Vorgehen – der Öffentlichkeit in ziemlich verfälschter Weise dargestellt wurden. Auch die US-Operationen in Laos einschließlich der Bombarde-

[23] Ein Beispiel: Die vorgeschlagenen 34 A-Operationen für September: ...(3) Marineoperationen
(a) 1.–30. September – Zerstörung der Brücke der Route 1 durch eine eingeschleuste Mannschaft, die durch Begleitteams Feuerschutz erhält; Anbringen von Ladungen mit kurzer Zündungszeit an Brückenbögen und Caissons, Verlegung von Tretminen auf Zufahrtsstraßen (diese Brücke wurde früher bereits getroffen, ist aber inzwischen wieder hergestellt).
(b) 1.–30. September – Beschuß des Beobachtungsposten Kap Mui Dao mit 81 mm-Granatwerfer und 40 mm-Geschützen von zwei PTFs aus (vom CIA ausgerüstete Patrouillenboote).
...
(k) 1.–30 September – Beschuß von Kap Mui Ron in Verbindung mit einem Einsatz zur Aufbringung einer Dschunke (die Mannschaft eines Fischerbootes, das in nordvietnamesischen Gewässern arbeitet, soll zum Zwecke von Verhören gefangengenommen werden) ... (PP, III, 554).
Zur Handhabung dieser Pläne, die ich für McNaughton »entwarf«, vgl. das Vance-Memorandum (PP, III, 571). Einige der Details bei diesen Operationen – wie der Einsatz von gegen Personen gerichteten Waffen und die Stellung von 81 mm-Granatwerfern oder die Gefangennahme von nordvietnamesischen Fischern – erscheinen vielleicht zu nebensächlich, als daß sie die Aufmerksamkeit jener Beamten verdienten oder auch dem Bericht von Rusk vor dem Senat widersprechen könnten – doch damals führten wir nur diese Sorte Krieg.

ments seit Frühjahr 1964, insbesondere die Kampagne von 1968, haben stets den Charakter eines »geheimen Krieges« behalten.
Ich war angesichts dieser Politik der Täuschung skeptisch. Ich glaubte nicht, daß diese Entscheidungen der amerikanischen Öffentlichkeit lange verborgen bleiben konnten – worin ich mich offenbar immer wieder täuschte – und fand es fragwürdig, bei solchen gefährlichen Spekulationen auf das Vertrauen der Öffentlichkeit zu bauen. Doch waren es nicht nur »sie«, die all jene Entscheidungen geheim hielten. Ich selbst tat es auch. Im Stile von Äußerungen, die ich in den vergangenen Monaten häufig zu hören bekam, könnte ich fragen: Wer hat mich angestellt, um diese Pläne der amerikanischen Öffentlichkeit mitzuteilen? Hat man mich gewählt, um darüber zu befinden, was geheimzuhalten sei und was nicht? Niemand kann sich mehr auf die Beschränkungen seines Handelns als Entschuldigung berufen als ich. Tatsächlich hatte meine berufliche Stellung verhindert, daß mir bestimmte Fragen in den Sinn kamen. Ich fragte mich auch nicht, ob ich das Recht hätte an den Täuschungen, den ungesetzlichen Handlungen und ihrer Geheimhaltung mitzuwirken. Auch interessierte ich mich nicht dafür, ob die Irreführung von Kongreß und Öffentlichkeit zu den Funktionen gehörte, die McNamara und Rusk in ihren Stellungen auszuüben hatten; oder: »Wer hat den Präsidenten gewählt«, damit er dies tut oder anordnet?
Stattdessen verstärkte ich meine Beteiligung am Krieg; 1965 ging ich freiwillig nach Vietnam. Dies war in gewisser Weise sogar Ausdruck meines Verantwortungsgefühls. Mit den begrenzten Möglichkeiten eines Assistant hatte ich die Position befürwortet, die unser Prestige in Vietnam im Frühjahr 1965 durch einen beschränkten Truppeneinsatz zu sichern beabsichtigte. Von Washington aus zuzusehen, wie Amerikaner in die Gefahren von Vietnam abkommandiert wurden, war mir unangenehm. Ich ging dann selbst nach Vietnam, einerseits um denselben Mut wie die Soldaten zu beweisen, andererseits um den Krieg aus der Nähe kennenzulernen. Eine Reihe von Dingen habe ich tatsächlich dort gelernt, andere aber – vielleicht aus Leichtsinn – nicht.
Ein Jahr nach meiner Ankunft war ich z.B. Mitarbeiter an einer großangelegten Studie über »Rolle und Auftrag« des gesamten amerikanischen Militärpersonals im Rahmen des Befriedungsprogrammes.[24] Die Arbeitsgruppe sollte direkte Empfehlungen für Botschafter Lodge und General Westmoreland erstellen. Insgesamt legten wir einundachtzig

[24] Ein Teil dieser Studie erscheint unter dem Titel »Problems of ›Revolutionary Development‹«, S. 156–170.

Empfehlungen vor; am Schluß des Berichts aber faßten wir einige nochmals zusammen und kennzeichneten sie als vordringlich. Darunter war die folgende:

Obgleich wir dazu keine genaueren Untersuchungen vorgenommen haben, scheint es uns wichtig, daß die amerikanische wie die vietnamesische Regierung sich mehr Kenntnisse über die wirklichen Folgen der gegenwärtig vorgenommenen Bombardements und Artillerieangriffe für die Stellung der Landbevölkerung zur »revolutionären Entwicklung« verschafft. Möglicherweise sind die negativen Auswirkungen – vor allem von Angriffen, die ohne gleichzeitige Bodenaktionen vorgenommen werden – beträchtlich, indem die Neigung der Landbevölkerung verstärkt wird, mit dem VC zu kollaborieren und die Aussichten des Programms »Revolutionäre Entwicklung« zu vermindern. Zugleich ist es möglich, daß zusätzliche Einschränkungen unseres Vorgehens ernsthafte militärische Nachteile zur Folge haben. Diese Frage ist äußerst wichtig; doch liegen brauchbare Daten weder über die objektiven Auswirkungen der Angriffe (Todesopfer beim VC und unter der Zivilbevölkerung, aber auch psychologische Reaktionen) nicht vor. (Die Berichte von Rand über die Verhöre von Gefangenen und Überläufern füllen diese Lücke ebenfalls nicht aus.)
Empfehlung:
Sofortige Untersuchung der tatsächlichen physischen und psychologischen Auswirkungen unserer gegenwärtigen Politik und des Vorgehens von Luftwaffe und Artillerie; dabei ist auf eine umfassende Kennzeichnung der vorhandenen Meinungen zu achten, und zwar innerhalb der unmittelbar betroffenen Regionen wie außerhalb; wir müssen uns die wirklichen Folgen unserer typischen Luftwaffen- und Artillerieaktionen klar machen.

Wir brachten damals unsere Empfehlungen in solch vorsichtiger Weise vor, obgleich jedermann in der Studiengruppe – zu der einige der erfahrensten Amerikaner in Vietnam gehörten – aus seinen persönlichen Beobachtungen genügend Beweise dafür hatte, daß ein Großteil unserer Bomben- und Artillerieangriffe – wenn sie im Zusammenhang mit Bodenkämpfen stattfanden – in ihren menschlichen wie politischen Folgen uns nicht vorwärts brachte; die angeblichen militärischen Vorteile hielten wir für eine zu vernachlässigende Größe. Da aber nie eine solche Übersicht angefertigt worden war und ein Vorschlag, die Bombardements zu reduzieren, ohnehin auf starke Ablehnung bei den Militärs rechnen konnte, schien es uns nutzlos zu sein, vor einer umfassenden Analyse Empfehlungen zu äußern, die direkt unsere militärischen Operationen betrafen (von »humanen« Überlegungen ganz abgesehen).
Doch wurde selbst die von uns vorgeschlagene Untersuchung als zu radikal und gefährlich angesehen – man bezeichnete sie mit dem Prädikat »unnötig«. Selbst das Public Affairs Office (JUSPAO) verwarf sie, offen-

sichtlich aus der Befürchtung, daß ein Durchsickern von Informationen über die Folgen für die Zivilbevölkerung sich negativ auf die öffentliche Meinung auswirken könnte. So waren sich die Zivilbeamten mit den Militärs darüber einig, daß man solcher Informationen nicht bedürfe.
Dies war ein typisches Beispiel für ein Phänomen, das ich später noch oft – und nicht nur bei der Regierung – beobachten konnte: daß man die Kenntnis gewisser unangenehmer Fakten für unnötig hielt; vor allem, daß man überhaupt keine Daten wollte, wenn Gefahr bestand, daß sie den falschen Leuten zu Ohren kamen; d.h. dem Kongreß oder dem amerikanischen Volk.[25]
Zweieinhalb Jahre später, als eine neue Regierung ihr Amt antrat, verbrachte ich ein paar Wochen im Executive Office Building in Washington damit, mehr als tausend Seiten Antworten von verschiedenen Stellen auf von mir ausgearbeitete Fragen zusammenzustellen. (Vgl. Einleitung – Das Unternehmen lief als National Security Study Memorandum 1.) Eine dieser Fragen lautete: »Wie verläßlich sind unsere Informationen über das Gesamtausmaß und die Verteilung des Schadens, den einerseits unsere Luftwaffe und Artillerie, andererseits die Raubzüge und Auswüchse im Verhalten der nordvietnamesischen Streitkräfte bei der Zivilbevölkerung verursachen? Die Antworten variierten in ihrer Aufrichtigkeit und Genauigkeit, doch ging aus ihnen eindeutig hervor, daß – wie ich erwartet hatte – solche Informationen unzulänglich oder gar nicht vorhanden waren. Meine letzte Aufgabe bei jenem Projekt bestand darin, eine Reihe von Richtlinien für zusätzliche Studien über diverse Fragen und einige »Entscheidungsmemoranden« auszuarbeiten. Eines dieser Memoranden, das sich an den Verteidigungs-, den Außenminister und den Chef des Geheimdienstes richtete, handelte nochmals über das Thema: »Berichterstattung und Wiedergutmachung von Schäden, die der Zivilbevölkerung in Süd-Vietnam zugefügt werden«:

(1) Der Präsident hat angeordnet, daß der Verteidigungsminister mit Unterstützung des Außenministeriums und des Chefs des Geheimdienstes dafür sorgt, daß regelmäßig auf bestmöglicher Grundlage über die Schäden berichtet wird, die die Operationen der US-Streitkräfte, der vietnamesischen Regierungstruppen und die unserer übrigen Verbündeten in bezug auf das Leben und Eigentum von Zivilisten anrichten. Ausgangspunkt für diese Berichterstattung sollte eine Analyse des bisherigen Schadens sein, die alle verfügbaren Quellen ausschöpft und eine Erklärung für die aktuellen Informationslücken anstrebt.

[25] Die Entscheidung von McNamara, eine Studie uber die Entscheidungen der USA bezüglich Vietnam anfertigen zu lassen – wobei der Spezialarbeitsgruppe eigentlich freie Hand gelassen wurde – bildete natürlich eine aufsehenerregende Ausnahme.

(2) Außen- und Verteidigungsministerium werden Ausmaß und Funktionieren gegenwärtiger Wiedergutmachungsprogramme überprüfen, die zivilen Opfern helfen sollen, medizinische Hilfe für Verletzte bereitstellen und Flüchtlinge betreuen; sie werden Verbesserungen vorschlagen und die Kosten für die USA einschätzen.

Dieser Entwurf gelangte am 1. März 1969, am Tage, als ich Washington verließ, zusammen mit anderen in die Hände von Henry Kissinger. Eine Woche später wurde mir mitgeteilt, daß alle Vorschläge Beachtung verdienten, die Behörden jedoch »gegenwärtig mit Problemen überschüttet werden«. Dies klang zunächst vernünftig; inzwischen sind mehr als hundert Studien angefertigt worden, doch die erwähnte wurde nie angegangen. Es gibt Dinge, über die die Beamten unserer Exekutive viel besser Bescheid wissen, als es nötig wäre.

Ich könnte mich vielleicht auch damit trösten, daß ich alles versucht habe, was möglich war, um meine Vorgesetzten dazu zu bewegen, sich die menschlichen Konsequenzen ihrer Politik klarzumachen. Diese Bemühungen – so könnte ich mir einreden – sind zwar gescheitert, doch ich habe das Richtige gewollt. Doch muß ich daran denken, daß ich meine ersten einschneidenden Erlebnisse bereits nach meinem ersten Jahr in Vietnam hatte und daß ein weiteres Jahr Vietnam folgte, in dem ich nicht einmal genug dafür unternommen habe, *mich selbst* über die Ausmaße dessen zu informieren, was wir dem Volk von Indochina zufügten – geschweige denn, daß ich anderen Einsichten vermittelt hätte. Noch stärker gilt dies für die späteren Erlebnisse.

Im Grunde finde ich mein eigenes *Verharren in der Unwissenheit* am wenigsten entschuldbar – meine Gleichgültigkeit gegenüber den Auswirkungen der amerikanischen Kriegsführung auf das Volk von Indochina, gegenüber der Geschichte dieses Konflikts und der Frage, ob unser Eingreifen zu rechtfertigen ist. Und das mangelnde Bedürfnis, Klarheit zu gewinnen, führt zur üblichen Selbsttäuschung.

Beim Durchlesen von Plänen und Telegrammen im Pentagon hatte ich 1964/65 von Programmen erfahren, die ich für nicht gerechtfertigt oder sogar kriminell hielt – dazu gehörte die Bombardierung des Nordens, die Verwendung von Giftgas und B-52-Einsätze im Süden, sowie die Invasion in der Dominikanischen Republik. Durch mein Schweigen darüber, was ich gehört und gelesen hatte, machte ich mich auch zum Mittäter bei diesen Programmen: Ich wußte das und fand mich damit ab. Aber während meines Jahres im Pentagon hatte ich – mit der Entscheidung, angesichts der Entwicklungsstufen unserer Politik *nicht* zu resignieren – mir auch Grenzen gesetzt, die ich als Beamter nicht überschreiten

würde, an denen ich als Beamter zurücktreten müßte. Solche Grenzen würden mir dann anzeigen, daß der Prozeß der Gewaltanwendung die menschlichen Maßstäbe in einer Weise verletzt, daß man sich mit ganzer Kraft der Entwicklung widersetzen muß. Ich hatte dabei den Einsatz von Kernwaffen und die wahllose Bombardierung der Städte und Zivilbevölkerung im Auge, wie wir sie im Zweiten Weltkrieg praktiziert hatten; auch die bewußten Folterungen, die unsere Feinde im Zweiten Weltkrieg oder Frankreich im Algerienkrieg vorgenommen hatten.

Im Jahre 1967 verließ ich dann mein Amt in der Regierung, um gegen unsere Politik – immer noch als Beteiligter – zu opponieren, nicht aber, weil ich glaubte, die von mir bestimmten Grenzen wären überschritten worden – nicht einmal in bezug auf den dritten von mir genannten Fall. Mir war bekannt, daß unsere südvietnamesischen »Verbündeten« Folterungen durchführten und daß dies auch die amerikanischen Militärberater wußten. Doch hatte ich nicht von einem ähnlichen Verhalten von US-Einheiten – außer in Ausnahmefällen – erfahren. Nicht einmal mein Vietnambesuch hatte mich damit rechnen lassen, daß eines Tages ein amerikanischer Offizier wie Lieutenant Anthony Herbert die routinemäßige Folterung und Ermordung von Vietnamesen bezeugen würde.

Auch mein Jahr im Pentagon hatte mich nicht so weit gebracht, die Eventualpläne und Vorschläge, die durch meine Hände gegangen sind, mit denselben Augen zu lesen wie meine Frau und meine Kinder sechs Jahre später. Hier einige Kostproben der Sprache, die in den Pentagon Papieren gesprochen wird:

»Wir sehen alle den Willen der Demokratischen Republik von Nordvietnam als eigentliches Ziel unserer Maßnahmen an.«

»Gemäß unseren Erfahrungen im letzten Krieg wird die Wiederaufnahme von Bombenangriffen nach einer gewissen Pause für die Bevölkerung im Norden schmerzlicher sein als eine kontinuierliche Bombardierung.«

». . . Wassertropfentechnik . . .«

»Es ist wichtig, die ›Geiseln nicht zu töten‹, über die wir in den Nord-Vietnamesen im Zentrum von Hanoi verfügen.«

»Schneller/voller Druck ...« gegen »allmählich gesteigerte Druckausübung und Verhandlungstaktik«.

». . . ›Heiß-kalt‹-Behandlung . . . das Ziel, Hanoi zu ›überzeugen‹, was durch ein Programm genau zugeschnittener Angriffe möglich ist, die in gemäßigten Abständen erfolgen.«

». . . unsere »Salami-Taktik« im Bombardierungsprogramm«

»... die Schraube um eine Drehung fester anziehen ...«[26]

[26] Die Zitate sind folgenden Stellen entnommen: William P. Bundy (PP, IV, 649); (PP,

Dies sind Ausdrücke – sie stammen von älteren Beamten, mit denen ich zusammenarbeitete und die ich schätzte –, die ich in den Büros des Pentagon hörte und über die ich diskutierte; deren Gehalt ich zwar mißbilligte, an denen ich aber nicht das erkannte, was mir meine Frau entsetzt sagte: Es war dies die *»Sprache von Folterknechten«*.

Als ich 1967 aus Vietnam zurückkehrte, hatte ich nicht den Eindruck, daß unser Eingreifen abscheulich oder verbrecherisch wäre; ich hoffte lediglich, daß es bald beendet werden könnte. Ich hielt unter anderen Beamten, die aus Vietnam kamen oder ihr Amt aufgegeben hatten, nach Verbündeten Ausschau. Und ich stieß auf ein Phänomen, das mich seitdem beschäftigt hat, weil ich es verstehen und erklären wollte: der offensichtliche Mangel jeglichen persönlichen Verantwortungsgefühls; daß diese Individuen keinerlei Verpflichtung spürten, Schritte zur Beendigung dieses Krieges zu unternehmen. Trotz ihrer Beteiligung und Abneigung, schienen die meisten nicht mehr gegen den Krieg unternehmen zu wollen als zu der Zeit, als sie noch im Amt waren.

Sollten sie – und ich – eigentlich eine solche Verantwortung auf sich lasten fühlen? Wie wäre diese Verantwortung zu definieren, zu messen? Für jemanden, der wie ich und meine ehemaligen Kollegen einerseits teilgenommen, andererseits von innen opponiert hatte, der über das Wissen oder über die Möglichkeit, es zu erwerben, verfügte? Ein Ansatz hierzu liegt meiner Meinung nach in den tiefsinnigen Kommentaren eines Mannes, der zwanzig Jahre lang im Gefängnis Zeit hatte, über solche Fragen und sein eigenes Leben nachzudenken: ein deutscher Nazi – Albert Speer.

Seine Memoiren empfehle ich als Lektüre. Ich wünschte, all unsere ehemaligen höheren Regierungsbeamten – und auch die, die jetzt im Amt sind – würden sie lesen; genauso wie ich möchte, daß sie die Pentagon Papiere lesen, damit sie ihre eigenen Entscheidungen im Kontext zur Kenntnis nehmen. Auf jeden, der Regierungsbeamter war – und sei es nur auf unterer Ebene – wird Speers Buch äußerst erschreckend wirken.

Speer war einer der mächtigsten Männer im Nazi-Regime – er war mit der Kriegsproduktion betraut. Als einziger unter den Angeklagten der Nürnberger Prozesse übernahm er die volle Verantwortung für seine Handlungen und die des Regimes; auch für solche, an denen er selbst nicht unmittelbar beteiligt war und von denen er nichts gewußt hatte. Diese Haltung verwirrte seine Mitangeklagten, und sein Anwalt riet ihm

IV, 35); (PP, III, 650); Robert S. McNamara (PP, III, 706); John T. McNaughton (PP, III, 599); (PP, IV, 45–46); (PP, IV, 44); (PP, IV, 33); Richard Helms (PP, IV, 65).

davon ab. Doch er hatte eine Reihe Gründe dafür und bereute sein Auftreten nicht. Er wurde zu zwanzig Jahren Gefängnis in Spandau verurteilt, die er von 1945 bis 1966 absaß.
Speers »Erinnerungen« sind ein verblüffendes Dokument; soviel ich weiß, gibt es unter den Schriften von Amerikanern über unsere Kriege nichts Vergleichbares. Was am meisten an diesem Buch überrascht, ist die Tatsache, daß sich dieser Mann ganz und gar nicht für eine außergewöhnliche Persönlichkeit hält. Der Tenor seines Buches, die Sichtweise, auch vieles von seinen persönlichen Erinnerungen – alles könnte auch zu einer Reihe unserer höchsten Beamten passen.
Speer galt als der liberalste, humanste und intelligenteste Nazi. Dies bedeutet aber, daß er mit solchen Eigenschaften keineswegs ein unglaubwürdiges Mitglied unseres Nationalen Sicherheitsrates in den letzten Legislaturperioden gewesen wäre. Seine eigene Erklärung für die Rechenschaft, zu der er sich verpflichtet fühlt – die Ansichten, die ihn dazu bewogen, sich in der schon geschilderten Weise schuldig zu bekennen – würden ihn für eine Rolle im Sicherheitsrat geradezu geeignet erscheinen lassen.
In einem Interview wurde Speer vor kurzem gefragt: »Wie konnte ein Mann von Ihrer Intelligenz und Ihrem Verantwortungsgefühl zum Teil eines solchen Systems werden? Dies ist doch auch dann unverständlich, wenn man einräumt, daß Sie Schritt für Schritt hineingezogen wurden?«[27]
Dieselbe Frage hatte Townsend Hoopes rhetorisch auch an unsere früheren Beamten gerichtet. Er fand eine Antwort in ihren guten Absichten und in ihrer Orientierung an einem irregeleiteten Geschichtsverständnis. Speer hat darauf geantwortet: »Es gibt leider keine notwendige Verbindung zwischen Intelligenz und Anstand; das Genie ist ebenso wie der Schwachsinnige der Korruption ausgesetzt.«
Über die Gründe, die ihn bewogen, in Hitlers engeren Kreis zurückzukehren, nachdem er ihn verlassen hatte, äußert sich Speer:

> ... das Verlangen, die einmal errungene Machtposition zu bewahren, war sicherlich ein wichtiger Grund. Wenn ich auch nur – darüber täuschte ich mich wohl nie – an der Macht Hitlers partizipierte, fand ich es immer erstrebenswert, in seinem Gefolge etwas von seiner Popularität, seinem Glanz, seiner Größe auf mich sammeln zu können. Bis 1942 fühlte ich noch, daß meine Berufung als Architekt mir ein von Hitler unabhängiges Selbstbewußtsein gestattete; unterdessen aber bestach und berauschte es mich, reine Macht auszuüben, Menschen einzusetzen, über wichtige Fragen zu entscheiden, über Milliarden zu verfügen. Trotz

[27] *Playboy*, 18. Juni 1971.

aller Bereitschaft zu resignieren, hätte ich nur ungern auf das Stimulans eines jeden Führungsrausches verzichtet.[28]

Stolz, Ehrgeiz, das Angezogensein vom Zentrum der Macht, unverbrüchliche Treue gegenüber Führern, die sie mit der Durchführung großer Pläne betrauen: All dies sind Eigenschaften, die wir bei jedem der Männer antreffen, die unsere Präsidenten für hohe Ämter ausgesucht haben. Speer äußert sich auch über die Reihe kleinerer Verbrechen, die allmählich das Gewissen abstumpften:

Dinge, die mich 1934 schockiert und mit Schrecken erfüllt hätten: die Ermordung oppositioneller Führer, die Verfolgung von Juden, die Einkerkerung und Folterungen unschuldiger Menschen in Konzentrationslagern – all das nahm ich 1935 als bedauernswerte Exzesse hin; und andere Vorkommnisse, die ich 1935 noch nicht hingenommen hätte, waren mir ein paar Jahre darauf verständlich. So ging es uns allen irgendwie in Deutschland. Die Nazi-Verhältnisse umgaben uns, und ihre Übel wurden unsichtbar – weil wir selbst ein Teil dieser Verhältnisse waren.[29]

Speer berichtet von einem besonderen Erlebnis: Ein Freund besuchte ihn und sagte – sichtlich verwirrt – mit stockender Stimme:

. . . Nie solle ich einer Einladung folgen, im Gau Oberschlesien ein Konzentrationslager zu besichtigen. Nie, unter keinen Umständen. Dort hätte er etwas gesehen, was er nicht schildern dürfe und auch nicht schildern könne. Ich fragte ihn nicht, ich fragte nicht Himmler, ich fragte nicht Hitler, ich sprach nicht mit privaten Freunden. Ich forschte nicht nach – ich wollte nicht wissen, was dort geschah. Es muß sich um Auschwitz gehandelt haben. In diesen Sekunden, als Hanke mich warnte, war die ganze Verantwortung erneut Wirklichkeit geworden. An diese Sekunden mußte ich vor allem denken, wenn ich im Nürnberger Prozeß vor dem internationalen Gericht feststellte, daß ich als wichtiges Mitglied der Führung des Reiches mit an der Gesamtverantwortung für alles was geschehen war, zu tragen habe. Denn ich war von diesem Augenblick an mit diesen Verbrechen moralisch unentrinnbar verhaftet, weil ich, aus Angst, etwas zu entdecken, was mich zu Konsequenzen hätte veranlassen können, die Augen schloß. Diese gewollte Blindheit wiegt alles Positive, was ich vielleicht in der letzten Periode des Krieges tun sollte und wollte, auf. Vor ihr schrumpft diese Tätigkeit zu einem Nichts zusammen. Gerade weil ich damals versagte, fühle ich mich noch heute für Auschwitz ganz persönlich verantwortlich.[30]

In seinem Interview faßt Speer die Schuld jener Haltung, »von nichts zu wissen«, in einem bestechenden Bild zusammen:

[28] *Erinnerungen,* S. 353.
[29] *Playboy,* S. 72.
[30] *Erinnerungen,* S. 385f.

Wenn ich isoliert war, so bestimmte ich selbst den Grad meiner Isolation. Wenn ich nichts wußte, so sicherte ich meine eigene Unwissenheit ab. Wenn ich nichts sah, so deshalb, weil ich nichts sehen wollte ...
In meinem Fall kann ich keinesfalls die Verantwortung für die Vernichtung der Juden abstreiten. Ich war ebenso ihr Henker wie Himmler: Man beförderte sie vor meinen Augen zum Tode und ich bemerkte es nicht. Es ist überraschend einfach, das moralische Auge eines Menschen zu blenden. Ich glich einem Mann, der einer blutigen Spur im Schnee folgte, ohne wahrzunehmen, daß jemand verletzt worden war.[31]

Schließlich sind – zwanzig Jahre danach – die Nürnberger Prozesse mit ihren Photographien und Beweisen –, die ohne Zweifel keine »Feinde«, sondern menschliche Wesen, Opfer darstellen, die zu beschuldigten Verbrechern gemacht worden waren – die bleibende Erfahrung, die Speers Eindrücke von der Vergangenheit beherrschen. Speer erinnert sich:

... da war ein Foto von einer jüdischen Familie, die in den Tod ging; ein Mann wurde mit seiner Frau und den Kindern in die Gaskammer geführt. Ich kann den Gedanken an dieses Bild nicht loswerden; ich sah es nachts in meiner Zelle vor mir, und sehe es heute noch. Es hat aus meinem Leben eine Wüste gemacht.[32]

Als ich Ende Mai 1971 diese Stellen den Zuhörern der Community Church in Boston vorlas, distanzierte ich mich selbst von ihrem Inhalt. Ich stellte mir vor, daß Robert McNamara, McGeorge Bundy, Dean Rusk oder die Präsidenten, denen sie gedient haben, zuhören würden – bis ich gewahrte, daß meine Stimme leiser und zögernder wurde. Ich sagte meinen Hörern: »Diese Stellen lesen sich sehr schwierig für mich.« Dann fuhr ich fort, beendete aber rasch meinen Vortrag. Ich merkte, daß ich mir selbst zuhörte, daß meine Augen und meine Stimme auf diese Beschuldigungen reagierten.
Dies alles galt auch mir, so unbedeutend und »harmlos« meine Rolle auch gewesen sein mag. »Mein moralisches Versagen« – so drückte sich Speer aus – »bezieht sich nicht auf diese oder jene einzelne Tat; es besteht in meinem aktiven Einverständnis mit dem gesamten Lauf der Dinge.« Diese Anklage – und der deutlichere Vorwurf des beabsichtigten, verantwortungslosen Nichtwissens, des Absehens von den menschlichen Konsequenzen – sind Wahrheiten, mit denen ich leben muß. Und das gilt für jeden amerikanischen Beamten, den ich kenne und der mit Vietnam zu tun hatte.

[31] *Playboy,* S. 72, 74.
[32] *Playboy,* S. 72.

Der Krieg darf nicht nur verurteilt, er muß auch verstanden werden!



Seit mehr als sieben Jahren hat mich - wie viele Amerikaner - unser Engagement in Vietnam beschäftigt. Zuerst sah ich darin ein Problem; später erschien es mir als Sackgasse; schließlich als Verbrechen.